

Bericht

zur wirtschaftlichen und sozialen
Lage der Großregion

2009/2010

für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR)



Band/Tome

1. Liaisons routières. Straßenverbindungen. 79 Karten/cartes, 1976
2. Verbindungsstraße Saarbrücken-Saargemünd-A 34 Straßburg
Liaison routière Sarrebruck-Sarreguemines-A 34 Strasbourg
9 S./p. mit zahlreichen Karten/avec de nombreuses cartes, 1977
3. Handbuch der Regierungs- und Verwaltungsstellen im Grenzraum SaarLorLux
Répertoire des services gouvernementaux et administratifs dans les régions frontalières SaarLorLux. 166 S./p., 1978
4. Les Offices Statistiques dans les régions frontalières SaarLorLux
Die statistischen Ämter im Grenzraum SaarLorLux. 352 S./p., 1978
5. Données économiques des régions frontalières SaarLorLux 1970-1976
Wirtschaftszahlen des Grenzraumes SaarLorLux 1970-1976. 122 S./p., 1978
6. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Grenzraum SaarLorLux
Le développement économique et social dans les régions frontalières SaarLorLux 651 S./p., 1978
7. Données économiques des régions frontalières SaarLorLux 1977-1978
Wirtschaftszahlen des Grenzraumes SaarLorLux 1977-1978. 97 S./p., 1979
8. Pilotstudie zu einem SaarLorLux-Atlas
Étude préparatoire pour un atlas SaarLorLux
87 S./p. mit 3 Kartenbeilagen/avec 3 cartes en annexe, 1982
9. Sonderausgabe „Die Römer an Mosel und Saar“. Katalog zur Wanderausstellung Bahnhof Rolandseck
Edition spéciale „La civilisation romaine de la Moselle é la Serre“. Catalogue de l'exposition Itinérante Gare de Rolands-eck
259 S./p., 1983
10. Organisation und Instrumente der staatlichen Raumplanung
Organisation et instruments de l'aménagement du territoire
224 S./p. mit 4 Kartenbeilagen/avec 4 cartes en annexe, 1991
11. Grenzüberschreitende Raumordnungsstudie Diedenhofen-Trier (Moseltalstudie)
Étude d'aménagement transfrontalière Thionville-Trèves (Étude Vallée de la Moselle)
43 S./p. mit Bilderbeilagen/avec photos en annexe, 1999
12. Étude d'aménagement transfrontalière Sarrebruck-Moselle Est
Grenzüberschreitende Raumordnungsstudie Saarbrücken-Moselle Est,
113 S./p., 2001
13. Raumordnungsstudie: Energieerzeugung und -verteilung
Étude d'aménagement du territoire Production et distribution d'énergie
114 S./p. mit Kartenbeilagen/avec cartes en annexe, 2003
14. La Sarre et la Wallonie - Régions partenaires en Europe : Institutions, compétences et procédures comme fondement de la coopération bilatérale interrégionale
Das Saarland und Wallonien - Partnerregionen in Europa: Institutionen, Zuständigkeiten und Verfahren als Grundlage der bilateralen interregionalen Kooperation,
300 S./p., 2005
15. Énergies renouvelables dans la Grande Région - Erneuerbare Energien in der Großregion
Résultats du colloque 17 mars 2005 - Ergebnisse des Kolloquiums 17. März 2005
en préparation - in Vorbereitung, 2006
16. Zukunftsbild 2020 - Vision d'avenir 2020,
2. Auflage, Juni 2006, 2ième édition, juin 2006
59 S./p. + 61 S./p., 2006
17. Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2009/2010 für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion
Rapport sur la situation économique et sociale de la Grande Région 2009/2010 pour le Comité économique et social de la Grande Région
279 S./p., 2010

Die Bände 1 - 10 sind vergriffen. / Les tomes 1 - 10 sont épuisés.

Schriftleitung / Responsable d'édition:

Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten, Abteilung Europa, Interregionale Zusammenarbeit, Franz-Josef-Röder-Str. 21, 66119 Saarbrücken

www.saarland.de/saarlorlux.htm



IMPRESSUM

Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2009/2010 für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion

erstellt im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Europaangelegenheiten des Saarlandes,
im Rahmen der saarländischen Präsidentschaft des 12. Gipfels der Großregion

durch das Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle

c/o Dr. Lothar Kuntz
Dipl.-Soz. Sabine Ohnesorg
INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken
www.info-institut.de

Schriftenreihe der Regionalkommission SaarLorLux-Trier / Westpfalz
Band 17 / 2010
zweisprachig deutsch (139 S.) – französisch (140 S.)
Saarbrücken, 2010

Schriftenreihe der Regionalkommission SaarLorLux-Trier / Westpfalz

ISSN 1860-2703

Herausgegeben im Auftrag der Regionalkommission SaarLorLux – Trier / Westpfalz von dem

Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten
Abteilung Europa, Interregionale Zusammenarbeit
Franz-Josef-Röder-Str. 21 / 66119 Saarbrücken
www.saarland.de/saarlorlux.htm

Geleitwort des Präsidenten des WSAGR

Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR)

Die Großregion ist die europaweit einzige Grenzregion, die einen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Sozialausschuss besitzt.

Seit nunmehr 13 Jahren wirkt der WSAGR als Beratungsorgan des Gipfels der Exekutiven an der Gestaltung des Grenzraums Großregion mit.

Durch seine Zusammensetzung und den Sachverstand seiner Mitglieder ist der WSAGR das institutionelle Forum für die Vertretung der Sozialpartner. Durch den WSAGR sind die Vertreter der wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen, sozialen und beruflichen Organisationen fester Bestandteil bei der Politikgestaltung auf Ebene der Großregion. Der WSAGR fungiert somit als Sprachrohr der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Großregion.

Im institutionellen Rahmen der Großregion ist der WSAGR das Gremium, in dem eine besondere Form des Dialogs, der Konzertierung und der Beratung gepflegt wird. Er trägt dazu bei, dass die Politik der Großregion die Erfahrungen, Anliegen und die Lösungsvorschläge der Sozialpartner in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Die vorhandene Sachkompetenz der Mitglieder des WSAGR wird durch Heranziehung von Sachverständigen ergänzt.

Der Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2009/2010 für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion

Im Rahmen der ihm vom Gipfel zugewiesenen Arbeitsaufträge sowie im Zuge seines Selbstbefassungsrechts hat der WSAGR zahlreiche Empfehlungen an die Exekutiven der Großregion adressiert. Bei der Erarbeitung dieser Empfehlungen fällt dem hier vorliegenden Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Großregion eine immer wichtigere Rolle zu. Dank des Berichtes ist es möglich, sowohl kartographisch als auch anhand von Statistiken und wissenschaftlichen Analysen die Lebens- und Arbeitswirklichkeit in der Großregion vergleichend darzustellen. Damit stellt der Bericht – der in dieser Form zum dritten Mal erscheint – ein sicher einmaliges und zugleich sehr hilfreiches Werk dar.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch ausdrücklich bei der saarländischen Präsidentschaft des 12. Gipfels der Großregion bedanken für die finanzielle Unterstützung bei der Erstellung und Veröffentlichung des Berichtes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion.

Unser Dank gilt auch dem Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle für die geleistete herausragende Arbeit.

Hans Peter Kurtz
Präsident des WSAGR

Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion
Catia Carreira & Nathalie Medernach
25, rue Notre Dame / L-2240 Luxemburg
Tel.: 00352 26 36 35-30 / 40
Fax: 00352 26 36 35 50
Email: cesgr@cesgr.etat.lu / www.grandregion.net

Inhalt

Vorwort	II
Ergebnisse im Überblick	V
1. Gebiet und Bevölkerung	1
2. Wirtschaft	11
2.1 Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsstruktur.....	11
2.2 Wissenschaft, Technologie und Innovation	28
3. Beschäftigung und Arbeitsmarkt	36
3.1 Stand und Entwicklung der Beschäftigung	36
3.1.1 Erwerbstätige und Arbeitnehmer (am Arbeitsort)	36
3.1.2 Beschäftigungsquote	43
3.1.3 Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion.....	48
3.2 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	54
4. Bildung	60
4.1 Bildungsstand der Bevölkerung.....	61
4.2 Bildungsbeteiligung.....	72
5. Lebensbedingungen	80
5.1 Einkommen.....	81
5.1.1 Haushaltseinkommen	81
5.1.2 Arbeits- und Kapitaleinkommen.....	96
5.2 Verbraucherpreisentwicklung	114
5.3 Immobilienpreise und grenzüberschreitende Wohnort-mobilität.....	123
Bibliographie	129
Anhang: Methodische Anmerkungen	135

Vorwort

Wir freuen uns, Ihnen hiermit den aktuellen Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion vorlegen zu dürfen, den das Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA), im Auftrag der saarländischen Präsidentschaft des 12. Gipfels der Großregion, für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion erstellt hat. In leicht verändertem Layout wird hiermit die entsprechende Berichterstattung im Rahmen des 10. und 11. Gipfels fortgeführt, die ebenfalls durch das gleiche Bearbeitungsteam erstellt wurde.

Hauptanliegen der Berichterstattung ist es, in konzentrierter Form einem breiten Informationsbedürfnis über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Großregion, ihre Leistungsfähigkeit sowie den wichtigsten Problemlagen und Entwicklungstrends im interregionalen wie europäischen Vergleich gerecht zu werden. Als Gesamtüberblick einer Vielzahl von Themenfeldern, die sonst nur vereinzelt zugänglich sind, ist sie von ihrem Grundverständnis her eine problemorientierte Analyse auf der Grundlage statistisch-quantitativer Indikatoren, die interregional vergleichende Aussagen zulassen und im Sinne einer kontinuierlich fortzuführenden Berichterstattung geeignet sind, Änderungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. Die Fülle der aufbereiteten Daten dient so vor allem als Informationsquelle für eine bessere Kenntnis des europäischen Kooperationsraums an Saar, Mosel und Maas. Die Vielfalt der Themenfelder macht deutlich, dass die Großregion weit mehr ist, als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Dank der stetig zunehmenden Mobilität von Unternehmen und Arbeitnehmer/innen wird sie auch mehr und mehr zu einem gemeinsamen Lebensraum, der sich aufgrund der Überwindung nationaler Grenzen nicht nur durch wirtschaftliche, sondern auch soziale Verflechtungen auszeichnet.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Großregion entwickelt ihre eigentliche Informationskraft vor allem aus der Fortschreibung wesentlicher Indikatoren und Aussagen. Ziel ist daher die Etablierung eines Indikatorenkatalogs, um kontinuierliche, datengestützte Informationen zu den einzelnen Themenfeldern bereitzustellen. Die hierfür verwendeten Datengrundlagen basieren im Wesentlichen auf zwei Quellen der amtlichen Statistik: Zum einen die verdienstvolle und unerlässliche Arbeit der Statistischen Ämter der Großregion, die interregional vergleichbare Daten in dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung stellen und mit denen das Bearbeitungsteam seit langem vertrauensvoll zusammenarbeitet. Zusätzlich bzw. ergänzend werden Daten aus den Regionalstatistiken von Eurostat herangezogen. Zu nennen wäre hier insbesondere die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle vergleichbarer Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte darstellt. Grundlage der als Stichprobenerhebung konzipierten AKE sind EU-weit harmonisierte Normen und Definitionen zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, die – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt werden, das internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche ermöglicht. Im Sinne einer Strukturberichterstattung folgt daher der vorliegende Bericht in seinem Aufbau im Wesentlichen dem Vorgängerbericht und schreibt zentrale Kennziffern und Aussagen fort. Darüber hinaus wurden jedoch Indikatoren weiterentwickelt

bzw. ergänzt, um so dem Informationsbedürfnis auf Basis der verfügbaren Datengrundlage noch besser gerecht zu werden.

Der Bericht gliedert sich in fünf große Themenbereiche: ‚Gebiet und Bevölkerung‘, ‚Wirtschaft‘, ‚Beschäftigung und Arbeitsmarkt‘, ‚Bildung‘ sowie ‚Lebensbedingungen‘. Dabei wird nicht nur eine retrospektive Betrachtung vorgenommen, sondern es wird gleichermaßen versucht, Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Eine Vielzahl von Daten wurde zusammengestellt und analysiert. Das Bearbeitungsteam hat sich dabei um eine größtmögliche Aktualität bemüht. Für grenzüberschreitende Analysen sind allerdings vergleichbare Daten unerlässlich, die – wenn überhaupt – nur mit gewissen zeitlichen Verzögerungen zur Verfügung stehen. Hier hat sich das Netzwerk der Fachinstitute der IBA im Zuge der kontinuierlichen Berichterstattungen zum Arbeitsmarkt in der Großregion in den zurückliegenden Jahren ein vielfältiges Know-how aufgebaut. Es ist daher weitgehend gelungen, Entwicklungen bis zum Jahr 2009 in den Analysen zu berücksichtigen. Damit reflektiert der Bericht einen Zeitraum der von einer tiefgreifenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet ist. Im Laufe des Jahres 2008 beginnend hat sich diese Entwicklung in 2009 nachhaltig verfestigt und das wirtschaftliche wie soziale Leben in allen Teilen der Großregion anhaltend bestimmt. Auch wenn die Krise zum Zeitpunkt der Vorlage des Berichts glücklicherweise wieder an Dramatik verloren hat und sich deutlich positivere Entwicklungen abzuzeichnen beginnen, so hat sie doch Schwachstellen offenkundiger werden lassen. Sie hat aber auch gezeigt, dass durch die innovative Nutzung von Arbeitsmarktinstrumenten und deren individuell angepasstem Einsatz auf betrieblicher Ebene, die Auswirkungen dieser globalen Wirtschafts- und Finanzkrise etwa auf den Arbeitsmarkt in Teilen deutlich abgemildert werden konnten.

Das Bearbeitungsteam hat sich bemüht, diese Entwicklungen – soweit dies auf Basis des verfügbaren Datenmaterials möglich war – nachzuvollziehen. Trotz sehr aufwändiger Recherchen und ergänzender eigener Berechnungen war es, angesichts der besonderen Herausforderungen die die Wirtschafts- und Finanzkrise auch für die Statistikstellen mit sich gebracht haben, nicht immer möglich, vergleichbare Daten für alle Teile der Großregion vorzustellen.

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle in Öffentlichkeit und Politik diskutierten Probleme in einem solchen Bericht behandelt werden können. Die Darstellung muss sich auf wichtige Eckdaten und ausgewählte Entwicklungen in den einzelnen Bereichen konzentrieren. Vertiefende Analysen ausgewählter Themen oder Problemlagen können auch weiterhin nur im Rahmen von separaten Studien und Untersuchungen geschehen, wie dies die IBA etwa mit Blick auf den für die Großregion zentralen Bereich des Arbeitsmarktes und der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität seit rund zehn Jahren durch ihre Berichterstattungen an den Gipfel der Großregion erfolgreich praktiziert. Der Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion versteht sich daher als Ergänzung zum regelmäßigen Bericht der IBA zur Arbeitsmarktsituation.

Abschließend sei noch auf das letzte Kapitel des Berichts, das sich dem großen Themenfeld der Lebensbedingungen in der Großregion widmet, besonders hingewiesen. Handelt es sich doch hier um einen Teil der Berichterstattung, der sich in dieser Form in keiner anderen grenzüberschreitenden Analyse wiederfindet und den besonderen Anspruch des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion unterstreicht. Die Verbesserung der Lebensbedin-

gungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Erreichung eines größeren sozialen und territorialen Zusammenhalts sind zugleich wesentliche Ziele europäischer Politik, die auch im Rahmen der neuen Strategie „Europa 2020“ ein zentrales Anliegen bleiben.

Wir danken dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion und seinem Präsidenten Hans-Peter Kurtz für das in das Bearbeitungsteam gesetzte Vertrauen und die aktive Begleitung unserer Arbeit. Danken möchten wir auch der saarländischen Präsidentschaft des 12. Gipfels der Großregion für die Beauftragung durch das Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten des Saarlandes. Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern der unsere Arbeit begleitenden Arbeitsgruppe des WSAGR, unter dem Vorsitz von Adalbert Ewen. Die bewährte konstruktiv-kritische Begleitung unserer Arbeit im Zuge dieser Berichterstattung hat wichtige Anregungen und Weichenstellung für den vorliegenden Bericht gegeben.

Saarbrücken, im September 2010

Ergebnisse im Überblick

Kapitel 1: Gebiet und Bevölkerung

► Bevölkerungsentwicklung

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das Bevölkerungswachstum in der Großregion merklich verlangsamt – ein Trend, der sich auch in der neuen Dekade stetig fortgesetzt hat: Zwischen 2000 und 2009 stieg die Zahl der Einwohner im Kooperationsraum um 1,6% auf nunmehr 11,4 Millionen Menschen. Auf europäischer Ebene konnte im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 3,5% (EU-27) bzw. 5,0% (EU-15) realisiert werden. Ursächlich für die im europäischen Vergleich nur unterdurchschnittliche Entwicklung in der Großregion sind die seit Anfang 2006 rückläufigen Einwohnerzahlen in Rheinland-Pfalz sowie die bereits seit langem schrumpfende Bevölkerung im Saarland. Lothringen verzeichnet eine mehr oder weniger stagnierende Bevölkerungsentwicklung. Insbesondere Luxemburg, aber auch die Wallonie und die DG Belgien weisen dagegen nach wie vor einen stabilen – und im Falle des Großherzogtums sogar weit überdurchschnittlichen – Aufwärtstrend aus, der sich in allen drei Regionen seit 2004 sogar verstärkte. Auf kleinräumiger Ebene gab es in den vergangenen Jahren Bevölkerungszuwächse insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarken Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen. Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Bevölkerungszahlen in den angrenzenden Gebieten. Einwohnerverluste sind dagegen in einigen strukturschwachen Gebieten sowie in den weniger zentral gelegenen oder ungünstiger angelegenen Regionen zu verzeichnen.

► Demographische Perspektiven

Entgegen früherer Vorausberechnungen lassen die aktualisierten Projektionen bis 2027 einen weiteren Bevölkerungszuwachs in der Großregion erwarten, der erst nach diesem Zeitpunkt von einem schrittweisen Rückgang der Einwohnerzahlen abgelöst wird. In der Gesamtbilanz ergibt sich im Jahr 2030 gegenüber 2008 immer noch ein Plus von 1,8%. Weitaus bedeutsamer sind aber die bereits heute deutlich erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen: Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen wird in der Großregion bis 2030 mit einem Rückgang um 10,6% oder rund 658.000 Personen gerechnet. Zusätzlich wird sich die Zahl der am Arbeitsmarkt nachrückenden Generationen der unter 20-Jährigen um fast 218.000 Menschen (-8,6%) verringern – eine Entwicklung, die durch das bisherige generative Verhalten bereits vorgezeichnet ist. In beiden Altersgruppen summiert sich dieser Rückgang also auf insgesamt 876.000 Personen, während gleichzeitig die Zahl der über 60-Jährigen bis 2030 um mehr als eine Million ansteigen wird. Infolge des demographischen Wandels werden sich also die Relationen zwischen Alt und Jung stark verändern und auch die Altersstruktur innerhalb der Erwerbsbevölkerung verschiebt sich deutlich in Richtung der Älteren – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialleben.

Kapitel 2: Wirtschaft

► Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

Die im Jahr 2007 durch die Hypothekenkrise in den USA ausgelösten Finanzmarkturbulenzen haben im Herbst 2008 auf die Weltwirtschaft übergreifen und in der Folge, insbesonde-

re im Winterhalbjahr 2008/2009, zum stärksten Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung seit Jahrzehnten geführt. Auch die Großregion bekam die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich zu spüren: Nachdem sich die Wachstumsrate des nominalen BIP von 4,7% im Jahr 2007 auf 2,7% in 2008 bereits merklich verlangsamte, so schrumpfte die Wirtschaftsleistung nach ersten vorläufigen Zahlen im Krisenjahr 2009 um minus 3,8%. Gleichwohl fiel damit der Rückgang im Kooperationsraum geringer aus als auf europäischer Ebene, wo der Konjunkturabschwung mit einem Minus von durchschnittlich 5,6 (EU-27) bzw. 5% (EU-15) zumindest nominal noch wesentlich ausgeprägter war.

Die einzelnen Teilgebiete der Großregion waren von der Rezession unterschiedlich hart betroffen: Den mit Abstand kräftigsten Einbruch musste das Saarland hinnehmen, das aufgrund der hohen Exportabhängigkeit seiner industriestarken Wirtschaft, die zuvor noch für eine mehrjährige Aufschwungsphase gesorgt hatte, den Folgen der internationalen Wirtschaftskrise in besonderem Maße ausgesetzt war. Nominal sank das BIP im Jahr 2009 um 7,1%; preisbereinigt ergab sich eine reale Wirtschaftsentwicklung von minus 7,9%. Hart getroffen wurde ebenso Lothringen, wo nach einem bereits schwachen Jahr 2008 in 2009 der Rückgang des nominalen BIP mit einem (geschätzten) Minus von 5,3% wesentlich stärker ausfiel als im großregionalen wie nationalen Durchschnitt. Wesentlich ungünstiger als im Mittel der Großregion verlief auch die Konjunktur im sonst so wirtschaftsstarken Luxemburg. Bereits im ersten Halbjahr 2008 zeigte sich hier aufgrund der Entwicklungen auf den Finanzmärkten eine merklich verlangsamte Wirtschaftsaktivität, die ab dem dritten Quartal 2008 ins Minus abgerutscht ist. In 2009 schrumpfte die luxemburgische Wirtschaftsleistung dann deutlich, wofür vor allem die Einbrüche im strukturell gewichtigen Finanzsektor sowie insbesondere in der Industrie verantwortlich zeichneten: Nominal verringerte sich das BIP gegenüber 2008 um minus 4,3%. Dies entsprach einem realen Rückgang von minus 4,1%. Einen bisher beispiellosen Konjunkturinbruch erlebte ebenso Rheinland-Pfalz, dessen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 so stark gesunken ist wie nie zuvor. Nominal verringerte sich das BIP um 3,6%, preisbereinigt lag es um 5% niedriger als in 2008. Noch vergleichsweise glimpflich davongekommen ist demgegenüber die Wallonie: Mit einem prognostizierten nominalen Minus von 1,4% gegenüber 2008 blieb die belgische Region deutlich unter dem Mittel des Kooperationsraums insgesamt (-3,8%). Auch preisbereinigt ist das BIP mit minus 2,5% bei weitem nicht so stark gesunken wie in den anderen Teilregionen.

► BIP je Einwohner

Das BIP je Einwohner belief sich im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand – in der Großregion auf rund 27.700 Euro und lag damit rund 2.600 Euro über dem Durchschnitt der EU-27 (25.100 Euro). Absoluter Spitzenreiter im Kooperationsraum wie auch im europäischen Ländervergleich war dabei das wirtschaftsstarke Luxemburg, dessen Pro-Kopf-BIP mit fast 80.600 Euro 2,9-mal so hoch ausfiel wie im großregionalen Mittel – ein Ergebnis, das aber sehr stark durch Pendlereffekte verzerrt wird. In allen übrigen Teilgebieten der Großregion fällt dagegen das Pro-Kopf-BIP erwartungsgemäß sehr viel niedriger aus. Mit rund 30.000 Euro je Einwohner schneidet das Saarland dabei noch am besten ab, gefolgt von Rheinland-Pfalz (26.300 Euro). Merklich niedrigere Werte verzeichnen jedoch Lothringen, die Wallonie und die DG Belgien, die – ebenso wie Rheinland-Pfalz – als Auspendlerregionen im großregionalen wie nationalen Vergleich deutlich schlechter abschneiden. Betrachtet man die Entwicklungsdynamik des BIP je Einwohner, so zeigen sich weitgehend ähnliche Relationen wie beim absoluten Niveau. Für die Großregion insgesamt

ist festzustellen, dass der Zuwachs zwischen 2000 und 2008 mit einem Plus von 28% deutlich hinter dem Durchschnitt der EU-27 (+31,4%) zurückblieb. Ursächlich hierfür ist der nur mäßige Zuwachs in den bevölkerungsstarken Teilregionen Lothringen und Rheinland-Pfalz sowie in der DG Belgien.

► **BIP je Erwerbstätigen**

Im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand – erwirtschaftete ein in der Großregion arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 65.979 Euro. Damit lag die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen 3,6% über dem Niveau der EU-15 und 19,4% über dem der EU-27. Von den einzelnen Teilregionen des Kooperationsraums steht auch hier das wirtschaftsstarke Luxemburg mit rund 112.800 Euro je Erwerbstätigen ganz klar an der Spitze. Mit deutlichem Abstand folgen Lothringen und die Wallonie (68.400 bzw. 67.400 Euro). Demgegenüber ist die Produktivität je Erwerbstätigen in der DG Belgien (64.330 Euro) sowie insbesondere im Saarland (60.800 Euro) und in Rheinland-Pfalz (57.300 Euro) erheblich niedriger wobei in den deutschen Regionen jedoch die deutlich höheren Teilzeitquoten zu berücksichtigen sind. Interessant ist auch hier wiederum der Blick auf die Wachstumsdynamik: Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in der Großregion um 22,6% – etwas mehr als in der EU-15 (+21,2%), aber weniger als im Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten (+26%). Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnete Luxemburg mit einem Plus von mehr als einem Drittel (35,3%) den stärksten Zuwachs, gefolgt von Lothringen und der DG Belgien (26,6 bzw. 26,4%). Besser abgeschnitten als im großregionalen Mittel haben ebenfalls das Saarland und die Wallonie, während die Arbeitsproduktivität in Rheinland-Pfalz seit der Jahrtausendwende nur unterdurchschnittlich zugenommen hat.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 in den Regionen, für die bereits Daten verfügbar waren, so zeigt sich, dass diese im Vergleich zu 2008 deutlich gesunken ist. Den stärksten Rückgang verzeichnete dabei das Saarland mit einem Minus von 6,4%, gefolgt von Luxemburg (-5,2%) und Rheinland-Pfalz (-3,5%). Der starke Rückgang der Arbeitsproduktivität ist darauf zurückzuführen, dass trotz des wirtschaftlichen Einbruchs im Krisenjahr 2009 die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig sank oder – wie im Falle Luxemburgs – sogar noch leicht gestiegen ist. Mit Maßnahmen wie Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, Arbeitszeitreduzierung und verlängerten Betriebsferien haben die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinschaftlich auf betrieblicher Ebene große Anstrengungen unternommen, ihre Stammbeschaften zu halten. Im Gegenzug sind dadurch jedoch die Lohnstückkosten zum Teil kräftig gestiegen. Wie lange die Unternehmen diese Unterauslastung der Beschäftigung noch finanzieren können, wird davon abhängen, wie schnell die Konjunktur 2010 wieder an Fahrt gewinnt.

► **Wirtschaftsstruktur**

Die Gesamtbruttowertschöpfung in der Großregion stammte im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete verfügbaren Datenstand – analog zum EU-Durchschnitt zu rund 72% aus den Dienstleistungsbereichen. Luxemburg und die Wallonie weisen im interregionalen Vergleich die höchsten Dienstleistungsanteile aus. Tragende Säulen des tertiären Sektors im Kooperationsraum sind mit einem Anteil von zusammen rund 29% vor allem der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, die in den vergangenen Jahren auch die kräftigsten Wachstumsimpulse setzten. Dies gilt insbesondere für Luxemburg.

Mit rund einem Viertel nehmen in der Großregion insgesamt ebenso die öffentlichen und privaten Dienstleister einen großen – und im europäischen Vergleich leicht überdurchschnittlichen – Stellenwert ein, bei gleichzeitig geringeren Anteilen in Handel und Gastgewerbe. Gegenüber dem Dienstleistungssektor ist der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (inkl. Bau) in der Großregion auf nunmehr 27% gesunken. Im Vergleich zum europäischen Mittel hat die Industrie einen größeren Stellenwert, während der Anteil des Baugewerbes niedriger liegt. Innerhalb der Großregion sind die beiden deutschen Teilregionen am stärksten industriell geprägt.

Betrachtet man die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Krisenjahr 2009 in den Teilregionen, für die bereits Daten verfügbar sind, so wird deutlich, dass überall das Verarbeitende Gewerbe vom weltweiten Konjunktur einbruch besonders hart getroffen wurde. Die kräftigsten Einbußen mit einem Minus von 27,7% (in jeweiligen Preisen) musste dabei das Saarland einstecken, gefolgt von Luxemburg (-23,4%) und Rheinland-Pfalz (-20,1%). Während der Einbruch im Verarbeitenden Gewerbe in allen hier betrachteten Teilregionen zu beobachten war, zeigte die Entwicklung im Baugewerbe sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen deutliche Unterschiede: Beide Sektoren konnten sich in den deutschen Teilregionen in der Krise gut behaupten und haben gegenüber 2008 nominal noch leichte Zuwächse zu verzeichnen. Etwas anders stellt sich jedoch die Situation in Luxemburg dar, wo die Bruttowertschöpfung im strukturprägenden Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen um 4,5% und im Baugewerbe um 1,9% gesunken ist.

Die starke Betroffenheit der Industrie von der weltweiten Rezession zeigt sich ebenso in der Entwicklung der Umsätze, die im Rahmen eines Exkurses für das Verarbeitende Gewerbe gesondert betrachtet wurde und die auch für alle Teilregionen verfügbar war. Danach war der Umsatzeinbruch im luxemburgischen Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von 27,1% am stärksten ausgeprägt. Knapp dahinter folgt das Saarland (-25,3%) sowie Rheinland-Pfalz (-19,7%). In der Wallonie und in Lothringen nahmen die Umsätze mit einem Minus von 15,4 bzw. 12,3% etwas schwächer ab.

Wie die Ergebnisse der Konjunkturumfragen im Frühjahr 2009 und 2010 zeigen, die im Rahmen eines Exkurses Berücksichtigung fanden, wurde auch das Handwerk in weiten Teilen der Großregion von den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst. Negative Entwicklungen sowohl bei den Umsätzen als auch bei den Beschäftigten kennzeichneten die Situation in allen vier Regionen (ohne Wallonie). Im ersten Quartal 2010 hellte sich jedoch die Stimmung der Handwerker wieder merklich auf, auch wenn die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch spürbar waren. Die Gesamtentwicklung ließ natürlich auch den handwerklichen Arbeitsmarkt, wenngleich regional unterschiedlich, nicht unbeeinflusst. Zu einem deutlichen Personalabbau sahen sich in erster Linie die handwerklichen Zulieferer gezwungen, die unter der weggebrochenen Nachfrage im industriellen Bereich litten. Doch trotz der rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung in 2009 kann nach dem Bericht der Handwerkskammern von einem Einbruch der Handwerkskonjunktur keine Rede sein. Insgesamt entwickelte sich der Wirtschaftsbereich Handwerk in der Großregion relativ besser als andere Wirtschaftsbereiche und bildete damit einen wichtigen Stabilitätsfaktor für die Gesamtwirtschaft.

► **Wissenschaft, Technologie und Innovation**

Die Großregion verfügt heute über eine vielfältige und ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darunter befindet sich auch eine Reihe von Einrichtungen, deren Aktivitäten weit über die Grenzen des Kooperationsraums hinaus Beachtung finden. Dennoch verbleibt im europäischen Vergleich ein gewisser Nachholbedarf, was sich etwa an den Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) festmachen lässt: Die FuE-Ausgaben beliefen sich im Jahr 2007 in der Großregion insgesamt auf 1,68% des BIP – merklich weniger als im europäischen Mittel (EU-27: 1,85%; EU-15: 1,93%). Gegenüber 2005 ist damit im Kooperationsraum wie auch in Europa ein leichter Anstieg der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE zu verzeichnen. Um das in der Lissabon-Strategie für 2010 gesteckte 3%-Ziel erreichen zu können, müsste die FuE-Intensität innerhalb von drei Jahren allerdings noch fast verdoppelt werden. Die europaweit geringen Fortschritte der letzten Jahre lassen dies aber nicht erwarten, weswegen das Ziel nun unverändert auch für 2020 angestrebt wird. Eine Erhöhung des Ausgabenniveaus ist insbesondere im Wirtschaftssektor erforderlich, auch wenn hier in der Großregion im Vergleich zu 2005 leichte Fortschritte erzielt werden konnten. Weitgehend unverändert blieb demgegenüber der Anteil des öffentlichen Sektors.

Das Fundament für Forschung und Innovation bilden hochqualifizierte Arbeitskräfte. Hier kann sich die Großregion im europäischen Vergleich durchaus sehen lassen: Der Anteil der so genannten Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) lag 2008 mit 40,2% über dem europäischen Niveau von 37,6%. Auffallend ist hier jedoch, dass dieses Ergebnis vor allem auf die hohen Anteile in der HRST-Untergruppe der Personen mit einem wissenschaftlich-technischen Bildungsabschluss zurückzuführen ist, während demgegenüber die Werte bei den Arbeitskräften, die in diesen Bereichen auch tatsächlich tätig sind, unter dem europäischen Niveau liegen. In der Schlussfolgerung deutet dies darauf hin, dass das Qualifikationspotential im wissenschaftlich-technischen Bereich groß ist, dieses aber derzeit noch nicht durch eine ausreichende Zahl entsprechender Arbeitsplätze abgedeckt wird. Dies bestätigt sich in der Tendenz ebenso bei der Betrachtung der Beschäftigung in den Hochtechnologie-sektoren der wissensintensiven Dienstleistungen und des Verarbeitenden Gewerbes, wo die Großregion mit einem Anteil von 3,7% hinter dem Durchschnitt der EU-27 (4,4%) zurückbleibt. Über dem europäischen Niveau liegt die Großregion allerdings bei den Beschäftigtenanteilen im Verarbeitenden Gewerbe der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie. Die leistungsfähige industrielle Basis stellt somit nach wie vor einen wesentlichen Pfeiler der großregionalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit dar. Sie ist nicht zuletzt auch ein wichtiger Impulsgeber für ein weiteres Wachstum der wissensintensiven Dienstleistungen.

Kapitel 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

► **Stand und Entwicklung der Beschäftigung**

In der Großregion gingen im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete verfügbaren Datenstand – rund 4,8 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach; das sind 2,1% aller Erwerbstätigen der EU-27. Gut 88% aller Erwerbstätigen im Kooperationsraum hatten dabei den Status eines Arbeitnehmers, d.h. sie waren abhängig beschäftigt. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 verlief das Beschäftigungswachstum in der Großregion sowohl bei den Erwerbstätigen insgesamt als auch bei den Arbeitnehmern (+6,0%) schwächer als im europäischen Durchschnitt. In der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen hat in diesem Zeitraum die Zahl der im Kooperationsraum beschäftigten Arbeitnehmer insbesondere in den Dienst-

leistungsbereichen zugenommen. Ein leichter Anstieg ist ebenso im Baugewerbe festzustellen, während vor allem in der Industrie ein deutlicher Arbeitsplatzabbau zu verzeichnen ist. Eine Ausnahme bildet hier Luxemburg, das in allen Branchen ein durchgängig positives und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum aufweisen konnte.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung im Krisenjahr 2009 in den Regionen, für die bereits Daten verfügbar waren, so zeigt sich, dass die Arbeitsplatzverluste per Saldo deutlich geringer ausfielen als es in Anbetracht des massiven wirtschaftlichen Einbruchs zu erwarten gewesen wäre. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben gemeinschaftlich große Anstrengungen unternommen, um in den Unternehmen die Stammelegschaften zu halten - durch Maßnahmen wie den Einsatz von Kurzarbeit, die Inanspruchnahme von Arbeitszeitkonten, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und den Abbau von Überstunden konnte der Personalabbau gedämpft bzw. die Beschäftigung stabilisiert werden. Vor diesem Hintergrund hat sich die Wirtschaftskrise bisher nur moderat auf die Zahl der Arbeitsplätze ausgewirkt. So gab es lediglich im Saarland per Saldo einen Rückgang der Arbeitnehmerbeschäftigung um 0,8%, während in Rheinland-Pfalz zumindest bei den abhängig Beschäftigten das Vorjahresniveau gehalten werden konnte. Im Großherzogtum ist selbst im Krisenjahr 2009 noch ein Zuwachs von 0,9% zu verzeichnen. Dennoch bekamen einige Wirtschaftsbereiche, vor allem exportabhängige Branchen und damit verbundene Wirtschaftszweige, die Rezession heftig zu spüren. Die deutlichsten Verluste vermeldete so auch in allen hier betrachteten Teilregionen die Industrie sowie der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, dem auch die Zeitarbeit zugeordnet ist. Im Saarland fiel dabei der Personalabbau in beiden Bereichen am stärksten aus.

Mit Blick auf die hier aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigten Teilregionen Lothringen, Wallonie und DG Belgien dürften sich nach ersten vorliegenden Zahlen zumindest für die belgischen Gebiete bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ähnliche Trends herauskristalisieren wie für die deutschen Regionen und Luxemburg. Kritischer scheint sich dagegen die Situation in Lothringen darzustellen. Lothringen zählt zu den französischen Regionen, die bislang am stärksten unter der Krise gelitten haben. Dies spiegelt sich deutlich in ersten Schätzungen zur Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung wider. Durchgängig fielen hierbei die Arbeitsplatzverluste in den betroffenen Branchen, wozu neben der Industrie auch das Baugewerbe und die marktorientierten Dienstleistungen zählen, höher aus als im nationalen Vergleich. Insgesamt weisen diese Zahlen darauf hin, dass die Beschäftigungssituation in Lothringen problematischer sein dürfte als in den anderen Teilgebieten der Großregion.

► **Beschäftigungsquote**

Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung hat sich die Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion im Jahr 2008 auf 65% erhöht – etwas weniger als in der EU-27 (65,9%) und der EU-15 (67,2%). Damit liegt die Großregion fünf Prozentpunkte unter dem in der Lissabon-Strategie vorgegebenen Beschäftigungsziel von 70%. Über dem großregionalen Mittel lagen Rheinland-Pfalz und das Saarland, während die übrigen Teilgebiete niedrigere Quoten ausweisen. Dies gilt besonders für die Wallonie. Rheinland-Pfalz hat als erste Region im Kooperationsraum das Lissabon-Ziel überschritten. Bei den Frauen verlief die Entwicklung in

allen Teilregionen sehr dynamisch und der Anstieg der Beschäftigungsquote seit 2000 fiel deutlich höher aus als bei der Gesamtbeschäftigung. Mit einer Quote von 58,4% liegt die Großregion zwar knapp unter dem Niveau der EU-27, aber in greifbarer Nähe zum Lissabon-Ziel von 60%. Innerhalb der Großregion haben Rheinland-Pfalz und das Saarland die Zielvorgabe bereits erreicht. Die Beschäftigungsquote Älterer verbleibt in der Großregion mit derzeit 43,1% trotz teilweise überdurchschnittlicher Zuwächse in den vergangenen Jahren nach wie vor unter dem europäischen Mittel (EU-27: 45,6%; EU-15: 47,4%). Der Abstand zur Zielvorgabe von 50% im Jahr 2010 beträgt derzeit knapp sieben Prozentpunkte, so dass weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigung Älterer erforderlich sind. Innerhalb der Großregion realisieren lediglich die beiden deutschen Teilgebiete und die DG Belgien¹ mit überdurchschnittlichen Werten das Lissabon-Ziel, während die anderen Regionen des Kooperationsraums sehr viel niedrigere Quoten aufzeigen. Mit derzeit 34,9% liegt die Beschäftigungsquote der Jugendlichen in der Großregion ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt (EU-27: 37,5%; EU-15: 40,9%), wobei insbesondere die Wallonie mit 22,2% weit abgeschlagen ist. Im Gegensatz zu der Gesamtbeschäftigung liegt die Großregion bei der Teilzeitbeschäftigung mit einem Anteil von 23,5% im Jahr 2008 über dem Niveau der EU-27 (18,2%) und dem der EU-15 (21%). Hohe Teilzeitquoten verzeichnen vor allem die beiden deutschen Teilregionen, während Lothringen den geringsten Wert erkennen lässt. Ausgeprägte Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Betrachtung der geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten: Während 43,5% aller erwerbstätigen Frauen im Rahmen eines Teilzeitarbeitsverhältnisses tätig waren, traf dies auf nur 7,3% der männlichen Gesamtbeschäftigung zu.

► Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion

Auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Zahl der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer in der Großregion weiter an, wenngleich die Entwicklungsraten der Vorjahre nicht erreicht werden konnten. So zählt der Kooperationsraum 203.191 Grenzgänger, von denen über die Hälfte (54,7%) aus Lothringen kommt und fast drei Viertel (72,6%) in Luxemburg arbeiten. Das Grenzgängeraufkommen im Großherzogtum stieg von Mitte 2008 bis Mitte 2009 lediglich um 1,3%, wovon besonders die Pendler aus Deutschland (+3,9%) profitierten. Weitaus niedriger lag das Wachstum der Einpendlerströme aus Frankreich (+0,6%) und Belgien (+0,2%). Diese gebremste Entwicklung ist trotz Kurzarbeit weitgehend auf die Konjunkturreinbrüche im privatwirtschaftlichen Sektor und in der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen.

Die noch vergleichsweise gute Entwicklung der Einpendler in Luxemburg aus Deutschland ist weitgehend auf das Saarland zurückzuführen. Die Zahl der Luxemburg-Pendler an der Saar hat sich in den vergangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt und weist im Jahr 2008/2009 noch ein Wachstum von 8,2% auf. Auch in Rheinland-Pfalz stieg der Pendlerstrom ins Großherzogtum in den vergangenen Jahren deutlich an, jedoch erhöhte er sich im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008/2009) lediglich um 1,1%.

Der Grenzgängerstrom aus Frankreich nach Deutschland geht bereits seit Beginn der Jahrtausendwende zurück. In Rheinland-Pfalz sanken die Einpendlerzahlen im Zuge der Krise

¹ Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Altersgruppe Ältere für die DG Belgien 50-64 Jahre umfasst, während für die anderen Teilregionen die Altersgruppe 55-64 Jahre zugrunde gelegt wird.

nun deutlich auf 4.965 Personen ab und erreichten damit wieder das Niveau von 2005. Eine ähnliche Situation lässt sich im Saarland feststellen, wo die Zahl der Einpendler aus Frankreich im Jahr 2008/2009 erstmalig seit 1997 die 20.000er Grenze unterschritt. Diese Entwicklungen reflektieren die krisenbedingten Arbeitsplatzeinbußen, die trotz Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten besonders in der Automobilindustrie bzw. im Verarbeitenden Gewerbe und in den unternehmensnahen Dienstleistungen in beiden Bundesländern zu verzeichnen waren. Hiervon waren auch die Grenzgänger betroffen, die zudem in diesen Branchen ihren Beschäftigungsschwerpunkt haben.

Lothringen als wichtigste Auspendlerregion kann im Zuge der Krise nicht mehr an die positiven Entwicklungen der Vorjahre anknüpfen. Zwar steigen die Auspendlerzahlen insgesamt im Jahr 2008/2009 noch leicht an (+0,3%), der bedeutendste Strom mit Zieldestination Luxemburg erhöhte sich aber lediglich um 1,4%, der Strom nach Belgien noch um 2,2%. Zusätzlich verzeichnet Lothringen einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen, zu denen auch viele ehemalige Grenzgänger zählen.

Der Einpendlerstrom aus Frankreich in die Wallonie legte von Mitte 2008 bis Mitte 2009 um 5,6% zu. Damit setzt sich der Trend der Vorjahre, die jeweils ein deutliches Wachstum aufwiesen, fort. Ca. drei Viertel der Einpendler arbeiten in der wallonischen Provinz Hennegau, was auf die französische Region Nord-Pas-de-Calais als Einzugsgebiet verweist.

► Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung erfasste und nach dem ILO-Konzept harmonisierte Arbeitslosenquote, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung für 2009 noch nicht verfügbar war, zeigt für das Jahr 2008 in der Großregion weiterhin eine relativ entspannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die noch ganz im Zeichen der 2004/2005 einsetzenden konjunkturellen Erholung stand. Die Gesamtarbeitslosenquote lag bei 7,5% und konnte im Zeitraum 2006-2008 mit einem Rückgang von 1,9 Prozentpunkten weiter zum EU-Durchschnitt aufschließen (EU-15: 7,1%). Getragen wurde diese Entwicklung vor allem von Rheinland-Pfalz und dem Saarland, wo die Arbeitslosenquoten zwischen 2006 und 2008 gesunken sind. Die geringste Arbeitslosenquote erreichte nach wie vor Luxemburg, wobei im Großherzogtum jedoch seit 2006 entgegen dem großregionalen Trend ein leichter Anstieg auf nunmehr 5,1% zu verzeichnen ist. In Lothringen war im Referenzjahr ein lediglich unterdurchschnittlicher Rückgang zu beobachten, so dass die Arbeitslosenquote über der großregionalen Quote liegt. Ähnlich verhält es sich in der Wallonie, die im interregionalen Vergleich weiterhin die höchste Quote aufweist (10%). Nur einen sehr leichten Abbau der Arbeitslosigkeit erzielte die DG Belgien, deren Quote von 7,4% in etwa dem Wert der Großregion entspricht. Differenziert nach Geschlecht blieb der Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit hinter dem der Gesamtarbeitslosigkeit zurück, so dass sich das geschlechtsspezifische Gefälle im Kooperationsraum nicht weiter verringert hat. Mit einer Quote von derzeit 8,1% sind die Frauen immer noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Männer (7,0%). Wie die Daten der nach den ILO-Kriterien harmonisierten EU-Arbeitskräfteerhebung zeigen, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung nur bis zum Jahr 2008 verfügbar waren, bleibt die Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion nach wie vor ein drängendes Problem. Im Zeitraum 2006-2008 ging sie zwar deutlich stärker zurück als in der EU-15, bleibt mit 16,4% aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Zurückgegangen ist ebenso die Langzeitarbeits-

losenquote in der Großregion, die aber mit derzeit 3,5% immer noch höher ist als im europäischen Durchschnitt (2,6%). Gleichzeitig hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen seit 2006 im Kooperationsraum zwar verringert, dennoch war im Jahr 2008 beinahe jede zweite betroffene Person länger als zwölf Monate arbeitslos.

Eine erste Einschätzung zur weiteren Entwicklung im Krisenjahr 2009 erlaubt die Betrachtung der registrierten Arbeitslosigkeit (nicht harmonisiert). Danach hat sich in allen Teilgebieten der Großregion die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt durchgängig erhöht – bei allerdings beträchtlichen regionalen Unterschieden in den Veränderungsraten. Prozentual gesehen fiel der Anstieg in Luxemburg und in Lothringen mit einem Plus von einem Drittel bzw. einem Viertel bei weitem am stärksten aus. Deutlich geringer waren demgegenüber die Steigerungsraten in den anderen Teilgebieten der Großregion, wobei Rheinland-Pfalz und die DG Belgien mit einem Plus von jeweils 9,6% stärker betroffen waren als das Saarland und die Wallonie, die mit 5,5 bzw. 3,5% eine merklich niedrigere Zunahme zu verzeichnen hatten. Aufgrund der hohen Beschäftigungsverluste im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der Zeitarbeit, die durch die Rezession am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden, waren dabei vor allem Männer betroffen. Ohne die Entlastung durch Kurzarbeit, den Überstundenabbau sowie weitere betriebliche wie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist jedoch davon auszugehen, dass in allen Regionen der Anstieg der Arbeitslosigkeit insgesamt größer ausgefallen wäre.

Kapitel 4: Bildung

Eine gute und qualifizierte Bildung spielt in einer Wissensgesellschaft eine entscheidende Rolle. Nach wie vor sind jedoch die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung ungleich verteilt, was sowohl aus gesellschaftspolitischer als auch aus ökonomischer Sicht eine große Herausforderung darstellt. Eine qualifizierte Bildung der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung für ein hinreichend qualifiziertes Arbeitskräfteangebot und wesentlicher Faktor zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Bildung ist Zukunft – dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Dieser hat in allen Teilgebieten der Großregion zur Folge, dass die Bevölkerung altert und der Anteil der Jüngeren abnimmt – Veränderungen, die in bildungspolitischer Hinsicht nochmals neue Herausforderungen mit sich bringen.

Dazu zählen insbesondere die weitere Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, die Sicherstellung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung sowie die Verbesserung von Qualität und Wirksamkeit der Bildung auf allen Ebenen. Angesichts dieser Entwicklungen und Herausforderungen besteht in Politik und Gesellschaft ein hoher Informationsbedarf zur aktuellen Situation, den übergreifenden Trends und Problemen im Bildungsbereich. Allerdings werden die Möglichkeiten, diesem Bedarf in einer interregional vergleichenden Perspektive zu genügen, durch das verfügbare Datenmaterial eingeschränkt.

In der Großregion grenzen zwei Kulturen, drei Sprachen, fünf Teilräume und vier Schul- und Bildungssysteme aneinander, die verschiedene Wege einschlagen, um die junge Generation auf die Zukunft vorzubereiten. Die Schul- und Bildungssysteme unterscheiden sich in ihrem Aufbau, in ihren Abläufen und Inhalten, den Ausbildungszeiträumen und den jeweiligen Zugangsbedingungen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich auch die Zusammenstellung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt. Auf Basis der Regionalstatistiken von Eurostat

können gleichwohl für die Großregion einige wichtige Eckdaten zu Bildungsgrad und Bildungsbeteiligung ausgewiesen werden.

► **Bildungsstand**

Danach zeigt sich, dass in der Großregion im Jahr 2008 rund 74% der Erwachsenenbevölkerung mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügte, was auf internationaler Ebene häufig als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft angesehen wird. Im Durchschnitt der EU-27 lag der Vergleichswert bei 71% und in der EU-15 sogar bei nur 68%. Wird nur der Akademikeranteil betrachtet, bewegt sich die Großregion mit rund 24% weitgehend auf dem europäischen Niveau. Ein Blick auf die Entwicklungsdynamik im Bereich Bildung von 2000 bis 2008 macht deutlich, dass im Kooperationsraum in diesem Zeitraum der Anteil der geringer qualifizierten Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren um gut sechs Prozentpunkte gesunken ist – und damit deutlich stärker als in der EU. Parallel sind in der mittleren und höheren Qualifikationsgruppe durchgängig Zuwächse zu verzeichnen, die im Bereich der Akademikerbildung aber merklich unter dem europäischen Mittel verblieben.

Der Anteil der frühen Schulabgänger (als Exkurs behandelt) in der Großregion (ohne Lothringen) lag im Jahr 2007 bei 15% und erreichte damit ein ähnlich hohes Niveau wie das europäische Mittel (EU-27: 15,1%). Das EU-Ziel von 10% wurde bisher deutlich verfehlt. Auffällig ist zudem der große geschlechtsspezifische Unterschied: So liegt der Anteil männlicher früher Schulabgänger um knapp vier Prozentpunkte über dem der weiblichen.

Die Bedeutung und Problematik des Phänomens Analphabetismus gewinnt weltweit immer mehr an Beachtung. Ein gesonderter explorativer Exkurs liefert diesbezüglich erste Erkenntnisse über die Situation in den Teilregionen der Großregion. Darüber hinaus zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studien und das voraussichtlich deutliche Verfehlen des im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten Bildungsbenchmarks, dass in diesem Bereich weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht.

► **Bildungsbeteiligung**

Mit Blick auf die Bildungsbeteiligung nahmen im Jahr 2008 in der Großregion durchschnittlich über 96% der 4-Jährigen an Vorschulbildungsmaßnahmen teil. Das EU-Ziel von mindestens 95% wurde somit bereits zu diesem Zeitpunkt erfüllt – was auf europäischer Ebene noch nicht erreicht wurde (EU-27: 90,1%). Gut 43% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren waren in Bildungsgängen der Sekundarstufe II und im postsekundären, nichttertiären Bereich eingeschrieben. Der Prozentsatz der 20- bis 24-Jährigen, die im Jahr 2008 an Hochschulbildungsgängen teilnahmen lag mit durchschnittlich 50% deutlich unter dem EU-Mittel (60%).

Unter dem europäischen Durchschnitt lag ebenso die Beteiligung der Erwachsenenbevölkerung am lebenslangen Lernen. Mit einem Anteil von 6,5% in der Großregion und einem Wert von 9,3% in der EU-15 bzw. 10,7% in der EU-27 wurde die Zielvorgabe des Europäischen Rates (12,5%) nicht erfüllt. Betrachtet man die Personen in Weiterbildungsmaßnahmen nach ihrem Erwerbsstatus (als Exkurs behandelt), zeigt sich, dass die Teilnahmerate von Erwerbs-

tätigen im Vergleich mit Arbeitslosen und erwachsenen Nichterwerbspersonen, am höchsten ist. Dies geht einher mit deren Anteil an der jeweiligen Bevölkerung.

Kapitel 5: Lebensbedingungen

Zur Frage der Messung von Lebensbedingungen, Wohlstand und Wohlbefinden der Bevölkerung hat sich in jüngster Zeit eine lebhafte Debatte entzündet, die sich jenseits klassischer Wirtschaftsindikatoren mit alternativen Konzepten für die Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung für eine moderne Gesellschaft beschäftigt. Auch auf Ebene der Großregion wurden Initiativen gestartet, die Möglichkeiten der Messung von gesellschaftlichem Fortschritt und Wohlbefinden in einer langfristigen Perspektive erarbeiten wollen und sich darüber hinaus mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung auf Basis eines geeigneten Indikatorenkatalogs beschäftigen. Da die Ergebnisse dieser noch laufenden Projekte derzeit noch nicht zur Verfügung stehen und ergänzende Indikatoren sozialer und ökologischer Art durch die vorhandene Datenlage in der Großregion bislang kaum abgedeckt werden, wurde zur Behandlung des Themas Lebensbedingungen auch im Sinne der Kontinuität der Berichterstattung weiterhin auf vorwiegend materielle Indikatoren zurückgegriffen. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Betrachtung der Einkommenssituation, die über die bisherigen, mit Blick auf die vorgenommenen Auswertungen gleichwohl erweiterten Indikatoren des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und der Arbeitnehmerentgelte hinaus erstmals auch einen Blick auf die Unternehmensgewinne wirft und zusätzlich Exkurse zu den Themen „Armut und soziale Ausgrenzung“ sowie „Mindestlöhne“ anbietet. Daneben erfolgte weiterhin die Betrachtung der Entwicklung von Verbraucher- und Immobilienpreisen, wobei letztere um Ausführungen zur grenzüberschreitenden Wohnortmobilität ergänzt wurde.

► Haushaltseinkommen

In der Großregion belief sich im Jahr 2007 das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (ohne Luxemburg) auf insgesamt 188,8 Milliarden Euro. Jedem Einwohner und jeder Einwohnerin gleich welchen Alters standen somit rein statistisch betrachtet durchschnittlich 17.363 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung – etwas mehr als im Durchschnitt der EU-15 (ohne Luxemburg), wo das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 im rechnerischen Mittel bei 17.296 Euro lag. Innerhalb der Großregion streuen die Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte jedoch beträchtlich. Die Spannweite reicht von 18.543 Euro je Einwohner im Saarland über 17.989 Euro in Lothringen bis hin zu 15.873 Euro in der Wallonie bzw. 15.146 Euro in der DG Belgien – Durchschnittswerte, die auf kleinräumiger Ebene nochmals beträchtlich variieren und hinter denen sich auch erhebliche Umverteilungsprozesse zwischen Haushalten wie Regionen verbergen (als Exkurs behandelt). Deutliche Unterschiede zeigen sich ebenso im Hinblick auf die Entwicklungsdynamik. Übergreifend bleibt hier zunächst festzuhalten, dass das Pro-Kopf-Einkommen in der Großregion insgesamt (ohne Luxemburg) seit dem Jahr 2000 weniger stark zugenommen hat als auf europäischer Ebene. Ursächlich hierfür sind vor allem die nur unterdurchschnittlichen Steigerungsraten im Saarland, in der Wallonie sowie insbesondere in Rheinland-Pfalz, während lediglich die Menschen in Lothringen eine deutliche Verbesserung ihrer nominalen wie realen Einkommenssituation erfahren haben.

► Exkurs Armut und soziale Ausgrenzung

Armut und soziale Ausgrenzung stellen trotz vieler Bemühungen zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in der Europäischen Union und in den Ländern der Großregion noch immer ein großes Problem dar. Um das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut zu sensibilisieren und die Wahrnehmung für deren Ursachen und Auswirkungen zu schärfen, hat die Europäische Union die Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu einem ihrer zentralen Ziele erklärt und für 2010 das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. Vor diesem Hintergrund sollte im Rahmen eines explorativen Exkurses verfügbares und interregional vergleichbares Datenmaterial zum Ausmaß der Armutsgefährdung in den Teilgebieten der Großregionen recherchiert und in Form von ersten Erkenntnissen zusammengestellt werden.

Zentraler Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut ist die so genannte „Armutsgefährdungsquote“. Sie wird gemäß dem Standard der EU definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung beträgt. Auf Ebene der europäischen Mitgliedstaaten wird dieser Indikator im Rahmen der EU-weit vergleichbaren Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU-SILC) erhoben. Regional differenzierte Auswertungen sind hier nur bei hinreichend großen Stichprobenumfängen möglich. Neben Luxemburg werden so lediglich für die Wallonie (vorsichtig zu interpretierende) regionale Ergebnisse aus der EU-SILC ausgewiesen. Für die übrigen Teilgebiete musste dagegen auf andere, jeweils regional vorliegende Erhebungen zurückgegriffen werden.

In der EU lag nach den Ergebnissen der EU-SILC 2008 im Einkommensreferenzjahr 2007 die Armutsgefährdungsquote bei 16,5% der Bevölkerung. Die Situation stellte sich in den Ländern der Großregion etwas günstiger dar, wobei das Armutsrisiko in Frankreich und Luxemburg ein wenig geringer ausfiel als in Belgien und Deutschland. Mit Blick auf die Teilregionen des Kooperationsraums waren die Menschen überall in einem höheren Maße armutsgefährdet als im Mittel des jeweiligen Nationalstaats. Einzig Rheinland-Pfalz weicht geringfügig von diesem Muster ab. In allen Gebieten war zu beobachten, dass die weibliche Bevölkerung stärker armutsgefährdet ist als die männliche. Einem erhöhten Armutsrisiko sind zudem junge Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche ausgesetzt, deren Quoten meist – und zum Teil deutlich – über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lagen. Uneinheitlicher stellte sich demgegenüber die Einkommenssituation der Älteren ab 65 Jahren dar: Während auf europäischer Ebene sowie in Belgien, in der Wallonie und in Rheinland-Pfalz die Senioren stärker armutsgefährdet waren als die Bevölkerung insgesamt, lagen die entsprechenden Quoten in allen anderen hier betrachteten Gebieten jeweils darunter – Luxemburg wies hier sogar weit unterdurchschnittliche Werte aus. Über alle Regionen und Bevölkerungsgruppen hinweg waren die Alleinerziehenden und Erwerbslosen am stärksten armutsgefährdet. Erwerbstätigkeit vermindert zwar deutlich das Armutsrisiko, gleichwohl ist der Anteil derer, die trotz Arbeit von Armut bedroht sind, beachtlich und zudem je nach Land sehr unterschiedlich: Die Quoten der so genannten „Working Poor“ bewegten sich zwischen 9,4% in Luxemburg und 4,8% in Belgien, wobei auf regionaler Ebene mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz die Werte durchgängig über dem jeweiligen nationalen Mittel lagen.

► Arbeitnehmerentgelte und Unternehmensgewinne

Das Arbeitnehmerentgelt lag im Jahr 2007 in der Großregion bei durchschnittlich 36.800 Euro pro Kopf und war damit etwas höher als in der EU-15 (rund 36.400 Euro). Wie schon beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gab es auch hier große interregionale Unterschiede – zwischen wie innerhalb der einzelnen Teilgebiete. Auf Ebene der Regionen erzielten die in Luxemburg beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchschnittlich 51.800 Euro ein Pro-Kopf-Einkommen, das nicht nur im Kooperationsraum, sondern auch europaweit unerreicht ist. Über dem europäischen Niveau (EU-15) lagen ebenso die Wallonie und Lothringen (knapp 41.300 bzw. 36.800 Euro). Merklich weniger erhielten demgegenüber die Arbeitnehmer im Saarland und in Rheinland-Pfalz mit einem Pro-Kopf-Entgelt in Höhe von durchschnittlich 33.100 bzw. 32.400 Euro. Sowohl in den deutschen Regionen als auch in der Wallonie und in Lothringen fallen dabei die Arbeitnehmerentgelte geringer aus als im jeweiligen nationalen Mittel. Die deutlichen Differenzen in der Höhe der 2007 jahresdurchschnittlich gezahlten Arbeitnehmerentgelte zwischen den einzelnen Regionen und Gebietseinheiten erklären sich zu einem großen Teil aus den regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und den erheblichen Verdienstspannen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In der Großregion insgesamt werden so nach wie vor die höchsten Arbeitnehmerentgelte in der Industrie gezahlt, während die im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den niedrigsten Pro-Kopf-Entgelten auskommen müssen – ein Muster, das je nach Teilregion aber merklich variieren kann.

Seit der Jahrtausendwende hat sich das Arbeitnehmerentgelt in der Großregion im Schnitt um knapp 4.600 Euro je Arbeitnehmer oder 14% erhöht. Diese im europäischen Vergleich nur mäßige Steigerung ist vor allem zurückzuführen auf die Entwicklungen im Saarland und in Rheinland-Pfalz, die mit einer Erhöhung von lediglich 7,2 bzw. 4,8% beträchtlich hinter den anderen Teilregionen zurückblieben. Demgegenüber weisen alle anderen Teilräume erheblich höhere Zuwachsraten auf, wobei Luxemburg mit einem Plus von fast einem Viertel klarer Spitzenreiter ist. In der Branchenbetrachtung haben der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen sowie – mit etwas Abstand – die Industrie am stärksten zugelegt, während die Entwicklung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern sowie im Baugewerbe nur unterdurchschnittlich ausfiel.

In der Gegenüberstellung der nominalen Entwicklung von Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt und Unternehmensgewinn seit 1996 zeigt sich für die Großregion insgesamt, dass der Produktionsfaktor Kapital stärker als der Produktionsfaktor Arbeit von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt profitieren konnte: Im Jahresvergleich 2007 gegenüber 1996 nahm die Bruttowertschöpfung um 41,3% zu. Im gleichen Zeitraum war beim Arbeitnehmerentgelt in der Summe ein Plus von 35,7% zu verzeichnen, während sich parallel der Unternehmensgewinn mit einem Zuwachs von 49,1% deutlich stärker erhöhte. Mit Ausnahme der Wallonie und Lothringens ist diese Grundtendenz in allen Teilregionen wie auch auf europäischer Ebene zu beobachten – bei allerdings deutlichen Abweichungen in der Entwicklungsdynamik beider Komponenten.

Lohnerhöhungen führen für die Arbeitnehmer und ihre Familien nur dann zu einer Steigerung der Kaufkraft, wenn die Erhöhung der Nominallöhne größer ist als der Anstieg der Verbrau-

cherpreise. Anders als in Luxemburg, Lothringen und der Wallonie, wo auch die jahresdurchschnittliche Entwicklung der um die Preisentwicklung bereinigten Reallöhne von 2000-2007 positiv verlief, mussten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden deutschen Regionen reale Einkommenseinbußen verzeichnen. Haben die Reallöhne hier in den Jahren 2000 bis 2003 noch leicht zugelegt, so gingen sie seit 2004, d.h. in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, zurück. Dieser Trend zeigt sich ebenfalls auf nationaler Ebene, was gerade aktuell auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund der Eurokrise zu einer teils heftig geführten Debatte um die lohnpolitische Sonderrolle Deutschlands und die generelle Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung geführt hat. In diesem Kontext werden so auch immer mehr Stimmen laut, die neben Lohnsteigerungen zur Ausschöpfung des Verteilungsspielraums verstärkt die Einführung eines gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohnes in Deutschland fordern, um das Ausfransen der Löhne nach unten zu begrenzen sowie den privaten Konsum und damit die gesamte Binnenwirtschaft zu stärken.

► Exkurs Mindestlöhne

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne sind in den meisten europäischen Ländern ein Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Regulierung des Arbeitsmarktes. So besitzen innerhalb der EU 20 von 27 Mitgliedstaaten einen allgemeinen, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, darunter auch Belgien, Frankreich und Luxemburg. Die Situation in Deutschland kennzeichnet sich durch verschiedene Formen branchenbezogener tariflicher Mindestlöhne. Das Hauptinstrument zu deren Durchsetzung ist das „Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ (AEntG).

Im Allgemeinen lässt sich der Begriff Mindestlohn definieren als ein Schwellenwert für nominale Arbeitsentgelte, der vom Arbeitgeber nicht unterschritten werden darf. Prinzipiell kann die festgelegte Lohnuntergrenze für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. Es ist aber auch möglich, dass ein Mindestlohn nur für einzelne Branchen oder Berufszweige gilt oder dass die Regelungen Ausnahmen beinhalten (beispielsweise für Jugendliche oder Auszubildende). In Frankreich, Belgien und Luxemburg sind jeweils zwei Typen von Lohnuntergrenzen vorhanden – neben den gesetzlichen Mindestlöhnen existieren allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Auch bei der Festlegung und der Anpassung der Mindestlohnsätze gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen: Es lässt sich zwischen dem Konsultationsmodell, dem Verhandlungsmodell und dem Indexierungsmodell unterscheiden. In allen drei hier betrachteten Ländern ist eine automatische Indexierung der Mindestlöhne vorhanden. In Belgien und Luxemburg wird die Höhe des Mindestlohns an die Preissteigerungsrate angepasst, in Frankreich zusätzlich an die Hälfte des durchschnittlichen Lohnanstiegs. Durch diese Verfahren ist der Mindestlohn 2009 in Luxemburg um 2,5% gestiegen, während in Belgien keine Anpassung stattgefunden hat, da hier die Verbraucherpreise nur einen sehr geringen Anstieg zu verzeichnen hatten. In Frankreich wurde der Mindestlohn um 1,7% erhöht, was die geringste nominale Steigerung seit mehr als zehn Jahren bedeutet.

Bei der Betrachtung der vorhandenen Mindestlöhne innerhalb der EU ist eine starke Streuung der Mindestlohnhöhe zwischen den Ländern zu erkennen, die sich zwischen 9,73 Euro (Luxemburg) und 0,71 Euro (Bulgarien) bewegt. Neben dem Großherzogtum befinden sich sowohl Frankreich als auch Belgien in der Spitzengruppe (8,86 bzw. 8,41 Euro pro Stunde).

Auch bei dem Anteil der Beschäftigten, die Mindestlöhne beziehen, ist eine starke Schwankung zu beobachten, wobei Frankreich (16,8%) und Luxemburg (11%) überdurchschnittliche Betroffenheitsraten aufweisen. Für Belgien ist leider keine aktuelle Zahl vorhanden, es lässt sich lediglich auf das Jahr 1996 verweisen: Hier zeigt Belgien eine relativ niedrige Betroffenheit von ca. 4%. Würde man sich in Deutschland bei der Ausgestaltung einer Lohnuntergrenze an einen großregionalen Durchschnittsmindestlohn orientieren, läge dieser bei 9,00 Euro. Aus vorliegenden Analysen eines deutschen Instituts geht hervor, dass im Jahr 2008 mehr als 5,8 Millionen Menschen (ca. 18,4%) in Deutschland zu einem Lohn von unter 8,50 Euro pro Stunde beschäftigt waren. Die Betroffenheitsrate bei einem Mindestlohn von 9,00 Euro würde demnach wohl überdurchschnittlich hoch liegen.

► **Verbraucherpreisentwicklung**

Die Entwicklung der Verbraucherpreise für die Gesamtlebenshaltung ist in den Regionen des Kooperationsraums in den letzten Jahren zum Teil kräftig gestiegen. Insbesondere 2008 war ein Jahr der Extreme, zurückzuführen auf die massiven Preissteigerungen auf den weltweiten Rohstoffmärkten im ersten Halbjahr. Im Sommer 2008 entspannte sich die Situation an den internationalen Rohstoffbörsen und zum Jahresende zeigten sich überall wieder deutlich gesunkene Teuerungsraten. In allen Regionen des Kooperationsraums setzte sich dieser Trend fort. Die Preise pendelten sich im Jahr 2009 auf dem hohen Vorjahresniveau ein, so dass die massiv gestiegenen Preise aus dem Jahr 2008 sich weiterhin in den Geldbeuteln der Verbraucher bemerkbar machten. Insbesondere die Preissteigerungen der Energiekosten in den vergangenen Jahren waren für die Verbraucher deutlich zu spüren. Aber auch für Nahrungsmittel musste in allen Regionen tiefer in die Tasche gegriffen werden. Billiger geworden sind dagegen vor allem Geräte der Informationsverarbeitung, Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik sowie Foto- und Filmausrüstungen. Da gerade diese Produkte im Alltag allerdings seltener gekauft werden, machten sich die Preisrückgänge in der Wahrnehmung der Verbraucher deutlich weniger bemerkbar als die Teuerungen bei den Gütern des täglichen Bedarfs. Vor allem Familien mit niedrigem Einkommen und mehreren Kindern wurden somit von den gestiegenen Preisen im Jahresdurchschnitt 2008 belastet und die „gefühlte“ Inflation lag für sie höher als die tatsächliche Teuerung. Im Jahr 2009 wurden in vielen Bereichen die hohen Preissteigerungen des Jahres 2008 wieder zurückgenommen. Im starken Maße betraf dies die Preise für Nahrungsmittel und Energie. Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitierten damit in Zeiten der Wirtschaftskrise von extrem niedrigen Teuerungsraten, so dass die „gefühlte“ Inflationsrate nicht erheblich von der tatsächlichen abweichen sollte.

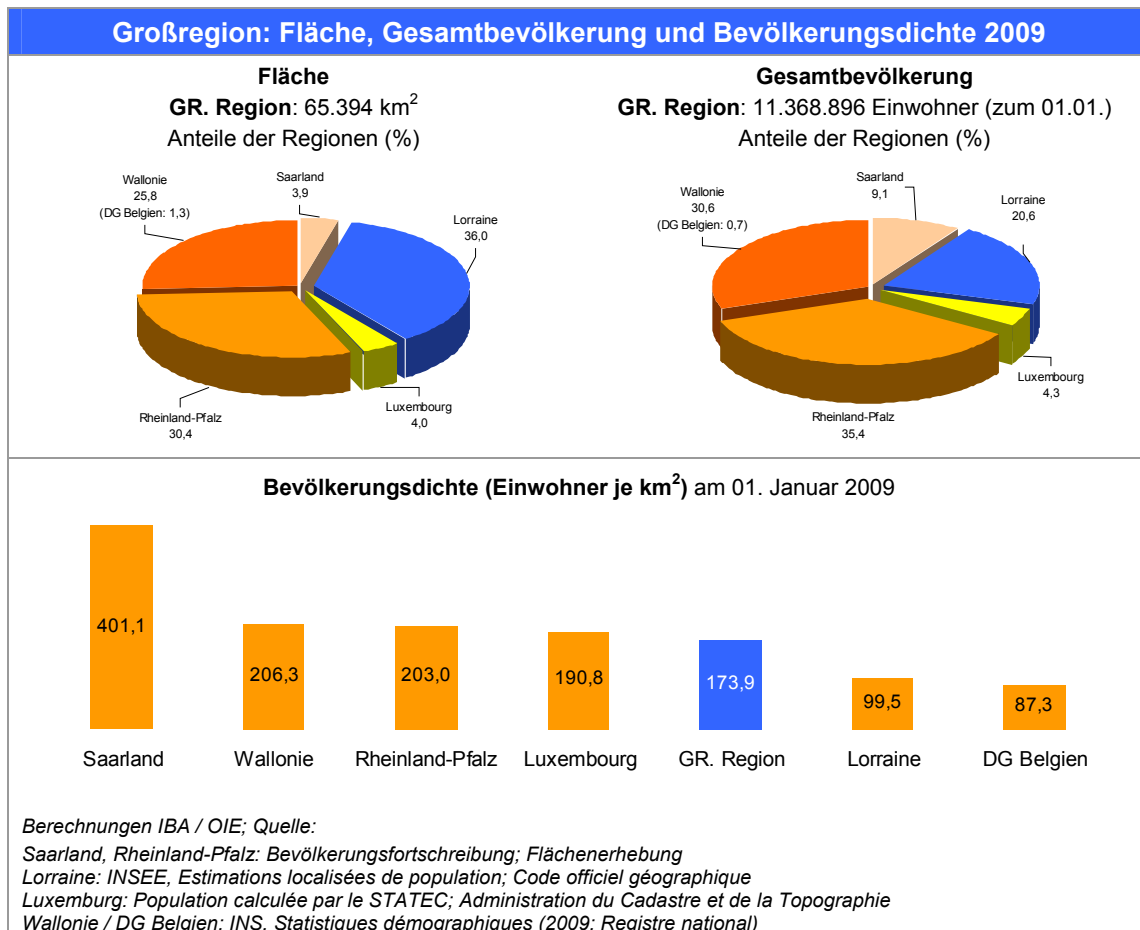
► **Immobilienpreise und grenzüberschreitende Wohnortmobilität**

Die verfügbaren Daten zu den Immobilien- und Mietpreisen in der Großregion machen ein Gefälle bei den Wohnimmobilien zwischen den einzelnen Regionen deutlich. Aufgrund der nur sehr heterogenen Datenlage ließen sich hier nur tendenzielle Entwicklungen aufzeigen. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass die in Luxemburg angesetzten Preise weit über das Niveau in den übrigen Teilregionen hinausgehen. Nach dem in den vergangenen Jahren ein Anstieg der Immobilienpreise zu verzeichnen war, zeigt sich nun eine Stagnation mit leichter Tendenz zu sinkenden Preisen. Je nach Region fallen die Unterschiede mehr oder weniger deutlich aus.

Die Entwicklungen der Immobiliensituation in der Großregion stehen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft und Attraktivität der Teilregionen. Besonders im Einzugsbereich des luxemburgischen Arbeitsmarktes sind die Immobilienpreise in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Aufgrund der stetig anwachsenden Migrations- und Pendlerströme kam es im Land selbst wie auch in den umliegenden Gebieten zu kontinuierlich steigenden Einwohnerzahlen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass auch immer mehr Luxemburgerinnen und Luxemburger in die an das Großherzogtum angrenzenden Teilregionen umziehen. Als Gründe für den Wohnortwechsel werden meist die günstigeren Immobilienpreise jenseits der Grenze genannt. Das Phänomen der atypischen Grenzgänger ist schon seit längerem zwischen den deutschen und französischen Teilgebieten der Großregion zu beobachten. Zwischen 2000 und 2008 wuchs ihre Zahl um 20%. Problematisch ist hier oft die Integration, da die Deutschen hauptsächlich in kommunalen Lotissements angesiedelt sind. Leben und arbeiten jenseits der Grenzen ist im Laufe der letzten Jahre immer mehr zur alltäglichen Normalität vieler Menschen in der Großregion geworden. Unterschiedliche Mentalitäten und Lebensweisen stellen die Regionen hier vor integrative und strukturelle Herausforderungen.

1. Gebiet und Bevölkerung

Die Großregion setzt sich zusammen aus den beiden deutschen Bundesländern Saarland und Rheinland-Pfalz, dem Großherzogtum Luxemburg, der französischen Region Lothringen und der belgischen, bundesstaatlich eigenständigen Region Wallonie mit ihren beiden Sprachgemeinschaften (Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens). Geographisch liegt sie im Herzen des historischen Zentrum Europas zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Basel/Mulhouse und Paris. Mit einer Gesamtfläche von 65.400 km² und rund 11,4 Millionen Einwohnern² umfasst der Kooperationsraum rund 1,6% des Gebietes der 27 EU-Mitgliedstaaten und stellt europaweit 2,3% der Bevölkerung.

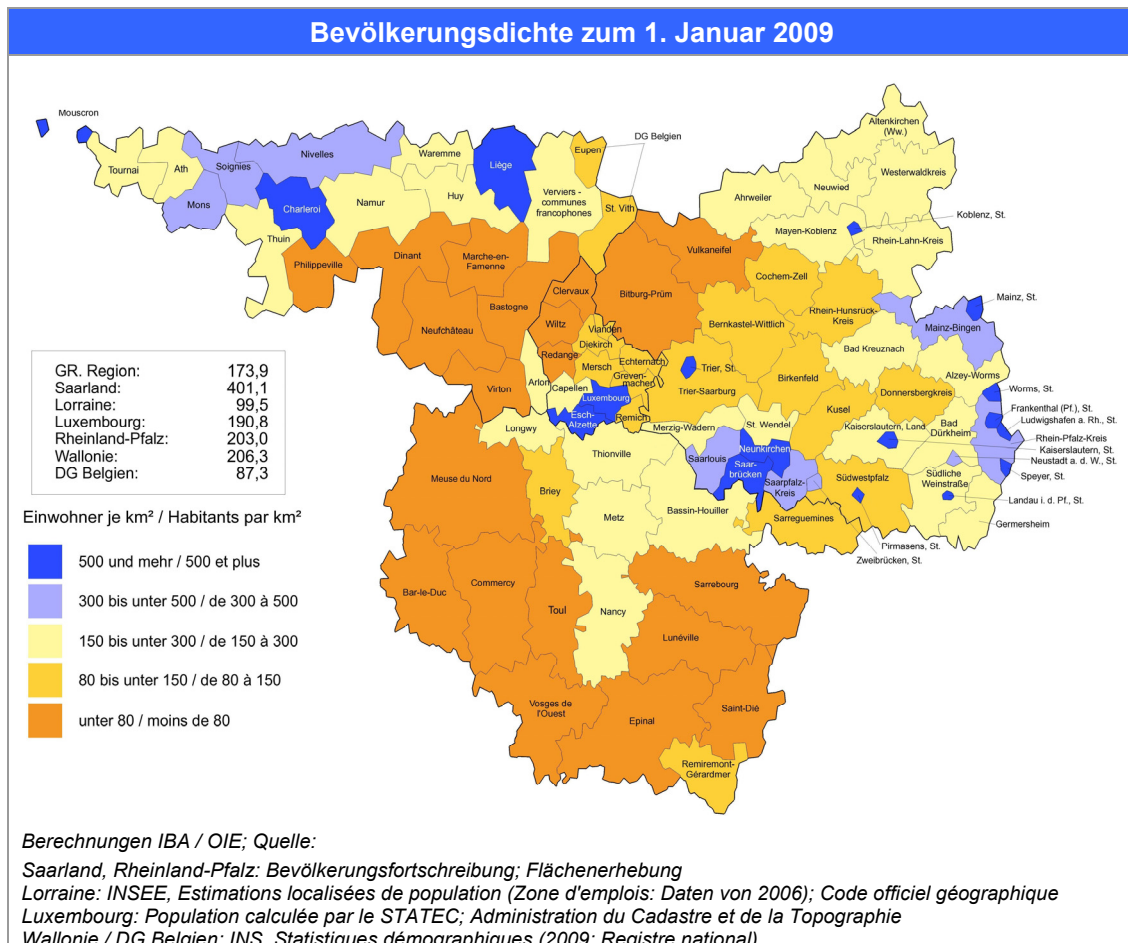


Die Bevölkerungsdichte liegt derzeit bei 173,9 Einwohnern je km². Neben den dicht besiedelten Räumen im Osten von Rheinland-Pfalz entlang der Rheinschiene sowie im nördlichen Teil der Wallonie konzentriert sich die Bevölkerung der Großregion vor allem auf ein länderübergreifendes Kerngebiet, das alle Teilräume sowie wichtige wirtschaftliche Schwer-

² Wegen einer Umstellung der Bevölkerungsstatistik in Belgien, die landesweit für Aufsehen sorgt, waren für die Wallonie und die DG Belgien zum Zeitpunkt der Berichterstellung keine Bevölkerungszahlen für 2009 zu erhalten – ein Umstand, der sich natürlich auch auf die Daten zur Bevölkerungsstruktur und -bewegung auswirkte. Um dennoch zumindest mit Blick auf die Gesamtbevölkerung eine erste Aktualisierung vornehmen zu können, wurde daher ersatzweise auf die Daten des Nationalregisters zurückgegriffen. Sowohl für die Großregion insgesamt als auch für die Wallonie und die DG Belgien sind die nachfolgend ausgewiesenen Bevölkerungszahlen jedoch als vorläufig anzusehen.

punkte des Kooperationsraums umfasst: Es reicht von Nancy über Metz, Thionville und Longwy bis Arlon, Esch-sur-Alzette, Luxemburg und von Trier über die Städte der Westpfalz bis ins Saarland, um hier wieder an die lothringischen Gebiete anzuschließen. Umgeben wird dieser verdichtete Kernraum von einem ausgedehnten Grüngürtel eher ländlich strukturierter, schwach besiedelter Gebiete mit vielfältigen Naturräumen und Kulturlandschaften.

Mit über vier Millionen Menschen auf einer Fläche von 19.847 km² ist **Rheinland-Pfalz** das bevölkerungsreichste Teilgebiet mit dem zweitgrößten Territorium im Kooperationsraum. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der Großregion lebt in diesem deutschen Bundesland, das rund 30% ihrer Gesamtfläche umfasst. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 203 Einwohnern je km², verteilt sich aber regional sehr unterschiedlich. Die dicht besiedelten Regionen konzentrieren sich um die größeren Städte und hier vor allem im östlichen Teil des Landes entlang der Rheinschiene. Absolute Spitzenreiter sind Ludwigshafen und Mainz, die mit einer Bevölkerungsdichte von jeweils über 2.000 Einwohnern pro km² mit weitem Abstand die am dichtesten besiedelten Gebiete der Großregion darstellen. Mit mehr als 1.000 Einwohnern je km² folgen Speyer, Frankenthal und Koblenz. In diesen Regionen entlang des Rheins liegen wichtige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes, die sich zudem im Einflussbereich der großen Ballungszentren benachbarter Bundesländer befinden (Köln-Bonn, Rhein-Main, Rhein-Neckar). Dünn besiedelt sind dagegen Teile der Westpfalz an den Grenzen zum Saarland und zu Frankreich sowie die ländlichen Räume Hunsrück und Eifel.



Die **Wallonie** stellt mit ihren knapp 3,5 Millionen Einwohnern auf 16.844 km² rund 31% der Bevölkerung und ein Viertel der Gesamtfläche der Großregion. Die Bevölkerungsdichte liegt mit 206,3 Einwohnern je km² knapp über der von Rheinland-Pfalz. Die Ballungsräume und dicht besiedelten Gebiete befinden sich vor allem im nördlichen Teil der Wallonie und hier insbesondere in den Wirtschaftszentren Charleroi und Liège (764 bzw. 753 Einwohner je km²). Sehr viel stärker ländlich strukturiert ist dagegen der Süden der belgischen Region, wobei das an Luxemburg angrenzende Arrondissement Bastogne mit 42,7 Einwohnern je km² die geringste Bevölkerungsdichte aufweist. Dünn besiedelt ist ebenso die **DG Belgien**. Anfang 2009 lebten hier rund 74.600 Menschen auf einer Fläche von 854 km², was einer Bevölkerungsdichte von 87,3 Einwohnern je km² entspricht. Am dichtesten besiedelt ist der nördliche Kanton Eupen, in dem rund 60% der Bevölkerung der DG ihren Wohnsitz haben und sich zugleich die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Region befinden.

Lothringen besitzt mit einer Fläche von 23.547 km² das bei weitem größte Territorium der Großregion (36% der Gesamtfläche), stellt aber mit derzeit rund 2,3 Millionen Einwohnern nur gut ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerungsdichte beträgt 99,5 Einwohner je km². Somit ist Lothringen neben der DG Belgien die am geringsten besiedelte Region im Kooperationsraum. Ähnlich wie in der Wallonie und in Rheinland-Pfalz zeigen sich hier jedoch regional sehr unterschiedliche Verteilungen. Während die Départements Meuse und Vosges mit 31 bzw. 65 Einwohnern je km² eine sehr stark ländliche Struktur aufweisen, konzentriert sich die lothringische Bevölkerung vor allem in den urbanen Räumen und Wirtschaftszentren der Départements Meurthe-et-Moselle und Moselle. Die höchste Bevölkerungsdichte erreicht dabei der Raum Thionville an der Grenze zu Luxemburg (299 Einwohner je km²), gefolgt von Nancy und Metz (277 bzw. 239 Einwohner je km²).

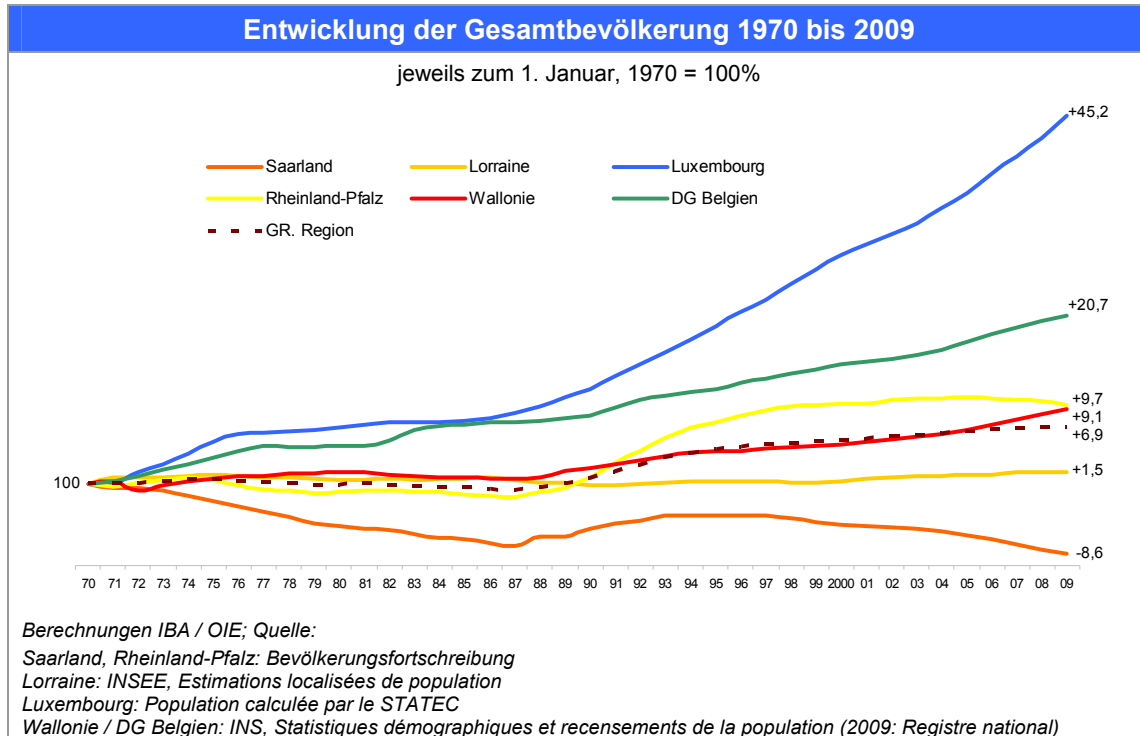
Der im Zentrum der Großregion gelegene Nationalstaat **Luxemburg** stellt mit seinen 493.500 Einwohnern auf einer Fläche von 2.586 km² jeweils rund 4% der Bevölkerung und Gesamtfläche der Großregion. Die Bevölkerungsdichte bewegt sich derzeit bei 190,8 Einwohnern je km². Die Ballungsräume und wichtigen Wirtschaftsstandorte liegen im Zentrum und im Süden des Landes, wobei die Kantone Esch und Luxemburg mit Abstand am dichtesten besiedelt sind (612,5 bzw. 602,6 Einwohner je km²). Große Gebiete mit relativ wenigen Bewohnern liegen dagegen vor allem im ländlich geprägten Norden des Großherzogtums.

Auf das **Saarland** entfallen mit rund 1 Million Menschen auf 2.569 km² rund 9% der Bevölkerung und knapp 4% der Fläche der Großregion. Die Fläche des Saarlandes ist somit nur unwesentlich kleiner als die des benachbarten Luxemburgs, allerdings leben hier mehr als doppelt so viele Menschen. Mit 401,1 Einwohnern je km² ist das deutsche Bundesland daher auch die mit Abstand am dichtesten besiedelte Teilregion im Kooperationsraum. Die Ballungsräume liegen insbesondere im südlichen Teil des Landes, wobei der Regionalverband Saarbrücken mit 817,5 Einwohner je km² klar an der Spitze liegt.

Bevölkerungsdynamik in der Großregion schwächer als auf europäischer Ebene

Mit einer Gesamtbevölkerung von fast 11,4 Millionen lebten in der Großregion Anfang 2009 rund 739.000 Menschen mehr als 1970 (+6,9%). Dieses Wachstum wurde getragen vom Bevölkerungsanstieg in Luxemburg, Rheinland-Pfalz und der Wallonie (hier auch der DG Belgien), während die Einwohnerzahl in Lothringen mehr oder minder stagniert und im Saar-

land rückläufig ist. Verglichen mit der Entwicklung auf dem Gebiet der heutigen EU-27 (ohne Tabelle), wo im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 14,8% zu verzeichnen ist, fällt die Bevölkerungsdynamik im Kooperationsraum insgesamt deutlich schwächer aus. Lediglich Luxemburg, dessen Einwohnerzahl aufgrund der hohen Zuwanderung seit 1970 um 45% angestiegen ist, zeigt einen weit überdurchschnittlichen Aufwärtstrend, der auch heute noch ungebrochen ist.



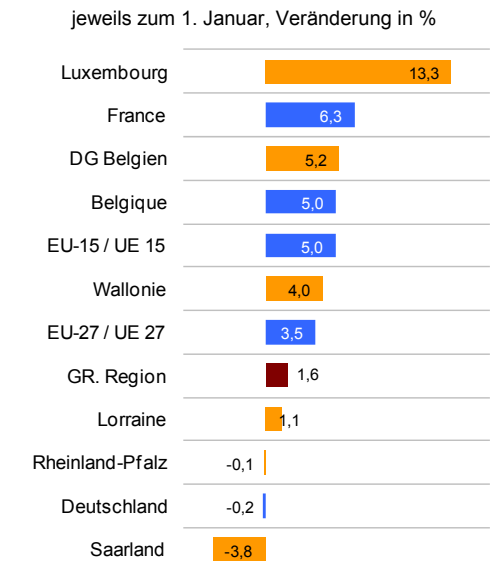
Seit Ende der 1990er Jahre merkliche Verlangsamung der Zuwachsraten

In der Großregion insgesamt hat sich das Bevölkerungswachstum nach der Hochphase zwischen 1987 und 1997 seit Ende der 1990er Jahre merklich verlangsamt. Dies verdeutlicht der Blick auf die Entwicklung seit der Jahrtausendwende: Von 2000 bis 2009 konnte nur noch ein Zuwachs um 175.300 Einwohner bzw. 1,6% erzielt werden, was erneut merklich unter dem europäischen Mittel lag. Dort stieg die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 3,5 (EU-27) bzw. 5,0% (EU-15). Grund für die nur unterdurchschnittliche Dynamik in der Großregion ist ein nachhaltiger Rückgang des natürlichen Wachstums, da Jahr für Jahr immer weniger Kinder geboren werden. Seit 2002 übersteigt die Zahl der Sterbefälle sogar die der Geburten, so dass es seitdem zu einer natürlichen Abnahme der Bevölkerung im Kooperationsraum kommt. Die dennoch positive Gesamtbilanz beruht daher wesentlich auf Wandergewinnen, die bereits seit Ende der 1980er Jahre die wichtigste Komponente des Bevölkerungswachstums in der Großregion darstellen.

Sehr unterschiedliche Bevölkerungstrends in den Teilregionen

In den einzelnen Teilgebieten verlief die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich: Seit der Jahrtausendwende verzeichneten insbesondere Luxemburg (+13,3%) sowie die DG Belgien (+5,2%) und die Wallonie (+4,0%) eine stabile – und im Falle des Großherzogtums sogar weit überdurchschnittliche – Zunahme der Bevölkerung, die sich in allen drei Regionen seit 2004 sogar verstärkte. Luxemburg weist dabei sowohl beim Migrationssaldo als auch beim natürlichen Wachstum die mit Abstand beste Bilanz in der Großregion auf. Demgegenüber sorgen in der Wallonie und in der DG Belgien vor allem Wandergewinne für eine weiterhin wachsende Einwohnerzahl, während der natürliche Saldo wesentlich schwächer ausfällt und in der DG Belgien seit 2003 sogar mit einem negativen Vorzeichen versehen ist. Eine nur mäßige Wachstumsdynamik war in Lothringen mit einem Plus von 1,1% zu beobachten. Die französische Region verbucht zwar nach wie vor einen deutlichen Geburtenüberschuss, der im Kooperationsraum nur von Luxemburg übertroffen wird. Dafür zeigen sich jedoch bei den Wanderungen³ stetige und im interregionalen Vergleich auch überdurchschnittlich hohe Verluste, die aufgrund der positiven natürlichen Bilanz aber immer noch kompensiert werden. Deutlich anders stellt sich demgegenüber die Situation in den beiden deutschen Teilgebieten dar, die als einzige Regionen des Kooperationsraums im Betrachtungszeitraum von 2000 bis 2009 mit schrumpfenden Einwohnerzahlen konfrontiert waren. Rheinland-Pfalz verzeichnete dabei bis Anfang 2005 stets einen Zuwanderungsgewinn, der das chronische Geburtendefizit immer abfedern konnte. Seitdem hat der Wanderungssaldo jedoch stark abgenommen – bei einem gleichzeitigen Anstieg der negativen Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In der Summe kam es daher im bevölkerungsreichsten Teilgebiet der Großregion Anfang 2006 erstmals zu einem Einwohnerrückgang – eine Trendwende, die sich auch in den Folgejahren fortsetzte. Schrumpfende Bevölkerungszahlen prägen dagegen seit langem die Lage im Saarland, das so auch im Betrachtungszeitraum von 2000 bis 2009 mit einem Minus von 3,8% die schlechteste Bilanz in der Großregion aufweist. Bereits seit 1971 übersteigt hier die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, wobei sich das Minus seit der Jahrtausendwende sogar noch stetig vergrößert hat. Seit 2004 verläuft zudem die bis dato ohnehin schwache Wanderungsbilanz negativ und hat in der Folge den Bevölkerungsschwund an der Saar weiter verschärft.

Bevölkerungsentwicklung 2000-2009



Berechnungen IBA / OIE

Quelle:

Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Bevölkerungsfortschreibung

Lorraine: INSEE, *Estimations localisées de population et Recensements de la population (2006)*

Luxembourg: *Population calculée par le STATEC*

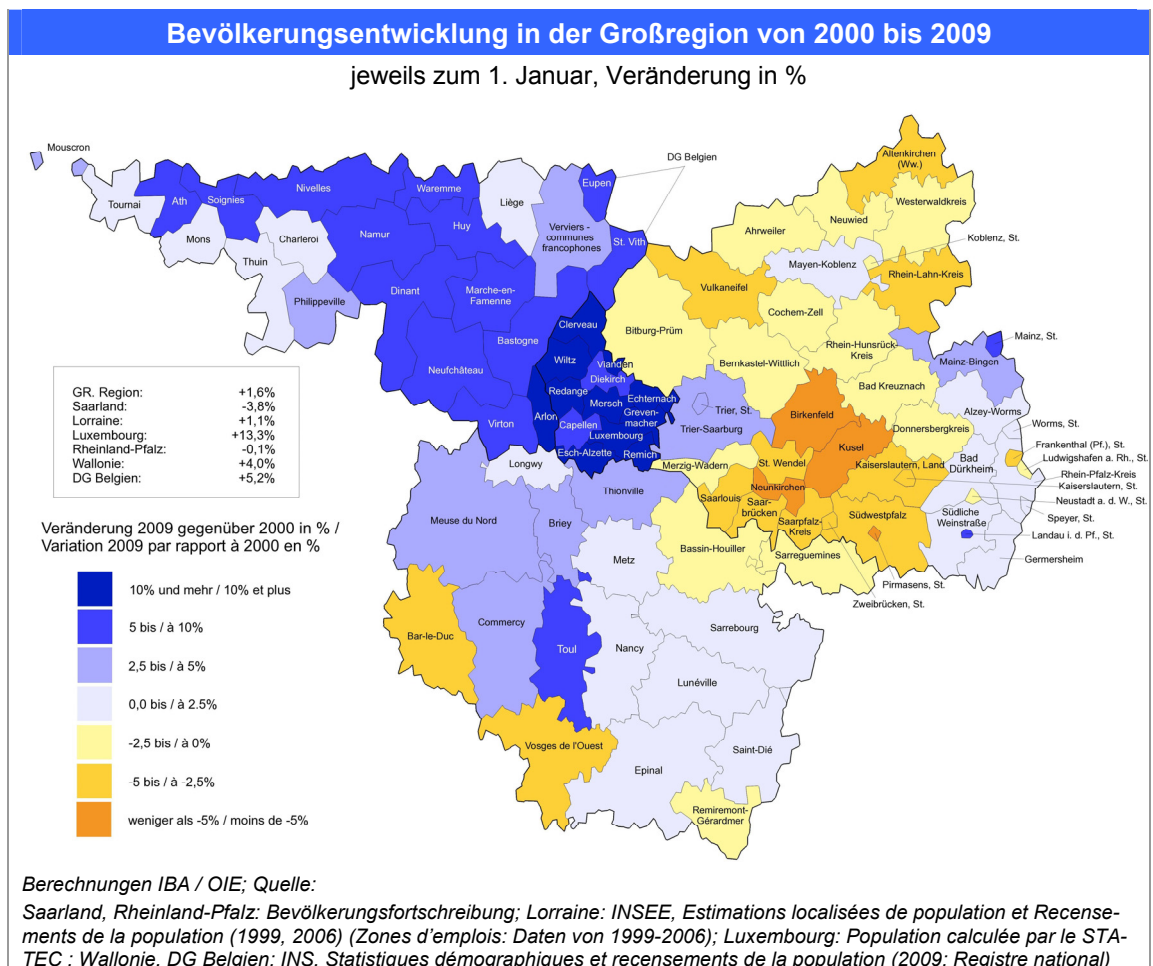
Wallonie, DG Belgien: INS, *Statistiques démographiques et recensements de la population (2009: Registre national)*

EU und Daten von 2009 für Belgien und Frankreich: Eurostat (Schätzung)

³ Genaue Zahlen zu den Wanderungsbewegungen in Lothringen, insbesondere zu den Außenwanderungen, sind nicht verfügbar, sondern lassen sich lediglich aus der Differenz zwischen der Bevölkerungsentwicklung insgesamt und dem natürlichen Saldo ableiten.

Steigende Einwohnerzahlen rund um wirtschaftsstarke Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen

In der kleinräumigen Betrachtung sind die Einwohnerzahlen seit der Jahrtausendwende insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarke Gebiete, in der Nähe der regionalen Oberzentren, rund um die großen Universitätsstandorte an den Rändern der Großregion sowie entlang der zentralen Verkehrsachsen gestiegen. Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für ein deutliches Plus – im Großherzogtum selbst wie auch in vielen angrenzenden Gebieten. Zuwächse weit über dem jeweiligen regionalen Durchschnitt erreichten hier etwa Arlon (+10,5%), der Großraum Trier (insbesondere Stadt Trier sowie Trier-Saarburg mit +4,8 bzw. +2,8%) oder Thionville (+2,7% bis 2006). Auch Merzig-Wadern im Dreiländereck zwischen Luxemburg, Frankreich und Deutschland zeigte – bei einer im Betrachtungszeitraum zwar insgesamt leicht negativen Gesamtbilanz (-0,1%) – eine merklich günstigere Entwicklung als die übrigen saarländischen Landkreise.



In den weniger zentral gelegenen Regionen sowie in wirtschaftlich strukturschwachen Gebieten sind dagegen die Einwohnerzahlen in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich gesunken. Besonders hohe Verluste gab es in Teilen der Westpfalz (insbesondere in Pirmasens und Kusel mit -9,6 bzw. -6,6%), im saarländischen Landkreis Neunkirchen (-5,5%) sowie in Birkenfeld im Hunsrück (-5,5%). Auch das übrige Saarland sowie Gebiete am Mittelrhein, in

der Eifel und in Teilen Lothringens (vor allem Bar-Le-Duc und Vosges-de-l'Ouest) verzeichneten im Betrachtungszeitraum eine schrumpfende Bevölkerung, allerdings nicht ganz so ausgeprägt. In der Wallonie sind die Einwohnerzahlen zwar in allen Arrondissements durchgängig gestiegen, wobei der Zuwachs insbesondere in Mons und Charleroi – der größten Stadt der Großregion – mit einem nur mäßigen Plus von 0,6 bzw. 0,7% aber weit unter dem Durchschnitt der belgischen Region verblieb.

Fortschreitende Alterung der Bevölkerung im Zuge des demographischen Wandels

Weitaus stärker als durch Veränderungen in ihrer Gesamtzahl ist die Bevölkerungsentwicklung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch Verschiebungen in der Altersstruktur gekennzeichnet. Der Geburtenrückgang einerseits und die steigende Lebenserwartung andererseits führen europaweit zu einer dauerhaften Veränderung der Altersstruktur in Richtung höherer Altersjahre. Dieser Alterungsprozess der Bevölkerung ist die eigentliche Herausforderung des demographischen Wandels. Sie kommt zum Ausdruck in einer stetig zunehmenden Zahl älterer Menschen, denen immer weniger Jüngere gegenüberstehen. Dementsprechend verändern sich auch die Relationen zwischen Alt und Jung: So ist auf Ebene der Großregion der Anteil der unter 20-Jährigen zwischen 1990 und 2008 von 24,1 auf nunmehr 22,2% gefallen, während parallel die Altersgruppe der über 60-Jährigen von 20,5 auf 23,2% gestiegen ist. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 59-Jährige)⁴ hat sich aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boom-Generation, die derzeit noch voll im Erwerbsleben steht, nur relativ geringfügig von 55,4 auf 54,5% verringert. Im interregionalen Vergleich sind die beiden deutschen Regionen am stärksten vom Alterungsprozess betroffen, wobei insbesondere das Saarland eine ungünstige Struktur aufweist. Aber auch die anderen Teilregionen im Kooperationsraum, die im Gegensatz zu den beiden deutschen Bundesländern deutlich höhere Geburtenraten verzeichnen, bleiben von der zunehmenden Alterung der Bevölkerung nicht ausgenommen. In allen Regionen wird die Gruppe derer, die sich im Rentenalter befindet, immer größer, während die jüngeren Altersgruppen immer mehr ausdünnen.

Entwicklung der Altersstruktur: Bevölkerung nach Altersgruppen 1990 und 2008 (in %)

Region	Altersgruppen							
	unter 20 Jahren		von 20 bis 59 Jahren		60 Jahre und älter		80 Jahre und älter	
	1990	2008	1990	2008	1990	2008	1990	2008
Saarland	19,7	18,4	58,8	54,9	21,5	26,7	3,6	5,2
Lorraine	29,0	24,1	53,5	54,4	17,5	21,6	3,0	4,6
Luxembourg	23,2	24,1	57,9	57,2	18,9	18,7	3,1	3,4
Rheinland-Pfalz	21,0	20,1	57,1	54,8	21,8	25,1	3,8	5,1
Wallonie	25,7	24,3	53,3	53,9	21,0	21,8	3,4	4,7
DG Belgien	24,4	23,7	56,8	53,6	18,8	22,7	2,9	4,2
GR. Region	24,1	22,2	55,4	54,5	20,5	23,2	3,5	4,8

Berechnungen IBA / OIE; Quelle:

Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxembourg, Wallonie: Statistische Ämter der Großregion (Statistikportal)
Lorraine: Eurostat; DG Belgien: ABEO, WSR

⁴ In der Großregion wird das erwerbsfähige Alter weiterhin in der Abgrenzung von 20 bis (unter) 60 Jahren definiert.

Steigender Alten- und sinkender Jugendquotient

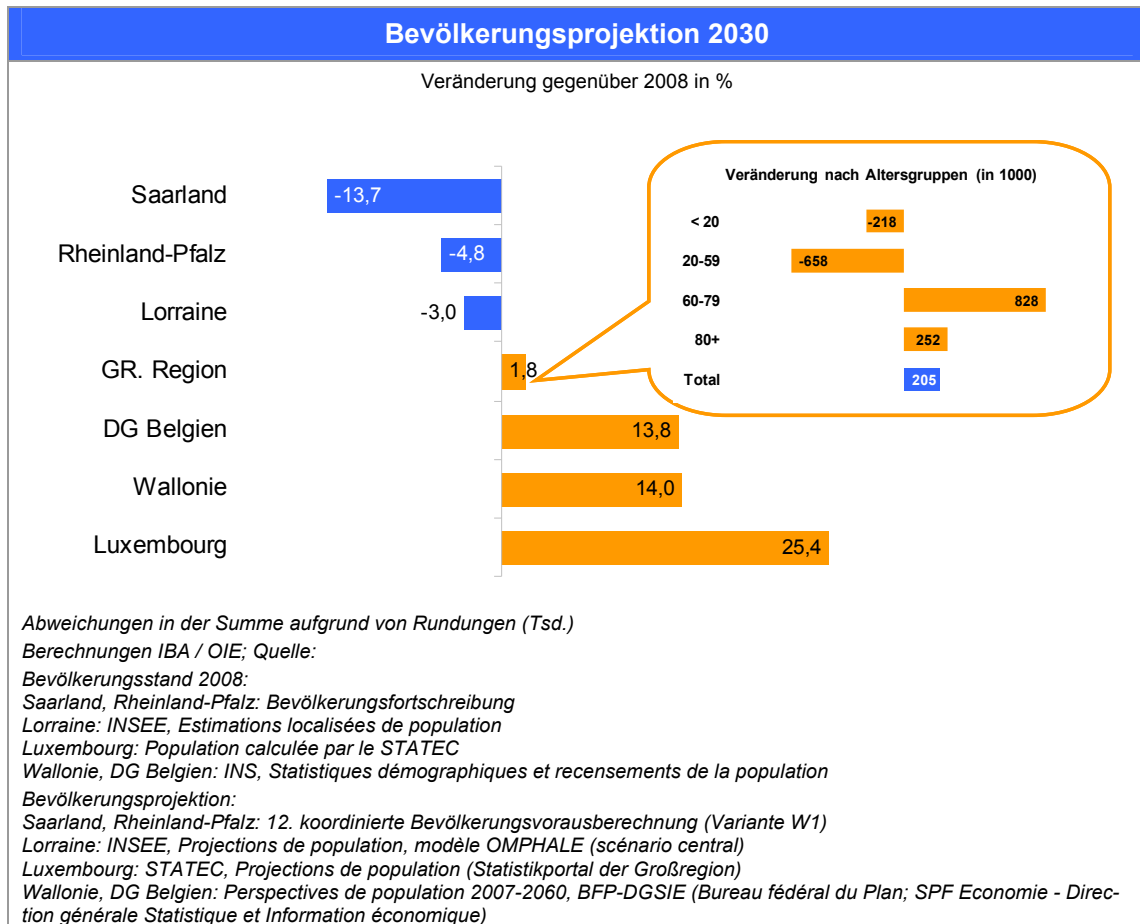
Mit diesen altersstrukturellen Verschiebungen ändert sich auch das Verhältnis zwischen der Generation im erwerbsfähigen Alter und den noch nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen. Betrachtet man etwa den Altenquotienten, d.h. das Zahlenverhältnis zwischen Rentner- und Erwerbsgeneration, so hat sich dieser in den vergangenen fast zwei Jahrzehnten in allen Regionen des Kooperationsraums zum Teil deutlich erhöht. Während in der Großregion im Jahr 1990 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter noch 37 Menschen im Alter von über 60 Jahren kamen, ist dieser Wert bis 2008 auf 42,6 gestiegen. Überdurchschnittlich hoch war dabei der Altenquotient im Saarland (48,6) und in Rheinland-Pfalz (45,8). In der Wallonie (40,5), Lothringen (39,7) und Luxemburg (32,7) lag er unter dem Durchschnitt der Großregion. Die DG Belgien bewegt sich weitgehend im Mittel des Kooperationsraums. Ein anderes Bild ergibt sich mit Blick auf den Jugendquotienten, der die unter 20-Jährigen auf die Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen bezieht: Lag dieser in der Großregion im Jahr 1990 noch bei 43,5, so war er bis 2008 schon auf 40,7 zurückgegangen.

Region	Jugendquotient		Altenquotient	
	1990	2008	1990	2008
Saarland	33,5	33,5	36,6	48,6
Lorraine	54,1	44,3	32,7	39,7
Luxembourg	40,0	42,0	32,7	32,7
Rheinland-Pfalz	36,8	36,7	38,2	45,8
Wallonie	48,2	45,1	39,3	40,5
DG Belgien	42,9	44,2	33,0	42,4
GR. Region	43,5	40,7	37,0	42,6

Jugendquotient: Zahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren
Altenquotient: Zahl der 60-jährigen und älteren Personen je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren
 Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Statistische Ämter der Großregion (Statistikportal); Lorraine (2008): Eurostat; DG Belgien: ABEO, WSR

Was bringt die Zukunft? Aktualisierte Bevölkerungsprojektion bis 2030

Während frühere Projektionen für die Großregion bereits in naher Zukunft eine Trendwende der bis dato positiven Bevölkerungsentwicklung erwarten ließen, so fallen die aktualisierten Zahlen etwas günstiger aus: Danach wird die Einwohnerzahl der Großregion bis 2027 voraussichtlich bis auf einen Höchststand von 11.574.000 Menschen anwachsen und anschließend bis zum Jahr 2030 schrittweise auf 11.569.000 zurückgehen. Gegenüber dem Bevölkerungsstand von 2008 ergibt sich so ein erwarteter Zuwachs von insgesamt 205.000 Einwohnern oder 1,8%. Wie bereits in der Vergangenheit dürfte dabei auch in Zukunft das Bevölkerungswachstum im Kooperationsraum schwächer ausfallen als auf dem Gebiet der EU-27, wo für den Zeitraum von 2008 bis 2030 auf Basis der aktuellen Projektionen von Eurostat mit einem Plus von 4,5% eine deutlich günstigere Entwicklung zu erwarten ist.



Saarland und Rheinland-Pfalz sowie Lothringen bis 2030 mit Bevölkerungsrückgängen ...

Innerhalb der Großregion lassen die vorliegenden Projektionen sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken erwarten. Danach wird sich insbesondere im Saarland der Bevölkerungsrückgang auch zukünftig fortsetzen, und zwar – so die aktuellen Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung⁵ – in einem noch stärkeren Maße als es die bisherigen Projektionen erwarten ließen: Anfang 2008 lebten im Saarland insgesamt rund 1.036.600 Menschen. Bis zum 1. Januar 2030 werden es 142.500 oder 13,7% weniger sein. Bereits im Laufe des Jahres 2013 wird so die Einwohnerzahl an der Saar unter die Millionengrenze sinken und bis Anfang 2030 dann auf nur noch 894.100 Menschen zurückgehen. Auch in Rheinland-Pfalz wird sich der Bevölkerungsschwund zukünftig weiter fortsetzen, wenngleich nicht so stark wie im Saarland: Nach den Ergebnissen der aktuellen, in der Gesamtbilanz etwas günstiger ausfallenden Vorausberechnung wird die Einwohnerzahl voraussichtlich bis Januar 2012 die 4-Millionengrenze unterschritten haben und bis Anfang 2030 dann auf 3,85 Millionen Menschen zurückgehen – fast 193.000 Einwohner weniger als noch Anfang 2008 (-4,8%). Wesentlich moderater fällt demgegenüber die erwartete Bevölkerungsabnahme in Lothringen aus. Dort wird ab 2012 mit rückläufigen Einwohnerzahlen ge-

⁵ Sowohl für das Saarland als auch für Rheinland-Pfalz wurde die Variante W1 zugrunde gelegt. Bei dem verweis auf einzelne Jahre ist zu berücksichtigen, dass – wie in der Großregion üblich – jeweils der 1. Januar verwendet wurde und nicht wie in Deutschland auf den 31.12. Bezug genommen wurde. Aus dem 31.12.2008 wurde so z.B. der 01.01. 2009 usw.

rechnet, so dass sich bis 2030 die Bevölkerung in der französischen Region auf einen Stand von rund 2,27 Millionen Menschen verringern wird. Das sind rund 69.100 Menschen oder 3% weniger als Anfang 2008.

... DG Belgien, Wallonie und vor allem Luxemburg mit deutlichen Zuwächsen

Eine gegenläufige Entwicklung in Form eines weiteren Bevölkerungswachstums erwarten die Wallonie, die DG Belgien und vor allem Luxemburg. In allen drei Teilregionen liegt nach den vorliegenden Vorausberechnungen das zukünftige Bevölkerungswachstum bis 2030 auch deutlich über dem EU-Durchschnitt. In der Wallonie wird ein kontinuierlicher Anstieg der Bevölkerung bis auf 3,94 Millionen Menschen im Jahr 2030 erwartet. Im Vergleich zu 2008 entspricht dies einem Zuwachs von 485.000 Einwohnern (+14%). Mit Beginn des Jahres 2027 wird die belgische Region so auch vermutlich erstmals die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz übersteigen, das bis dato das bevölkerungsreichste Gebiet der Großregion darstellt. Eine mit einem Plus von 13,8% in der Gesamtbilanz ähnliche positive Entwicklung wird für die DG Belgien angenommen. Hier wird vermutlich Anfang 2016 erstmals die Grenze von 80.000 Einwohnern überschritten werden und bis 2030 wird mit einer Bevölkerungszahl von rund 84.400 Menschen gerechnet. Luxemburg erwartet aufgrund der hohen Geburtenrate und einem weiter anhaltenden Zuwandererstrom bis 2030 sogar eine Steigerung um 25,4% auf dann über 606.700 Einwohner. Das Großherzogtum gehört damit innerhalb der Europäischen Union wohl auch zukünftig zu den Ländern mit dem größten Bevölkerungswachstum.

Schrumpfendes Erwerbspersonenpotential bei wachsender Gesamtbevölkerung

Als Folge der rückläufigen Geburtenraten und der längeren Lebenserwartung werden sich europaweit die bereits heute erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen weiter fortsetzen und die Relationen zwischen Alt und Jung stark verändern. Damit verbunden sind erhebliche Auswirkungen auf Umfang und Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials. Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen wird nach den aktuell vorliegenden Projektionen in der Großregion im Zeitraum zwischen 2008 und 2030 ein Rückgang um 10,6% oder rund 658.000 Personen erwartet. Zusätzlich wird sich die Zahl der am Arbeitsmarkt nachrückenden Generationen der unter 20-Jährigen um fast 218.000 Menschen (-8,6%) verringern – eine Entwicklung, die durch das bisherige generative Verhalten bereits vorgezeichnet ist. Bei einem unveränderten Erwerbsverhalten und einer Fortschreibung der bisherigen Trends bei den Wanderungsbewegungen würde somit das Erwerbspersonenpotential in der Großregion bei immer noch wachsender Gesamtbevölkerung nicht nur weiter altern, sondern auch deutlich schrumpfen. Nach den vorliegenden Projektionen summiert sich in der Großregion der Rückgang in den beiden Altersgruppen bis 60 Jahren auf insgesamt rund 876.000 Personen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zahl der über 60-Jährigen um mehr als eine Million. Die Erwerbsbevölkerung wird somit zukünftig auch einer wachsenden Zahl älterer Menschen gegenüberstehen – ein Prozess, der mit dem Eintritt der geburtenstarken Baby-Boom-Generation in das Rentenalter nochmals verstärkt wird. Dies zeigt auch die erwartete Entwicklung des Altenquotienten, der von derzeit 42,6 bis 2030 auf gut 67 ansteigen wird.

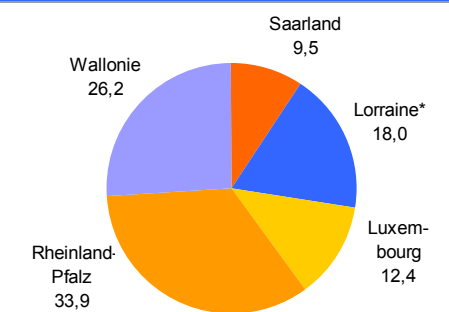
2. Wirtschaft

2.1 Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsstruktur

Stand und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Nach den ersten noch vorläufigen Berechnungen betrug im Jahr 2009 der Wert der in der Großregion erbrachten wirtschaftlichen Leistung knapp 302,8 Milliarden Euro (in jeweiligen Preisen). Damit wurden rund 2,6% aller in der Europäischen Union produzierten Güter und Dienstleistungen im Kooperationsraum erwirtschaftet. Den größten Beitrag zum großregionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) leistete Rheinland-Pfalz mit 33,9%. Es folgen die Wallonie mit etwas mehr als einem Viertel (26,2%) sowie Lothringen mit rund 18%. Luxemburg und das Saarland steuerten 12,4 bzw. 9,5% zur Wirtschaftsleistung in der Großregion bei.

Anteil der Teilregionen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der Großregion 2009*



* inkl. geschätzter Wert für Lothringen 2009
(Basis: nominale Veränderungsrate Frankreich 2009 unter ceteris paribus Lothringen / Frankreich aus dem Jahr 2008)
Quelle: Statistische Ämter, Konjunkturindikatoren der Großregion (Ausgabe August 2010), Berechnungen IBA / OIE

2009 ganz im Zeichen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise

Die im Jahr 2007 durch die Hypothekenkrise in den USA ausgelösten Finanzmarkturbulenzen haben im Herbst 2008 auf die Weltwirtschaft übergegriffen und in der Folge, insbesondere im Winterhalbjahr 2008/2009, zum stärksten Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung seit Jahrzehnten geführt. Auch die Großregion bekam die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich zu spüren: Nachdem sich die Wachstumsrate des nominalen BIP von 4,7% im Jahr 2007 auf 2,7% in 2008 bereits merklich verlangsamte, so schrumpfte die Wirtschaftsleistung nach ersten vorläufigen Zahlen⁶ im Krisenjahr 2009 um minus 3,8%. Gleichwohl fiel damit der Rückgang im Kooperationsraum geringer aus als auf europäischer Ebene, wo der Konjunkturabschwung mit einem Minus von durchschnittlich 5,6 (EU-27) bzw. 5% (EU-15) zumindest nominal noch wesentlich ausgeprägter war.

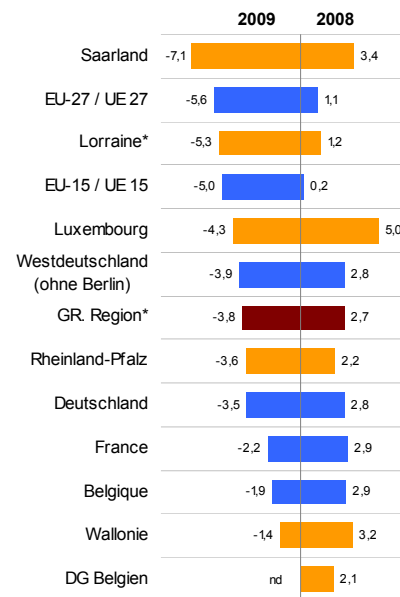
Saarland mit dem stärksten Konjunkturunbruch aller Teilregionen

Die einzelnen Teilgebiete der Großregion waren von der Rezession unterschiedlich hart betroffen: Den mit Abstand kräftigsten Einbruch musste das **Saarland** hinnehmen, das aufgrund der hohen Exportabhängigkeit seiner industriestarken Wirtschaft, die zuvor noch für eine mehrjährige Aufschwungsphase gesorgt hatte, den Folgen der internationalen Wirtschaftskrise in besonderem Maße ausgesetzt war. Nominal sank das BIP im Jahr 2009 um 7,1%; preisbereinigt ergab sich eine reale Wirtschaftsentwicklung von minus 7,9% – so viel

⁶ Zu beachten ist, dass für Lothringen aufgrund des noch nicht verfügbaren Werts für 2009 eine Schätzung vorgenommen wurde und somit auch das hier dargelegte Gesamtergebnis für die Großregion nur vorläufigen Charakter hat. Basis der Schätzung war die nominale Veränderungsrate des BIP für Frankreich in 2009 (-2,2%), die auf Lothringen unter Berücksichtigung der Relation aus dem Jahr 2008 (Lothringen: +1,2%; Frankreich +2,9%) ceteris paribus übertragen wurde.

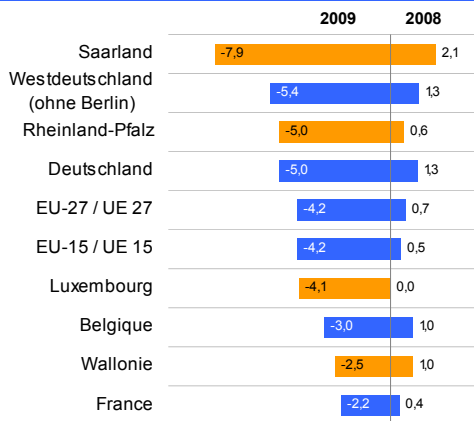
wie in keinem anderen deutschen Bundesland.⁷ Hart getroffen wurde ebenso **Lothringen**, wo nach einem bereits schwachen Jahr 2008 in 2009 der Rückgang des nominalen BIP mit einem (geschätzten) Minus von 5,3%⁸ wesentlich stärker ausfiel als im großregionalen wie nationalen Durchschnitt. Innerhalb Frankreichs zählt Lothringen so zu den Regionen, die am stärksten unter der Krise gelitten haben.⁹ Ebenso wie in den beiden deutschen Teilgebieten des Kooperationsraums trägt die Industrie in Lothringen als der von der Rezession am stärksten betroffene Wirtschaftszweig einen im nationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil zur Wertschöpfung bei. Nach bereits Jahrzehnten schmerzhafter Umbrüche führte so der Produktionseinbruch in 2009 in ganz Frankreich durch Beschäftigungsabbau und Konkurswellen zu einem regelrechten Aderlass des Sektors, von der kaum eine Branche verschont blieb und in dem sich nicht zuletzt auch strukturelle Schwächen offenbaren.¹⁰ Wesentlich ungünstiger als im Mittel der Großregion verlief auch die Konjunktur im sonst so wirtschaftsstarken **Luxemburg**, das noch im Jahr 2007 mit

Veränderung des nominalen BIP gegenüber dem Vorjahr in %



* inkl. geschätzter Wert für Lothringen 2009 (Basis: nominale Veränderungsrate Frankreich 2009 unter ceteris paribus Lothringen / Frankreich aus 2008) Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Statistische Ämter, Konjunkturindikatoren der Großregion (Ausgabe August 2010), Eurostat (EU und nationale Ebene)

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle:
Belgique, Wallonie: 2008: ICN, Comptes régionaux (Stand: März 2010); Prévisions 2009: IWEPS (Stand: Juni 2010)
Deutschland, Saarland, RLP: VGR (Stand: Feb. 2010)
France: Eurostat (Stand: Juni 2010)
Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux (Juli 2010)
EU: Eurostat (Stand: August 2010)

einem realen Plus von 6,5% das größte Wachstum dieser Dekade nach dem Höchststand in 2000 erzielen konnte. Bereits im ersten Halbjahr 2008, d.h. also früher als in den meisten anderen Teilregionen, zeigte sich hier aufgrund der Entwicklungen auf den Finanzmärkten eine merklich verlangsamte Wirtschaftsaktivität, die ab dem dritten Quartal 2008 ins Minus abgerutscht ist.¹¹ Insgesamt verzeichnete das Großherzogtum in 2008 noch ein nominales Wachstum von plus 5%, was aufgrund der damals sehr hohen Inflationsrate preisbereinigt jedoch einer Stagnation gleichkam (0,0%). In 2009 schrumpfte die luxemburgische Wirtschaftsleistung dann deutlich, wofür vor allem die Einbrüche im strukturell gewichtigen Finanzsektor sowie insbesondere in der Industrie

⁷ Vgl. Statistisches Amt Saarland 2010.

⁸ Vgl. hierzu die Fußnote zu Beginn des Kapitels. Angaben zum realen, d.h. preisbereinigten BIP sind für Lothringen – ebenso wie für die Großregion insgesamt – nicht verfügbar.

⁹ Vgl. INSEE Lorraine 2010.

¹⁰ Vgl. Chevalier 2010.

¹¹ Vgl. STATEC 2010.

verantwortlich zeichneten: Nominal verringerte sich das BIP gegenüber 2008 um minus 4,3%. Dies entsprach einem realen Rückgang von minus 4,1%, der somit ähnlich hoch ausfiel wie im Durchschnitt der EU und des Euroraums.

Einen bisher beispiellosen Konjunkturinbruch erlebte ebenso **Rheinland-Pfalz**, dessen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 so stark gesunken ist wie nie zuvor. Nominal verringerte sich das BIP um 3,6%, preisbereinigt lag es um 5% niedriger als in 2008. Damit entsprach das Minus weitgehend dem Niveau in Deutschland, fiel jedoch nicht ganz so stark aus wie beim saarländischen Nachbarn und im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. In den Jahren zuvor blieb umgekehrt die rheinland-pfälzische Wirtschaft, die ebenfalls eine hohe Exportorientierung und ein überdurchschnittliches Gewicht der Industrie aufweist, trotz einer vergleichsweise guten konjunkturellen Entwicklung hinter den Zuwachsraten im bundesdeutschen wie westdeutschen Mittel zurück. Bereits im Jahr 2008 war das BIP preisbereinigt nur um 0,6% gestiegen – also deutlich weniger als im Saarland und im Bund, die hier noch um 2,1 bzw. 1,3% zugelegt hatten.

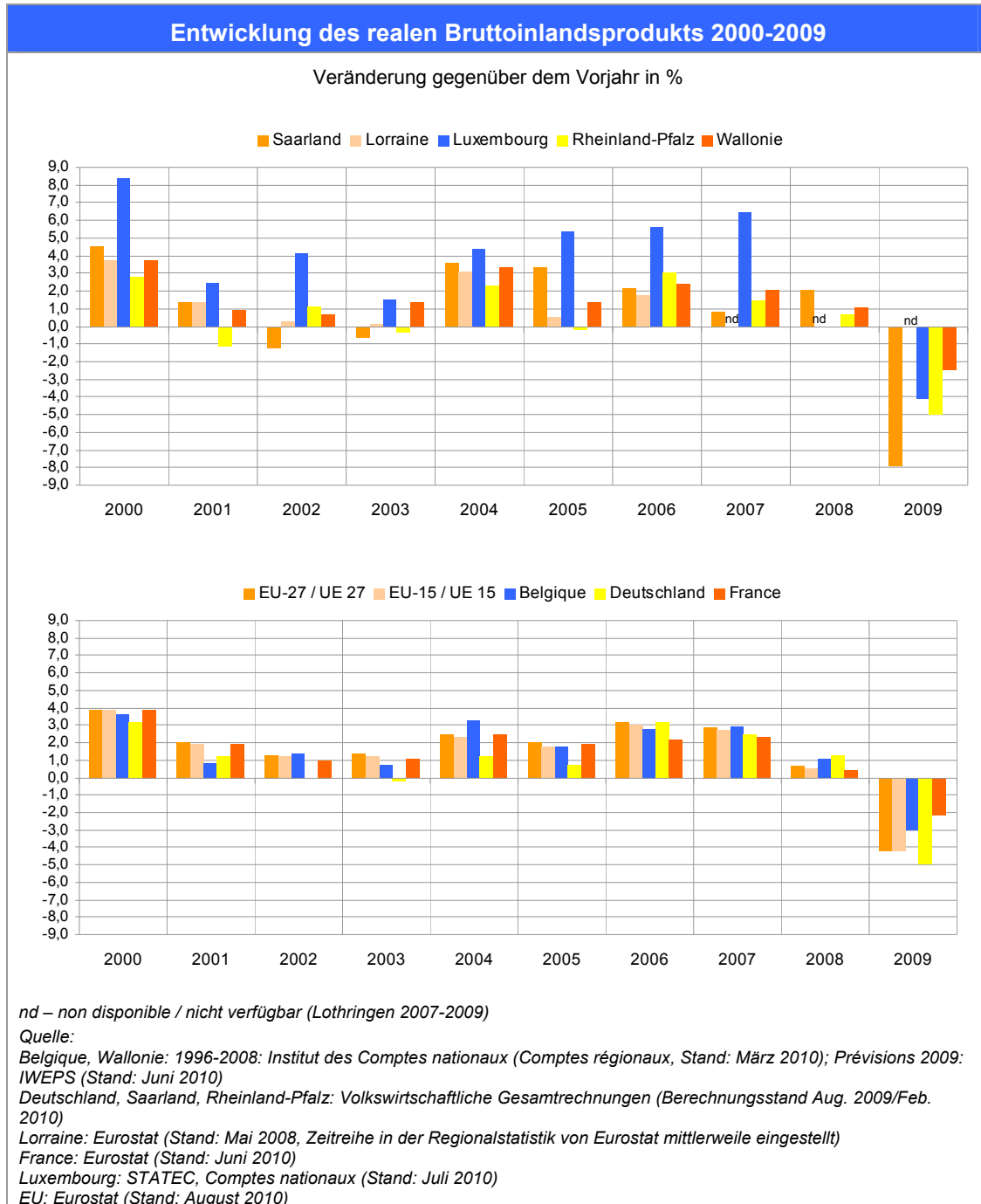
Wallonie konnte sich in der Krise noch relativ am besten behaupten

Von allen Teilgebieten der Großregion ist die **Wallonie** nach den bisher vorliegenden vorläufigen Zahlen im Krisenjahr 2009 noch vergleichsweise glimpflich weggekommen.¹² Mit einem prognostizierten nominalen Minus von 1,4% gegenüber 2008 blieb die belgische Region deutlich unter dem Mittel des Kooperationsraums insgesamt (-3,8%). Auch preisbereinigt ist das BIP mit minus 2,5% bei weitem nicht so stark gesunken wie in den anderen Teilregionen.¹³ Ähnlich wie in den beiden deutschen Bundesländern zeigte sich die wallonische Wirtschaft bis zum Herbst 2008 noch in einer vergleichsweise robusten Verfassung, bis auch hier im vierten Quartal die Umsatzzahlen der Unternehmen durch den Einbruch des Welthandels schlagartig zurückgingen. Da jedoch das strukturelle Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes in der Wallonie deutlich geringer ist und bei den Dienstleistungen im Jahresverlauf 2009 eine sukzessive Erholung zu verzeichnen war, die im vierten Quartal zudem durch eine Belebung im industriellen Sektor verstärkt wurde, konnte sich die wallonische Wirtschaft in der Krise bislang noch relativ gut behaupten. Dies gilt auch im Vergleich zur Entwicklung auf nationaler Ebene, wo sich der Rückgang des BIP auf ein Minus von 3% belief. In den Jahren zuvor konnte die Wallonie lediglich in 2008 an das nationale Niveau anschließen, während von 2005 bis 2007 die Wachstumsraten merklich darunter lagen.¹⁴

¹² Vgl. zusammenfassend IWEPS 2010.

¹³ Für die DG Belgien waren für 2009 noch keine Daten, auch keine vorläufigen verfügbar.

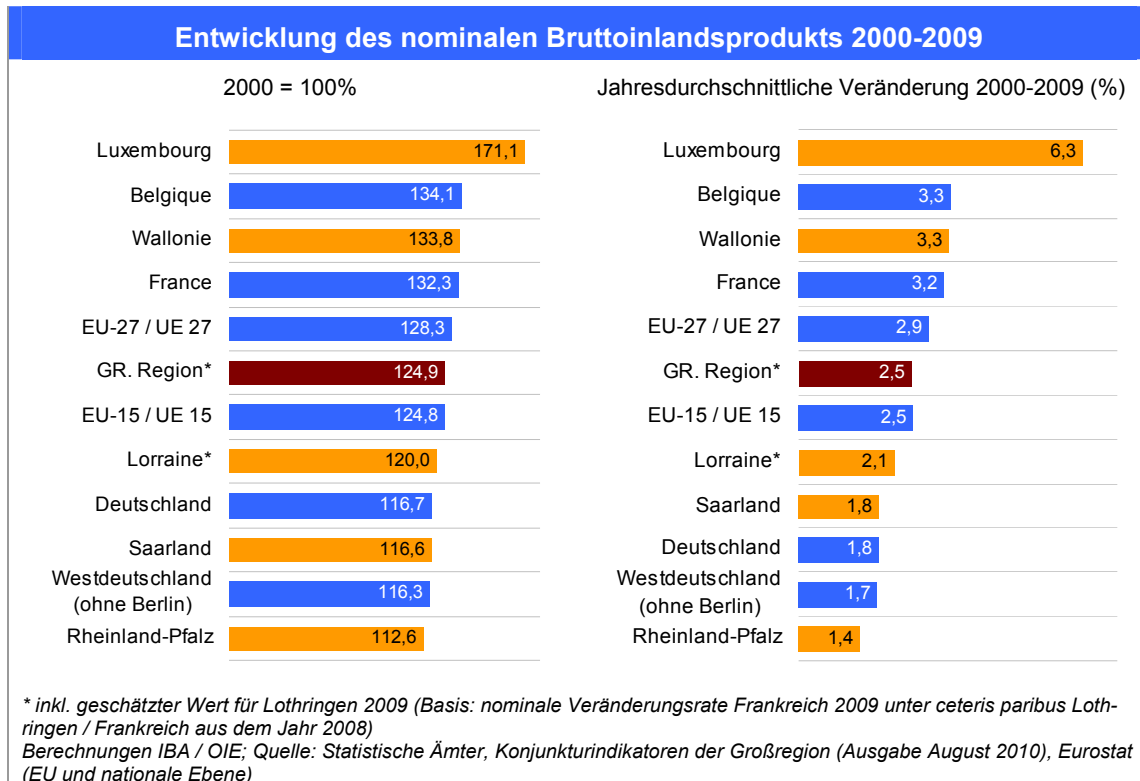
¹⁴ Dafür erzielte die Wallonie in den Jahren 2003 und 2004 ein höheres BIP-Wachstum als im Durchschnitt Belgiens.



Mittelfristige Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung ab der Jahrtausendwende

Das BIP ist in der Großregion von 2000 bis 2009 nominal um rund ein Viertel gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 2,5% entspricht. Damit bewegt sich der Kooperationsraum auf dem Niveau der EU-15, aber merklich unter dem der EU-27. Innerhalb der Großregion verzeichnete Luxemburg mit einem nominalen Wachstum von durchschnittlich 6,3% pro Jahr in diesem Zeitraum das mit Abstand beste Ergebnis. Es folgt die Wallonie, die mit einer Rate von 3,3% über dem Mittel im Kooperationsraum lag, während sowohl Lothringen als auch die beiden deutschen Teilregionen merklich niedrigere Werte erzielten. Abgeschlagen ist hier insbesondere Rheinland-Pfalz, das mit einem nominalen

jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 1,4% nicht nur im großregionalen Vergleich das Schlusslicht bildet, sondern auch – anders als sein saarländischer Nachbar – unter dem bundesdeutschen wie westdeutschen Mittel verblieb.



Reale BIP-Wachstumsrate zwischen 2000 und 2009: Luxemburg klarer Spitzenreiter

Dieses Gesamtbild bestätigt sich weitgehend bei der Betrachtung der realen, d.h. preisbereinigten Wachstumsraten im Jahresdurchschnitt (ohne Tabelle):¹⁵ Klarer Spitzenreiter ist auch hier Luxemburg, dessen Wirtschaft zwischen 2000 und 2009 jährlich um durchschnittlich 2,9% zugelegt hat – mehr als doppelt so viel wie auf europäischer Ebene (EU-27: +1,3% p.a.; EU-15: +1,1%). Wie schon bei den Veränderungsdaten des nominalen BIP hat sich nach Ausschaltung der Preisveränderungen die wallonische Wirtschaft im interregionalen Vergleich nach Luxemburg mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 1,2% per anno am günstigsten entwickelt und schneidet im Betrachtungszeitraum auch gegenüber Belgien insgesamt nur geringfügig schlechter ab. Etwas anders sieht dagegen die Situation in den beiden deutschen Teilregionen sowie in Lothringen aus, die im Betrachtungszeitraum zum Teil deutlich unter dem jeweiligen nationalen Mittel verblieben. Lothringen erreichte etwa in der Phase zwischen 2000 bis 2006, für die noch Daten verfügbar waren, nur ein jahresdurch-

¹⁵ Angaben zum realen, d.h. preisbereinigten BIP sind für Lothringen – ebenso wie für die Großregion insgesamt – nicht verfügbar. Für Lothringen wurde hier bisher auf die Zeitreihe der Regionalstatistik von Eurostat zurückgegriffen, die jedoch mit dem letzten Berichtsjahr 2006 Anfang 2010 eingestellt und durch die reale Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung (BWS) ersetzt wurde. Diese ist zum einen auch auf regionaler Ebene in allen Mitgliedstaaten verfügbar und ist zum anderen realitätsnäher als das BIP, da sie nicht durch Steuern (abzüglich Subventionen) verzerrt ist, was bei der Deflationierung des BIP regelmäßig zu umfangreichen Berechnungen geführt hat. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde zudem befürchtet, dass bei den Steuern extreme Ausschläge zu erwarten seien, die dann im BIP entsprechend ihren Niederschlag finden, ohne dass dem eine entsprechende Wirtschaftsleistung entgegensteht, weil tatsächlich z.B. nur eine Mehrwertsteuererhöhung stattgefunden hat.

schnittliches Wachstum von 1,2%, während Frankreich insgesamt 1,8% p.a. erzielte. Auch das Saarland und Rheinland-Pfalz konnten zwischen 2000 und 2009 nicht ganz mit der Entwicklung auf Bundesebene mithalten, wobei insbesondere Rheinland-Pfalz mit einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 0,2% merklich zurückblieb (Saarland: +0,4% p.a.; Deutschland insgesamt sowie früheres Bundesgebiet: jeweils +0,5% p.a.).

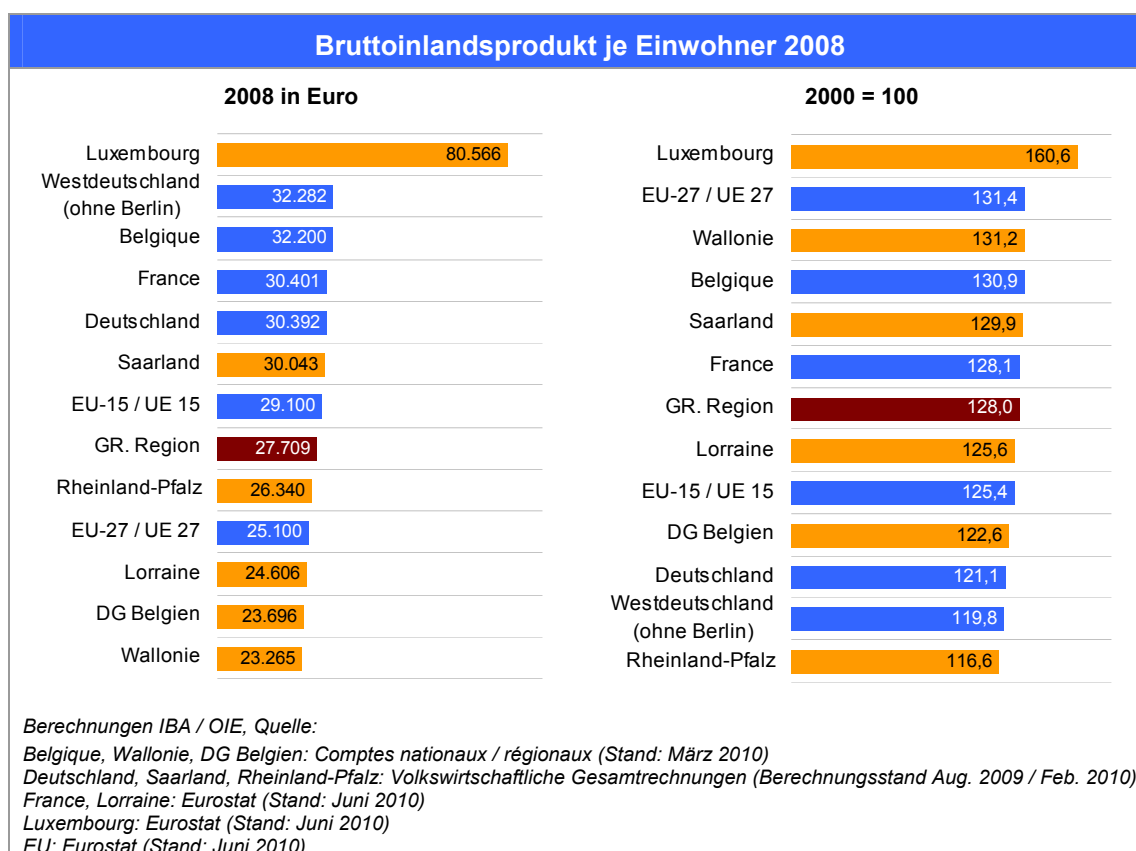
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Bei vergleichenden Analysen regionaler Wirtschaftsentwicklung wird häufig das BIP pro Kopf herangezogen, da Berechnungen auf Basis je Einwohner den Vergleich von Volkswirtschaften und Regionen erheblich unterschiedlicher absoluter Größe ermöglichen. Gleichwohl ist dieser Indikator nicht ganz unproblematisch und entsprechend vorsichtig zu interpretieren. Zu berücksichtigen ist, dass das BIP je Einwohner in einigen Regionen durch die Pendlerströme erheblich beeinflusst werden kann. Die Nettozahl der Personen, die täglich in diese Regionen pendeln, erhöht die Produktion auf ein Niveau, das von der dort ansässigen Erwerbsbevölkerung alleine nicht erreicht werden könnte. Dies führt dazu, dass das BIP je Einwohner in diesen Regionen überschätzt und in Regionen mit einem negativen Pendler saldo unterschätzt wird. Das BIP je Einwohner darf also nicht mit dem Primäreinkommen gleichgesetzt werden. Es kommt hier also auf den Unterschied zwischen Wohn- und Arbeitsort an – ein Faktor, der in der Großregion mit ihrer hohen grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität besonders bedeutsam ist, insbesondere mit Blick auf Luxemburg und die daran angrenzenden Gebiete.

Großregion beim Pro-Kopf-BIP über dem Niveau der EU-27

Das BIP je Einwohner belief sich im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete verfügbaren Datenstand – in der Großregion auf rund 27.700 Euro und lag damit rund 2.600 Euro über dem Durchschnitt der EU-27 (25.100 Euro), aber knapp 1.400 Euro unter dem der EU-15. Absoluter Spitzenreiter im Kooperationsraum wie auch im europäischen Ländervergleich war dabei das wirtschaftsstarke Luxemburg, dessen Pro-Kopf-BIP mit fast 80.600 Euro 2,9-mal so hoch war wie im großregionalen Mittel. Wie zuvor schon angesprochen, wird dieser Wert jedoch sehr stark durch die hohe Zahl an Grenzgängern beeinflusst, die täglich ins Großherzogtum zu ihrem Arbeitsplatz pendeln,¹⁶ was zu einer deutlichen Überschätzung des BIP je Einwohner führt. In allen übrigen Teilgebieten der Großregion fällt demgegenüber das Pro-Kopf-BIP erwartungsgemäß sehr viel niedriger aus, wobei das Saarland – ebenfalls eine Einpendlerregion – mit rund 30.000 Euro je Einwohner noch mit Abstand am besten abschneidet. Es folgt Rheinland-Pfalz, das mit gut 26.300 Euro den Durchschnitt der Großregion um knapp 1.400 Euro unterschreitet. Merklich niedrigere Werte verzeichnen jedoch Lothringen, die Wallonie und die DG Belgien, die – ebenso wie Rheinland-Pfalz – als Auspendlerregionen im großregionalen wie nationalen Vergleich deutlich schlechter abschneiden.

¹⁶ Vgl. hierzu Kapitel 3.1.3



Entwicklungsdynamik in der Großregion beim Pro-Kopf-BIP unter dem EU-27-Niveau

Betrachtet man die Entwicklungsdynamik des BIP je Einwohner, so zeigen sich weitgehend ähnliche Relationen wie beim absoluten Niveau. Für die Großregion insgesamt ist festzustellen, dass der Zuwachs zwischen 2000 und 2008 mit einem Plus von 28% deutlich hinter dem Durchschnitt der EU-27 (+31,4%) zurückblieb, wobei jedoch gleichzeitig – anders als noch in den Vorjahren – das Niveau der EU-15 (+25,4%) überschritten werden konnte. Hierzu haben neben Luxemburg insbesondere die Wallonie und das Saarland beigetragen, die im Betrachtungszeitraum stärker zugelegt haben als im großregionalen wie jeweiligen nationalen Mittel. Merklich abgeschlagen sind demgegenüber die beiden bevölkerungsstarken Teilregionen Lothringen und Rheinland-Pfalz sowie die DG Belgien.

Exkurs: Bruttonationaleinkommen je Einwohner als Alternative zum Pro-Kopf-BIP

Das Pro-Kopf-BIP in absoluten Zahlen gilt oft als Indikator für den Wohlstand eines Landes und seiner Einwohner.¹⁷ Damit der Vergleich stichhaltig wird, sind natürlich die Unterschiede auf Preisebene und der Konsumgewohnheiten der betreffenden Länder zu berücksichtigen und gegebenenfalls durch Kaufkraftparitäten zu bereinigen. Wie zuvor schon angesprochen kommt für Luxemburg hinzu, dass die gebietsfremden grenzüberschreitenden Arbeitskräfte erheblichen Anteil an der Bruttowertschöpfung haben und Lohn- und Gehaltsempfänger sind, was jedoch im Pro-Kopf-BIP-Verhältnis nicht zum Ausdruck kommt. Luxemburg bevorzugt

¹⁷ Zur Aussagekraft des Pro-Kopf-BIP als Indikator für den Wohlstand eines Landes hat sich in jüngster Zeit insbesondere durch die Empfehlungen der hochrangig besetzten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission weltweit eine lebhafte Debatte entwickelt, die auch in Luxemburg große Aufmerksamkeit erzielte (vgl. hierzu ausführlicher die einleitenden Ausführungen zu Kapitel 5).

daher einen Vergleich auf der Grundlage des „Bruttonationaleinkommens“ (BNE, früher Bruttozialprodukt), das die Faktorstromgrößen zwischen dem Großherzogtum und dem Ausland einbezieht (insbesondere die der „exportierten“ Einkünfte der Grenzgänger), was im Ergebnis zu deutlich niedrigeren absoluten Werten als beim Pro-Kopf-BIP führt und auch dessen überdurchschnittliche Entwicklungsdynamik relativiert.¹⁸ Deutlich wird dies etwa in der Gegenüberstellung beider Indikatoren im Vergleich zwischen Luxemburg und den deutschen Teilregionen, für die hier Daten verfügbar waren (vgl. Tabelle). Gleichwohl muss an dieser Stelle angemerkt werden,

Vergleich Bruttoinlandsprodukt (BIP) / Bruttonationaleinkommen (BNE) je Einwohner				
	BIP je Einw.		BNE je Einw.	
	2008 in Euro	Veränderung 2008/2000 in %	2008 in Euro	Veränderung 2008/2000 in %
Luxembourg	80.566	60,6	61.421	38,9
Saarland	30.043	29,9	29.911	30,0
Rheinland-Pfalz	26.340	16,6	29.758	22,6

Berechnungen IBA / OIE, Quelle: Comptes nationaux / Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

dass das BNE für Luxemburg als Nationalstaat zwar eine aussagekräftigere Bezugsgröße darstellen mag als das BIP. Dies gilt jedoch nicht für eine Region, z.B. ein Bundesland. Das BNE unterscheidet sich vom BIP definitionsgemäß durch den „Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt“. Diese Größe ist für ein Bundesland als Teil einer gesamten Volkswirtschaft wenig aussagekräftig, da sie nur die Transferströme über die nationalen Grenzen berücksichtigt, nicht aber die Ströme von und zu anderen Bundesländern. Insofern ist dieser Saldo für das Bundesland unvollständig und das Bruttonationaleinkommen keine hilfreiche Bezugsgröße. Das Bruttoinlandsprodukt bezeichnet dagegen den Wert der innerhalb einer Region – z. B. eines Bundeslandes – erbrachten wirtschaftlichen Gesamtleistung und stellt damit definitionsgemäß eine vollständige Erfassung der ökonomischen Aktivitäten dar.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

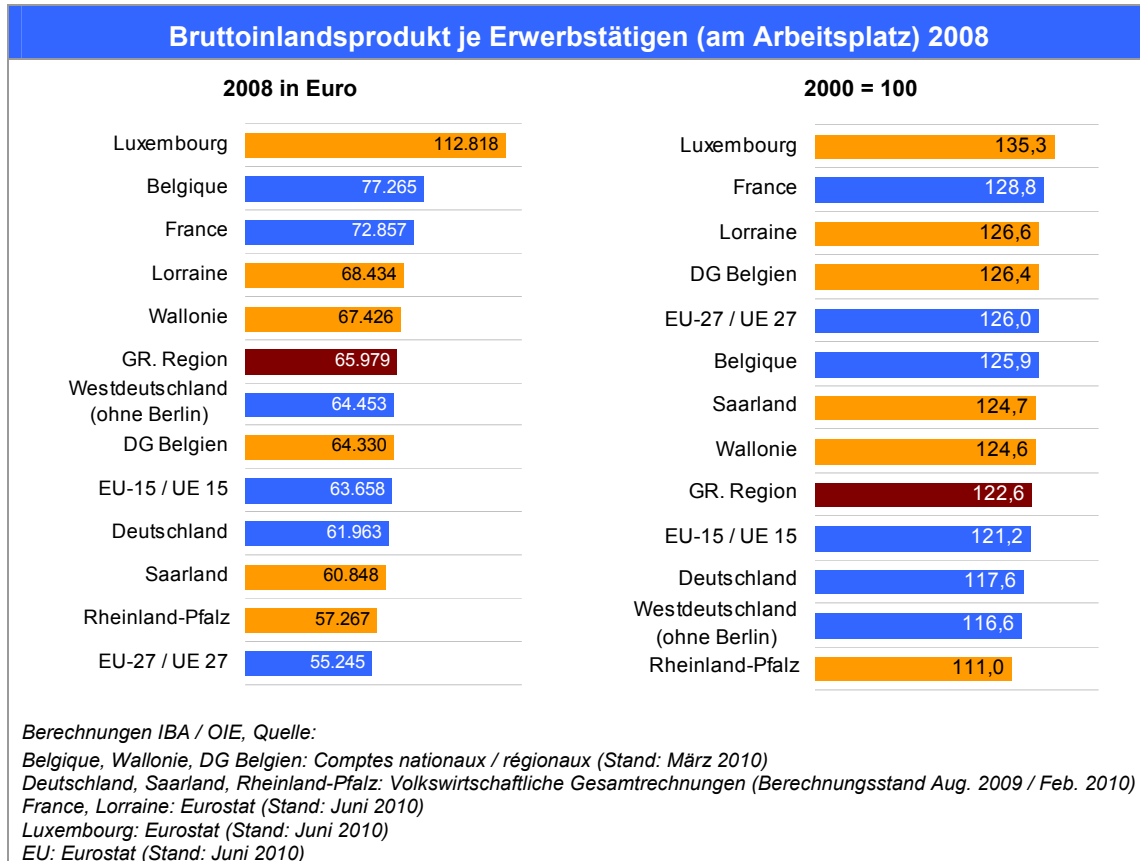
Ein Indikator, der das BIP nicht in Relation zur Gesamtbevölkerung setzt, sondern in Beziehung zu denjenigen, die es tatsächlich erwirtschaften, ist das BIP je Erwerbstätigen (am Arbeitsort). Diese Größe bleibt somit unbeeinflusst von Pendlerbewegungen. Sie ist zugleich ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität.

Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der Großregion im europäischen Vergleich überdurchschnittlich

Im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete verfügbaren Datenstand – erwirtschaftete ein in der Großregion arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 65.979 Euro. Damit lag die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen 3,6% über dem Niveau der EU-15 und 19,4% über dem der EU-27. Von den einzelnen Teilregionen des Kooperationsraums steht auch hier das wirtschaftsstarke Luxemburg mit rund 112.800 Euro je Erwerbstätigen ganz klar an der Spitze. Mit deutlichem Abstand folgen Lothringen und die Wallonie (68.400 bzw. 67.400 Euro), die zwar vernehmlich unter ihrem jeweiligen nationalen Durchschnitt liegen, das großregionale Mittel jedoch merklich überschreiten. Demgegenüber ist die Produktivität je Erwerbstätigen in der DG Belgien (64.330 Euro) sowie insbesondere im Saarland (60.800 Euro) und in Rheinland-Pfalz (57.300 Euro) erheblich

¹⁸ Dennoch bleibt in dem Verhältnis „BIP/Einwohner“ und „BNE/Einwohner“ die Struktur des BIP unberücksichtigt, das je nach Land durch verschiedene Gewichtungen der Anteile der Bruttoanlageinvestition, des Konsums des Staates und des Konsums der privaten Haushalte geprägt wird.

niedriger. Auch diese Teilregionen schneiden dabei im Vergleich zum jeweils nationalen Niveau schlechter ab.



Unterschiedlich lange Arbeitszeiten und Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung als Einflussfaktoren

Aber auch bei diesem Indikator gilt es bei der Interpretation Einschränkungen zu berücksichtigen: Gegenüber dem BIP je Einwohner fällt zwar die Verzerrung durch Pendlerströme weg, da die Wirtschaftsleistung einer Region in Bezug zum Faktor Arbeit gesetzt wird. Außen vor bleibt bei der so berechneten Arbeitsproduktivität aber das in den einzelnen Teilregionen unterschiedlich hohe Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst und neben unterschiedlich langen effektiven Arbeitszeiten durch Merkmale der Beschäftigtenstruktur, wie z.B. Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung beeinflusst wird. So variiert etwa das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung in den einzelnen Teilräumen der Großregion erheblich: In Rheinland-Pfalz und dem Saarland waren 2008 nach den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung jeweils 27,5% aller Beschäftigten in Teilzeit tätig. In den übrigen Teilregionen, die ein deutlich höheres BIP je Erwerbstätigen aufweisen, schwankt die Quote dagegen von 16,4% in Lothringen über 18% in Luxemburg bis hin zu 22,2% in der Wallonie (vgl. hierzu Kapitel 3.1.2).

Arbeitsproduktivität in der Großregion seit 2000 um rund 23% gestiegen

Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in der Großregion um 22,6% – etwas mehr als in der EU-15 (+21,2%), aber weniger als im Durchschnitt der 27 EU-

Mitgliedstaaten (+26%). Innerhalb des Kooperationsraums verzeichnete Luxemburg mit einem Plus von mehr als einem Drittel (+35,3%) den stärksten Zuwachs, gefolgt von Lothringen und der DG Belgien (+26,6 bzw. +26,4%). Besser abgeschnitten als im großregionalen Mittel haben ebenfalls das Saarland und die Wallonie, während die Arbeitsproduktivität in Rheinland-Pfalz seit der Jahrtausendwende nur unterdurchschnittlich zugenommen hat.

Starker Rückgang der Arbeitsproduktivität im Krisenjahr 2009

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 in den Regionen, für die bereits Daten verfügbar waren (ohne Tabelle), so zeigt sich, dass diese deutlich gesunken ist. Den stärksten Rückgang verzeichnete dabei das Saarland mit einem Minus von 6,4%, gefolgt von Luxemburg (-5,2%) und Rheinland-Pfalz (-3,5%). In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein im Saarland arbeitender Erwerbstätiger im Krisenjahr 2009 im Durchschnitt 56.967 Euro, das waren 3.881 Euro weniger als noch 2008. In Luxemburg betrug der Pro-Kopf-Wert 106.922 Euro (-5.896 Euro) und in Rheinland-Pfalz lag die Produktivität je Erwerbstätigen mit 55.284 Euro um 1.983 Euro niedriger als im Vorjahr. Der starke Rückgang der Arbeitsproduktivität ist darauf zurückzuführen, dass trotz des wirtschaftlichen Einbruchs im Krisenjahr 2009 die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig sank (Saarland: -0,8%; Rheinland-Pfalz: -0,2%) oder – wie im Falle Luxemburgs – sogar noch leicht gestiegen ist (+0,9%).

Kräftiger Anstieg der Lohnstückkosten durch Unterauslastung der Beschäftigung

In allen hier betrachteten Teilregionen verlief somit die Beschäftigungsentwicklung wesentlich günstiger als es aufgrund der Wirtschaftskrise zu erwarten war (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 3.1). Mit Maßnahmen wie Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, Arbeitszeitreduzierung, verlängerten Betriebsferien oder auch die Durchführung von unproduktiveren Tätigkeiten (z.B. Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten) haben die Unternehmen große Anstrengungen unternommen, trotz eines erheblichen Produktionsrückgangs, ihre Stammebeschäftigten zu halten und große Entlassungswellen möglichst zu vermeiden. Darüber konnte zwar in vielen Fällen die Beschäftigung weitgehend stabilisiert werden, aber im Gegenzug sind gleichzeitig die Lohnstückkosten, d.h. die Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität, zum Teil kräftig gestiegen. Wie lange die Unternehmen diese Unterauslastung der Beschäftigung noch finanzieren können, wird davon abhängen, wie schnell die Konjunktur 2010 wieder an Fahrt gewinnt.

Struktur der Bruttowertschöpfung

Die Struktur der großregionalen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Ehemals dominierende und historisch gewachsene Produktionsbereiche haben infolge einschneidender Strukturkrisen einen massiven Arbeitsplatzabbau vollzogen und sind dabei entweder fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden (z.B. der Bergbau) oder wurden durch eine radikale Modernisierung und Produktivitätssteigerung wieder international wettbewerbsfähig gemacht (z.B. die Stahlindustrie). Parallel haben aufstrebende Wirtschaftszweige neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die die Verluste der traditionellen Produktionsbereiche weitgehend ausgleichen konnten. Wesentliche Motoren dieser strukturellen Erneuerungen sind vor allem zukunftsweisende Branchen der industriellen Wei-

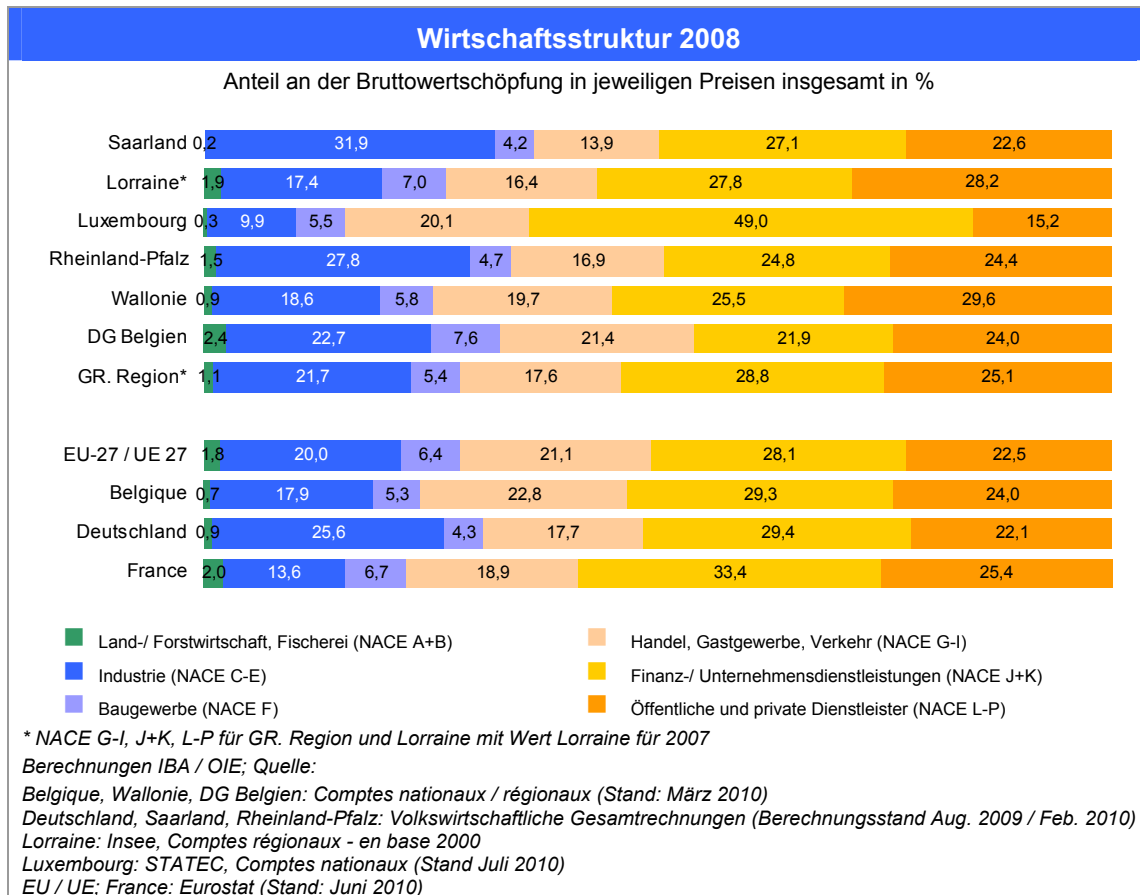
terverarbeitung und moderne Dienstleistungsanbieter, die heute das wirtschaftliche Leben im Kooperationsraum bestimmen.

Verteilung der großen Wirtschaftssektoren im Jahr 2008 weitgehend im europäischen Mittel

Im Laufe der vergangenen Dekaden ist so der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes in allen Teilregionen zurückgegangen und im Gegenzug stieg jener der meisten Dienstleistungssektoren. Die Gesamtbruttowertschöpfung in der Großregion, d.h. das BIP abzüglich der Gütersteuern und inklusive der Gütersubventionen, stammte im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete verfügbaren Datenstand – analog zum EU-Durchschnitt zu rund 72% aus den Dienstleistungsbereichen, die in den vergangenen Jahren auch die kräftigsten Wachstumsimpulse setzten. Tragende Säulen sind mit einem Anteil von zusammen rund 29% vor allem der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Darunter finden sich wertschöpfungsintensive Branchen, die als wesentliches Element einer wissensbasierten Wirtschaft gelten, zumal sie wichtige Vorleistungsfunktionen für Produktionsunternehmen erbringen und vielfach integraler Bestandteil von Forschung und Entwicklung (FuE) sind. Mit einem Wertschöpfungsanteil von rund einem Viertel nehmen im Kooperationsraum ebenso die öffentlichen und privaten Dienstleister einen großen – und im europäischen Vergleich leicht überdurchschnittlichen – Stellenwert ein, bei gleichzeitig geringeren Anteilen in Handel und Gastgewerbe. Gegenüber dem Dienstleistungssektor ist der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (inkl. Bau) im Kooperationsraum auf nunmehr 27% gesunken. Im Vergleich zum europäischen Mittel nimmt die Industrie einen größeren Stellenwert ein, während der Anteil des Baugewerbes niedriger liegt.

Luxemburg mit weit überdurchschnittlichem Dienstleistungsanteil

Aufgrund der weit überdurchschnittlichen Bedeutung des Finanzsektors als wesentliche Triebfeder des Strukturwandels, in dessen Sog sich weitere wichtige Wachstumspole im tertiären Sektor herausgebildet haben, weist die luxemburgische Wirtschaft innerhalb der Großregion die mit Abstand stärkste Dienstleistungsorientierung auf. Über den großregionalen und auch europäischen Anteilswerten liegen ebenso die Wallonie und Lothringen, wobei in beiden Teilregionen der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen überrepräsentiert ist. Auch in der eher ländlich und stark mittelständisch geprägten DG Belgien hat der Dienstleistungssektor sein Gewicht für Wertschöpfung und Beschäftigung kontinuierlich gesteigert. Gegenüber der Wallonie insgesamt hat der tertiäre Sektor in der DG Belgien geringere Anteile, während der der Industrie im Vergleich höher ausfällt. Trotz steigender Dienstleistungsanteile ist der Kanton Eupen vorwiegend ein industrieller Produktionsstandort. Dagegen wird die Wirtschaft im südlichen, stark landwirtschaftlich geprägten Kanton St. Vith neben dem Agrar- und Holzsektor vor allem durch den naturnahen Tourismus bestimmt.



Deutsche Teilgebiete mit höchstem Industriebesatz der Großregion

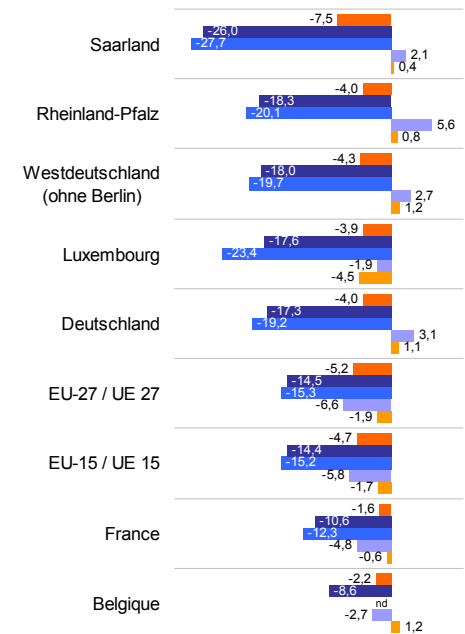
Innerhalb der Großregion am stärksten industriell geprägt sind die beiden deutschen Regionen. Der sekundäre Sektor hatte 2008 im Saarland einen Anteil von 36% und stellte in Rheinland-Pfalz rund 32% der Bruttowertschöpfung. Im interregionalen Vergleich hat dabei in beiden Regionen, insbesondere dem Saarland, die Industrie eine weit überdurchschnittliche Bedeutung für die Wirtschaftsleistung – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen des Baugewerbes. In der Saarwirtschaft dominieren vor allem der Fahrzeugbau und die Metallindustrie. In Rheinland-Pfalz stellt insbesondere die am Rhein konzentrierte chemische Industrie eine tragende Säule des sekundären Sektors dar. Es folgen der Fahrzeugbau, die Metallindustrie und das Ernährungsgewerbe. In Lothringen stellt der sekundäre Sektor knapp ein Viertel der Bruttowertschöpfung. Der Beitrag der Industrie ist dabei mittlerweile auf derzeit rund 17,4% gesunken. Im nationalen Vergleich ist ihr Gewicht für die Wirtschaftsleistung der französischen Region aber nach wie vor überdurchschnittlich. Etwas höher bewegt sich der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in der Wallonie. Auch hier wurden im Zuge des Strukturwandels sukzessive neue und zusätzliche Standbeine in zukunftsweisenden Produktionsbereichen aufgebaut (z.B. Nahrungsmittelindustrie, Chemie, Metallbe- und -verarbeitung). Dennoch werden die Wirtschaftsleistungen der belgischen Region immer noch stark von den weiterhin rückläufigen Industrien im Bereich Textil, Stahl sowie Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden bestimmt. Ganz anders die Situation in Luxemburg: Dank der parallel zur Krise von Kohle und Stahl forcierten Diversifizierungspolitik verfügt die luxemburgische Industrie heute über eine zwar wesentlich kleinere, gleichwohl aber breitgefächerte und leistungsfähige industrielle Basis. Neben einer modernisierten und hoch produktiven

Stahlindustrie wird sie wesentlich geprägt von Branchen wie Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Glas, Keramik, Textilerzeugung oder Lebensmittelproduktion. Der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung beträgt rund 10%.

Verarbeitendes Gewerbe von der Rezession am stärksten betroffen

Betrachtet man die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Krisenjahr 2009 in den Teilregionen, für die bereits Daten verfügbar sind, so wird deutlich, dass überall das Verarbeitende Gewerbe vom weltweiten Konjunkturunbruch besonders hart getroffen wurde. Die kräftigsten Einbußen mit einem Minus von 27,7% (in jeweiligen Preisen) musste dabei das Saarland einstecken: Während die exportabhängigen Schlüsselbranchen der Saarländischen Wirtschaft, nämlich die Metallindustrie, die Fahrzeugproduktion und der Maschinenbau, in 2008 noch mit zweistelligen Zuwachsraten glänzten, wurden sie 2009 mit den schlimmsten Rückschlägen in der Geschichte des Bundeslandes konfrontiert.¹⁹ Da im Saarland das Verarbeitende Gewerbe weit überdurchschnittlich vertreten ist, war hier auch die Krise insgesamt am stärksten zu spüren. Aufgrund des Produktionseinbruchs verringerte sich dessen Wertschöpfungsanteil von 29,8% im Jahr 2008 auf nunmehr 23,3%. Auch die luxemburgische Industrie musste in 2009 – nach einem bereits in 2008 zu verzeichnenden Abwärtstrend – drastische Rückgänge hinnehmen; in jeweiligen Preisen belief sich das Minus im Verarbeitenden Gewerbe auf 23,4%. Am stärksten betroffen waren hier die Hersteller von Investitionsgütern und Vorleistungsgütern.²⁰ Insgesamt ist jedoch der Wertschöpfungsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes im Großherzogtum wesentlich geringer als im Saarland oder auch in Rheinland-Pfalz. Durch die Krise hat sich der Anteil zusätzlich verringert und ist von 8,7% in 2008 auf nur noch 6,9% in 2009 gesunken. Kaum geringer als im Saarland und in Luxemburg waren die Verluste im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe, das etwa die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet. Die Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen ging in diesem Sektor gegenüber 2008 um ein Fünftel zurück, wobei insbesondere die Fahrzeugproduktion und der Maschinenbau – mit einigem Abstand auch die chemische Industrie – die stärksten Einbußen verzeichnen mussten.²¹ In der Folge reduzierte sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung insgesamt von 25,6% in 2008 auf aktuell noch 21,3%.

Veränderung der Bruttowertschöpfung (nominal) nach Wirtschaftsbe- reichen 2009 gegenüber 2008 in %



■ Insgesamt
■ Industrie (NACE C-E)
■ Verarbeitendes Gewerbe (NACE D)
■ Baugewerbe (NACE F)
■ Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister (NACE J+K)

Berechnungen IBA / OIE; Quelle:
 Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010)
 Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux (Stand Juli 2010)
 EU / UE; France, Belgique: Eurostat (Stand: Juni 2010)

¹⁹ Vgl. Statistisches Amt des Saarlandes 2010.

²⁰ Vgl. STATEC 2010.

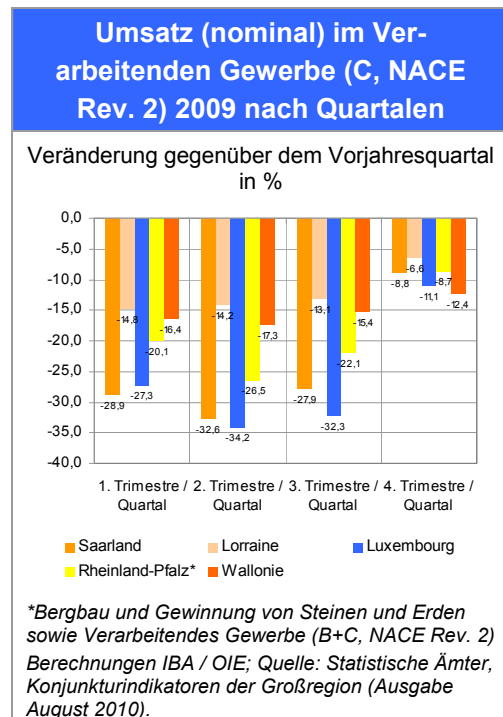
²¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010.

In Luxemburg auch das Baugewerbe sowie der Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit Einbußen

Während der Einbruch im Verarbeitenden Gewerbe in allen hier betrachteten Teilregionen zu beobachten war, zeigte die Entwicklung im Baugewerbe sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen deutliche Unterschiede: Beide Sektoren konnten sich in den deutschen Teilregionen in der Krise gut behaupten und haben gegenüber 2008 nominal noch leichte Zuwächse zu verzeichnen. Etwas anders stellt sich jedoch die Situation in Luxemburg dar, wo die Bruttowertschöpfung im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen um 4,5% und im Baugewerbe um 1,9% gesunken ist. Insbesondere die Entwicklung im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, der im Großherzogtum als zentrale Schlüsselbranche mit rund 49% in weit überdurchschnittlichem Maße zur Wertschöpfung beiträgt und nach der Industrie am stärksten von der Krise betroffen war, schlägt sich natürlich im Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Leistung nieder.

Exkurs: Umsatzentwicklung 2009 im Verarbeitenden Gewerbe – massive Einbrüche in allen Teilregionen

Die starke Betroffenheit der Industrie von der weltweiten Rezession zeigt sich ebenso in der Entwicklung der Umsätze, die von den Statistischen Ämtern der Großregion im Rahmen ihrer Reihe zu den Konjunkturindikatoren für alle Teilregionen zur Verfügung gestellt wurden. Über das ganze Jahr 2009 hinweg betrachtet war dabei der Umsatzeinbruch im Verarbeitenden Gewerbe in Luxemburg gegenüber dem Vorjahr mit einem Minus von 27,1% am stärksten ausgeprägt. Die Folgen der Wirtschaftskrise zeigten sich bereits im vierten Quartal 2008, als die Umsätze im Vergleich zum Vorjahresquartal um 8,3% zurückgegangen waren (ohne Grafik oder Tabelle). Daran anknüpfend kam es in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 zu kräftigen Umsatzeinbußen, die ihren Höhepunkt im zweiten Quartal mit einem Minus von 34,2% erreichten. Im vierten Quartal verringerten sich die Umsätze mit minus 11,1% nicht mehr ganz so deutlich, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass hier der Vorjahresvergleich mit dem bereits schwachen vierten Quartal 2008 zugrunde liegt. Dieses grundsätzliche Muster der Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Luxemburgs nach Quartalen 2009 zeigt sich ähnlich auch in den anderen Teilregionen. Im Hinblick auf die Veränderungsraten im Jahr 2009 insgesamt fiel der Umsatzrückgang im Saarland (-25,3%) und in Rheinland-Pfalz (-19,7%) nach dem Großherzogtum am stärksten aus. In der Wallonie und in Lothringen nahmen die Umsätze mit einem Minus von 15,4 bzw. 12,3% etwas schwächer ab.



Exkurs: Das Handwerk in der Großregion im Krisenjahr 2009

Mit rund 165.000 kleinen und mittleren Betrieben und einem geschätzten Gesamtumsatz von etwa 30 Milliarden Euro ist das Handwerk ein Kernstück der Wirtschaft der Großregion. Hier arbeiten in etwa 780.000 Beschäftigte und nahezu 48.000 Lehrlinge erhalten eine qualifizierte Ausbildung.

Wie die Ergebnisse der Konjunkturumfragen im Frühjahr 2009 und 2010 zeigen,²² wurde auch das Handwerk in weiten Teilen der Großregion von den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst. Negative Entwicklun-

gen sowohl bei den Umsätzen als auch bei den Beschäftigten kennzeichneten die Situation in allen vier Regionen. Insbesondere im ersten Quartal des Jahres 2009 kühlte sich die Stimmung bei vielen Handwerksunternehmern ab. Dies war vor allem in den deutschen Regionen sowie in Luxemburg der Fall, während der Bericht der Handwerkskammer Metz im Frühjahr 2009 für die in Lothringen ansässigen Handwerksbetriebe ein etwas freundlicheres Bild zeichnete. Im ersten Quartal 2010 hellte sich jedoch die Stimmung der Handwerker im Saar-Lor-Lux-Raum wieder merklich auf, auch wenn die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch spürbar waren. So registrierten das Saarland, Luxemburg und das Departement Moselle beim Indikator Umsatz eine leichte Erholung gegenüber dem ersten Quartal 2009. Auch bei der Auftragslage scheint der negative Trend gestoppt. Das Handwerk in Trier beurteilte seine Geschäftslage im Frühjahr 2010 etwas skeptischer.

Trotz Rezession kein Einbruch der Handwerkskonjunktur

Die Gesamtentwicklung ließ natürlich auch den handwerklichen Arbeitsmarkt, wenngleich regional unterschiedlich, nicht unbeeinflusst. Im Saarland und Moselle verringerte sich 2009 die Beschäftigtenzahl um 4,1 bzw. 7,8%, während in Luxemburg und Trier die Beschäftigung leicht anstieg. Positiv zu verzeichnen ist, dass im ersten Quartal 2009, als der Konjunkturabschwung am stärksten zu spüren war, die Mehrzahl der Betriebe ihre Mitarbeiterzahl stabil hielt. Zu einem deutlichen Personallabbau sahen sich in erster Linie die handwerklichen Zulieferer gezwungen, die unter der weggebrochenen Nachfrage im industriellen Bereich litten. Doch trotz der rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung in 2009 kann von einem Einbruch der Handwerkskonjunktur keine Rede sein. Insgesamt entwickelte sich das Handwerk in der Großre-

Handwerk in der Großregion 2009			
Gebiet	Betriebe	Beschäftigte**	Durchschnittliche Beschäftigte pro Handwerksbetrieb
Saarland	11.694	70.000	6,0
Lorraine	31.993	131.510	4,1
Luxembourg	5.317	66.986	12,6
Rheinland-Pfalz	49.779	341.100	6,9
Wallonie*	67.000	171.000	2,6
GR. Region	165.783	780.596	4,7

**Wallonie: Schätzungen*
*** Beschäftigte, ohne die Betriebschefs, die mithelfenden Partner und Familienmitglieder*
Quelle: Interregionaler Rat der Handwerkskammern der Großregion und Mitgliedskammern

Strukturelle Entwicklung des Handwerks in der Großregion		
	Veränderung 2005-2009 in %-Punkten	Veränderung 2008-2009 in %-Punkten
Handwerksbetriebe	5,6	0,1
Beschäftigte	3,6	-1,6
Auszubildende	5,5	-2,6

Quelle: Interregionaler Rat der Handwerkskammern der Großregion und Mitgliedskammern

²² Vgl. hier und im Folgenden: Frühjahrsberichte 2009 und 2010 der Handwerkskammern Saarland, Luxemburg, Metz und Trier sowie entsprechende Pressemitteilungen.

gion relativ besser als andere Wirtschaftsbereiche und bildete damit einen wichtigen Stabilitätsfaktor der Gesamtwirtschaft.

Arbeitskosten

Ein viel beachteter und meist sehr kontrovers diskutierter Indikator im Bereich Wirtschaft stellen die Arbeitskosten dar. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Produktionskosten für Waren und Dienstleistungen und geraten daher immer wieder in den Fokus von Debatten um die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten, vor allem in den Hochlohnländern Westeuropas. Bei einer isolierten Betrachtungsweise wird aber häufig vergessen, dass für die Standortwahl eines Betriebes die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit sicherlich eine relevante, nicht aber alleine ausschlaggebende Größe darstellen. Gerade unter Wettbewerbsgesichtspunkten sind Kriterien wie Produktivität, das Vorhandensein von gut ausgebildeten Fachkräften, Steuerbedingungen oder das jeweilige Infrastrukturangebot von mindestens gleichwertiger Bedeutung. Gute Arbeit kostet gutes Geld. In den Arbeitskosten von Ländern und Regionen spiegelt sich also letztendlich die dahinter stehende Produktivität wider. Hohe Arbeitskosten stehen daher vor allem für eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft und moderne Produktionstechnologie.

Begriffsdefinition „Arbeitskosten“

Der Begriff Arbeitskosten umfasst die Gesamtheit aller von den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Dazu gehören das Arbeitnehmerentgelt mit den Löhnen und Gehältern in Form von Geld- oder Sachleistungen und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Bildung, sonstige Aufwendungen (wie Einstellungskosten und Ausgaben für Arbeitskleidung) sowie als Arbeitskosten geltende Steuern abzüglich erhaltener Subventionen. Die Quelle für die Informationen über die regionalen Arbeitskosten bis hinunter auf die NUTS-1-Ebene ist die Arbeitskostenerhebung der EU. Diese Erhebung wird alle vier Jahre durchgeführt und umfasst in ihrer Grundgesamtheit alle Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern. Ursprünglich war an dieser Stelle vorgesehen, die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2008 darzulegen. Da diese zum Zeitpunkt der Berichterstellung jedoch noch nicht verfügbar waren, wird im Folgenden erneut auf die Resultate früherer Erhebungen zurückgegriffen.

Deutliche Angleichung der Arbeitskostenniveaus innerhalb der Großregion

In den einzelnen Teilgebieten der Großregion bewegte sich im Jahr 2004 die durchschnittliche Höhe der Arbeitskosten je geleisteter Stunde in der Privatwirtschaft (Produzierendes Gewerbe und marktfähige Dienstleistungen, NACE Rev, 1.1 C-K) in einer Bandbreite von 26,34 Euro in France-Est²³ bis hin zu 30,04 Euro in Luxemburg. Der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Durchschnittsarbeitskosten belief sich in diesem Jahr somit auf ganze 3,70 Euro je Stunde. Im Jahr 2000 war dieser dagegen mit 6,99 Euro je Stunde noch fast doppelt so hoch. Zwischen den einzelnen Teilgebieten der Großregion ist somit in der Gesamtschau eine deutliche Angleichung festzustellen. Dies bestätigt sich auch bei Betrachtung der relativen Veränderung zwischen 2000 und 2004: Danach sind die Arbeitskosten in der französischen Region France-Est zwischen 2000 und 2004 um rund ein Drittel gestiegen, während die beiden deutschen Regionen, die zur Jahrtausendwende noch die relativ höchsten Arbeitskosten je Stunde aufwiesen, nur Zuwächse zwischen 2,2% (Saarland) und 4,2% (Rheinland-Pfalz) verzeichnen.

Arbeitskosten je geleisteter Stunde (ohne Auszubildende) 2000 und 2004		
Euro je Arbeitnehmer in Vollzeitäquivalenten in Industrie und Dienstleistungen (NACE Rev. 1.1. C-K)		
	2000	2004
Saarland	26,29	26,86
France-Est*	19,70	26,34
Luxembourg	24,61	30,04
Rheinland-Pfalz	26,59	27,70
Wallonie	25,45	29,76
EU-25 / UE 25	18,35	21,69
Belgique	26,68	30,33
Deutschland	26,34	27,76
France	24,42	28,67

*France-Est : Lorraine, Alsace, Franche-Comté
Quelle: Eurostat, Arbeitskostenerhebung;
Berechnungen IBA / OIE

Die Höhe der hier ausgewiesenen Arbeitskosten für die Privatwirtschaft insgesamt ist aber nur sehr bedingt aussagekräftig, da zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen beträchtliche Unterschiede bestehen. Über alle Regionen hinweg sind sie mit Abstand am höchsten im Kredit- und Versicherungsgewerbe und am geringsten im Handel. Die jeweilige regionale Wirtschaftsstruktur und der Beitrag der einzelnen Sektoren zu Bruttowertschöpfung und Beschäftigung beeinflussen daher naturgemäß sehr stark das Niveau der Arbeitskosten insgesamt. Zudem ist es von Bedeutung zu wissen, ob die hinsichtlich der Arbeitskostenhöhe betrachteten Regionen eher wissens-, kapital- oder arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche beherbergen.

²³ France-Est: Lothringen, Elsaß und Franche-Comté. Da die EU-Arbeitskräfteerhebung nur bis auf NUTS-1-Ebene durchgeführt wird, sind keine separaten Daten für Lothringen (NUTS 2) verfügbar.

Struktur der Arbeitskosten

Bei der Beurteilung von Arbeitskostenniveaus ist darüber hinaus die jeweilige Struktur der Arbeitskosten zu berücksichtigen. Die Bruttoverdienste machen zwar den größten Anteil der Arbeitskosten aus. Dazu kommen aber noch die so genannten Lohnnebenkosten, die zum größten Teil die Aufwendungen der Arbeitgeber zur Finanzierung des Sozial-schutzes der Arbeitnehmer umfassen. In der Struktur der Arbeitskosten spiegelt sich somit die unterschiedliche Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Gesetzgebungen und Sozialversicherungsmodelle wider. Im Jahr 2004 waren die Sozialbeiträge der Arbeitgeber mit einem Anteil von 31,7% an den Arbeitskosten insgesamt am höchsten in der Wallonie, dicht gefolgt von France-Est mit 29,5%. Erheblich niedriger fallen dagegen diese Anteilswerte in den deutschen Regionen sowie insbesondere in Luxemburg aus.

Struktur der Arbeitskosten in Industrie- und Dienstleistungen (NACE C-K) 2004			
in % der Arbeitskosten insgesamt			
	Löhne und Gehälter	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Sonstige Arbeitskosten
Saarland	75,7	23,7	0,8
France-Est*	67,4	29,5	3,4
Luxembourg	85,1	14,3	0,7
Rheinland-Pfalz	76,4	23,0	0,7
Wallonie	67,7	31,7	0,9
Belgique	67,2	32,2	0,8
Deutschland	76,4	23,0	0,7
France	66,7	29,7	3,8

*France-Est : Lorraine, Alsace, Franche-Comté
Quelle: Eurostat, Arbeitskostenerhebung; Berechnungen IBA / OIE

2.2 Wissenschaft, Technologie und Innovation

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft nimmt die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie stetig zu. Neue Technologien, qualifizierte Arbeitskräfte und eine ausgeprägte Innovationsfähigkeit stellen wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit dar und sind gleichzeitig Indikatoren für die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft. Der Europäische Rat hat bereits im März 2005 *Wissen und Innovation für Wachstum* zu einem der drei Haupt-Aktionsbereiche im Rahmen der erneuerten Lissabon-Strategie erklärt und Wissenschaft, Technik und Innovation in den Mittelpunkt der nationalen und regionalen Politik in der EU gestellt. Auch im Rahmen der Strategie Europa 2020, die für die nächste Dekade die Vision einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft verfolgt, ist das Ziel der *Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft* eine der drei Hauptprioritäten.

Auf europäischer Ebene wurde zur statistischen Erfassung und Messung von Innovations- und Technologiepotentialen ein umfangreiches Set an Indikatoren entwickelt, die jährlich erhoben und aktualisiert werden. Ein (kleinerer) Teil dieser Indikatoren ist in harmonisierter Form auch auf regionaler Ebene verfügbar, wodurch zumindest hinsichtlich einiger Eckdaten interregionale Vergleiche möglich sind. Für die Großregion und ihre Teilräume geschieht dies nachfolgend – jeweils auch im Vergleich zum europäischen Durchschnitt – anhand von Daten zu Forschung und Entwicklung, zu den Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie sowie zur Beschäftigung in Hochtechnologiesektoren und wissensintensiven Dienstleistungen. Gleichwohl bleibt anzumerken, dass sich das Innovationspotential einer Region sicherlich nicht in einigen wenigen Messziffern ausdrücken lässt, sondern immer Ergebnis des

komplexen Zusammenspiels einer Vielzahl von Faktoren darstellt. Die nachfolgenden Ergebnisse zeigen somit nur einen Ausschnitt aus dem komplexen Innovationsgefüge.

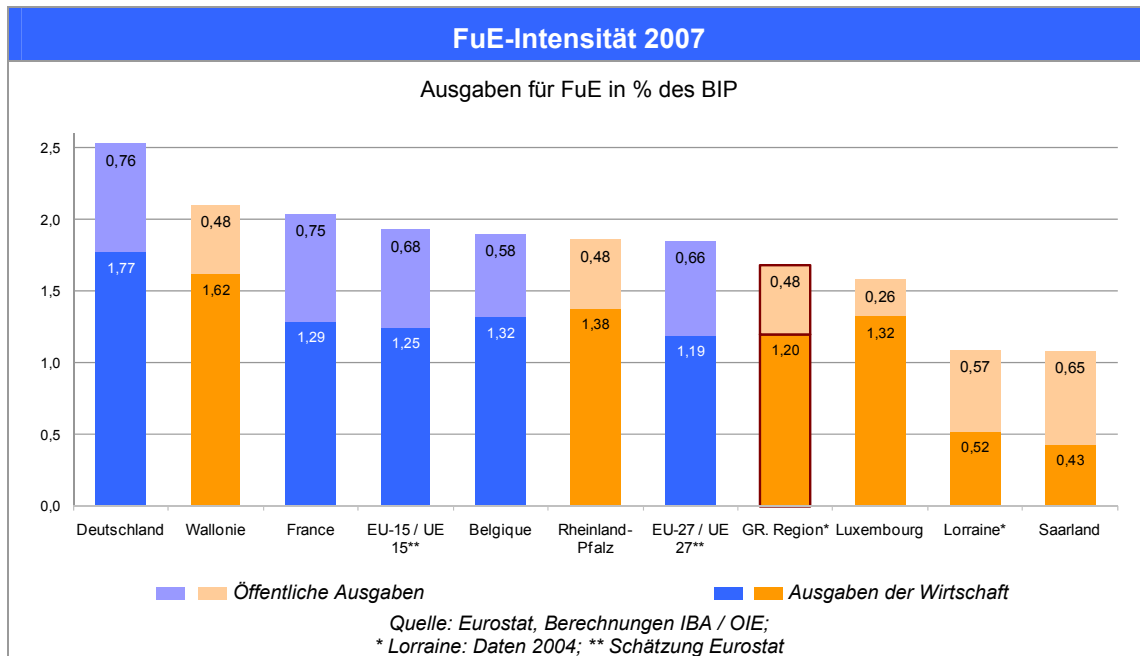
Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) werden allgemein als zentrale Indikatoren zur Beschreibung der Innovationsorientierung einer Volkswirtschaft herangezogen. Eine wesentliche Erhöhung der Investitionen in FuE ist wichtig, denn dies verleiht der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union starken Auftrieb. Zu unterscheiden ist dabei zwischen dem öffentlich finanzierten Sektor und den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft. Letztere gelten als wesentlicher Bestandteil des Entwicklungspotentials von Regionen und als eine maßgebliche Bestimmungsgröße regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Im Rahmen der Lissabon-Strategie hat sich die EU so auch zum Ziel gesetzt, den Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2010 auf 3% zu steigern, wovon die Wirtschaft zwei Drittel und der öffentliche Sektor ein Drittel beisteuern soll.

Erhöhung der FuE-Intensität deutlich unter Lissabon-Ziel

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung beliefen sich in der Großregion²⁴ im Jahr 2007 auf 1,68% des Bruttoinlandsprodukts – merklich weniger als im europäischen Mittel (EU-27: 1,85%; EU-15: 1,93%). Gegenüber 2005 ist im Kooperationsraum wie auch in Europa eine leichte Steigerung der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE zu verzeichnen. Der Anstieg fiel in der Großregion etwas stärker aus, wodurch der Abstand zu dem im weltweiten Vergleich eher niedrigen EU-Durchschnitt etwas geringer wurde. Um das in der Lissabon-Strategie für 2010 gesteckte 3%-Ziel erreichen zu können, müsste die FuE-Intensität innerhalb von drei Jahren aber noch fast verdoppelt werden. Die geringen Fortschritte der letzten Jahre lassen dies aber nicht erwarten, weswegen das Ziel nun für 2020 angestrebt wird. Eine Erhöhung des Ausgabenniveaus ist insbesondere im Wirtschaftssektor erforderlich, auch wenn dessen FuE-Anteil am BIP in der Großregion mit 1,20% immerhin etwas über dem Ergebnis von 2005 (1,05%) lag. Weitgehend unverändert blieb demgegenüber der Anteil des öffentlichen Sektors, der sich auch im Jahr 2007 auf beinahe 0,5% belief.

²⁴ Da für Lothringen keine neueren Daten vorliegen, musste hier im Durchschnittswert der Großregion weiterhin der Wert für 2004 verwendet werden.



Sehr ungleichmäßige FuE-Intensität zwischen den Regionen

Auch die Entwicklung in den einzelnen Teilgebieten des Kooperationsraums folgen dem großregionalen und europaweiten Trend: Das Ausgabenniveau ist überall etwas angestiegen, was auf leichte Erhöhungen im privatwirtschaftlichen Sektor zurückzuführen ist. Der öffentliche Sektor hat sich hingegen leicht rückläufig entwickelt. Lediglich in Luxemburg ist ein entgegengesetzter Trend zu beobachten: Im Großherzogtum ist der relative Anteil des Ausgabenniveaus des Wirtschaftssektors gesunken, während das Niveau des öffentlichen Sektors gestiegen ist. Auch die großen Unterschiede in der Forschungsintensität der Teilregionen blieben bestehen. Auffallend ist hier insbesondere das große Gefälle zwischen der Wallonie, Rheinland-Pfalz und Luxemburg einerseits sowie dem Saarland und Lothringen andererseits. Nicht nur die Gesamtaufwendungen für FuE variieren deutlich zwischen diesen beiden Gruppen, sondern ebenso die jeweiligen Anteile der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektoren. Während die relativ hohen FuE-Anteile am BIP in der Wallonie, in Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum vorwiegend auf die Forschungsaktivitäten der Unternehmen zurückgehen, ist im Saarland und in Lothringen der FuE-Beitrag des öffentlichen Sektors vergleichsweise hoch – bei weit unterdurchschnittlichen Aktivitäten der Privatwirtschaft. Auch im Verhältnis zum jeweiligen nationalen Durchschnitt zeigen beide Regionen eine insgesamt nur sehr schwach ausgeprägte FuE-Intensität. In diesem Ergebnis dürfte sich nicht zuletzt auch ein struktureller Aspekt niederschlagen: In beiden Regionen haben gerade im industriellen Bereich Großunternehmen nach wie vor ein hohes Gewicht für Wirtschaft und Beschäftigung. Allerdings handelt es sich in vielen Fällen um Produktionsstätten und Tochterbetriebe weltweit agierender Konzerne mit Stammsitz außerhalb der Großregion – und dort findet in der Regel auch ein Großteil der FuE-Aktivitäten statt.

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind das Fundament von Forschung und Innovation. Sie sind somit ein entscheidender Faktor, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder einer Re-

gion zu erhalten bzw. vor allem in qualitativer Hinsicht weiter zu entwickeln. Dies erfordert einerseits gute Ausbildungsmöglichkeiten und andererseits Arbeitsplätze, an denen das erworbene Wissen eingesetzt werden kann. Als wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang gelten die Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie (HRST).²⁵ Hierzu gehören alle Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen und/oder in einem wissenschaftlichen oder technischen Beruf beschäftigt sind, für den ein solcher Abschluss üblicherweise gefordert wird. Dieser Indikator umfasst somit alle Arbeitskräfte, die aufgrund ihrer Ausbildung oder Berufstätigkeit mit der Entstehung, Verbreitung und Anwendung von wissenschaftlichem und technologischem Wissen zu tun haben. Die nachfolgend verwendeten Daten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung, beziehen sich also auf den Wohn- und nicht auf den Arbeitsort.

Entwicklung des HRST-Anteils in der Großregion unter dem EU-Mittel

Die regionale Ausstattung mit Humanressourcen in Wissenschaft und Technik wird so auch häufig als aussagekräftiger Indikator für das Wachstum(spotential) der wissensbasierten Wirtschaft betrachtet. Gemessen an der Erwerbsbevölkerung verfügt die Großregion hier über eine durchaus zufriedenstellende Ausgangsposition: Mit einem Anteil von 40,2% im Jahr 2008 lag der Kooperationsraum über dem europäischen Niveau von 37,6%.

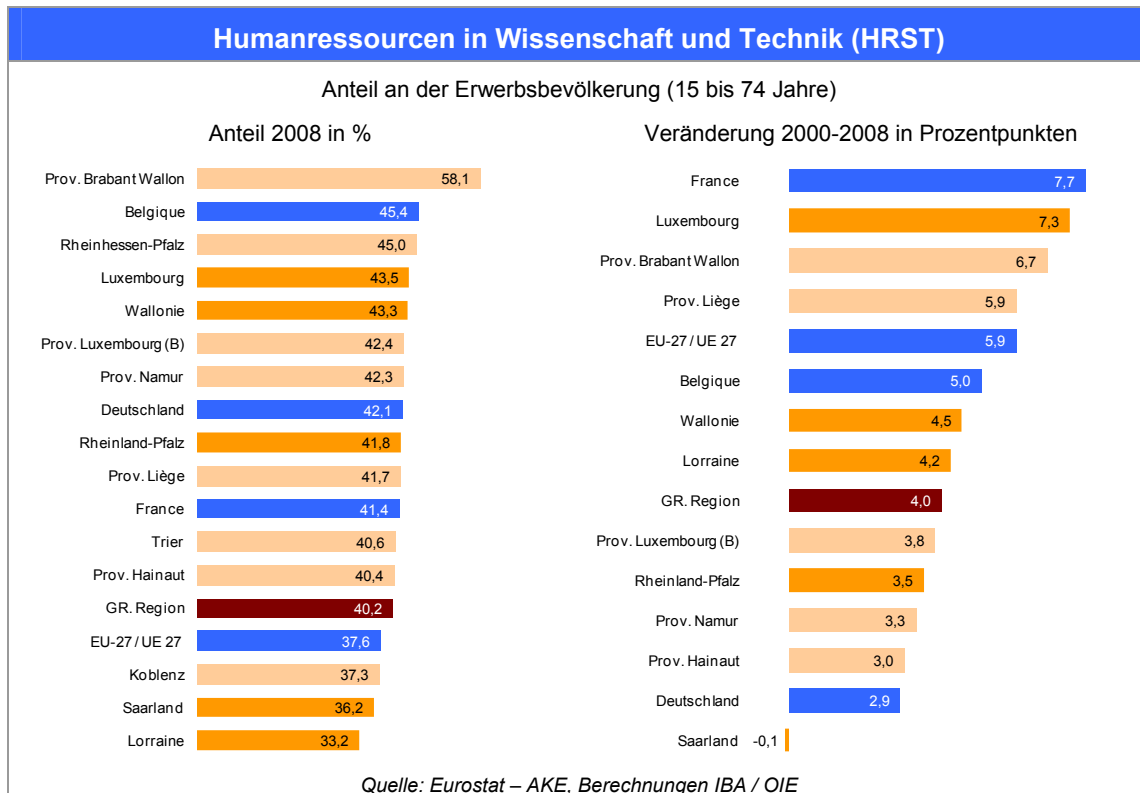
Differenziert nach den einzelnen HRST-Untergruppen²⁶ zeigt sich jedoch, dass die Großregion lediglich bei den Humanressourcen mit einem wissenschaftlich-technischen Bildungsabschluss (HRSTE) Werte über dem europäischen Niveau erreicht. Unterdurchschnittlich ausgeprägt sind demgegenüber die Anteile bei den Arbeitskräften mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit (HRSTO) sowie beim HRST-Kernbestand, d.h. bei den Personen, die über einen Tertiärabschluss verfügen und gleichzeitig auch in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind. Merkwürdig unter dem Mittel der EU-27 liegt die Großregion ebenso bei der Entwicklungsdynamik: Während der Anteil der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik europaweit seit dem Jahr 2000 um 5,9 Prozentpunkte gestiegen ist, fiel der Zuwachs im Kooperationsraum mit einem Plus von 4,0 Prozentpunkten sichtlich niedriger aus – ein Trend, der sich in der Grundtendenz ebenso bei den einzelnen HRST-Untergruppen verzeichnen lässt.

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) und ihre Untergruppen				
- Anteil an der Erwerbsbevölkerung (15-74 Jahre) in % -				
HRST und Untergruppen	GR. Region		EU-27	
	2008	Veränderung 2000-2008 in %-Punkten	2008	Veränderung 2000-2008 in %-Punkten
HRST	40,2	4,0	37,6	5,9
HRSTE	28,3	3,2	26,0	5,4
HRSTO	26,8	2,6	28,0	3,8
HRSTC	14,9	1,9	16,4	3,4

Quelle: Eurostat – AKE, Berechnungen IBA / OIE

²⁵ HRST – Human Resources in Science and Technology.

²⁶ Zur genauen Begriffsdefinition vgl. die methodischen Anmerkungen im Anhang.



Deutliche Unterschiede bei der regionalen Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Innerhalb der Großregion zeigen sich bei der Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik große Unterschiede. Mit einem Anteil von 43,5% weist Luxemburg eine im interregionalen Vergleich überdurchschnittliche Konzentration von Hochqualifizierten auf, knapp gefolgt von der Wallonie (43,3%) und Rheinland-Pfalz (41,8%). Das Großherzogtum hat zudem seit 2000 mit einem Plus von 7,3 Prozentpunkten am stärksten zugelegt und auch hierbei lag die Wallonie an zweiter Stelle (+4,5 Prozentpunkte). Das Saarland und Lothringen lagen dagegen merklich unter diesen Ergebnissen, wobei Lothringen bei der Entwicklungsdynamik mit der Wallonie mithalten konnte und hier noch vor Rheinland-Pfalz lag. Im Saarland hingegen war sogar eine leicht negative Entwicklung zu verzeichnen. Eine sehr ungleichmäßige Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie lässt sich darüber hinaus in Rheinland-Pfalz²⁷ und der Wallonie feststellen, für die auch auf Ebene der ehemaligen Regierungsbezirke bzw. der Provinzen Daten verfügbar sind. In der deutschen Region ist so die HRST-Konzentration in Rheinhessen-Pfalz, wo sich insbesondere entlang des Rheins wichtige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes befinden, deutlich höher als in den Regionen Koblenz und Trier. Noch ausgeprägter gestalten sich die regionalen Unterschiede in der Wallonie: Den mit Abstand höchsten HRST-Anteil weist Wallonisch Brabant auf, wo rund 58% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren über einen Tertiärabschluss verfügen und/oder in einem wissenschaftlichen oder technischen Beruf tätig sind. Damit gehört die wallonische Provinz, die im unmittelbaren Einflussbereich der angrenzenden Hauptstadtregion Brüssel liegt und Standort einer großen Universität ist, auch europaweit zu den

²⁷ Bei den NUTS-2-Regionen in Rheinland-Pfalz weist Eurostat für die Jahre 2000 und 2001 keine Daten aus, so dass hier die Entwicklungsdynamik nicht dargestellt werden konnte.

führenden Regionen. Mit Anteilen von 42,4 bis 40,4% liegen die Provinzen Belgisch Luxemburg, Namur, Lüttich und Hennegau hingegen hinter dem Durchschnittswert der Wallonie.

Hochtechnologiesektoren und wissensintensive Dienstleistungen

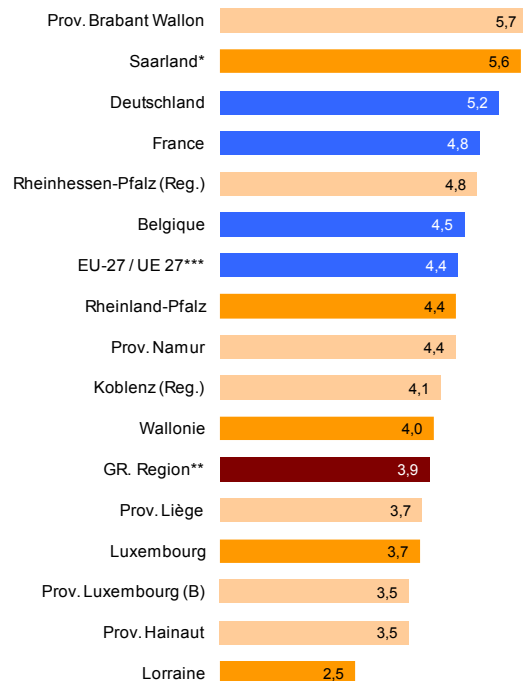
Von besonderer Bedeutung für Wachstum und Innovation sind die Hochtechnologiesektoren der wissensintensiven Dienstleistungen und des Verarbeitenden Gewerbes, die zusammenfassend als „High-Tech-Branchen“ bezeichnet werden.²⁸ Zu den wissensintensiven Dienstleistungen gehören dabei die Teilsektoren „Nachrichtenübermittlung“, „Datenverarbeitung und Datenbanken“ sowie „Forschung und Entwicklung“. Die Hochtechnologiebereiche des Verarbeitenden Gewerbes umfassen die Herstellung chemischer Erzeugnisse, den Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen.²⁹

Anteile der High-Tech-Beschäftigten variieren zwischen 5,6% im Saarland und 2,5% in Lothringen

Im Jahr 2008 entfiel in der Großregion auf diese so genannten High-Tech-Branchen zusammen 3,9% aller Arbeitskräfte – etwas weniger als im Schnitt der EU-27, die hier 4,4% ausweist. Einen im interregionalen wie europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil erreicht dabei das Saarland, wo 5,6% der Arbeitskräfte in Hochtechnologie-sektoren tätig sind. Alle übrigen Teilgebiete der Großregion liegen dagegen unter dem europäischen Mittel, wobei insbesondere Luxemburg und Lothringen mit Werten von 3,7 bzw. 2,5% merklich abfallen.³⁰ In Rheinland-Pfalz ebenso wie in der Wallonie werden dabei allerdings auf Ebene NUTS-2 wieder deutliche Unterschiede sichtbar. So erreicht in der deutschen Region wie schon bei den Humanressourcen in Wissenschaft und Technik der ehemalige Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz erneut weit überdurchschnittli-

Beschäftigung in den High-Tech-Branchen insgesamt im Jahr 2008

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %



* Saarland: Daten 2007; **GR. Region: Wert für Saarland aus 2007; *** EU-27 / UE 27: Werte für Bulgarien, Polen, Slowenien und Schweden aus 2007
Quelle: Eurostat, Daten aus versch. amtl. Quellen (AKE, Statistiken über die Unternehmensstruktur etc.)

²⁸ Aggregate zur Hochtechnologie oder zu den wissensbasierten Dienstleistungen sind in der Regel über die FuE-Intensität definiert, die als Verhältnis aus FuE-Ausgaben für den entsprechenden Wirtschaftszweig und seiner Wertschöpfung berechnet wird. Die Wirtschaftsindikatoren sind dabei aus der strukturellen Unternehmensstatistik abgeleitet; die Beschäftigtendaten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung.

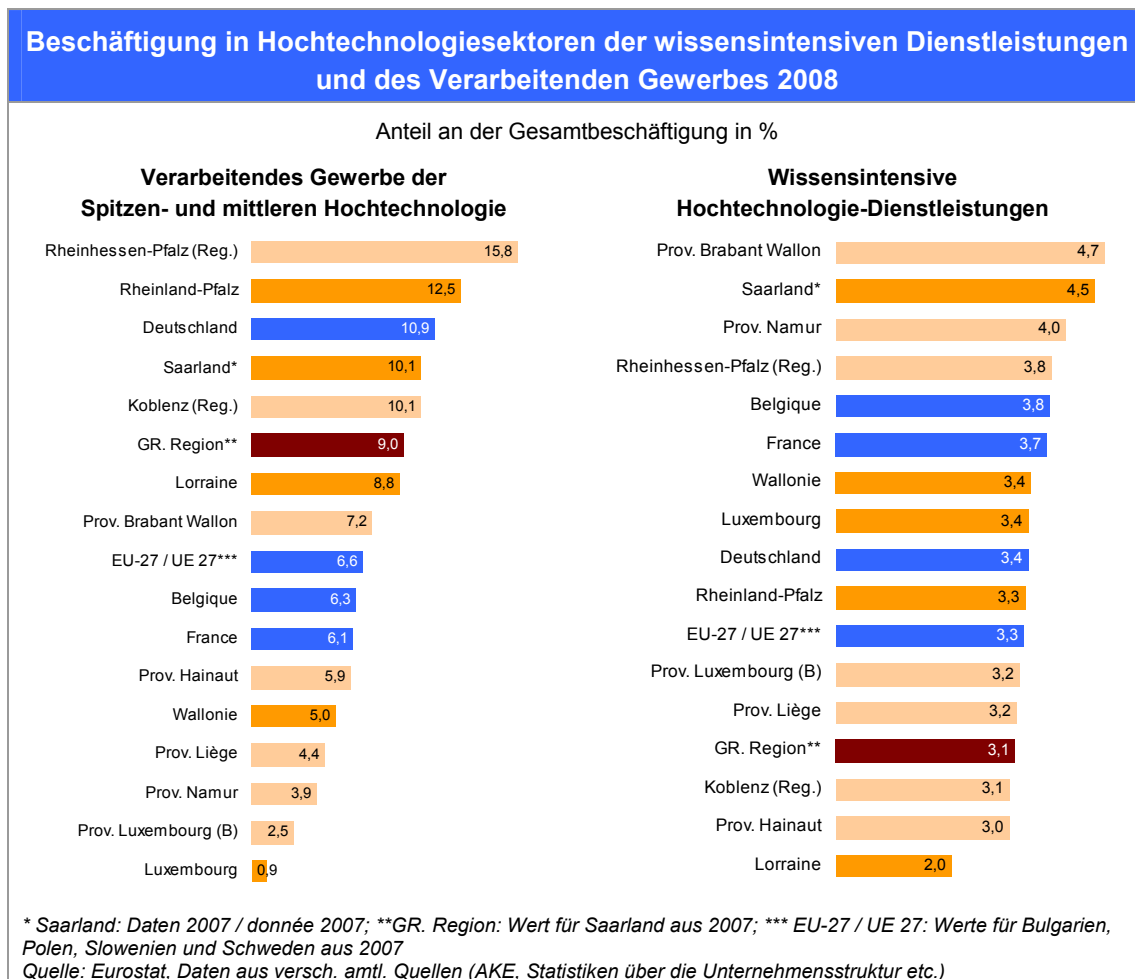
²⁹ Zu den einzelnen Untergliederungen gemäß der NACE-Systematik vgl. ausführlich die methodischen Anmerkungen im Anhang.

³⁰ Mit Blick auf Luxemburg muss aufgrund des Wohnortkonzepts der Arbeitskräfteerhebung berücksichtigt werden, dass sich die Daten nur auf die Inländer beziehen, d.h. Grenzgänger nicht berücksichtigt sind.

che Ergebnisse.³¹ Gleiches gilt für die Provinz Wallonisch Brabant, die abermals klar an der Spitze der hier betrachteten Regionen und Länder liegt.

Deutliche Unterschiede bei der Einzelbetrachtung der beiden High-Tech-Sektoren

In der Einzelbetrachtung der beiden Hochtechnologie-Sektoren zeigen sich dagegen im interregionalen und europäischen Vergleich für die Großregion insgesamt wie auch für die einzelnen Teilgebiete geänderte Rangfolgen. So liegt die Großregion beim Beschäftigtenanteil in den Hochtechnologiebereichen des Verarbeitenden Gewerbes mit derzeit 9,0% deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 (6,6%). Zurückzuführen ist dies auf die hohen Werte in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Lothringen, die sich hier aufgrund ihrer stärker industriell geprägten Wirtschaftsstruktur in der Spitzengruppe wiederfinden. Ausschlaggebend dürfte hier hauptsächlich das hohe Gewicht der Automobil- und Zulieferindustrie sein. Insbesondere in Rheinland-Pfalz kommt die chemische Industrie hinzu, die den bedeutendsten Wirtschaftszweig des Landes ausmacht und vor allem entlang des Rheins konzentriert ist. Daraus erklärt sich auch der überdurchschnittlich ausgeprägte Beschäftigtenanteil in Rheinhessen-Pfalz, die beim Verarbeitenden Gewerbe der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie die mit Abstand führende Position einnimmt.



³¹ Daten für die Regionen Trier nicht verfügbar.

Eine geänderte Rangfolge der Regionen des Kooperationsraums ergibt sich ebenso in der gesonderten Betrachtung der wissensintensiven Hochtechnologie-Dienstleistungen. Einzige Ausnahme ist hier das Saarland, das mit einem Beschäftigtenanteil von 4,5% erneut in der Spitzengruppe auftaucht. Aufgeschlossen haben hier jedoch auch die Wallonie, Luxemburg und Rheinland-Pfalz, die mit Anteilen von 3,4% bzw. 3,3% im Bereich der High-Tech-Dienstleistungen ebenfalls über dem großregionalen Durchschnitt rangieren. Lothringen liegt demgegenüber mit 2,0% merklich darunter.

3. Beschäftigung und Arbeitsmarkt

3.1 Stand und Entwicklung der Beschäftigung

3.1.1 Erwerbstätige und Arbeitnehmer (am Arbeitsort)

Rund 4,8 Millionen Erwerbstätige in der Großregion

In der Großregion gingen im Jahr 2008 – dem letzten für alle Teilgebiete gemeinsam verfügbaren Datenstand³² – rund 4,8 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach; das sind 2,1% aller Erwerbstätigen der EU-27. Gut 88% aller Erwerbstätigen im Kooperationsraum hatten dabei den Status eines Arbeitnehmers, d.h. sie waren abhängig beschäftigt. Auf europäischer Ebene lag dieser Anteil mit rund 84 (EU-27) bzw. 86% (EU-15) etwas niedriger. Innerhalb der Großregion zeigen sich hier jedoch deutliche Unterschiede: In Luxemburg sowie in Lothringen³³ und im Saarland zählten 94 bzw. jeweils rund 92% der Beschäftigten im Jahr 2008 zu den Lohnempfängern. Rheinland-Pfalz bewegte sich mit einem Anteil von rund 88% auf dem Niveau der Großregion insgesamt. Deutlich darunter lagen jedoch die Wallonie und die DG Belgien, wo nur 82 bzw. 79% aller Erwerbstätigen abhängig beschäftigt waren.

Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (am Arbeitsort) 2008 in %	
GR. Region	88,3
Saarland	91,5
Lorraine	92,2
Luxembourg	94,2
Rheinland-Pfalz	88,4
Wallonie	82,4
DG Belgien	80,3
EU-27 / UE 27	84,4
EU-15 / UE 15	85,9
Belgique	83,9
Deutschland	89,0
Westdeutschland (ohne Berlin)	89,1
France métropolitaine	91,0
<i>Berechnungen IBA / OIE, Quelle:</i>	
<i>Belgique, Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes nationaux / régionaux (März 2010)</i>	
<i>Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Feb. 2010)</i>	
<i>France, Lorraine: INSEE, Estimations d'emploi localisée (ESTEL). Données prov.</i>	
<i>Luxembourg, EU/UE: Eurostat (Mai 2010)</i>	

Mittelfristige Beschäftigungsentwicklung in der Großregion schwächer als auf europäischer Ebene

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 verlief das Beschäftigungswachstum in der Großregion sowohl bei den Erwerbstätigen insgesamt (+5,9%) als auch bei den Arbeitnehmern (+6,0%) schwächer als im Durchschnitt der EU-27 (+7,9 bzw. +9,3%) und der EU-15 (+8,4 bzw. +8,9%). Die Entwicklung war dabei nicht einheitlich, sondern spiegelt recht deutlich die jeweiligen Konjunkturzyklen wider (vgl. Grafik): Nachdem zu Beginn des Betrachtungszeit-

³² Der letzte, für alle Teilregionen gemeinsam verfügbare und harmonisierte Datenstand kann die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Beschäftigung in der Großregion noch nicht abbilden. Aufgrund fehlender Daten aus Lothringen, der Wallonie und der DG Belgien ist es derzeit nur möglich, die Standardindikatoren zur Beschäftigung, d.h. die Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitnehmer, für die Großregion insgesamt bis zum Jahr 2008 darzustellen. Selbst für diesen Zeitpunkt liegen etwa für die französische Region bisher nur erste Schätzungen vor.

³³ Für Lothringen wurde im Rahmen des Kapitels Beschäftigung erstmals auf Daten der Estimations d'emploi localisée (ESTEL) zurückgegriffen. Seit 2009 ermöglichen die mit diesem Instrument berechneten jährlichen Schätzungen eine bessere Qualität der Daten, eine präzise und in zeitlicher Hinsicht beständige Einschätzung der Erwerbstätigkeit, eine Vereinheitlichung der Methoden und der Bearbeitung sowie kürzere Fristen für die Bereitstellung. Beim Instrument ESTEL liegt die Zahl der berufstätigen Personen nahe der vom Internationalen Arbeitsamt (IAA) ermittelten Zahl. Die Bemessung erfolgt zum 31. Dezember jeden Jahres. Das neue Instrument wurde erstmals im Jahr 2009 auf der Grundlage der am 31.12.2007 gültigen Daten eingesetzt, wobei INSEE diese Methode im Sinne einer Retropolation auch rückwirkend für die Daten von 1998 bis 2007 angewendet hat. Zu berücksichtigen ist, dass diese neue Reihe gegenüber den früheren, vor September 2009 vorgelegten Schätzungen der lothringischen Erwerbstätigen und Arbeitnehmer zu Abweichungen führt (höheres Beschäftigungsniveau) und sich daher von bisherigen Veröffentlichungen der IBA oder auf dem Portal der Statistischen Ämter unterscheidet.

raums infolge des konjunkturellen Aufschwungs um die Jahrtausendwende noch recht hohe Zuwächse erzielt werden konnten, kam es mit Beginn der wirtschaftlichen Eintrübung im Jahr 2001 zu einer merklichen Abschwächung des Beschäftigungswachstums und im Jahr 2003 sogar zu Arbeitsplatzverlusten. Seit 2004, das auch weltweit eine Phase der Konjunkturerholung einleitete, hatte sich die Beschäftigungslage in der Großregion stabilisiert und es waren wieder Zuwächse zu verzeichnen. Die gute Konjunktur wirkte sich insbesondere in 2007 positiv auf die Beschäftigungssituation aus und führte zu deutlichen Arbeitsplatzgewinnen, die aber gleichwohl nicht an die Ergebnisse zur Jahrtausendwende anknüpfen konnten. In 2008 haben sich dann zum Jahresende die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem großregionalen Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht; der Beschäftigungssaldo war zwar nochmals deutlich im positiven Bereich, allerdings hatte sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr bereits merklich verlangsamt.

Luxemburg als Jobmotor, aber auch Wallonie mit vergleichsweise hohen Beschäftigungszuwächsen bis 2008

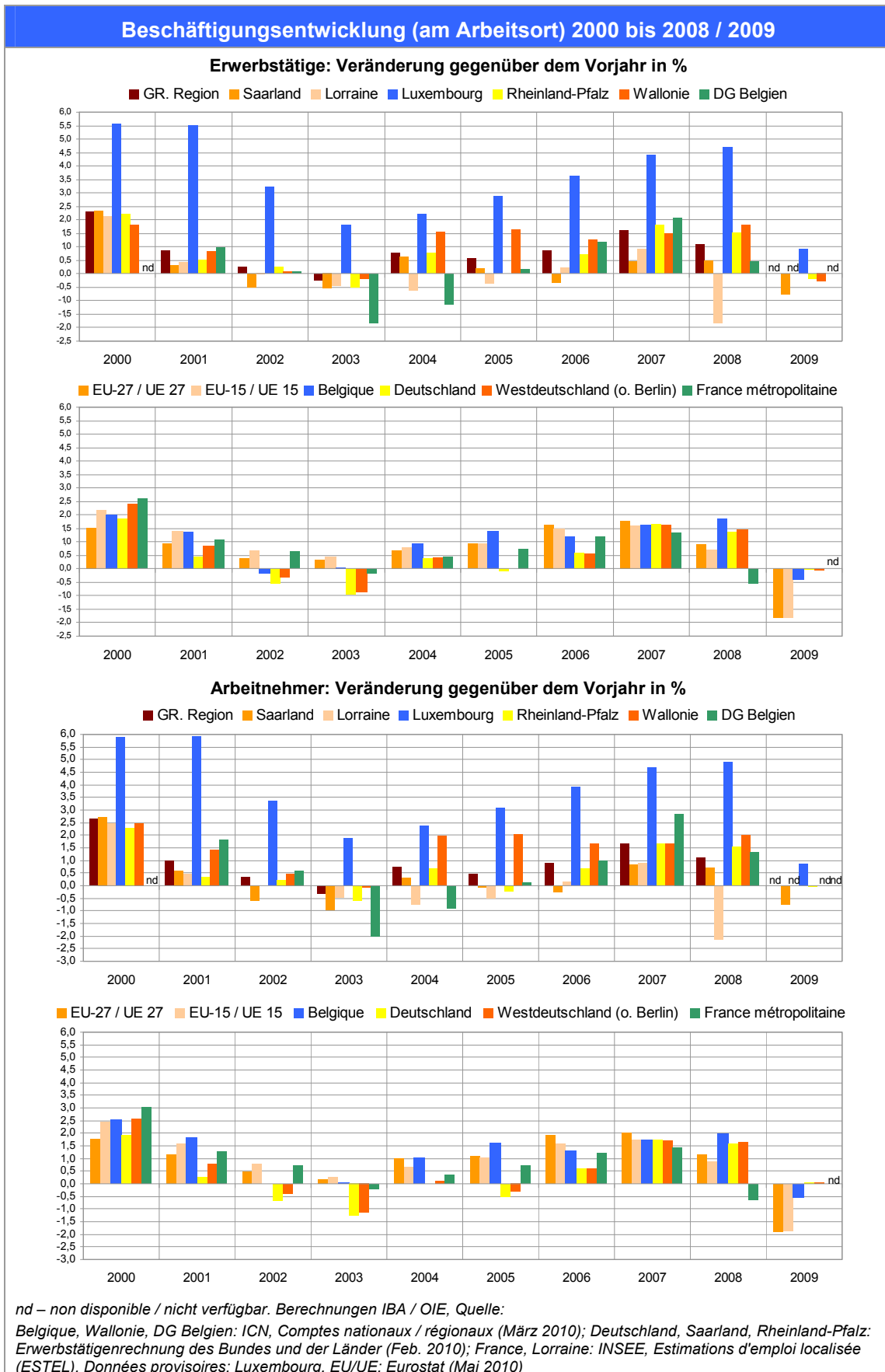
Innerhalb der Großregion hat im Betrachtungszeitraum insbesondere das wirtschaftsstarke Luxemburg mit einem Plus von 32,2% bei den Erwerbstätigen und 34,4% bei den Arbeitnehmern³⁴ Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen, die im interregionalen Vergleich beispiellos sind und auch weit über den durchschnittlichen Zuwächsen auf europäischer Ebene lagen. Über dem großregionalen und europäischen Mittel bewegte sich ansonsten nur noch die Wallonie, die zwischen 2000 und 2008 bei den Erwerbstätigen einen Anstieg von 8,9% realisieren konnte und bei den Arbeitnehmern mit plus 11,7% sogar eine zweistellige Wachstumsrate erzielte.

Beschäftigungsentwicklung Erwerbstätige und Arbeitnehmer (am Arbeitsort) 2000-2008

Gebiet	Erwerbstätige	Arbeitnehmer
	Veränderung in %	
GR. Region	5,9	6,0
Saarland	0,7	0,5
Lorraine	-1,7	-2,3
Luxembourg	32,2	34,4
Rheinland-Pfalz	5,3	4,4
Wallonie	8,9	11,7
DG Belgien	1,9	4,9
EU-27 / UE 27	7,9	9,3
EU-15 / UE 15	8,4	8,9
Belgique	8,6	9,9
Deutschland	2,9	1,7
W-Deutschld. (o.B.)	3,8	3,0
France métropolitaine	4,9	4,9

*Berechnungen IBA / OIE, Quelle:
Belgique, Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes nationaux / régionaux (März 2010);
Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Feb. 2010);
France, Lorraine: INSEE, Estimations d'emploi localisée (ESTEL). Données provisoires;
Luxembourg, EU/UE: Eurostat (Mai 2010)*

³⁴ Im Falle Luxemburgs ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Erwerbstätigen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VWG) niedriger ist als die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dies liegt daran, dass (einige) Betriebe oder Lohnabhängige, die im Ausland tätig sind (z. B. Schifffahrt), in der VWG nicht berücksichtigt werden.



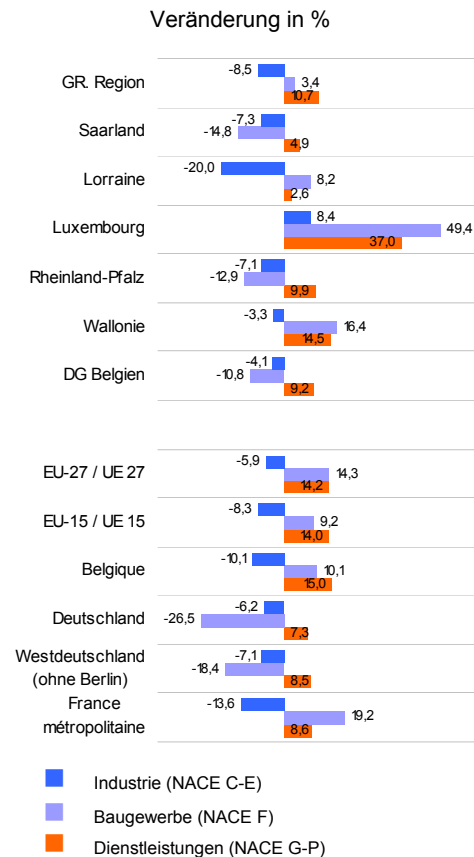
Lothringen als einzige Region mit Beschäftigungsverlusten zwischen 2000 und 2008

Auf einem deutlich niedrigeren Niveau verlief dagegen der Beschäftigungsanstieg in Rheinland-Pfalz (Erwerbstätige: +5,3; Arbeitnehmer: +4,4%) sowie in der DG Belgien (+1,9 bzw. +4,9%) und im Saarland (+0,7 bzw. +0,5%). In der DG Belgien³⁵ sticht dabei der auffallend geringe Zuwachs bei den Erwerbstätigen ins Auge, während in den deutschen Regionen die Arbeitnehmer weniger vom Beschäftigungsaufschwung profitieren konnten. Gegen den großregionalen wie auch nationalen Trend bewegte sich schließlich die Entwicklung in Lothringen, wo sowohl bei den Erwerbstätigen (-1,7%) als auch bei den Arbeitnehmern (-2,3%) Verluste zu verzeichnen waren.

Höherer Arbeitsplatzabbau der großregionalen Industrie bei gleichzeitig niedrigeren Zuwächsen der Dienstleistungen

In der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen wird deutlich, dass in der Großregion die Beschäftigungszuwächse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zeitraum von 2000 bis 2008 ausschließlich auf das Konto des Dienstleistungssektors und – mit deutlichem Abstand – auch des Baugewerbes gingen, während die Industrie Arbeitsplätze abgebaut hat. Mit einem Minus von 8,5% fielen dabei die Verluste in der Großregion höher aus als auf europäischer Ebene, wo sich der Rückgang im Durchschnitt der EU-27 auf minus 5,9% belief. Mit Blick auf die EU-15 bewegte sich der Personalabbau der großregionalen Industrie in etwa auf dem gleichen Niveau. Umgekehrt fiel im Kooperationsraum die Entwicklungsdynamik des Dienstleistungssektors wie auch des Baugewerbes merklich schwächer aus, was im Ergebnis zu dem insgesamt geringeren Beschäftigungszuwachs führte. Dies ist vor allem auf die nur unterdurchschnittlichen Arbeitsplatzgewinne des Dienstleistungssektors in Lothringen und im Saarland zurückzuführen, die in der französischen Region zudem durch einen massiven Personalabbau in der Industrie begleitet wurde, der

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftssektoren 2000 bis 2008



Berechnungen IBA / OIE, Quelle:

Belgique, Wallonie, DG Belgien: ICN, Comptes nationaux / régionaux (März 2010)

Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Feb. 2010)

France, Lorraine: INSEE, Estimations d'emploi localisée (ESTEL). Données provisoires.

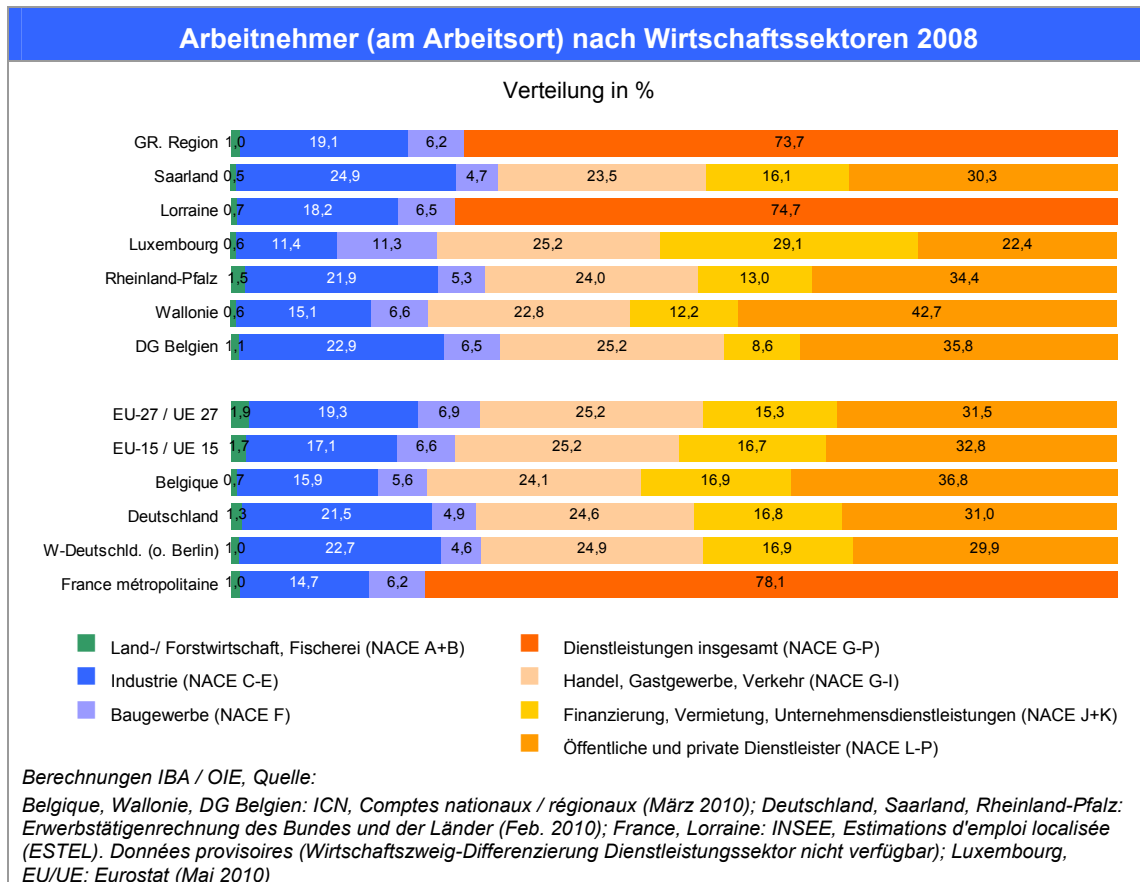
Luxembourg, EU/UE: Eurostat (Mai 2010)

³⁵ Bei der DG Belgien muss berücksichtigt werden, dass die hier für den interregionalen Vergleich verwendeten Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stammen, die gegenüber den vom Arbeitsamt der DG verwendeten Daten auf Basis von ONSS (Office national de sécurité sociale) zum Teil deutliche Abweichungen aufweisen. Letztere sind zwar auch Grundlage der Berechnungen des ICN (Institut des comptes nationaux), allerdings werden abweichende Methodiken angewandt. Das ICN weist einen Jahresdurchschnitt auf Basis von Quartalsdaten aus, während die ONSS Stichtagsdaten verwendet. Zudem korrigiert das ICN die Werte um die geschätzte Schwarzarbeit und lässt auch die Beschäftigung in lokalen Arbeitsagenturen sowie Studentenarbeit in die Berechnungen einfließen.

auch wesentlich größer ausfiel als auf nationaler Ebene. Auffällig ist darüber hinaus, dass im Betrachtungszeitraum gegen den großregionalen wie europäischen Trend in den beiden deutschen Teilgebieten sowie in der DG Belgien neben der Industrie auch die Beschäftigung im Baugewerbe zurückging. Dies gilt insbesondere für das Saarland, wobei die Verluste im Vergleich zum Bund jedoch unterdurchschnittlich ausfielen. Luxemburg schließlich konnte als einzige Teilregion in allen hier betrachteten Wirtschaftsbereichen durchgängig Beschäftigungszugewinne erzielen, selbst in der Industrie ist hier noch ein beachtlicher Anstieg festzustellen.

Weiterer leichter Anstieg des Arbeitnehmeranteils in den Dienstleistungen

Auf der Ebene der Großregion hat die Bedeutung des tertiären Sektors weiter zugenommen: Im Jahr 2008 waren fast drei Viertel (73,7%) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Dienstleistungsbranchen tätig – mehr als im Durchschnitt der EU-27 (71,9%), aber etwas weniger als in der EU-15 (74,7%). Innerhalb des Kooperationsraums erreichten die Dienstleistungen in der Wallonie und in Luxemburg mit Anteilen von fast 78 bzw. 77% ein überproportional hohes Gewicht für die Beschäftigung – bei einer allerdings unterschiedlichen strukturellen Ausrichtung: Während im Großherzogtum dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit einem Anteil von 29,1% die größte – und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche – Bedeutung zukam, galt dies in der belgischen Region für die öffentlichen und privaten Dienstleister, die mit 42,7% ebenfalls einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil innehaben als in den anderen Regionen.



Stark vertreten ist der tertiäre Sektor auch in Lothringen, wo drei von vier Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Dienstleistungstätigkeit ausübten. Niedrigere Werte erzielten demgegenüber die beiden deutschen Teilgebiete sowie die DG Belgien, wobei Rheinland-Pfalz mit 71,3% die 70%-Schwelle überschritt, während das Saarland und die DG Belgien knapp darunter blieben. In allen drei Regionen hat stattdessen der sekundäre Sektor, also das Produzierende Gewerbe, ein im großregionalen wie europäischen Vergleich höheres Gewicht. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz kam dabei mit Werten von 24,9 bzw. 21,9% der Industrie eine große Bedeutung zu – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen des Baugewerbes. Dieses hat insbesondere in Luxemburg ein hohes Beschäftigungsgewicht (11,1%).

Ausblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Krisenjahr 2009

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung im Jahr 2009 in den Regionen, für die bereits Daten verfügbar waren, so zeigt sich, dass die Arbeitsplatzverluste per Saldo deutlich geringer ausfielen als es in Anbetracht des massiven wirtschaftlichen Einbruchs zu erwarten gewesen wäre. Generell bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Unternehmen auch in Krisenzeiten Entlassungen im Allgemeinen erst dann in Betracht ziehen, wenn das personalpolitische Instrumentarium sonst keine Spielräume mehr lässt. Um die Personalressourcen an das reduzierte Arbeitsvolumen anzupassen, wird zunächst der Bestand nicht fest angestellter Mitarbeiter abgebaut. Als erste betroffen sind daher die Zeitarbeiter, gefolgt von befristet beschäftigten Arbeitnehmern (darunter viele Jüngere), deren Verträge nicht verlängert werden („Last in, first out“). Große Anstrengungen haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich unternommen, um in den Unternehmen die Stammbeschaften zu halten und größere Entlassungswellen möglichst zu vermeiden. Durch Maßnahmen wie den Einsatz von Kurzarbeit, die Inanspruchnahme von Arbeitszeitkonten, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und den Abbau von Überstunden konnte der Personalabbau gedämpft bzw. die Beschäftigung stabilisiert werden. Insbesondere in Deutschland wurde das Instrument der Kurzarbeit sehr intensiv genutzt. So war beispielsweise zum Höhepunkt der Krise im Frühjahr 2009 fast jeder zweite Beschäftigte im Bereich der saarländischen Automobilindustrie und ihrer Zulieferer in Kurzarbeit (April 2009: insgesamt 35.365 Kurzarbeiter im Saarland). Mit dem Wiederanziehen der Konjunktur im Automobilbereich konnte dann die Zahl der Kurzarbeiter bis zum Jahresende wieder deutlich abgebaut werden (Dezember 2009: 16.773 Kurzarbeiter). Dennoch wird auch in 2010 Kurzarbeit als Beschäftigungsbrücke gebraucht. Mit Blick auf die Zahlen für März 2010 stellt insoweit die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit fest, dass ohne Kurzarbeit zu diesem Zeitpunkt rein rechnerisch knapp 3.600 Arbeitnehmer mehr im Saarland arbeitslos gewesen wären.³⁶ Mit dem weiteren Fortschreiten der Konjunkturbelebung, wie sich dies im ersten Halbjahr 2010 abzuzeichnen scheint, werden die Fachkräfte in den Unternehmen dann auch wieder dringend benötigt. Hinzu kommen die sich im Zuge des demographischen Wandels abzeichnenden Engpässe – ein Problem, das gerade in den deutschen Regionen virulent ist und entsprechende Gegenmaßnahmen erfordert, damit die Demographie nicht zur Wachstumsbremse wird.

³⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland, Presseinformation Nr. 028/2010.

Trotz Rezession bislang nur moderater Rückgang der Gesamtbeschäftigung

Vor diesem Hintergrund hat sich die Wirtschaftskrise bisher nur moderat auf die Zahl der Arbeitsplätze ausgewirkt. Nach den aktuellen Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die zum Bearbeitungszeitpunkt für die beiden deutschen Teilregionen sowie für Luxemburg vorlagen, gab es lediglich im Saarland per Saldo einen Rückgang der Arbeitnehmerbeschäftigung um 0,8% (der höchste aller westlichen Bundesländer), während in Rheinland-Pfalz zumindest bei den abhängig Beschäftigten das Vorjahresniveau gehalten werden konnte.³⁷ Im Großherzogtum ist selbst im Krisenjahr 2009 noch ein Zuwachs von 0,9% zu verzeichnen. Dennoch hat die Rezession einige Wirtschaftsbereiche hart getroffen. Vor allem exportabhängige Branchen und damit verbundene Wirtschaftszweige bekamen die Krise heftig zu spüren. Die deutlichsten Verluste vermeldete so auch in allen hier betrachteten Teilregionen die Industrie sowie der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, dem auch die Zeitarbeit zugeordnet ist. Im Saarland fiel dabei der Personalabbau in beiden Bereichen am stärksten aus. Darüber hinaus kam es an der Saar zu leichten Verlusten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, der in Rheinland-Pfalz und Luxemburg noch Beschäftigung aufbauen konnte. Im Großherzogtum wiederum gab es einen leichten Rückgang bei der Zahl der Arbeitnehmer im Baugewerbe, während diese in den beiden deutschen Teilregionen leicht zulegten.

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftssectoren 2009

Veränderung 2009 gegenüber 2008 in %

Gebiet	Insg.	Industrie (NACE C-E)	Baugewerbe (NACE F)	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr (NACE G-I)	Finanzie- rung, Ver- mietung, Unterneh- mens-DL (NACE J+K)	Öffentliche und private Dienstleister (NACE L-P)
Saarland	-0,8	-4,3	0,3	-0,3	-3,4	3,0
Luxembourg	0,9	-2,7	-0,3	1,1	-0,2	4,2
Rheinland-Pfalz	0,0	-2,3	0,9	1,2	-3,3	1,5
EU-27 / UE 27	-1,9	-4,9	-7,1	-1,8	-2,2	1,2
EU-15 / UE 15	-1,9	-5,2	-7,7	-1,8	-2,6	1,4
Belgique	-0,5	-4,2	-1,0	-0,7	-2,1	1,8
Deutschland	0,0	-2,6	0,3	0,7	-1,4	1,9
Westdeutschland (ohne Berlin)	0,0	-0,6	0,4	0,7	-1,5	2,2

Berechnungen IBA / OIE, Quelle:

Deutschland, Saarland, Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Feb. 2010)
Luxembourg, Belgique, EU/UE: Eurostat (Mai 2010)³⁸

Erste Schätzungen signalisieren beträchtliche Beschäftigungsverluste in Lothringen

Mit Blick auf die hier aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigten Teilregionen Lothringen, Wallonie und DG Belgien können bislang lediglich erste Einschätzungen vorgenommen werden. Danach scheinen sich für die belgischen Gebiete ähnliche Trends herauszukristalli-

³⁷ Die Zahl der Erwerbstätigen ist dagegen in Rheinland-Pfalz erstmals seit 2003 wieder gesunken, und zwar um rund 2.900 Personen oder 0,2%.

³⁸ Anm.: Auf den Ausweis der Eurostat-Daten für Frankreich 2009 wurde an dieser Stelle aufgrund der vorgenommenen Umstellung auf die Estimations d'emploi localisée (ESTEL), die für 2009 noch nicht verfügbar waren und gegenüber der bisher verwendeten Methode deutliche Unterschiede im Hinblick auf das Beschäftigungsniveau zeigen, verzichtet.

sieren wie für die deutschen Regionen und Luxemburg. Erste vorliegende Zahlen zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Wallonie verzeichnen für das vierte Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2009 jeweils einen leichten Rückgang im Bereich zwischen 0,4 und 0,2% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Dieser konnte jedoch im Schlussquartal 2009 gestoppt werden, so dass sich hier bereits erste Signale für eine Stabilisierung der Beschäftigung abzeichnen.³⁹ Kritischer scheint sich dagegen die Situation in Lothringen darzustellen. Lothringen zählt zu den französischen Regionen, die bislang am stärksten unter der Krise gelitten haben.⁴⁰ Zwar waren mit Ausnahme der Landwirtschafts- und Lebensmittelindustrie sowie der Energiewirtschaft alle Wirtschaftsbereiche betroffen, aber auch hier bekam vor allem die Industrie, die sich ohnehin schon in einer sehr schwierigen Lage befand, die Rezession heftig zu spüren. Insgesamt ist nach ersten Schätzungen des Statistikamtes INSEE die Zahl der Arbeitnehmer in der lothringischen Industrie im Jahresdurchschnitt 2009 um rund 7.500 Personen gesunken. Dies entspricht einem Minus von 5,1% – deutlich mehr als im nationalen Mittel (-4,2%, ohne Überseegebiete). Höhere Verluste als im Durchschnitt Frankreichs verzeichnete in Lothringen zudem der Sektor der marktbestimmten Dienstleistungen (-3,3% gegenüber -2,0%) sowie das Baugewerbe (-4,3% gegenüber -2,2%). Diese Zahlen deuten darauf hin, dass sich die Beschäftigungssituation in Lothringen deutlich schlechter darstellt als in den anderen Teilgebieten der Großregion.

3.1.2 Beschäftigungsquote

In der vom Europäischen Rat beschlossenen Beschäftigungsstrategie von Lissabon sind für das Jahr 2010 feste Ziele gesetzt worden. Danach soll die Gesamtbeschäftigungsquote, die den Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Erwerbsbevölkerung im gleichen Alter misst, einen Wert von 70% erreichen. Zusätzlich wird eine Erhöhung der Beschäftigungsquote für Frauen auf 60% und für ältere Arbeitnehmer auf 50% bis 2010 angestrebt. Der insgesamt nur mäßige Beschäftigungszuwachs in der EU seit 2000 entspricht keineswegs den ehrgeizigen Zielen. Es erscheint zunehmend unwahrscheinlicher, dass die in der Lissabon-Strategie vorgegebenen Beschäftigungsziele bis 2010 erreicht werden, insbesondere angesichts der Rezession infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich in den kommenden Jahren negativ auf die Beschäftigung auswirken dürften. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wurde das Kernziel insoweit überarbeitet, als die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen Frauen und Männer auf 75% bis zum Jahr 2020 erhöht werden soll. Insbesondere junge Menschen, ältere Arbeitnehmer und behinderte Menschen sollen intensiver am Erwerbsleben beteiligt und Migranten besser integriert werden.

Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion in 2008 um fünf Prozentpunkte unter Lissabon-Ziel

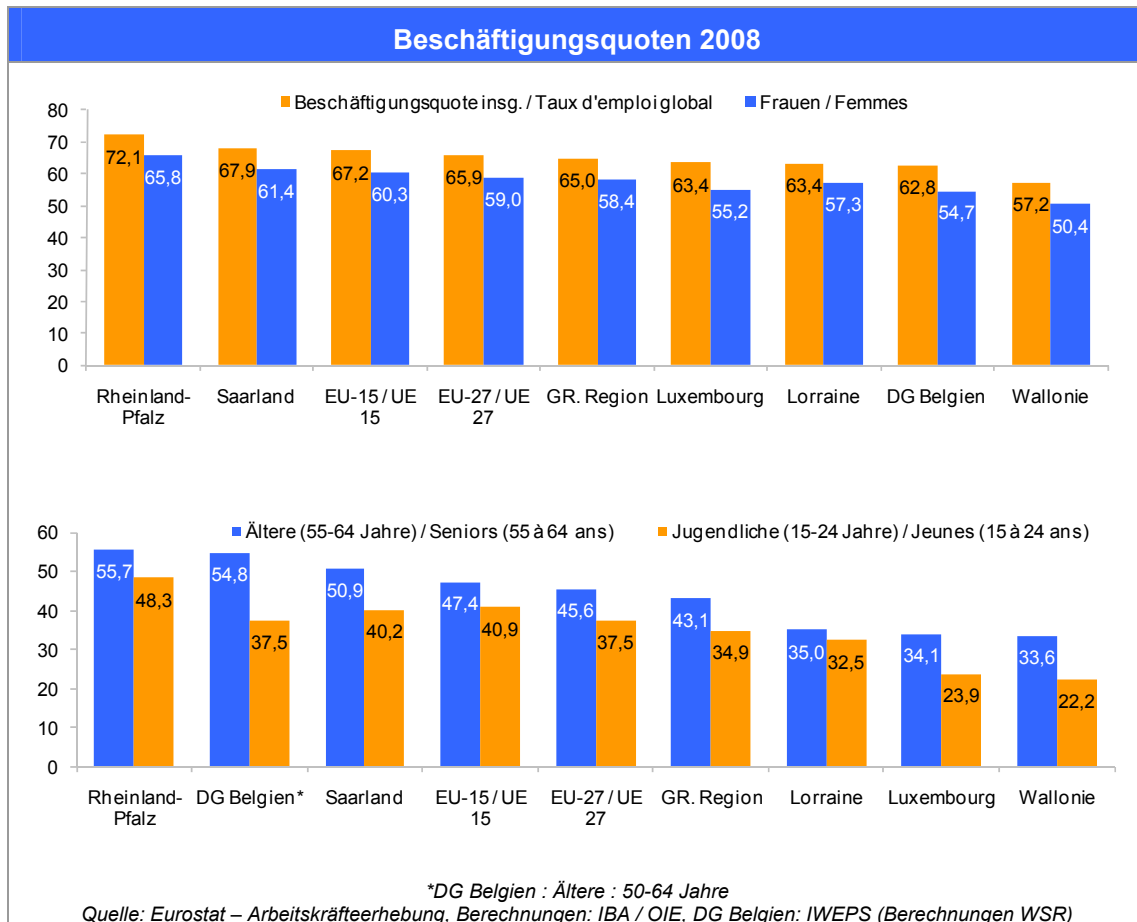
Nach den Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung⁴¹ hat sich die Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion im Jahr 2008 auf 65% erhöht – etwas weniger als in der EU-27 (65,9%) und der EU-15 (67,2%). Damit liegt die Großregion nach wie vor fünf Prozentpunkte unter dem in der Lissabon-Strategie vorgegebenen Beschäftigungsziel. Die Beschäftigungsquoten in den

³⁹ Vgl. IWEPS 2010.

⁴⁰ Vgl. INSEE 2010.

⁴¹ Vgl. hierzu die methodischen Anmerkungen im Anhang.

beiden deutschen Teilregionen liegen über dem großregionalen Durchschnitt, während die übrigen Teilgebiete niedrigere Quoten aufzeigen. Das Saarland konnte im Zeitraum 2000-2008 mit einem Plus von 6,9 Prozentpunkten den größten Zuwachs aller Gebiete verzeichnen und befindet sich mit einer Quote von 67,9% auf einem guten Weg, den Zielwert von Lissabon zu realisieren. In der gleichen Zeitspanne reichte Rheinland-Pfalz ein Anstieg von 6,1 Prozentpunkten aus, um mit einer Quote von 72,1% das Ziel als erste Teilregion zu erfüllen. Luxemburg und Lothringen (63,4%) liegen gleichauf, wohingegen deutliche Unterschiede zwischen der Wallonie (57,2%) und der DG Belgien (62,8%) bestehen. Für die belgischen Teilregionen ist die 70%-Marke daher kaum noch zu erreichen. Zudem hat sich der ohnehin große Abstand zwischen der Wallonie und Rheinland-Pfalz seit 2000 auf knapp 15% ausgedehnt.



Enorme Zuwächse bei der Beschäftigung von Frauen – Lissabon-Ziel in den deutschen Teilregionen bereits erfüllt

Positive Entwicklungen sind bei der Verwirklichung des weiteren Lissabon-Ziels – eine Beschäftigungsquote der Frauen von mehr als 60% – zu erkennen.⁴² In der Großregion insgesamt fiel der Anstieg mit einem Plus von 6,1 Prozentpunkten seit dem Jahr 2000 deutlich höher aus als bei der Gesamtbeschäftigung. 2008 erreichte die Beschäftigungsquote von Frauen einen Wert von 58,4%. Damit liegt sie knapp unter dem Mittel der EU-27 und in greif-

⁴² In diesem Zusammenhang sollte berücksichtigt werden, dass in der Beschäftigungsquote jede Tätigkeit ab der ersten Arbeitsstunde einfließt, d. h. auch alle Formen geringfügiger oder niedrig entlohnter Tätigkeit.

barer Nähe zum Lissabon-Ziel von 60%. Innerhalb der Großregion haben Rheinland-Pfalz und das Saarland mit einer weiblichen Beschäftigungsquote von 65,8 bzw. 61,4% die Zielvorgabe bereits realisiert. Beide Teilregionen konnten seit 2000 Zuwächse von deutlich über acht Prozentpunkten erzielen. Ein wichtiger Schritt ist auch Luxemburg mit einem Anstieg um 5,1 Prozentpunkte auf 55,1% und Lothringen mit 4,7 Prozentpunkten auf 57,3% gelungen, während die DG Belgien und die Wallonie mit im interregionalen Vergleich nur unterdurchschnittlichen Zunahmen noch Lücken von 5,3 bzw. 9,6% zum Lissabon-Ziel aufweisen.

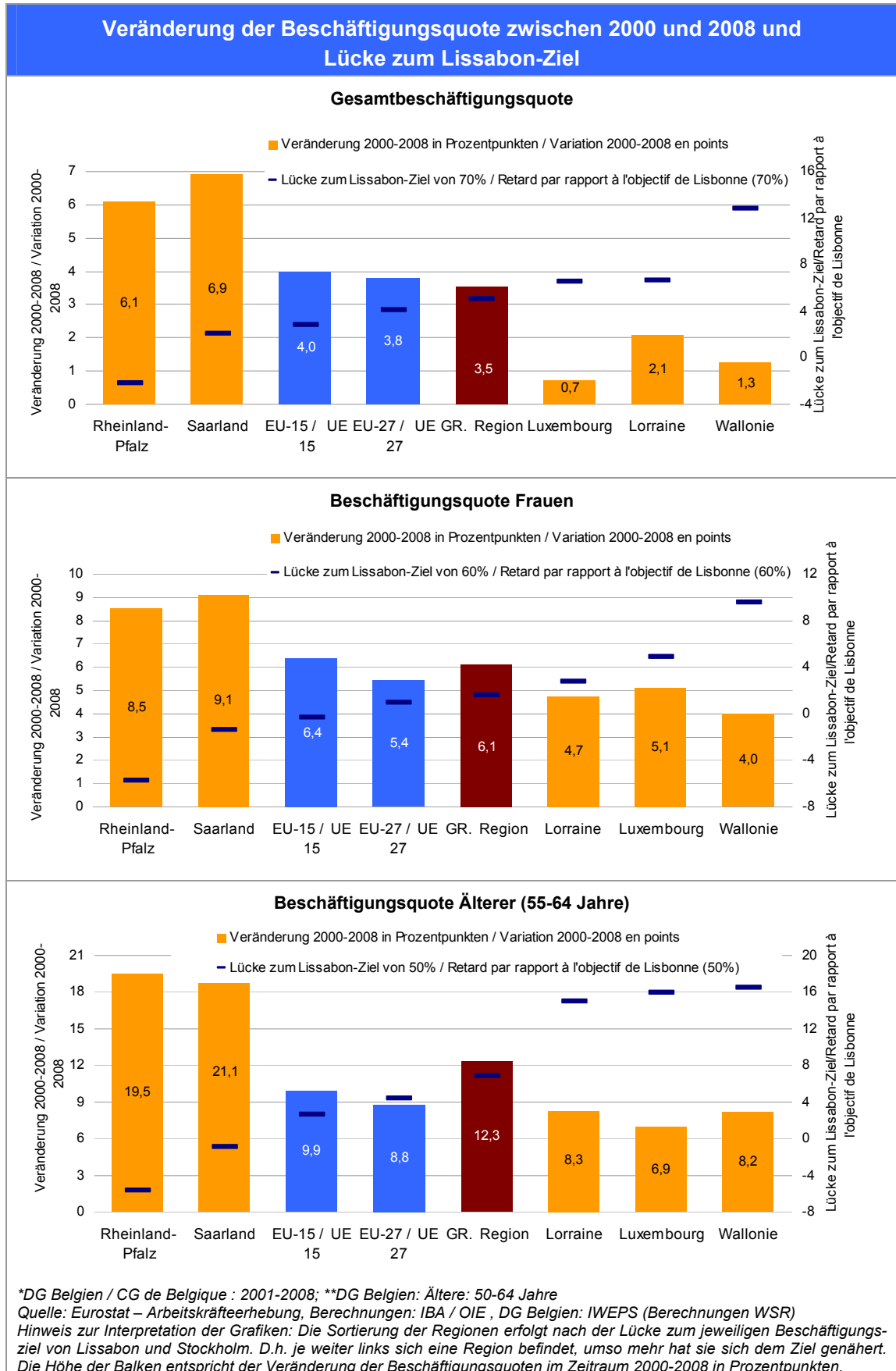
Auch bei der Beschäftigungsquote Älterer überdurchschnittliche Zuwächse in den deutschen Teilregionen

Mit einer Beschäftigungsquote von 43,1% bei den Älteren (55- bis 64-Jährige) lag die Großregion im Jahr 2008 noch knapp sieben Prozentpunkte unter dem dritten Beschäftigungsziel von Lissabon, so dass weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigung Älterer erforderlich sind. Zwar kam es zu deutlichen und im europäischen Vergleich sogar überdurchschnittlich hohen Zuwächsen in den vergangenen Jahren, dennoch liegt die Quote der Großregion nach wie vor niedriger als der EU-Durchschnitt (EU-27: 45,6%; EU-15: 47,4%). Innerhalb der Großregion erfüllten Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Beschäftigungsquoten von 55,7 bzw. 50,9% die Zielvorgabe für 2010 bereits vorzeitig. Die positiven Ergebnisse der deutschen Regionen dürfen allerdings nicht überinterpretiert werden, da in Deutschland die Zunahme der Beschäftigung Älterer zum Teil auch auf demographische Effekte zurückzuführen ist. Zudem realisierte die DG Belgien mit einem überdurchschnittlichen Wert das Lissabon-Ziel⁴³, während die übrigen Teilgebiete im interregionalen wie europäischen Vergleich sehr niedrige Beschäftigungsquoten und nach wie vor beträchtliche Lücken zur Zielvorgabe von 50% aufweisen.

Kaum Veränderungen bei der Beschäftigung Jugendlicher in der Großregion seit dem Jahr 2000

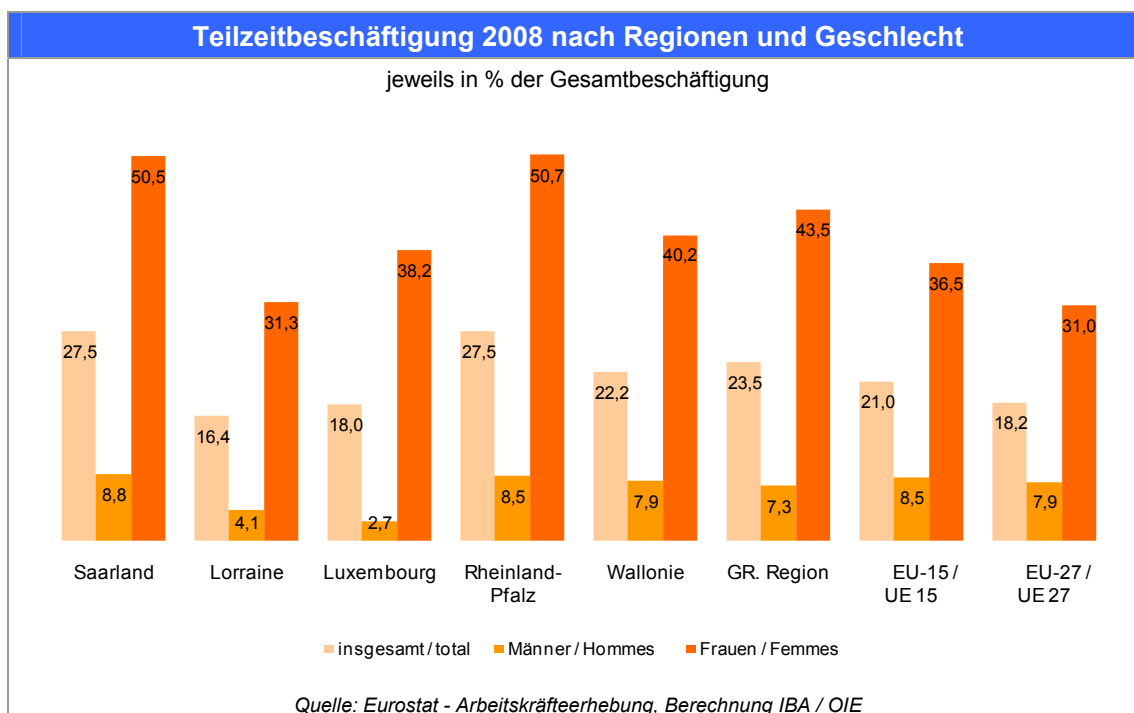
Im Jahr 2008 lag die Beschäftigungsquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Großregion bei 34,9% und damit unter dem entsprechenden Wert für die EU-27 (37,5%) und die EU-15 (40,9%). Innerhalb des Kooperationsraums war hier die Spanne zwischen der niedrigsten und der höchsten Beschäftigungsquote sehr hoch: Die Quote war in Rheinland-Pfalz (48,3%) und im Saarland (40,2%) beinahe doppelt so hoch wie in Luxemburg (23,9 %) und in der Wallonie (22,2%). Lothringen und die DG Belgien bewegen sich mit 32,5 bzw. 37,5% im Mittelfeld. Der Blick auf die Entwicklungsdynamik zeigt, dass sich die Beschäftigungsquote der Jugendlichen in der Großregion seit 2000 mit leichten Auf- und Abwärtsbewegungen insgesamt kaum verändert hat. Seit 2006 ist mit einem Plus von 1,9 Prozentpunkten zumindest wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar, der vor allem von Rheinland-Pfalz (+3,4 Prozentpunkte) sowie Lothringen getragen wurde (+2,2 Prozentpunkte). Demgegenüber weist das Saarland mit einem Plus von 1,4 Prozentpunkten nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis auf. Während in Luxemburg und der Wallonie die Beschäftigungsquote Jugendlicher seit 2006 noch geringfügig angestiegen (+0,5 bzw. +0,1 Prozentpunkte) ist, kam es in der DG Belgien sogar zu einem Rückgang von einem Prozentpunkt.

⁴³ Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Altersgruppe Ältere für die DG Belgien 50-64 Jahre umfasst, während für die anderen Teilregionen die Altersgruppe 55-64 Jahre zugrunde gelegt wird.



Teilzeitbeschäftigung für Männer von geringer Bedeutung

Im Gegensatz zu der Gesamtbeschäftigung liegt die Großregion bei der Teilzeitbeschäftigung mit einem Anteil von 23,5% im Jahr 2008 über dem Niveau der EU-27 (18,2%) und dem der EU-15 (21%). Hohe Teilzeitquoten weisen vor allem die beiden deutschen Teilregionen auf, während die Wallonie und insbesondere Lothringen und Luxemburg wesentlich niedrigere Werte erreichen. Ausgeprägte Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Betrachtung der geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten: 2008 waren in der Großregion insgesamt 43,5% aller erwerbstätigen Frauen im Rahmen eines Teilzeitarbeitsverhältnisses tätig. Deutlich geringer ist demgegenüber die Bedeutung dieser Beschäftigungsform für Männer: Teilzeitarbeit macht lediglich 7,3% der männlichen Gesamtbeschäftigung aus. Im interregionalen Vergleich sind die Teilzeitquoten von Frauen wie Männern in den beiden deutschen Regionen mit Abstand am höchsten, während die übrigen Teilgebiete deutlich niedrigere Werte erkennen lassen.



3.1.3 Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion

Grenzgänger in der Großregion 2009

Grenzüberschreitende Einpendler

Zielgebiet	Herkunftsgebiet				Einpendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique			
Saarland		19.477	54	14	19.545	30.06.2009	BA
Rheinland-Pfalz		4.965	176	151	5.292	30.06.2009	BA
Lorraine	ca. 1.120		ca. 200	ca. 130	ca. 1.450	2005	ADEM EURES
Luxembourg	37.067	72.967		37.565	147.599	30.06.2009	IGSS
Wallonie	708	28.273	324		29.305	30.06.2009	INAMI
GR. REGION	38.895	125.682	754	37.860	203.191	30.06.2009	

Grenzüberschreitende Auspendler

Herkunftsgebiet	Zielgebiet				Auspendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique			
Saarland		ca. 1.000	7.156	.	8.156	2001 / 31.03.2009	INSEE / IGSS
Rheinland-Pfalz		ca. 120	25.406	.	25.526	2001 / 31.03.2009	INSEE / IGSS
Lorraine	19.693		69.584	5.387	94.664	2009	INSEE
Luxembourg	333	ca. 200		416	949	30.06.2009 / 2001 / 30.06.2009	BA / INSEE / INAMI
Wallonie	4.850	4.719	34.132		43.701	30.06.2009	INAMI
GR. REGION	24.876	6.039	136.278	5.803	172.996	2009	

Stichtag der Ein- bzw. Auspendlerdaten ist hier nach Möglichkeit jeweils der 30.06.

BA: Bundesagentur für Arbeit - Deutschland

IGSS: Inspection Générale de la Sécurité Sociale - Luxembourg

INAMI: Institut national d'Assurance Maladie-Invalidité - Belgique

INSEE: Institut national de la statistiques et des études économiques - Direction Lorraine

GR. Region: Großregion / Grande Région

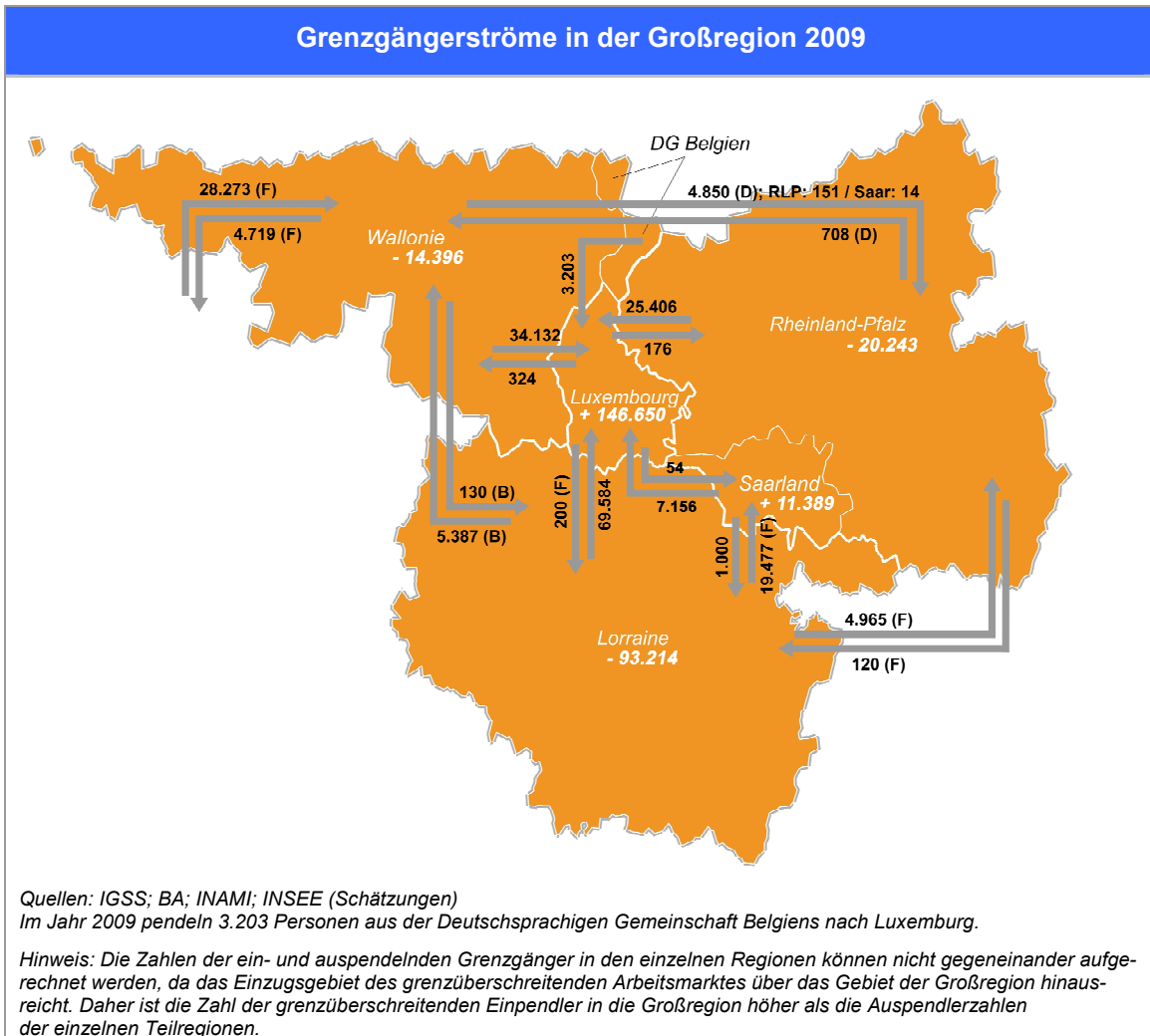
Quellenangabe: Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA / OIE)

Zum 30.06.2009 zählt das Saarland insgesamt 22.600 Einpendler aus Rheinland-Pfalz; Rheinland-Pfalz hingegen zählt zum 30.06.2009 insgesamt 14.345 Einpendler aus dem Saarland (Quelle: BA).

Zahl der Grenzgänger wächst trotz Wirtschafts- und Finanzkrise

Grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität bildet ein zentrales Merkmal der Teilarbeitsmärkte in der Großregion. Diese sind durch intensive Ein- und Auspendlerbewegungen miteinander verflochten und die Zahl der Grenzgänger wächst seit Jahrzehnten kontinuierlich. Auch im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise stieg ihre Zahl weiter an, wenngleich die Veränderungsraten der Vorjahre nicht erreicht werden konnten. So zählt der europäische Kernraum an Saar, Mosel und Maas im Jahr 2009 mit 203.191 Grenzgängern wieder mehr grenzüberschreitende Arbeitnehmer als in den Jahren zuvor, von denen über die Hälfte (54,7%) aus Lothringen kommt und fast drei Viertel (72,6%) in Luxemburg arbeiten. Das Großherzogtum und das Saarland weisen mit einem Plus von 146.650 bzw. 11.389 Arbeitskräften einen positiven Grenzgängersaldo auf, wobei Luxemburg anhaltend größere Saldi verzeichnet und im Saarland die Arbeitskräftegewinne stetig zurückgehen. In den übr-

gen Teilregionen ist der Saldo aus grenzüberschreitenden Ein- und Auspendlern jeweils negativ, d.h. dort verlassen täglich mehr Menschen ihre Wohnregion, um in der benachbarten Grenzregion zu arbeiten als umgekehrt. Dies gilt insbesondere für Lothringen, wo die Zahl der grenzüberschreitenden Auspendler die der (geschätzten) Einpendler um ein Vielfaches übersteigt (93.214 Personen).



Luxemburg: Nur geringes Wachstum der Grenzgängerbeschäftigung – Einpendler aus Deutschland schneiden noch am besten ab

Luxemburg bleibt nach wie vor der größte Arbeitgeber für Grenzgänger in der Großregion. Die Hälfte (49,4%) der 147.599 ins Großherzogtum einpendelnden Personen kommt aus Frankreich und ca. jeweils ein Viertel aus Belgien und Deutschland (25,5% bzw. 25,1%). Verzeichnete die Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg seit Jahrzehnten stets neue Rekordwerte, so sind in den vergangenen sechs Jahren mit einem Plus von 70,5% vor allem die Einpendlerzahlen aus Deutschland rapide angestiegen. Letztgenannte kommen zu 88% aus Rheinland-Pfalz und weisen im Jahr 2008/2009 trotz Wirtschafts- und Finanzkrise noch ein Wachstum auf (+3,9%), im Gegensatz zu den Grenzgängerzahlen aus Belgien und Frankreich. Das Arbeitskräftevolumen aus Belgien wuchs in den letzten sechs Jahren um 28,6% und stagnierte zwischen 2008 und 2009 (+0,2%), womit die belgischen Einpendler-

zahlen nur noch sehr knapp vor den deutschen Einpendlern liegen. Franzosen stellen seit Ende der 1980er Jahre die größte Gruppe der Grenzgänger im Großherzogtum, die seit 2003 zwar einen deutlichen Entwicklungsschub erfuhr (+30,5%), jedoch im Jahr 2008/2009 lediglich 442 zusätzliche Pendler (+0,6%) zählte. Die jährliche Wachstumsrate des Grenzgängeraufkommens insgesamt bewegte sich in den vergangenen Jahren zwischen vier und acht Prozent, sie sank im Jahr 2008/2009 jedoch auf 1,3% ab. Dies ist trotz Kurzarbeit weitgehend auf die Konjunkturreinbrüche im privatwirtschaftlichen Sektor und in der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen, in der viele Grenzgänger arbeiten.

**In Luxemburg arbeitende Grenzgänger nach Nationalität 2003-2009
(jeweils zum 30.06.)**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Frankreich	55.898	57.848	60.588	64.104	68.657	72.525	72.967
Belgien	29.216	30.298	31.626	33.193	35.348	37.483	37.565
Deutschland	21.742	23.709	26.111	28.925	32.228	35.661	37.067
Insgesamt	106.856	111.855	118.325	126.222	136.233	145.669	147.599
Veränderung im Vorjahresvergleich (%)	3,8	4,7	5,8	6,7	7,9	6,9	1,3

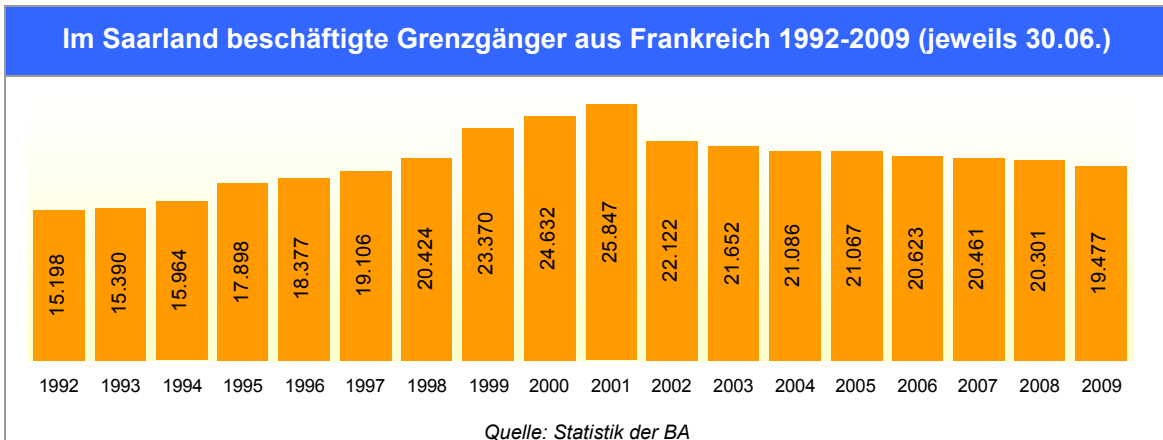
Quelle: IGSS, Berechnungen: IBA / OIE

Lothringen: Stagnation der Auspendlerzahlen durch gebremstes Wachstum in Luxemburg

Trotz des nur äußerst leichten Anstiegs der lothringischen Auspendlerzahlen um 0,3% (2008/2009) bleibt die französische Region weiterhin das wichtigste Quellgebiet von grenzüberschreitenden Arbeitnehmern in der Großregion. Mit insgesamt 94.664 Auspendlern stellt Lothringen 54,7% aller Grenzgänger im Kooperationsraum, von denen 73% in Luxemburg, ein Fünftel in den deutschen Bundesländern und ca. 6% in Belgien arbeiten. Die Entwicklung der lothringischen Auspendler zeigt einen weiteren Rückgang des Grenzgängerstroms in Richtung Deutschland und weitere – wenn zum Teil auch moderate – Zuwächse bei den Auspendlern nach Luxemburg und Belgien. Während die Vorjahreswachstumsrate des Stroms nach Luxemburg im Jahr 2004 mit nur 2,9% ihren vorläufigen Tiefstand erreichte, stieg sie bis zum Jahr 2008 sukzessive auf 7,2% an, um im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008/2009) wieder auf 1,4% abzufallen. Das gebremste Wachstum der Auspendler nach Luxemburg ist auf das hohe Beschäftigungsgewicht der Franzosen im industriellen Sektor und in der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen, die besonders von der Auswirkungen der Krise betroffen waren. Der Auspendlerstrom nach Belgien entwickelte sich in den zurückliegenden Jahren relativ konstant um ca. 5% im Vorjahresvergleich, wobei die Veränderungsraten in 2007 und 2008 leicht anzogen. Im Vergleich der anderen Auspendlerrichtungen schneidet der Strom nach Belgien am besten ab, da er im Jahr 2008/2009 noch ein Plus von 2,2% verzeichnet. Die Krise wirkte sich in Wallonien weniger stark als befürchtet auf die Grenzgängerbeschäftigung aus, nicht zuletzt durch die ergriffenen Maßnahmen wie etwa Kurzarbeit in Industriebetrieben. Der lothringische Strom nach Deutschland entwickelt sich bereits seit 2002 rückläufig, nachdem er im Jahr 2001 seinen Höchststand erreicht hatte. Seitdem liegen die Vorjahresveränderungsquoten zwischen -3 und -0,8%, wobei im Jahr 2008/2009 ein spürbarer Rückgang der Auspendlerzahlen um 3,9% zu verzeichnen war. Diese Entwicklung ist weitgehend auf strukturelle Ursachen zurückzuführen, die sich im Zuge der Krise weiter zuspitzten.

Saarland: Rückgang der Grenzgänger aus Frankreich und Anstieg der Luxemburg-Pendler setzt sich fort

Das Saarland weist nach Luxemburg das höchste positive Grenzgängersaldo in der Großregion auf. Dieses ergibt sich aus dem rückläufigen Strom der Einpendler aus Frankreich sowie aus der wachsenden Zahl der Saarländer, die in Luxemburg arbeiten. Während die Auspendlerzahlen quantitativ weniger stark ins Gewicht fallen, stellen die Einpendler aus Frankreich im Jahr 2009 19.477 Arbeitskräfte. Ihre Zahl ging seit 2001 kontinuierlich zurück, unterschritt im Jahr 2006 erstmalig die 21.000er-Grenze und fällt im Jahr 2008/2009 um 4,1% ab. Trotz Kurzarbeit und Nutzung von Arbeitszeitkonten waren die Einpendler aus Frankreich im Jahr 2009 besonders in der Automobilindustrie bzw. im Verarbeitenden Gewerbe (-5,0% bzw. 460 Arbeitsplätze) und in den unternehmensnahen Dienstleistungen (-11,2% bzw. 300 Arbeitsplätze) von Arbeitsplatzrückgängen betroffen. Hingegen ist ein Anstieg der Grenzgängerzahlen aus dem Saarland in Richtung Luxemburg festzustellen, die sich – mit einer vergleichsweise niedrigen Wachstumsrate von 8,2% (2008/2009) – in den vergangenen sechs Jahren von 3.384 auf 7.156 Auspendler mehr als verdoppelten. Die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarkts strahlt besonders auf die grenznahen Gebiete im Nordsaarland aus.



Im Saarland beschäftigte Grenzgänger aus Frankreich 2003-2009 (jeweils 30.06.), Veränderung im Vorjahresvergleich in %

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-2,1	-2,6	-0,1	-2,1	-0,8	-0,8	-4,1

Quelle: Statistik der BA, Berechnungen IBA / OIE

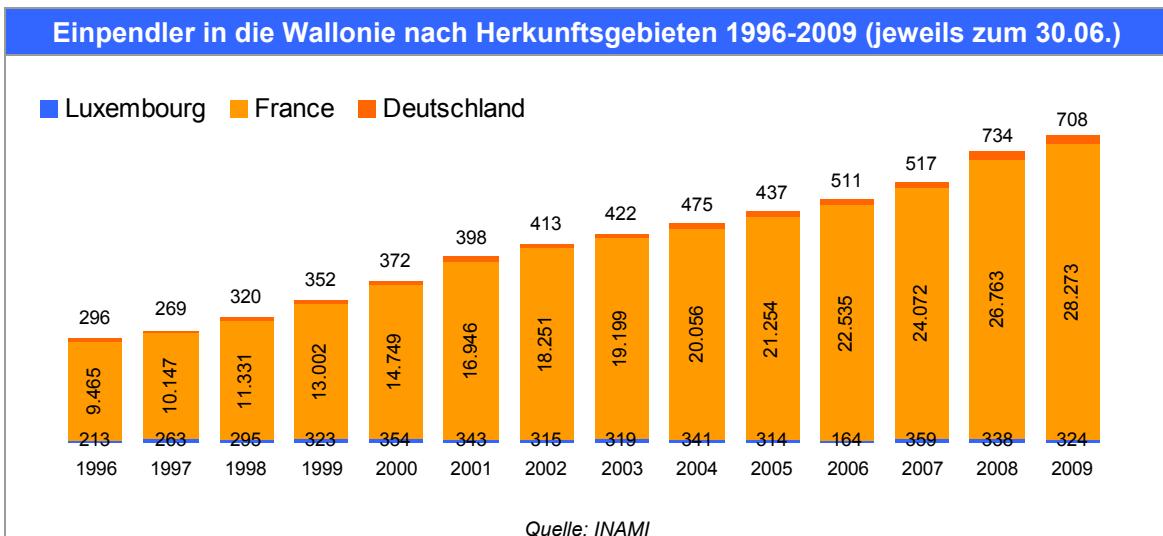
Rheinland-Pfalz: Geringes Wachstum der Luxemburg-Pendler – Grenzgänger aus Frankreich wieder auf Niveau von 2005

Ähnlich wie im Saarland stieg auch in Rheinland-Pfalz das Grenzgängeraufkommen nach Luxemburg in den vergangenen sechs Jahren deutlich an. Die Zahl der Auspendler, die mehrheitlich in der Region Trier wohnen, hat sich um ca. zwei Drittel (62,3%) erhöht, wobei sich die Vorjahresveränderungsquoten bis 2008 zwischen sieben und elf Prozent bewegten. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008/2009) erhöhte sich der Strom nach Luxemburg jedoch lediglich um 1,1%, was einem Plus von 262 Arbeitsplätzen entspricht. Hinsichtlich des Einpendlerstroms aus Frankreich ist festzuhalten, dass sich die Zahlen im Jahr 2008 leicht erholten, um im Zuge der Krise wieder auf das Niveau von 2005 abzusinken: Zwischen

2008 und 2009 gingen die Einpendlerzahlen aus Frankreich um 3,3% auf 4.965 Personen zurück.

Wallonie: Einpendler aus Frankreich knüpfen an Entwicklungsraten der Vorjahre an – Auspendlerbewegungen mit nur niedrigem Wachstum

Im Jahr 2009 pendelten 29.305 Grenzgänger in die Wallonie ein, davon die Mehrheit aus Frankreich (96,5%), gefolgt von einem niedrigen Anteil aus Deutschland (2,4%) und Luxemburg (1,1%). Die Zahl der Einpendler aus Frankreich hat sich zwischen 1996 und 2009 verdreifacht, jedoch mit unterschiedlichen Jahreswachstumsraten. Zwischen 1998 und 2001 verzeichnete der Einpendlerstrom ein jährliches Plus von über 10%, seit 2002 liegt der Zuwachs durchschnittlich bei nur 7,5%. Im Jahr 2008/2009 erhöhte sich der Strom um 5,6% und zeigt damit im Vergleich zu den meisten Pendlerbewegungen in der Großregion noch ein deutliches Wachstum an. Ca. drei Viertel der Einpendler aus Frankreich arbeiten weitgehend an den Industriestandorten in der Provinz Hennegau, was auf die französische Region Nord-Pas-de-Calais als Einzugsgebiet verweist. Demgegenüber pendeln im Jahr 2009 43.701 Arbeitskräfte aus der Wallonie aus, von denen mehr als drei Viertel (78,1%) in Luxemburg arbeiten, gefolgt von den Zielregionen Deutschland (11,1%) und Frankreich (10,8%). Der Auspendlerstrom ist zwischen 1996 und 2009 um knapp 78% gewachsen, was nahezu ausschließlich auf die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarkts zurückzuführen ist. Denn während in diesem Zeitraum die Zahlen der Grenzgänger in Richtung Frankreich um nur 5% wachen, nimmt der Strom in die deutschen Bundesländer um 31% zu und mit einem Anstieg um mehr als das Doppelte übernimmt Luxemburg Platz eins der Zieldestinationen. Im Vorjahresvergleich (2008/2009) ist die Zahl der Pendler nach Luxemburg bzw. Deutschland weiter um 1,1 bzw. 1,5% gestiegen; die Auspendler nach Frankreich hingegen verzeichnen zwischen 2008 und 2009 eine rückläufige Entwicklung (-1,9%). Damit werden auch hier die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich.



Einpendler in die Wallonie aus Frankreich 2003-2009 (jeweils 30.06.), Veränderung im Vorjahresvergleich in %

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
5,2	4,5	6,0	6,0	6,8	11,2	5,6

Quelle: INAMI, Berechnungen IBA / OIE

Deutschsprachige Gemeinschaft: Zahl der Luxemburg-Pendler wächst weiter

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind vermutlich viele der 4.850 Arbeitskräfte ansässig, die aus der Wallonie nach Deutschland pendeln. Von hier aus kommen sie überwiegend nach Nordrhein-Westfalen, wo im Jahr 2009 über vier Fünftel der Pendler aus Belgien mit Arbeitsort in Deutschland arbeiteten. Ferner verlassen im Jahr 2009 täglich 3.203 Grenzgänger die DG Belgien in Richtung Luxemburg. Ihre Zahl hat sich zwischen 1995 und 2009 fast verdreifacht und während die Vorjahresveränderungsquote des Stroms in den zurückliegenden Jahren zwischen vier und zehn Prozent lag, schneidet er auch im Jahr 2008/2009 noch mit einem guten Ergebnis (+5,1%) ab. Die Luxemburg-Pendler arbeiten überwiegend im Baugewerbe, gefolgt von Handel und Reparatur, den unternehmensnahen Dienstleistungen und wohnen weitgehend im südlichen Teil der Sprachgemeinschaft.

Unzureichende Informationslage zur Arbeitslosigkeit von Grenzgängern

Insbesondere in Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind Informationen über Arbeitsmarktentwicklungen von Bedeutung. Dazu zählen auch Angaben über die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Personen. Die einzige verfügbare Informationsquelle mit Blick auf Grenzgänger bilden in diesem Zusammenhang die Formulare E 301, die Grenzgänger benötigen, um ihre Beschäftigungszeiten und ihre Einkommenshöhe gegenüber der Arbeitsverwaltung am Wohnort zum Bezug von Sozialleistungen nachzuweisen. Werden die Statistiken der luxemburgischen Arbeitsverwaltung über die beantragten Formulare E 301 berücksichtigt, so ist festzustellen, dass ihre Zahl im Jahr 2008 noch unter dem Niveau von 2006 liegt und sie im Jahr 2009 deutlich anwächst. Diese Entwicklung gibt einen ersten Eindruck, jedoch können auf dieser Grundlage keine verlässlichen Aussagen über die als arbeitslos gemeldeten Grenzgänger getroffen werden: Denn nicht alle Grenzgänger benötigen dieses Formular; denn eine Person kann mehrere Formulare pro Jahr beantragen; denn die Beantragung des Formulars muss nicht zwingend auf eine (langfristige) Arbeitslosigkeit verweisen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Angaben über die Zahl der ausgestellten Formulare E 301 nur eingeschränkt Auskunft darüber geben, wie viele Grenzgänger ihre Arbeitsstelle verloren haben und ob sie sich in der Arbeitslosigkeit befinden. Angesichts der Situation, dass die Arbeitsverwaltungen in den Wohnregionen der Pendler, bei denen sie sich arbeitslos melden, jedoch über entsprechende Informationen verfügen, gilt es die Zusammenarbeit der Arbeitsverwaltungen der Großregion weiter auszubauen, um belastbare Informationen über die Arbeitslosigkeit von Grenzgängern zu erhalten.

3.2 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Rückgang der Arbeitslosigkeit bis 2008 in der Großregion stärker als in Europa

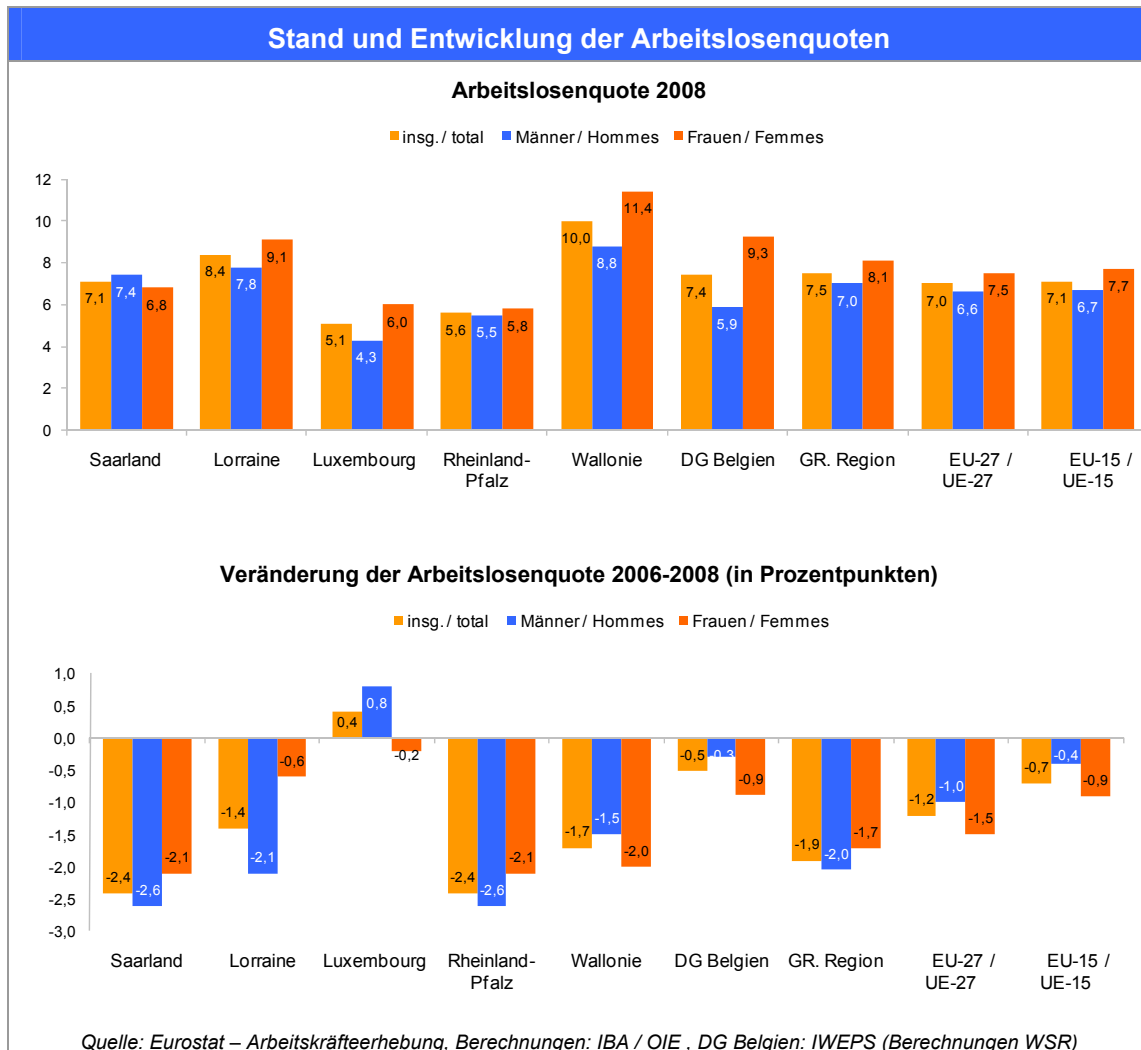
Die im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung erfasste und nach dem ILO-Konzept harmonisierte Arbeitslosenquote,⁴⁴ die zum Zeitpunkt der Berichterstellung für 2009 noch nicht verfügbar war, zeigt für das Jahr 2008 in der Großregion weiterhin eine relativ entspannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die noch ganz im Zeichen der 2004/2005 einsetzenden konjunkturellen Erholung stand. Die Gesamtarbeitslosenquote lag bei 7,5% und konnte im Zeitraum 2006-2008 mit einem Rückgang von 1,9 Prozentpunkten weiter zum EU-Durchschnitt aufschließen (EU-15: 7,1%). Getragen wurde diese Entwicklung vor allem von Rheinland-Pfalz und dem Saarland, wo die Arbeitslosenquoten zwischen 2006 und 2008 um jeweils 2,4 Prozentpunkte gesunken sind. Beiden Teilregionen haben so mit Quoten von 7,1 bzw. 5,6% den Durchschnittswert des Kooperationsraums unterschritten. Die geringste Arbeitslosenquote erreichte nach wie vor Luxemburg, wobei im Großherzogtum jedoch seit 2006 entgegen dem großregionalen Trend ein leichter Anstieg um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr 5,1% zu verzeichnen ist. Die Wallonie blieb mit einem Abbau der Arbeitslosenquote um 1,7 Prozentpunkte knapp hinter dem Rückgang der Großregion zurück und weist im interregionalen Vergleich weiterhin die höchste Quote auf (10%). In Lothringen war im Referenzzeitraum ebenfalls ein lediglich unterdurchschnittlicher Rückgang zu beobachten (-1,4 Prozentpunkte), so dass die Arbeitslosenquote über der großregionalen Quote liegt. Nur einen sehr leichten Rückgang von 0,5 Prozentpunkten lässt die DG Belgien erkennen, deren Quote von 7,4% in etwa dem Wert der Großregion entspricht.

Abbau der Frauenarbeitslosigkeit unter dem Rückgang der Gesamtarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote der Frauen ist in der Großregion seit 2006 um 0,2 Prozentpunkte stärker gesunken als in Europa und liegt mit einem Wert von 8,1% nur noch knapp über dem EU-15-Mittel (7,7%). Allerdings blieb der Rückgang bei den Frauen mit einem Minus von 1,7 Prozentpunkten hinter dem der Gesamtarbeitslosigkeit zurück, so dass sich das geschlechtsspezifische Gefälle im Kooperationsraum nicht weiter verringert hat. Dennoch liegt die Differenz zu den Männern bei lediglich 1,1%. Die größten Fortschritte beim Abbau der Frauenarbeitslosigkeit haben im großregionalen Vergleich die deutschen Teilregionen (jeweils -2,1 Prozentpunkte) sowie die Wallonie (-2,0 Prozentpunkte) erzielt, wobei der Rückgang der Quote bei den Frauen nur in der Wallonie über dem der Männer lag (-1,5 Prozentpunkte). Diese auch auf europäischer Ebene zu beobachtende Tendenz ist im Kooperations-

⁴⁴ Die Arbeitskräfteerhebung (AKE) auf Basis von EU-weit harmonisierten Normen zur Erwerbslosigkeit nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist auf europäischer Ebene die wesentliche Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte. Sie ist somit die einzige derzeit verfügbare Quelle für grenzüberschreitende Vergleiche der Arbeitsmärkte in der Großregion. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich jedoch von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern, die in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht direkt vergleichbar sind (vgl. hierzu die methodischen Anmerkungen im Anhang). In der ILO-Arbeitsmarktstatistik können so Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als solche gezählt werden. Möglich ist ebenso der umgekehrte Fall, dass in der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitslosenstatistik auch Personen als arbeitslos gelten, die nach ILO-Kriterien nicht erwerbslos sind. Dementsprechend kommt es zu Abweichungen der Arbeitslosenquoten auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgewiesen werden. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten der AKE nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers, sondern aus einer zufällig gezogenen Stichprobe stammen, deren Ergebnis auf die Bevölkerung insgesamt hochgerechnet wird.

raum ebenso in Luxemburg und in der DG Belgien vorzufinden. In der DG Belgien ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit der Frauen sogar dreimal höher als bei den Männern. Mit Quoten von 11,4% bzw. 9,3% befinden sich die belgischen Teilregionen aber deutlich über dem großregionalen Durchschnitt und die Arbeitslosigkeit zwischen den Geschlechtern ist dort weiter sehr ungleich verteilt. Auch in Luxemburg ist die Frauenarbeitslosigkeit gesunken, allerdings hat der geringe Rückgang (-0,2 Prozentpunkte) zwischen 2006 und 2008 nicht ausgereicht, um den Anstieg bei den Männern (+0,8 Prozentpunkte) auszugleichen. Eine dazu gegensätzliche Entwicklung fand in Lothringen statt: Der Rückgang bei den Männern (-2,1 Prozentpunkte) war dreieinhalbmal höher als bei den Frauen, so dass die lothringische Frauenarbeitslosenquote (9,1%) über dem großregionalen Mittel lag. Das Saarland ist die einzige Region, in der mehr Männer als Frauen arbeitslos sind. Damit liegt die weibliche Arbeitslosenquote im Saarland (6,8%) aber auch in Rheinland-Pfalz (5,8%) unter dem Wert der Großregion.



Jugendarbeitslosigkeit nach ILO-Kriterien 2008 mehr als doppelt so hoch wie Gesamtarbeitslosigkeit

Wie die Daten der nach den ILO-Kriterien harmonisierten EU-Arbeitskräfteerhebung zeigen, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung nur bis zum Jahr 2008 verfügbar waren, bleibt die

Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion ein drängendes Problem. Im Zeitraum 2006-2008 ging sie mit einem Minus von 4,1 Prozentpunkten zwar deutlich stärker zurück als in der EU-15 (-0,5 Prozentpunkte), bleibt mit 16,4% aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Innerhalb des Kooperationsraums hat die Wallonie mit 27,5% die mit Abstand höchste Jugendarbeitslosigkeit, wobei hier allerdings auch statistische Effekte zu berücksichtigen sind (siehe hierzu Folgeabschnitt). Mit 9,7% weist Rheinland-Pfalz im interregionalen Vergleich die geringste Jugendarbeitslosenquote auf, gefolgt von der DG Belgien (12,4%) und dem Saarland (13,9%). Allerdings haben sich die beiden deutschen Regionen im Referenzzeitraum unterschiedlich entwickelt: Während im Saarland eine weitgehende Stagnation festzustellen ist (-0,1 Prozentpunkte), ist die Quote in Rheinland-Pfalz um 3,7 Prozentpunkte merklich gesunken. Deutlich verbessert hat sich ebenso die Lage in Lothringen: Hier konnte mit einem Minus von 5,8 Prozentpunkten auf eine Quote von 18,9% der größte Rückgang innerhalb der Großregion verbucht werden. Gegen den großregionalen Trend ist die Jugendarbeitslosigkeit in Luxemburg im Referenzzeitraum um 1,7 Prozentpunkte auf 17,9% angestiegen und lag damit weit höher als die Gesamtarbeitslosenquote im Großherzogtum (5,1%). Angesichts dieser Relation scheint sich hier ein durchaus strukturelles Problem des luxemburgischen Arbeitsmarktes anzudeuten. Ein Blick auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote zwischen 2007 und 2008 lässt zudem ein deutlich weniger positives Bild erkennen als die Entwicklungen im Zeitraum 2006-2008.

Arbeitslosenquote Jugendlicher (15-24 Jahre)

	2006	2007	2008	Veränderung 2006-2008 (in Prozentpunkten)	Veränderung 2007-2008 (in Prozentpunkten)
Saarland ⁴⁵	14,0	.	13,9	-0,1	.
Lorraine	24,7	16,3	18,9	-5,8	2,6
Luxembourg	16,2	15,2	17,9	1,7	2,7
Rheinland-Pfalz	13,4	10,4	9,7	-3,7	-0,7
Wallonie	31,3	27,8	27,5	-3,8	-0,3
DG Belgien	13,6	13,0	12,4	-1,2	-0,6
GR. Region	20,5	15,8	16,4	-4,1	0,6
EU-27 / UE-27	17,4	15,5	15,6	-1,8	0,1
EU-15 / UE-15	16,0	14,9	15,5	-0,5	0,6

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen: IBA / OIE, DG Belgien: IWEPS (Berechnungen WSR)

Relativierung der hohen Arbeitslosenquote Jugendlicher bei Berücksichtigung der Erwerbsbeteiligung

Bei der Berechnung der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbspersonen der jeweiligen Personengruppe. Gerade bei den Jugendlichen zeigt die Erwerbsbeteiligung in den einzelnen Teilregionen jedoch sehr große Unterschiede, was sich dementsprechend auch statistisch in der Berechnung der Arbeitslosenquote niederschlägt. Um ein realistischeres Bild des Teils der jugendlichen Erwerbsbevölkerung zu erhalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kann die Arbeitslosenquote mit der Erwerbsquote gewichtet werden. Für die Wallonie zum Beispiel, die eine sehr hohe Arbeitslosenquote Jugendlicher (27,5%) bei gleichzeitig niedriger Erwerbsquote (30,7%) aufweist, ergibt sich

⁴⁵ Saarland: Wert für 2007 unzuverlässig, da die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in 2007 unter 5.000 Personen gesunken ist und diese aufgrund des hohen Stichprobenfehlers nicht ausgewiesen werden. Für die Berechnung der Jugendarbeitslosenquote in der Großregion insgesamt wurde für das Saarland allerdings ein geschätzter Wert einbezogen.

so nur noch ein Anteil von 8,4%. Damit weist sie zwar im interregionalen Vergleich nach wie vor die höchste Arbeitslosenrate Jugendlicher auf, allerdings werden mit dieser Methode insgesamt die großen Unterschiede zwischen den Teilregionen deutlich relativiert. Auffällig ist hier ebenso, dass die Großregion unter die durchschnittliche Quote der EU-15 fällt.

Verhältnis zwischen Arbeitslosenquote und Erwerbsquote Jugendlicher 2008			
	Erwerbsquote	Arbeitslosenquote	Um Erwerbsquote gewichtete Arbeitslosenquote
Saarland	46,7	13,9	6,5
Lorraine	40,0	18,9	7,6
Luxembourg	29,0	17,9	5,2
Rheinland-Pfalz	53,5	9,7	5,2
Wallonie	30,7	27,5	8,4
DG Belgien	42,8	12,4	5,3
GR. Region	41,8	16,4	6,9
EU-27 / UE-27	44,4	15,6	6,9
EU-15 / UE-15	48,3	15,5	7,5

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen: IBA / OIE, DG Belgien: IWEPS (Berechnungen WSR)

Langzeitarbeitslosigkeit geht weiter zurück

Im Zeitraum zwischen 2006 und 2008 hat sich die Situation der Langzeitarbeitslosen in der Großregion durch einen Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote um 1,3 Prozentpunkte auf 3,5% verbessert. Sie liegt damit aber immer noch über dem europäischen Durchschnitt (2,6%). Am stärksten betroffen vom Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit ist nach wie vor die Wallonie, die mit einer Quote von 5,1% weit über dem großregionalen und europäischen Durchschnitt rangiert. Demgegenüber ist für Luxemburg die Langzeitarbeitslosigkeit mit einer Quote von 1,6% am geringsten, wobei die Bedeutung zunehmen könnte, da im Gegensatz zu den anderen Teilregionen im Großherzogtum ein leichter Anstieg zu beobachten ist. Die stärksten Rückgänge verzeichnen die deutschen Teilregionen mit einem Minus von 1,7 (Saarland) bzw. 1,6 Prozentpunkten (Rheinland-Pfalz). Während Rheinland-Pfalz damit eine unterdurchschnittliche Langzeitarbeitslosenquote von 2,5% erreicht, liegt das Saarland ebenso wie Lothringen mit einer Quote von 3,4% etwa im großregionalen Durchschnitt.

Langzeitarbeitslosigkeit

	Langzeitarbeitslosenquote		Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen	
	2008	Veränderung 2006-2008 in Prozentpunkten	2008	Veränderung 2006-2008 in Prozentpunkten
Saarland	3,4	-1,7	49,4	-5,1
Lorraine	3,4	-0,8	41,5	-2,5
Luxembourg	1,6	0,2	32,3	2,8
Rheinland-Pfalz	2,5	-1,6	45,2	-6,4
Wallonie	5,1	-1,4	51,7	-4,5
GR. Region	3,5	-1,3	46,8	-4,6
EU-27 / UE-27	2,6	-1,1	36,7	-8,8
EU-15 / UE-15	2,6	-0,7	35,7	-6,3

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen: IBA / OIE

Trotz eines starken Rückgangs bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen hoch

Die guten Ergebnisse beim Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade diese Personengruppe nach wie vor mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen hat. Deutlich wird dies, wenn man den Anteil

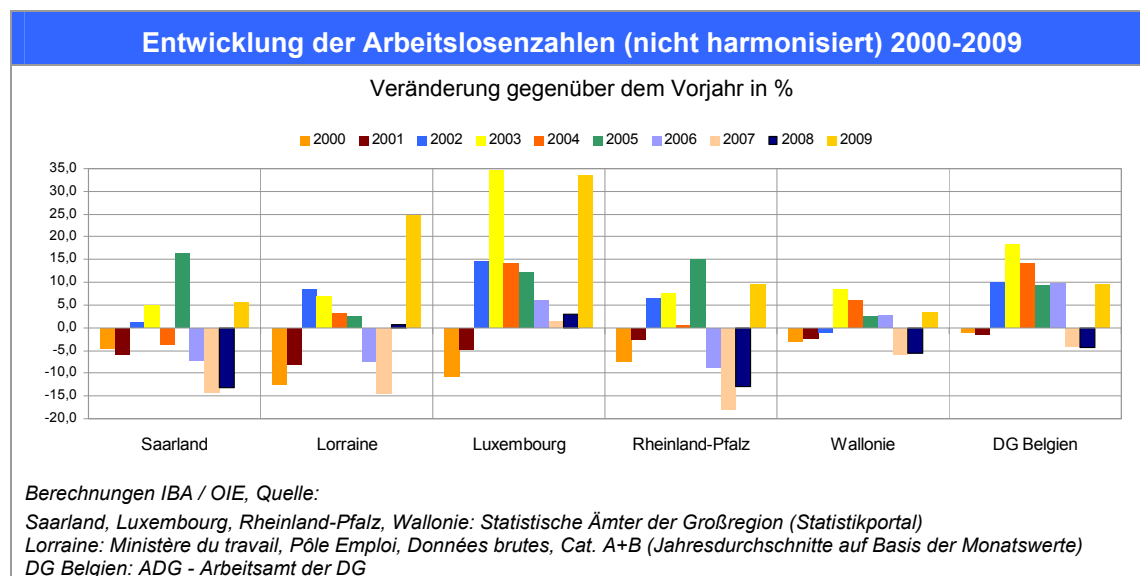
der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Blick nimmt: Hier hat sich zwischen 2006 und 2008 in der Großregion insgesamt zwar eine Abnahme um 4,6 Prozentpunkte ergeben, aber dennoch war im Jahr 2008 beinahe jede zweite betroffene Person länger als zwölf Monate arbeitslos.

Ausblick auf 2009: Entwicklung registrierter Arbeitslosigkeit (nicht harmonisiert)

Eine erste Einschätzung zur weiteren Entwicklung im Krisenjahr 2009 erlaubt die Betrachtung der registrierten Arbeitslosigkeit (nicht harmonisiert). Danach hat sich in allen Teilgebieten der Großregion die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt durchgängig erhöht – bei allerdings beträchtlichen regionalen Unterschieden in den Veränderungsraten. Prozentual gesehen fiel der Anstieg in Luxemburg mit einem Plus von einem Drittel bzw. rund 3.300 Personen bei weitem am stärksten aus. Insgesamt waren somit im Großherzogtum mehr als 13.000 Menschen arbeitslos gemeldet – so viele wie nie zuvor.⁴⁶ Auch der lothringische Arbeitsmarkt hat sich infolge der Rezession deutlich verschlechtert: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen kletterte 2009 gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um ein Viertel (plus 22.400 Personen) auf nunmehr 113.300 Menschen – der höchste Stand seit zehn Jahren. Deutlich geringer fielen demgegenüber die Steigerungsraten in den anderen Teilgebieten der Großregion aus, wobei Rheinland-Pfalz und die DG Belgien mit einem Plus von jeweils 9,6% stärker betroffen waren als das Saarland und die Wallonie, die mit 5,5 bzw. 3,5% eine merklich niedrigere Zunahme zu verzeichnen hatten.⁴⁷ Auch wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen infolge der Rezession somit überall zugenommen hat, ist in allen Regionen davon auszugehen, dass ohne die Entlastung durch Kurzarbeit, den Überstundenabbau sowie weitere betriebliche wie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Anstieg größer ausgefallen wären. Überall waren darüber hinaus vor allem die Männer betroffen: Die höchsten Beschäftigungsverluste gab es insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Zeitarbeit, die in der Regel typische Männerdomänen darstellen.

⁴⁶ Bereits seit 2002 verzeichnet Luxemburg von Jahr zu Jahr kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen. Selbst hervorragende Wirtschaftsergebnisse, wie etwa in 2006, konnten die stetige Zunahme nicht stoppen, sondern allenfalls verlangsamen. Dieser antizyklische Verlauf, der in keiner anderen Region zu beobachten war, dürfte nicht zuletzt auf einen nicht unbeträchtlichen Sockel an struktureller Arbeitslosigkeit verweisen, der sich unabhängig von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen herausgebildet hat.

⁴⁷ In beiden deutschen Teilregionen ist jedoch ein statistischer Sondereffekt zu beachten, der die Arbeitslosigkeit reduziert hat: Infolge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden Teilnehmer an den neuen Maßnahmen nach §46 SGB III einheitlich nicht als arbeitslos geführt. Teile dieser Teilnehmergruppe wurden vor der Neuausrichtung als arbeitslos registriert.



4. Bildung

Eine gute und qualifizierte Bildung spielt in einer Wissensgesellschaft eine entscheidende Rolle: Sie ist nicht nur ein wesentlicher Faktor zur Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen sowie des sozialen Zusammenhalts, sondern zugleich der Schlüssel zu persönlichem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Bildungsbeteiligung auf hohem Niveau trägt so entscheidend dazu bei, dass das erforderliche Angebot an Fachkräften sichergestellt und unabhängig von der sozialen Herkunft alle Begabungspotentiale und persönlichen Entwicklungs- und Handlungschancen in Gesellschaft, Beruf und Privatleben gefördert werden. Vor diesem Hintergrund besteht ein hoher Informationsbedarf zur aktuellen Situation und den übergreifenden Entwicklungstrends, Problemen sowie Herausforderungen im Bildungsbereich.

Die Großregion - zwei Kulturen, drei Sprachen, fünf Teilräume und vier Schul- und Bildungssysteme

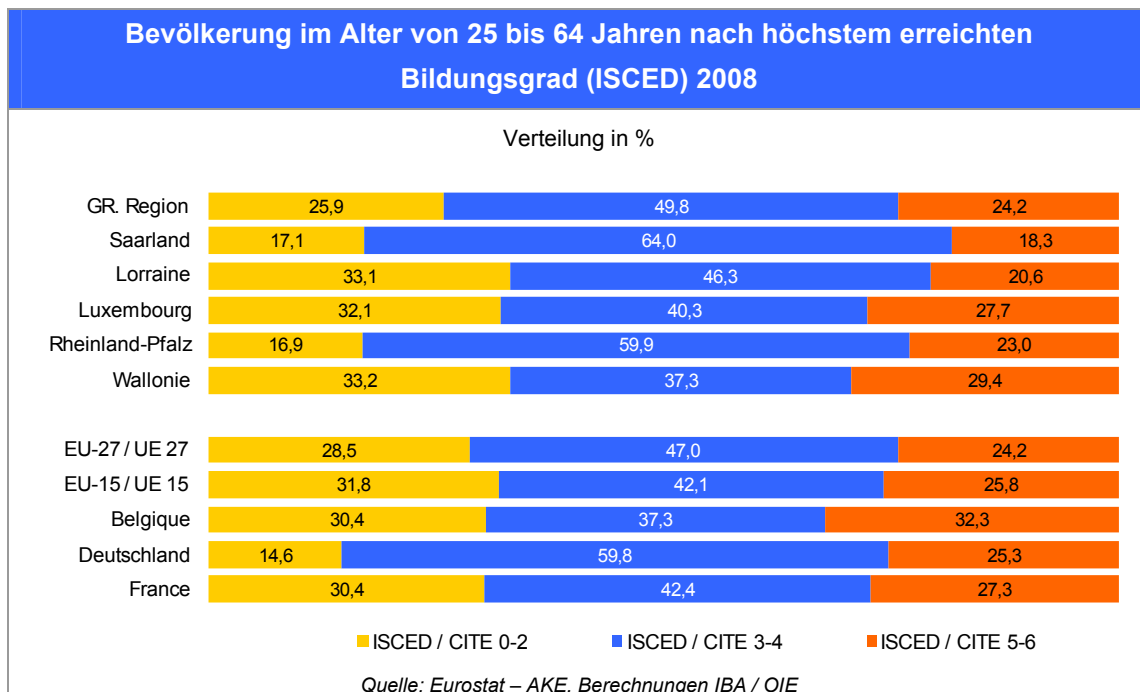
Die Möglichkeiten, diesem Informationsbedarf zu genügen, werden allerdings begrenzt durch das verfügbare Datenmaterial – zumal in einer interregional vergleichbaren Perspektive. In der Großregion grenzen zwei Kulturen, drei Sprachen, fünf Teilräume und vier Schul- und Bildungssysteme aneinander, die verschiedene Wege einschlagen, um die junge Generation auf die Zukunft vorzubereiten. Die Schul- und Bildungssysteme unterscheiden sich in ihrem Aufbau, in ihren Abläufen und Inhalten, den Ausbildungszeiträumen und den jeweiligen Zugangsbedingungen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich auch die Zusammenstellung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt. Die Statistischen Ämter der Großregion haben hier in der Vergangenheit grundlegende Arbeiten geleistet und eine Vielzahl an interregional harmonisierten Daten im gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung gestellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts zeigte dieses Datenmaterial allerdings deutliche Aktualisierungsrückstände, so dass hierauf leider nicht zurückgegriffen werden konnte. Aus diesem Grunde stützt sich die nachfolgende Darstellung im Wesentlichen auf das im Rahmen der Regionalstatistiken von Eurostat verfügbare Datenmaterial, das allerdings nur einen kleinen Ausschnitt der breitgefächerten Bildungsthematik abdeckt.

Herangezogen wurden zum einen Statistiken über den Bildungsgrad der Bevölkerung und die Beteiligung am lebenslangen Lernen, die aus der Arbeitskräfteerhebung der EU stammen. Zum anderen wurden Daten zur Bildungsbeteiligung aufbereitet, die Einschreibungen in allen regulären Bildungsgängen umfassen. Der Bildungsgrad wie auch die Bildungsbeteiligung wird nach der ISCED, d.h. der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen erfasst. Anders als bei den nationalen Statistiken liegen in den Regionalstatistiken von Eurostat die einzelnen ISCED-Stufen allerdings lediglich in einer zusammengefassten Form vor, so dass nachfolgend nur eine Darstellung auf Basis einer Dreiergliederung (Sekundarbereiche I und II sowie Tertiärbereich) erfolgen kann. Aufgrund dieser eingeschränkten Datenverfügbarkeit können daher auch zu wichtigen Fragestellungen, wie z.B. dem Verlassen des Bildungssystems ohne Abschluss, derzeit keine Aussagen getroffen werden.

4.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Sekundar-II-Abschluss in der Großregion höher als im EU-Mittel

Die Betrachtung des Bildungsstandes der Bevölkerung anhand der erreichten formalen Abschlüsse zeigt für die einzelnen Regionen und Länder deutliche Abweichungen. Bezogen auf die Großregion insgesamt verfügten im Jahr 2008 rund 74% der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II (ab ISCED 3), was auf internationaler Ebene häufig als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft angesehen wird. Im Durchschnitt der EU-27 lag der Vergleichswert bei 71% und in der EU-15 sogar bei nur 68%. Dementsprechend war der Anteil der Bevölkerung, der lediglich die Vollzeit-Schulpflicht erfüllt hat und somit über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügt (Sekundarstufe I, d.h. höchstens ISCED 2), in der Großregion mit gut 26% deutlich niedriger als im europäischen Mittel (EU-27: 28,5%; EU-15: 32%). Hauptsächlich ist dies auf die relativ niedrigen Werte der beiden deutschen Teilregionen zurückzuführen. Bei einer gesonderten Betrachtung der Tertiärabschlüsse (ISCED 5-6), d.h. der Qualifikation, die im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels immer stärker nachgefragt wird, zeigt sich allerdings, dass der Wert der Großregion (24,2%) sich nicht von dem EU-Durchschnitt (EU-27: 24,2%; EU-15: 25,8%) abheben kann bzw. sogar etwas dahinter zurück bleibt.



Lothringen und Wallonie mit den höchsten Anteilen an formal niedrig Qualifizierten, Saarland und Rheinland-Pfalz mit den niedrigsten Werten

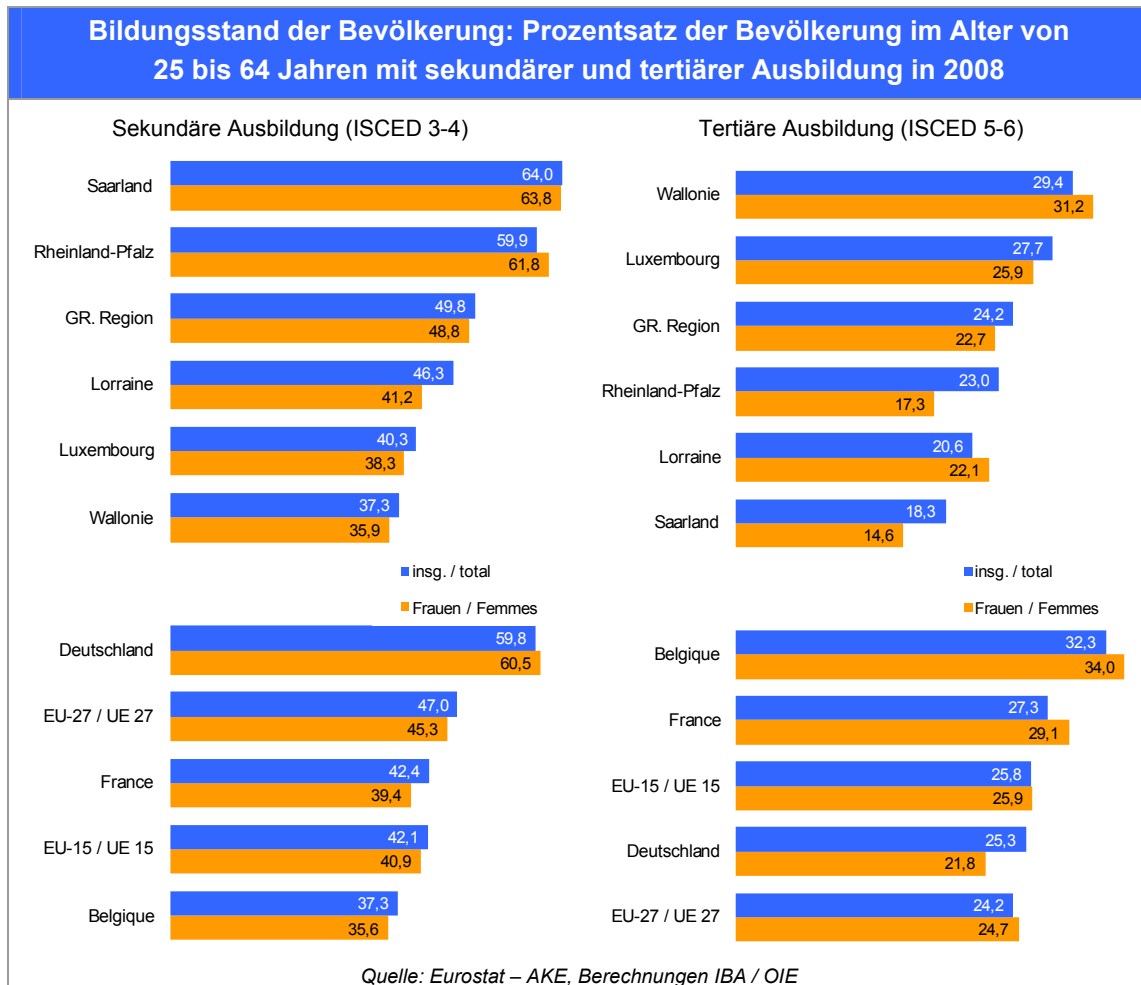
Der Anteil der Erwachsenenbevölkerung mit niedrigem formalem Bildungsniveau war dabei in Lothringen und der Wallonie mit jeweils gut 33% am höchsten und in den beiden deutschen Teilregionen mit etwa 17% am geringsten. Die nationalen Vergleichswerte zeigen jedoch, dass sich in diesen Werten nicht zuletzt auch Unterschiede der jeweiligen Bildungssysteme niederschlagen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass sowohl die beiden deutschen Teil-

regionen als auch die Wallonie und Lothringen gegenüber den Durchschnittswerten auf nationaler Ebene schlechter abschneiden, d.h. der Anteil der niedrig Qualifizierten in all diesen Teilgebieten höher ausfiel. Bezogen auf den europäischen Vergleichsmaßstab fallen hier auch für Luxemburg die Ergebnisse eher schwach aus.

Deutsche Regionen mit den höchsten Anteilen im mittleren Qualifikationsbereich, Wallonie und Luxemburg führend bei Tertiärabschlüssen

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II (ab ISCED 3) lag im Jahr 2008 in den beiden deutschen Regionen bei 83% (Rheinland-Pfalz) bzw. 82% (Saarland) und damit deutlich über dem großregionalen Durchschnitt von 74%. Zwar bleiben die beiden Teilregionen hier hinter dem Durchschnittswert für Deutschland (85%) zurück, aber im europäischen Vergleich schneiden Rheinland-Pfalz und das Saarland ebenso wie Deutschland insgesamt sehr günstig ab (EU-27: 71%, EU-15: 68%). Dies ist zu einem großen Teil auf den hohen Stellenwert des dualen Berufsbildungssystems in der Bundesrepublik zurückzuführen, das mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II vermittelt.⁴⁸ So lagen auch die Anteile der Bevölkerung mit einem Abschluss im mittleren Qualifikationsniveau (ISCED 3-4) in den deutschen Regionen bei jeweils über 60%, während die übrigen Teilgebiete des Kooperationsraums hier lediglich Werte zwischen 46% (Lothringen) und 37% (Wallonie) erzielten. Andere Verteilungen ergeben sich dagegen bei der Betrachtung der Bevölkerung mit einem Abschluss im Tertiärbereich. Hier steht im interregionalen wie europäischen Vergleich die Wallonie mit gut 29% klar an der Spitze, gefolgt von Luxemburg mit rund 28%. Rheinland-Pfalz erreichte hier mit 23% einen merklich geringeren Wert, bewegte sich damit aber immer noch in der Nähe des EU-Durchschnitts. Etwas abgeschlagen sind demgegenüber Lothringen mit einem Akademikeranteil von knapp 21% und das Saarland, das mit lediglich gut 18% das Schlusslicht bildete. Auch hier ist festzustellen, dass die Teilregionen unter ihren jeweiligen Mittelwerten auf nationaler Ebene rangieren, d.h. der Anteil der Hochqualifizierten überall niedriger ausfiel. Besonders deutlich wird dies im Falle des Saarlandes, wo der Wert um sieben Prozentpunkte hinter dem Bundesdurchschnitt lag.

⁴⁸ Für Deutschland zeigt sich, dass der Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II im Jahr 2007 über alle Altersgruppen hinweg relativ stabil war, während er im OECD-Durchschnitt bei den 25- bis 34-Jährigen um 22 Prozentpunkte über dem Anteil der 55- bis 64-Jährigen lag. Deutschland hält also lediglich das bereits seit vielen Jahren bestehende gute Niveau, während im internationalen Vergleich in einer Reihe von Staaten eine dynamische Entwicklung zu beobachten ist, indem die Älteren deutlich seltener Abschlüsse des Sekundarbereichs II erreichen als dies bei Jüngeren der Fall war (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2009, Wiesbaden im September 2009, S. 12).



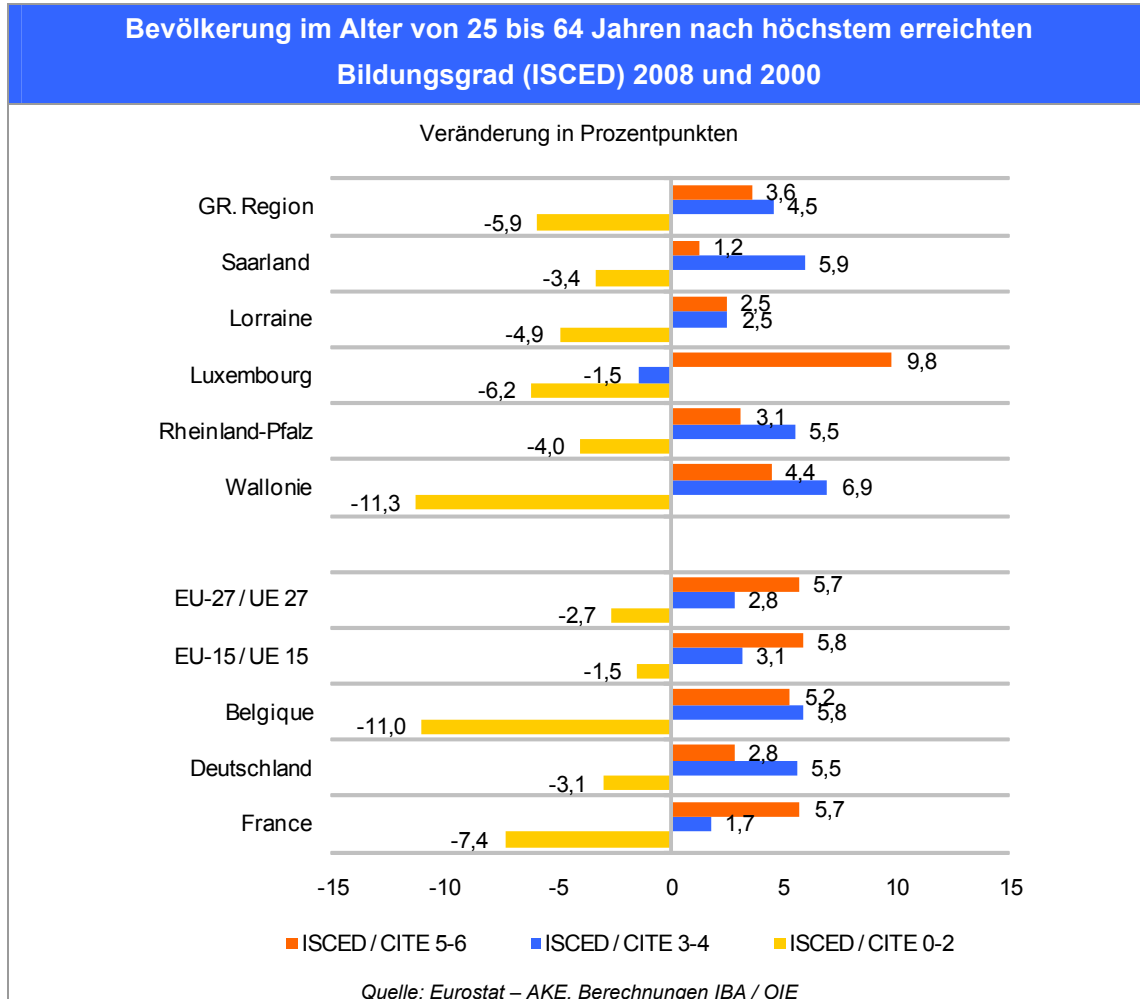
Entwicklungsdynamik seit 2000: Luxemburg mit den höchsten Zuwächsen beim Akademikeranteil ...

Der Blick auf die Entwicklungsdynamik von 2000 bis 2008 macht deutlich, dass in der Großregion in diesem Zeitraum der Anteil der geringer qualifizierten Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren um gut sechs Prozentpunkte gesunken ist – und damit deutlich stärker als in der EU. Parallel sind in der mittleren und höheren Qualifikationsgruppe durchgängig Zuwächse zu verzeichnen, die im Bereich der Akademikerbildung aber merklich unter dem europäischen Mittel verblieben. Innerhalb des Kooperationsraums hat vor allem Luxemburg mit einem Plus von beinahe zehn Prozentpunkten beim Anteil der Bevölkerung mit Tertiärababschluss überdurchschnittlich stark zugelegt – möglicherweise eine Folge der 2003 gegründeten Universität. Es folgt die Wallonie, die im großregionalen Vergleich zwar eine höhere Entwicklungsdynamik aufweisen kann, aber hinter dem europäischen und nationalen Wert zurückbleibt. Merklich darunter lagen Lothringen, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland, das auch hier wieder klar am Ende der Rangliste platziert ist.

... die Wallonie mit den stärksten Rückgängen bei den formal niedrig Qualifizierten

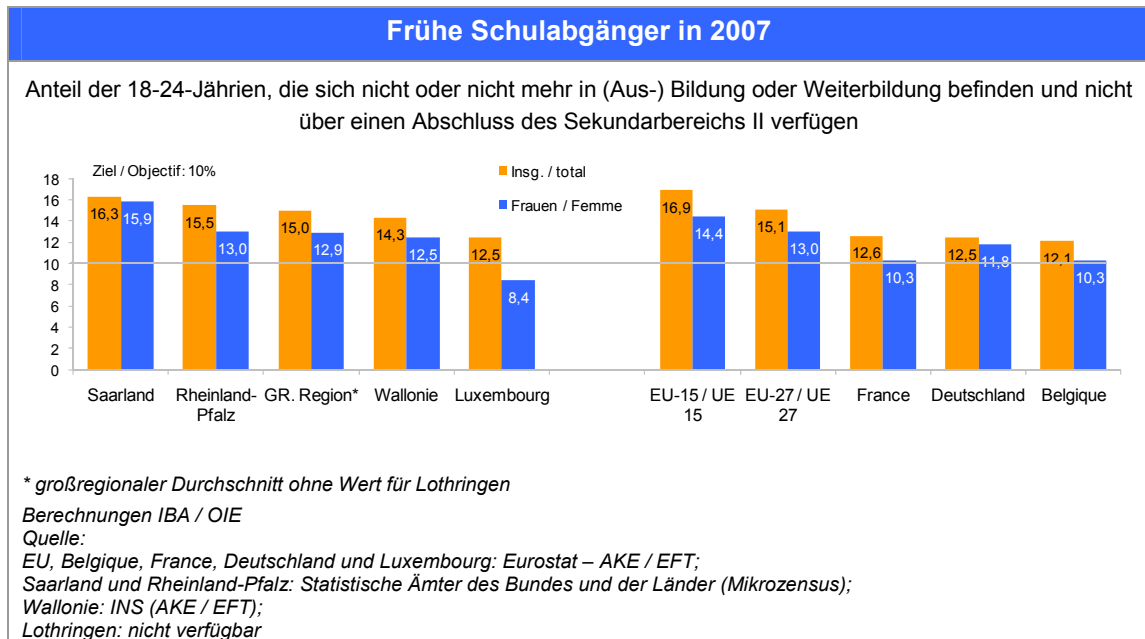
Bei den formal niedrig Qualifizierten liegt die Wallonie mit einem Rückgang von mehr als elf Prozentpunkten weit über den großregionalen und europäischen Durchschnitt. Auch im nationalen Vergleich konnte die belgische Region damit etwas größere Fortschritte verzeichnen.

Ebenfalls gut abgeschnitten hat hier Luxemburg, während in Lothringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland vergleichsweise geringere Rückgänge zu beobachten waren. Die Wallonie erreichte auch die stärksten Zuwächse im mittleren Qualifikationsniveau, gefolgt von den beiden deutschen Regionen. Lothringen weist bei der Betrachtung der mittleren und höheren Qualifikationsniveaus zusammengenommen einen relativ geringen Zuwachs auf.



Exkurs: Anteil der frühen Schulabgänger...

Um Risiken auf dem Arbeitsmarkt wie prekäre Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit zu minimieren, wird der Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II in der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft als eine Mindestanforderung angesehen. Gleichzeitig bilden Abschlüsse auf dieser Bildungsstufe eine Grundlage zur Teilnahme am Prozess des lebenslangen Lernens. Frühzeitige Schulabgänger gelten daher als potentielle Risikogruppe im Hinblick auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre Teilhabe in der Wissensgesellschaft. Aus diesem Grunde hatte der Rat der EU im Jahr 2003 diesen Indikator als einen von fünf bildungspolitischen Benchmarks im Rahmen der Lissabon-Strategie verabschiedet. Das Ziel, im Jahr 2010 auf europäischer Ebene höchstens 10% frühzeitige Schulabgänger zu haben, wurde bisher jedoch nicht erreicht und wird jetzt für 2020 angestrebt.



... in der Großregion wie auch in Europa deutlich hinter der Zielvorgabe zurück

Der Begriff „frühe Schulabgänger“ wird definiert als der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die sich nicht oder nicht mehr in (Aus-) Bildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen. In der Großregion (ohne Lothringen) lag dieser Wert im Jahr 2007 bei 15% und erreichte damit ein ähnlich hohes Niveau wie das europäische Mittel (EU-27: 15,1%).⁴⁹ Hier wie dort sind somit nach wie vor erhebliche Anstrengungen zur Realisierung des EU-Ziels von 10% erforderlich. Der seit 2005 im Kooperationsraum zu beobachtende Rückgang um einen Prozentpunkt war viel zu gering, um bei diesem Indikator entscheidende Fortschritte zu erzielen.⁵⁰ Auffällig ist zudem der große geschlechtsspezifische Unterschied: So liegt der Anteil männlicher früher Schulabgänger um knapp vier Prozentpunkte über dem der weiblichen. Diese Differenz ist in den vergangenen Jahren größer geworden: Während bei den Frauen seit 2005 ein Rückgang der frühen Abgängerinnen von gut zwei Prozentpunkten zu beobachten ist, hat sich der Anteil bei den jungen Männern in diesem Zeitraum kaum verändert. Die leichte Verbesserung in der Großregion insgesamt ist somit auf die positive Entwicklung bei der weiblichen Bevölkerung zurückzuführen.

Quoten der frühen Schulabgänger variieren zwischen 12,5% in Luxemburg und 16,3% im Saarland

Innerhalb des Kooperationsraums ist eine große Schwankungsbreite festzustellen: Während Luxemburg mit 12,5% dem EU-Zielwert noch am nächsten kommt, weisen die deutschen Teilgebiete die schlechtesten Ergebnisse auf und liegen über dem großregionalen Durchschnitt. Eine Erklärung für das relativ gute Abschneiden des Großherzogtums könnten die

⁴⁹ Die Daten wurden vom Bearbeitungsteam selbständig zusammengestellt: Für die EU, Luxemburg und die Wallonie stammen diese aus der Europäischen Arbeitskräfteerhebung (AKE bzw. EFT); für das Saarland und Rheinland-Pfalz wurde auf den Mikrozensus zurückgegriffen, der ebenfalls Basis der AKE ist, wobei dieser Indikator aber nicht im Rahmen der Regionalstatistiken von Eurostat ausgewiesen wird (Daten für Lothringen nicht verfügbar).

⁵⁰ Hier sind auf regionaler Ebene die Daten erst ab dem Jahr 2005 verfügbar, deshalb kann kein Vergleich mit dem Jahr 2000 abgebildet werden.

von der luxemburgischen Regierung insbesondere ab 2001 beschlossenen Maßnahmen zum Abbau der Quote an frühen Schulabgängern sein.⁵¹ Diese beinhalten u.a. spezielle Kurse für potentielle Abgänger, eine individuelle Nachverfolgung der frühen Schulabgänger sowie die für September 2010 vorgesehene Eröffnung einer „Schule der zweiten Chance“.⁵² Auch in den anderen Teilregionen sind seit dem Jahr 2005 positive Entwicklungen zu beobachten, da dort ebenfalls Anstrengungen unternommen wurden, um die Quoten früher Schulabgänger abzubauen.

Der mit Abstand stärkste Rückgang fand im Saarland statt. Allerdings lag hier auch ein sehr hohes Ausgangsniveau (20,6%) vor, so dass das Saarland – trotz eines Minus von über vier Prozentpunkten – mit 16,3% noch immer das Schlusslicht bildet. Die Verringerung ist zurückzuführen auf eine relative Verbesserung der Lage der jungen Männer: Die Quote an männlichen frühen Schulabgängern ist zwischen 2005 und 2007 von 26,4% auf 16,8% gesunken, während die Quote bei den Frauen in diesem Zeitraum leicht angestiegen ist. In Rheinland-Pfalz ist bei der Geschlechterbetrachtung eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten: Der Rückgang wurde hier alleine durch den sinkenden Anteil der jungen Frauen getragen – die Situation bei den Männern hat sich seit 2005 sogar verschlechtert. In der Wallonie kam es zu dem geringsten Rückgang, wobei dieser bei den jungen Männern stärker war als bei den jungen Frauen. Die Region Lothringen kann bei der Untersuchung der frühen Schulabgänger nicht berücksichtigt werden, da hier keine Daten zur Verfügung stehen. Stattdessen lässt die Betrachtung Frankreichs erkennen, dass seit der Festlegung des Benchmarks im Jahr 2003, der Anteil von 13,3% auf 12,6% gesunken ist. Damit liegt Frankreich – ähnlich wie die anderen Nationalstaaten des Kooperationsraums – unterhalb der Durchschnittswerte der EU und der Großregion. In Luxemburg lag der Anteil der weiblichen frühen Schulabgänger mit 8,4% unterhalb des EU-Zielwertes. Allerdings beträgt der Anteil der männlichen frühen Abgänger beinahe das Doppelte, so dass auch hier das Lissabon-Ziel in der Gesamtbetrachtung nicht erreicht werden konnte.

Exkurs: Erfüllung der Lissabon-Ziele lediglich im Bereich „MNT-Absolventen“

Im Folgenden werden zusätzlich die übrigen im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten EU-Bildungsbenchmarks betrachtet. Einheitliche Daten der bis 2010 festgelegten Ziele stehen lediglich auf nationaler Ebene zur Verfügung. Die Zielsetzungen lauten:

- ▶ „Mindestens 85% der 22-Jährigen sollen über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen.“

Nach Daten von Eurostat für das Jahr 2009 wurde dieser Indikator bisher auf EU-Ebene sowie in den relevanten Nationalstaaten verfehlt.⁵³ Frankreich schneidet mit einem Anteil von 83,6% am besten ab, knapp gefolgt von Belgien. Zwischen 2000 und 2009 konnten beide Länder dem EU-Ziel um beinahe zwei Prozentpunkte näher kommen. Zudem konnten sie sich von dem EU-27-Mittel abheben (78,6%) – im Gegensatz zu Luxemburg und Deutschland,⁵⁴ in denen außerdem leichte Rückgänge im Vergleich zum Jahr 2000 zu beobachten sind.

⁵¹ Vgl. Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle (Hrsg.) 2003.

⁵² Vgl. Europäische Kommission: Analysis of implementation at the European and national levels, 2009, S.77.

⁵³ Um die Stichprobengröße zu erweitern zieht die EU anstelle der 22-Jährigen die Alterskategorie 20 bis 24 Jahre heran.

⁵⁴ Im Jahr 2009: Belgien: 83,3%, Luxemburg: 76,8%, Deutschland: 73,3%.

- ▶ „Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventen mathematischer, naturwissenschaftlicher und technischer Fächer um mindestens 15% und Erhöhung des Frauenanteils in diesen Fächern.“

Auch dieser Indikator lässt sich durch Daten von Eurostat abbilden, wobei Luxemburg hier aufgrund fehlender Angaben nicht berücksichtigt werden kann. Auf EU-Ebene wurde das Ziel mit einem Wachstum von 33,8% bereits 2008 deutlich erfüllt. Ein enormer Anstieg war in Deutschland zu beobachten (53,6%). Auch Belgien erfüllt den Benchmark (19,4%), während in Frankreich der Zuwachs von 5,4% nicht ausreicht, um den Zielwert zu erreichen. Ähnlich verhält es sich mit der Steigerung des Frauenanteils an den Absolventen: Die Quote an französischen Frauen, die einen MNT-Abschluss erreichten, ist von 30,7% auf 28,2% gesunken. Deutschland und Belgien sowie die EU-27 konnten hingegen den Anteil weiblicher Absolventen in den MNT-Fächern steigern.⁵⁵

- ▶ „Senkung des Anteils der 15-Jährigen, die im Bereich der Lesekompetenz mangelhafte Leistungen erzielen um mindestens 20% (damit soll der Anteil bei maximal 15,5% liegen).“

Dieser Benchmark steht in Zusammenhang mit dem nachfolgenden Exkurs zu dem Thema Analphabetismus. Daten der Erhebungszeitpunkte 2000 und 2006 der PISA-Studie zeigen, dass weder auf EU-Ebene noch in den Nationalstaaten das Ziel erreicht werden konnte. Belgien kommt dem Zielwert mit 19,4% noch am nächsten, wobei die Entwicklungsdynamik hier leicht negativ ist (2000: 19%). In Frankreich hat sich die Lage stärker verschlechtert: Es kam zu einem Anstieg der 15-Jährigen mit bedeutender Leseschwäche von 15,2% auf 21,7%. Eine ähnliche Tendenz ist auf europäischer Ebene auszumachen.⁵⁶ In Deutschland ist der Anteil in diesem Zeitraum hingegen um beinahe drei Prozentpunkte auf 20% gesunken. In Luxemburg lassen sich die Daten aus dem Jahr 2000 (35,1%) nicht mit dem Wert für 2006 (22,9%) vergleichen.⁵⁷

- ▶ „Teilnahme am lebenslangen Lernen von mindestens 12,5% der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter.“

Dieser Indikator wird in Kapitel 4.2 einer ausführlichen Betrachtung unterzogen. Als Ergebnis lässt sich hier bereits festhalten, dass der Zielwert bisher nicht erreicht worden ist.

Inzwischen wurden fünf neue Benchmarks für 2020 entwickelt. Neben den weiterhin bestehenden Indikatoren im Bereich „frühe Schulabgänger“ und „Lebenslanges Lernen“ wurden zusätzlich folgende Zielwerte festgelegt:

- ▶ Mindestens 95% der Kinder im Alter zwischen vier Jahren und dem gesetzlichen Einschulungsalter sollen in den Genuss einer Vorschulbildung kommen.
- ▶ Mindestens 40% der 30- bis 34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss besitzen.
- ▶ Der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften soll unter 15% liegen.

⁵⁵ In Deutschland ist der Anteil von 21,6% auf 31,1%, in Belgien von 24,8% auf 26,0% und in der EU-27 von 30,8% auf 32,6% gestiegen.

⁵⁶ In der EU (vergleichbare Zahlen für 18 Länder verfügbar) ist der Anteil von 21,3% im Jahr 2000 auf 24,1% im Jahr 2006 gestiegen.

⁵⁷ Vgl. Europäische Kommission:
http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/benchmarks09/pg1_de.pdf.

Exkurs: Analphabetismus in der Großregion

Fundierte Schriftsprachkenntnisse sind eine elementare Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Bildungsprozess und damit am gesellschaftlichen Leben.⁵⁸ Das unzureichende Beherrschen des Lesens und Schreibens hat zur Folge, dass schriftsprachliche und rechnerische Aufgaben des Alltags nicht oder nur teilweise bewältigt werden können, was zu mangelnder Integrationsfähigkeit und sozialer Ausgrenzung der Betroffenen führt. Schülerinnen und Schüler mit mangelhaften Leistungen im Bereich der Lesekompetenz sind somit verstärkt gefährdet mittelfristig zu funktionalen Analphabeten zu werden.

In Industriestaaten im Wesentlichen funktionaler Analphabetismus

Funktionaler Analphabetismus oder Illettrismus liegt vor, wenn die individuellen Lese- und Schreibkenntnisse trotz Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht niedriger sind als die in der Gesellschaft erforderlichen und als selbstverständlich vorausgesetzten.⁵⁹ Vom funktionalen Analphabetismus abzugrenzen ist der primäre bzw. natürliche Analphabetismus. Davon betroffen sind diejenigen Menschen, die nie eine Schule besucht haben und somit keine Lese- und Schreibkenntnisse besitzen sowie Menschen, die aufgrund von Behinderungen nicht in der Lage sind, Schriftsprachkenntnisse zu erwerben. In Frankreich wird zusätzlich die Kategorie « *Français Langue Etrangère* » ausgewiesen, unter der Einwanderer nach Frankreich zusammengefasst werden, die des Französischen (noch) nicht mächtig sind.

PISA-Studien liefern Teilerkenntnisse

Im Folgenden soll sich der hier vorgenommene Exkurs auf die Analyse des funktionalen Analphabetismus in der Großregion beschränken. In diesem Zusammenhang liefern u.a. die Ergebnisse der dritten PISA-Studie von 2006 wichtige Teilerkenntnisse.⁶⁰ Die von der OECD auferlegte PISA-Studie (Programme for International Assessment) richtet sich an Jugendliche im Alter von 15 Jahren und erfasst deren Kompetenzen. Neben den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften ist die Lesekompetenz Bestandteil der PISA-Studien.⁶¹ Zur Bestimmung der Lesekompetenz werden die Schülerinnen und Schüler fünf Kompetenzstufen zugeordnet, je nach Schwierigkeitsgrad der Aufgaben, die zu lösen sie im Stande sind.⁶² Die Ergebnisse haben gezeigt, dass in vielen hochentwickelten OECD-Ländern beträchtliche Unterschiede der Lesekompetenzen zwischen den Schülerinnen und Schülern innerhalb eines Landes bestehen. Auf der Gesamtskala der Lesekompetenz zur PISA-Studie 2006

⁵⁸ In der Resolution 56/116 der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 2001 heißt es beispielsweise: „Alphabetisierung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des 21. Jahrhunderts“.

⁵⁹ Die Trennlinie zwischen funktionalen Analphabeten und ausreichend Alphabetisierten verläuft äußerst unscharf; des Weiteren kann diese Trennlinie aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Mindestanforderungen von Land zu Land variieren.

⁶⁰ Zwei weitere von der OECD durchgeführte internationale Vergleichsstudien waren die IALS- (International Adult Literacy Survey, 1994 - 1998) und die ALL-Studie (Adult Literacy and Lifeskills Survey, 2000 – 2006), die erstmals Grundqualifikationen Erwachsener in Industriestaaten untersuchten.

⁶¹ Seit dem Jahr 2000 werden im Abstand von drei Jahren die Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften in den beteiligten Ländern erfasst. Dabei wird jeweils ein Kompetenzbereich als Schwerpunkt genauer untersucht. PISA 2009 hat die Lesekompetenz zum Schwerpunkt. Die Ergebnisse werden im Dezember 2010 erwartet.

⁶² Die Gesamtskala der Lesekompetenz wurde so konzipiert, dass ihr Mittelwert bei 500 Punkten liegt und rund zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler in den OECD-Ländern im Bereich zwischen 400 und 600 Punkten liegen. Die fünf Kompetenzstufen gliedern sich wie folgt: Kompetenzstufe 1 (335 bis 407 Punkte) oder darunter (weniger als 335 Punkte), Kompetenzstufe 2 (408 bis 480 Punkte), Kompetenzstufe 3 (481 bis 552 Punkte), Kompetenzstufe 4 (553 bis 625 Punkte), Kompetenzstufe 5 (über 625 Punkte).

liegt nur Belgien mit 501 Punkten signifikant über dem OECD-Durchschnitt von 492 Punkten (wobei sich hier zwischen der flämischen Gemeinschaft mit 522 und der französischen Gemeinschaft mit 473 Punkten deutliche Unterschiede zeigen; die DG Belgien rangiert mit 499 Punkten dazwischen). Deutschland mit 495 und Frankreich mit 488 Punkten bewegen sich im Bereich des OECD-Mittelwertes; Rheinland-Pfalz und das Saarland mit 499 bzw. 497 Punkten liegen hier leicht über dem nationalen Durchschnittswert. Luxemburg mit 479 Punkten bleibt dagegen deutlich unter dem OECD-Mittel. Der Anteil von Jugendlichen auf oder unter der ersten Lesekompetenz-Stufe beträgt im OECD-Durchschnitt 20,1%; in Deutschland liegt er bei 20% (19,8% in Rheinland-Pfalz, 17,9% im Saarland). In Frankreich fallen 21,7% in die Kategorie 1 und darunter, in Belgien 19,4% (flämische Gemeinschaft 14%, französische Gemeinschaft 26%, DG Belgien 19%). In Luxemburg sind es 22,9%.

Erhebungen wie die PISA-Studie geben allerdings keine Auskunft über die genaue Größenordnung von Menschen mit mangelnder Schriftsprachenkompetenz, also die Anzahl funktionaler Analphabeten.

Größenordnung des funktionalen Analphabetismus und Initiativen in den Teilgebieten der Großregion

Gesicherte statistische Angaben zur Größenordnung des funktionalen Analphabetismus liegen für keinen Teil der Großregion vor. Für Deutschland gehen Schätzungen des Bundesverbandes Alphabetisierung e.V. aktuell von insgesamt vier Millionen funktionalen Analphabeten aus. Auf Basis dieser bundesweiten Schätzung ergibt sich abgeleitet für Rheinland-Pfalz eine Zahl von rund 196.000 funktionalen Analphabeten, für das Saarland von rund 51.600.⁶³ Diese Zahlen haben jedoch kaum statistische Aussagekraft, da beispielsweise regionale Unterschiede unberücksichtigt bleiben. Im Rahmen der von den Vereinten Nationen für die Jahre 2003 - 2012 ausgerufenen Weltalphabetisierungsdekade⁶⁴ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung für den Zeitraum 2008 bis 2012 den Förderschwerpunkt „Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich Alphabetisierungsarbeit / Grundbildungsarbeit mit Erwachsenen“⁶⁵ eingerichtet, mit dem auch die Datenlage zum funktionalen Analphabetismus verbessert werden soll. Maßnahmen zur Alphabetisierung wurden in Deutschland nicht zuletzt durch die Integrationsverordnung des Zuwanderungsgesetzes⁶⁶ auf eine dauerhaft gesicherte Finanzierungsgrundlage gestellt, die nicht selten mit der Förderung Dritter, insbesondere den Arbeitsagenturen sowie ARGE's und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ergänzt werden.

⁶³ Vgl. hierzu das Webportal des Deutschen Volkshochschul-Verbandes www.zweite-chance-online.de (ich-will-lernen.de).

⁶⁴ Die Weltalphabetisierungsdekade der Vereinten Nationen (unter Federführung der UNESCO) hat sich zum Ziel gesetzt, die Analphabetenrate bis 2012 zu halbieren. Auf dem Weltbildungsforum der UNESCO 2000 in Dakar wurde zudem festgelegt, bis 2015 eine ausreichende und qualitativ gute Grundbildung für Alle (Education for All / EFA) zu erreichen.

⁶⁵ In diesem Rahmen fördert das BMBF auch das überregionale Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Alphabetisierung und Bildung“ (AlBi), in dem zwei Universitäten, verschiedene Weiterbildungsträger aus drei Bundesländern (Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen) sowie Betroffene zusammenarbeiten.

⁶⁶ Im Bereich des Bundesgesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) wurden mit der Novelle der Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung-IntV) vom 08.12.2007 drei Sonderkurse für spezielle Zielgruppen eingeführt, so auch Alphabetisierungskurse.

Für Luxemburg existieren keine Daten – zumal dort, wie in vielen anderen Industrieländern (z.B. Deutschland) das Problem Analphabetismus lange negiert wurde.⁶⁷ Gleichwohl zeigen die Ergebnisse der PISA-Studie, dass Luxemburg hier durchaus Probleme zu verzeichnen hat und die Bildungsergebnisse je nach soziodemographischem und vor allem Migrationshintergrund teilweise beträchtliche Unterschiede aufweisen. So sind nach der PISA-Studie von 2006 im Großherzogtum 22,9% der Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz als leistungsschwach einzustufen, d.h. sie erreichen hier lediglich die Kompetenzstufe 1 bzw. unter 1.

In Frankreich hat das nationale Statistikinstitut INSEE zur Bestimmung der Größenordnung des Analphabetismus im Rahmen einer Ende 2004 durchgeführten Stichprobe (Enquête Information et Vie Quotidienne / IVQ) auf nationaler Ebene gut 10.000 Personen zu ihren schriftlichen Fähigkeiten befragt.⁶⁸ Demnach leben in Frankreich 3,1 Millionen funktionale Analphabeten (9% der Bevölkerung im Alter von 18 bis 65 Jahren). Eine 2006/2007 durchgeführte regionale Auswertung dieser Untersuchung ergab, dass 164.000 Personen in Lothringen (12%) die schriftsprachlichen Basiskompetenzen nicht beherrschen, davon gingen 128.000 (78%) in Frankreich zur Schule. Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen müssen die Ergebnisse allerdings vorsichtig interpretiert werden. Auf nationaler Ebene wurde die Bekämpfung des Analphabetismus 1998 zur „priorité nationale“ erklärt und seit der Jahrtausendwende durch verschiedene Gesetzesvorhaben bekräftigt, unter anderem durch die im Jahr 2000 erfolgte Gründung der Agence National de Lutte contre l'illettrisme (ANLCI). Im Oktober 2007 wurden in Lothringen die Stelle eines regionalen Beauftragten der ANLCI sowie ein Centre Régional de Ressources Illettrisme (C2Ri) eingerichtet.

In der Wallonie schätzt die Einrichtung „Lire et Ecrire“ nach dem Abgleich mehrerer Umfragen, dass 10% der Erwachsenenbevölkerung der französischen Gemeinschaft in der Wallonie und Brüssel über unzureichende Schriftsprachkenntnisse verfügen.⁶⁹ Es wird darauf hingewiesen, dass diese Schätzung wahrscheinlich nur die Untergrenze des Phänomens erfasst. Im Jahr 2005 wurde ein Kooperationsabkommen zur Alphabetisierung Erwachsener geschlossen und eine jährlich stattfindende interministerielle Konferenz angestoßen, die auf operativer Ebene durch einen Lenkungsausschuss vertreten wird. Im Zuge der Arbeiten des Lenkungsausschusses gibt es auch Bemühungen, eine verlässliche Datenlage der Alphabetisierung zusammenzustellen.

Menschen mit Migrationshintergrund in der Großregion stärker gefährdet

Die PISA-Studie belegt auch den Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler auf die Lesekompetenz. Die Ergebnisse von PISA 2006 deuten an, dass sowohl innerhalb der einzelnen Nationalstaaten als auch in den Teilgebieten der Großregion ein Zusammenhang besteht zwischen dem Scheitern im Bildungsprozess und der sozialen Herkunft.⁷⁰ Außerdem hat die Lesekompetenz von Schülern auch einen starken Effekt auf

⁶⁷ Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen etwa, der neben den üblichen Kennziffern zu Wohlstand etc. auch den Bildungsgrad mit Hilfe der Alphabetisierungsrate und der Einschulungsrate der Bevölkerung berücksichtigt, gibt die Alphabetisierungsrate der luxemburgischen Bevölkerung mit 99% an (so allerdings auch für viele andere Länder, darunter Deutschland, Frankreich und Belgien).

⁶⁸ Befragt wurden Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, die in Frankreich zur Schule gegangen sind.

⁶⁹ Lire et Ecrire Communauté française (2006), S. 14.

⁷⁰ In allen Ländern der Großregion (Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien) liegt im Bereich Naturwissenschaften die Stärke des Zusammenhangs zwischen Leistung und sozioökonomischem Hintergrund

die Teilnahme an postsekundärer Bildung. Somit sind Jugendliche mit Migrationshintergrund in höherem Maß gefährdet von schwachen Schriftsprachkenntnissen betroffen zu sein: Sie kommen häufiger aus einem Elternhaus mit niedrigem sozioökonomischen Status und weisen öfter sprachliche Defizite auf. Die Analphabetenquote (bzw. der Alphabetisierungsgrad) einer Gesellschaft hängt also wesentlich davon ab, inwieweit einerseits die schulische Grundausbildung, andererseits die Integration von Migrantinnen und Migranten erfolgreich verlaufen ist. Sie könnte somit für die Großregion als ein Gradmesser für erfolgreiche Bildungs- und Integrationspolitik dienen. Solche Analysen sind jedoch aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit in naher Zukunft nicht realisierbar.

Festzuhalten bleibt, dass sich innerhalb der Großregion ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung der Problematik durchzusetzen scheint, was sich in einer Vielzahl von Projekten und Initiativen zum Thema funktionaler Analphabetismus bzw. Illettrismus ausdrückt. Die Ergebnisse der PISA-Studien und das voraussichtlich deutliche Verfehlen des im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten Bildungsbenchmarks zur Lesekompetenz zeigen, dass in diesem Bereich weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht.

signifikant über dem OECD-Durchschnittseffekt. In Deutschland sind zudem die Unterschiede in der Leseleistung am größten (mit einer Standardabweichung von 112 Punkten).

4.2 Bildungsbeteiligung

Eine hohe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung führt zu einem hohen Ausbildungsstand, der für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes oder einer Region von entscheidender Bedeutung ist. Eine Abbildung der hierzu relevanten Indikatoren durch Daten des Statistikportals der Großregion erwies sich aufgrund einer sehr lückenhaften Datenlage als nicht machbar. Daher wurde auch hier wieder auf Eurostat zurückgegriffen, wodurch zudem Vergleiche auch mit Blick auf die europäische und nationale Ebene möglich sind. Danach waren gemäß Eurostat im Jahr 2008 in den Bildungseinrichtungen der Großregion (ohne ISCED 0 - Vorschulerziehung) rund 2,2 Millionen Schüler und Studierende eingeschrieben, gut 32.000 mehr als im Jahr 2000.⁷¹ Davon befanden sich gut 1,23 Millionen Schüler im Primarbereich (ISCED 1) und in der Sekundarstufe I (ISCED 2), d.h. in den Bildungsgängen der Mindestschulzeit. Weitere fast 607.000 Schüler und Studierende besuchten Bildungseinrichtungen im Sekundarbereich II (ISCED 3) und im postsekundären, nichttertiären Bereich (ISCED 4). Im Tertiärbereich (ISCED 5-6) schließlich zählte die Großregion im Jahr 2008 rund 348.000 Studierende.

Teilnahme von 4-Jährigen an Bildungsmaßnahmen

Die frühkindliche Erziehung gerät zunehmend in den Blickpunkt der politischen Diskussion. Die Lern- und Entwicklungsprozesse im Zeitraum von der Geburt bis zum Beginn der Grundschule sind sehr bedeutsam für die Weiterentwicklung der Kinder. Zweck frühkindlicher Bildungsmaßnahmen ist es, die Kinder physisch, emotional, sozial und geistig auf den Übergang vom familiären Umfeld in die Grundschule vorzubereiten und ihnen die Fähigkeiten und Fertigkeiten mitzugeben, die sie auf der ersten Stufe des Bildungssystems benötigen.⁷² Die Europäische Kommission hat daher im Jahr 2009 einen neuen Benchmark entwickelt, dem zufolge bis 2020 mindestens 95% der Kinder im Alter zwischen vier Jahren und dem gesetzlichen Einschulungsalter an Vorschulbildungsmaßnahmen teilnehmen sollen.

Üblicher Indikator zur Abbildung dieses Zielwertes ist die Beteiligungsquote der 4-Jährigen, d.h. der prozentuale Anteil der 4-Jährigen, die in frühkindlichen Bildungsmaßnahmen eingebunden sind. Ein vierjähriges Kind kann entweder die Vor- oder die Grundschule besuchen (ISCED 0-1). Aus den Daten geht hervor, dass die überwiegende Mehrheit der 4-Jährigen die Vorschule besucht. Diese Einrichtungen bieten erziehungsorientierte Betreuung für kleine Kinder an und sind verpflichtet, Fachkräfte mit pädagogischen Qualifikationen zu beschäftigen.⁷³

Über 96% aller 4-Jährigen in der Großregion in Maßnahmen der Vorschulbildung

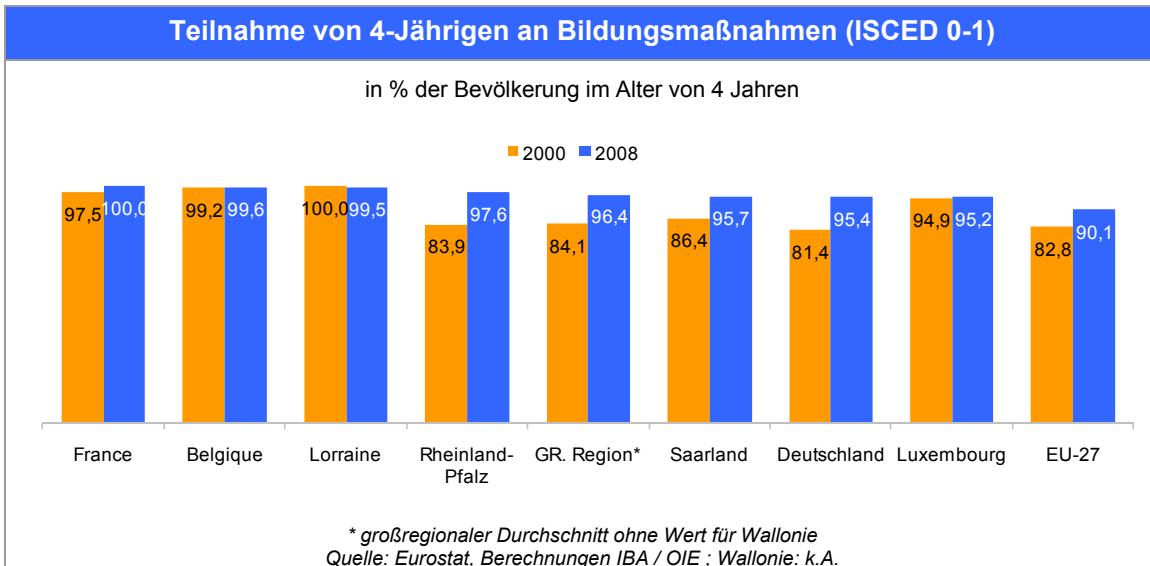
In der Großregion nahmen im Jahr 2008 durchschnittlich 96,4% der 4-Jährigen an Vorschulbildungsmaßnahmen teil. Das EU-Ziel wurde somit bereits zu diesem Zeitpunkt erfüllt – was auf europäischer Ebene noch nicht geschafft ist (EU-27: 90,1%). Im Durchschnittswert der Großregion fehlen allerdings die Werte für die Wallonie, da für die Jahre 2000 und 2008 kei-

⁷¹ Hinzu kommen rund 395.000 Kinder, die eine Vorschuleinrichtung (ISCED 0, Elementarbereich) besuchten – knapp 7.000 mehr als im Jahr 2000.

⁷² Vgl. Eurostat Jahrbuch der Regionen 2009, S.126.

⁷³ Nicht eingeschlossen sind Kinderkrippen, Spielgruppen oder Tagesstätten, die von ihren Beschäftigten nicht unbedingt den Nachweis formaler pädagogischer Qualifikation erwarten.

ne Daten vorlagen. Eurostat weist für die Wallonie lediglich für 2001 einen Wert aus: Damals wurde das Ziel mit einer Teilnehmerate von 98,1% bereits deutlich überschritten. Auch die anderen Teilregionen konnten den Zielwert bereits im Jahr 2008 erreichen. Anzumerken ist hier, dass die jeweiligen Altersgruppen in den Bereichen Vorschule und Primarstufe je nach Teilregion variieren.⁷⁴



Lothringen mit höchstem Anteil an 4-Jährigen in frühkindlichen Bildungsmaßnahmen

Im interregionalen Vergleich nimmt Lothringen mit einem Wert von 99,5% die Spitzenposition ein und befindet sich bereits seit Jahren auf einem solch hohen Niveau nahe der 100%-Marke. Eine ähnliche Konstanz zeigt sich in Luxemburg: Der Anteil der 4-Jährigen, die an Vor- oder Grundschulbildung teilnehmen, liegt seit dem Jahr 2000 bei ca. 95%. Allerdings wurde Luxemburg im Zeitverlauf 2000 bis 2008 von den deutschen Regionen übertroffen, in denen ein erheblicher Anstieg stattgefunden hat. Diese positive Entwicklungsdynamik hat dazu geführt, dass Rheinland-Pfalz und das Saarland im Jahr 2008 den EU-Zielwert bereits erfüllen konnten und auch das großregionale Mittel entsprechend angehoben wurde. Zurückzuführen sind diese Trends auf stattfindende Reformprozesse sowie auf eine Vielzahl von den Landesregierungen initiierten Programmen. In Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2005 die Initiative „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ von der Regierung ins Leben gerufen, welche die politischen Schwerpunktthemen für den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowie die qualitative Weiterentwicklung, z.B. bei der Sprachförderung, der Verankerung von Beobachtung und Dokumentation in der Fachpraxis sowie der Kooperation von KiTas und Grundschulen beinhaltet. Auch im Saarland hat die Landesregierung Maßnahmen für den verstärkten Ausbau der Betreuungsangebote gestartet, insbesondere den Sonder-Vorschulentwicklungsplan 2008.

⁷⁴ Vorschule (ISCED 0): Eine Pflicht zur vorschulischen Erziehung besteht nur in Luxemburg, und zwar ab dem 4. Lebensjahr. In den anderen Regionen ist der Besuch des Kindergartens bzw. der Vorschule freiwillig, bei einem Mindestalter von zwei Jahren in Lothringen, von zweieinhalb Jahren in der Wallonie und drei Jahren in den deutschen Regionen. Primarstufe (ISCED 1): Es besteht generell eine gesetzliche Schulpflicht ab dem 6. Lebensjahr. In den deutschen Regionen umfasst die Primarstufe die Klassenstufen 1 bis 4 der Grundschule, in Luxemburg sind es sechs Klassenstufen. Die lothringischen Schulkinder besuchen die Primarstufe bis zum 11. Lebensjahr. In der Wallonie besteht eine sechsjährige Grundschulpflicht, mit drei Klassenstufen zu je zwei Jahren.

Studierende im Sekundarbereich II und in postsekundärer, nichttertiärer Bildung

Der Sekundarbereich II beginnt normalerweise am Ende der Schulpflicht, wobei üblicherweise der Abschluss einer neunjährigen oder längeren Vollzeitschulbildung die Zulassungsvoraussetzung ist.⁷⁵ Die allgemeine Bildung der Sekundarstufe II umfasst Programme, die bei erfolgreichem Abschluss üblicherweise Zugang zu Hochschulprogrammen bieten. Mit der Berufsbildung der Sekundarstufe II sollen die Studierenden hauptsächlich mit der Arbeitswelt bekannt gemacht und auf weitere berufliche oder technische Bildungsgänge vorbereitet werden. Der postsekundäre, nichttertiäre Bereich umfasst Bildungsgänge, die über die Sekundarstufe II hinausgehen, aber nicht dem Hochschulniveau gleichgestellt werden.⁷⁶ Das Anfangs-/Abschlussalter und die Altersspanne der Studierenden hängen von den nationalen Bildungssystemen ab. Um die relativ weiten Altersspannen je nach Land abzudecken, werden die Studierende im Sekundarbereich II und im postsekundären nichttertiären Bereich in internationalen Vergleichen im Allgemeinen auf die breit angelegte Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen bezogen.

Wallonie mit höchstem Anteil an Jugendlichen in Bildungsgängen des mittleren Qualifikationsbereichs

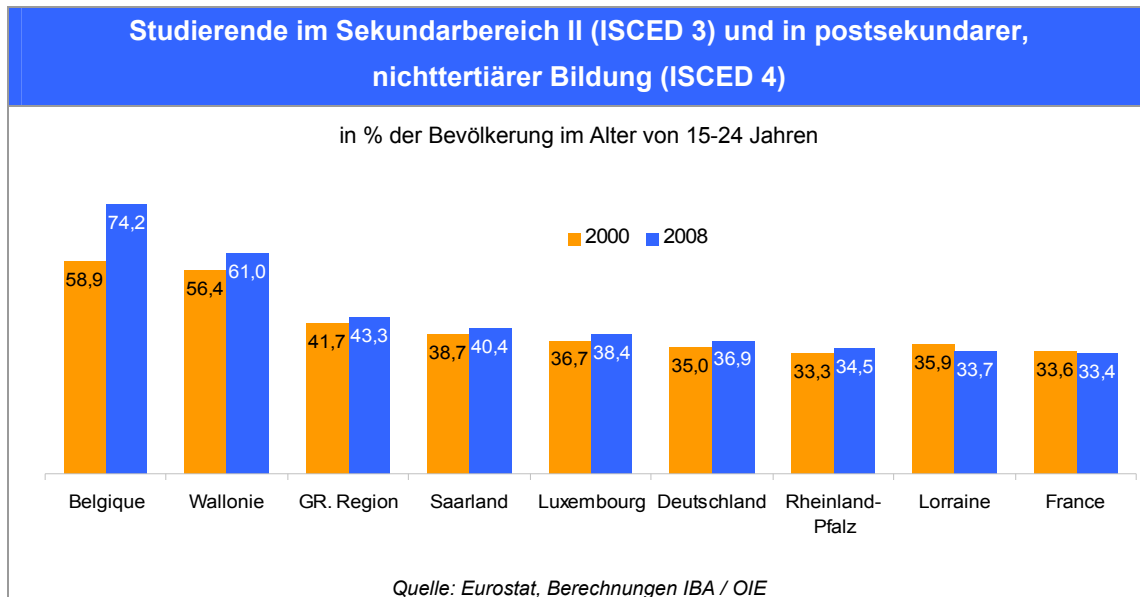
Im Jahr 2008 waren in der Großregion gut 43% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Bildungsgängen der Sekundarstufe II und im postsekundären, nichttertiären Bereich eingeschrieben.⁷⁷ Mit einem Anteil von fast 61% weist dabei die Wallonie die mit Abstand höchste Beteiligungsrate auf, während alle übrigen Teilgebiete der Großregion deutlich darunter liegen. Die Wallonie – ebenso wie die anderen belgischen Regionen – bewegt sich damit in der Spitzengruppe der europäischen Regionen mit Beteiligungsraten über 50%, welche die Regionen in Finnland, Island und einige Regionen Schwedens, Italiens, Ungarns sowie die Region Praha und die Region Salzburg umfasst. Frankreich und Deutschland weisen hingegen relativ niedrige Teilnahmeraten auf.⁷⁸ Zudem ist in der Wallonie der Anteil der Schüler und Studierenden in diesen Bildungsgängen seit dem Jahr 2000 um knapp fünf Prozentpunkte gestiegen. Allerdings schneidet die Wallonie gegenüber der nationalen Ebene deutlich schlechter ab – in Belgien ist im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von gut 15 Prozentpunkten zu beobachten. In den übrigen Teilgebieten des Kooperationsraums gab es dagegen in diesem Zeitraum kaum oder nur geringfügige Veränderungen.

⁷⁵ Die Betrachtung des Primarbereichs (ISCED I) und der Sekundarstufe I (ISCED 2) wird vernachlässigt, da in diesen Bereichen im gesamten Untersuchungsraum eine allgemeine Schulpflicht gilt und somit in allen Regionen der Anteil der Schüler, die an diesen Bildungsgängen teilnehmen, nahezu 100% beträgt.

⁷⁶ Oft handelt es sich dabei um anspruchsvollere technische und berufliche Bildungsgänge für die Lehrerbildung oder medizinische Berufe und / oder für den Bereich Handel und Marketing (vgl. Eurostat Jahrbuch der Regionen 2007, S. 148).

⁷⁷ Es wird hier – wie auch in den Eurostat Jahrbüchern der Regionen – nach der üblichen Methode vorgegangen: Die Schülerpopulation, die alle Altersgruppen umfasst, wird in Beziehung gesetzt zu der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen. Die Prozentsätze fallen deswegen höher aus und können sogar über 100 liegen.

⁷⁸ Bezogen auf das Jahr 2007 (vgl. Eurostat Jahrbuch der Regionen 2009, S. 129).



Studierende im Tertiärbereich

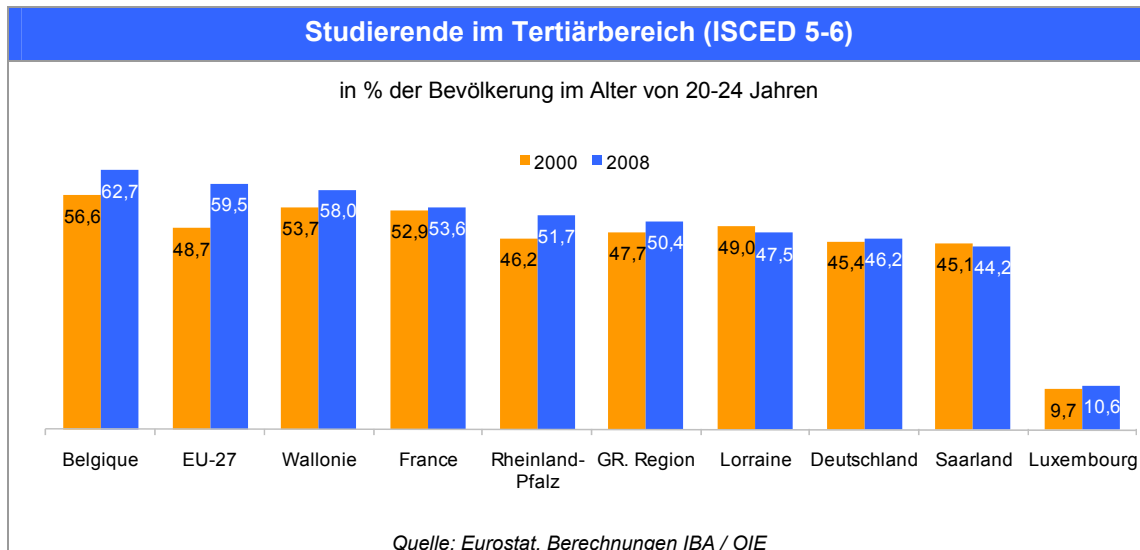
Die tertiäre Bildung umfasst sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge, die den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen oder zu Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen eröffnen sollen, als auch Bildungsgänge auf der gleichen Qualifikationsebene, die jedoch stärker berufsorientiert sind und auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten. Zulassungsvoraussetzung ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss von Bildungsgängen der ISCED-Stufen 3 und/oder 4. Um die relative Größe der Studentenpopulation auf regionaler Ebene aufzuzeigen, wird die Zahl der Studierenden zur Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen in Beziehung gesetzt. Zu beachten ist allerdings, dass der Indikator auf Daten über die Studienorte beruht, sich also nicht auf den Herkunfts- oder Wohnort bezieht. Daher zeigt dieser Indikator zunächst nicht die ungleiche Beteiligung an der Hochschulbildung, sondern vielmehr die ungleiche Verteilung von Hochschuleinrichtungen auf die Regionen.

Anteil der Studierenden an Hochschulen in der Wallonie und Rheinland-Pfalz höher als im Durchschnitt der Großregion

In der Großregion nahmen im Jahr 2008 durchschnittlich 50% der 20- bis 24-Jährigen an Hochschulbildungsgängen teil – deutlich weniger als im Mittel der Europäischen Union (ca. 60%).⁷⁹ Aufgrund der höheren Zahl an Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen, die viele Studierwillige aus anderen Regionen anzieht, erreichen dabei die Wallonie und Rheinland-Pfalz wesentlich höhere Prozentsätze als die anderen Teilgebiete des Kooperationsraums. Dort gehen viele Jugendliche zu Studienzwecken ins Ausland oder in eine andere Region, meist in größere Städte. Besonders deutlich wird dies in Luxemburg, das mit knapp 11% hier einen außerordentlich niedrigen Anteil ausweist. Im Großherzogtum ist der tertiäre Bildungsbereich deutlich weniger ausgebaut als in anderen Ländern. Die 2003 gegründete Universität befindet sich nach wie vor im Aufbau und hat auch einen starken Schwerpunkt im

⁷⁹ Es wird hier – wie auch in den Eurostat Jahrbüchern der Regionen – nach der üblichen Methode vorgegangen. Die Studentenpopulation, die alle Altersgruppen umfasst, wird in Beziehung gesetzt zu der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen. Die Prozentsätze fallen deswegen höher aus und können sogar über 100 liegen.

Forschungsbereich. Viele Luxemburgerinnen und Luxemburger nehmen daher als „Bildungsausländer“ vor allem an den Hochschulen und Universitäten der angrenzenden Regionen ein Studium auf, was der Hauptgrund für die niedrigen Anteilswerte im Großherzogtum ist. Im Saarland ist im Vergleich zum Jahr 2000 eine rückläufige Entwicklung an Studierenden im Tertiärbereich zu beobachten. Gleichzeitig ist der Anteil in Rheinland-Pfalz stark angestiegen.



Weitgefächerte Hochschullandschaft in der Großregion

Eine Analyse der Anzahl der Studierenden nach Fächergruppen in der Großregion kann im Rahmen dieses Berichts aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für Lothringen und die Wallonie leider nicht vorgenommen werden. Deshalb wird an dieser Stelle kurz auf die Hochschullandschaft im Kooperationsraum eingegangen. Für mobile Studierende bietet die Großregion ein attraktives Fächerangebot, da neben der großen Anzahl an Studienschwerpunkten zudem die Möglichkeit besteht, zusätzliche Sprachkompetenz und interkulturelle Erfahrungen zu sammeln.

Die weitgefächerte Hochschullandschaft der Großregion setzt sich u. a. aus 20 Universitäten, 30 Hautes Ecoles, 21 Fachhochschulen und 19 Kunst- und Musikhochschulen zusammen. Insgesamt zählt der Kooperationsraum 113 Hochschuleinrichtungen sowie die Deutsch-französische Hochschule als supranationale Einrichtung.⁸⁰ Aufgrund der Fülle an Studieneinrichtungen, werden im Folgenden exemplarisch einige Hochschulen und ihre Studienschwerpunkte vorgestellt.

Die Universität des Saarlandes beweist besondere Kompetenz in den Schwerpunkten, NanoBioMed Leben und Materie, Informatik und Europa, während für die Universität Trier ein ausgeprägtes geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliches Profil charakteristisch ist.

In Lothringen schlossen sich im Jahr 2008 die vier Universitäten Henri Poincaré, Nancy 2, Paul Verlaine – Metz und das Nationale Polytechnische Institut Lothringens im Rahmen des

⁸⁰ Vgl: Beck 2010.

Projekts „Operation Campus“ zusammen. Es ist geplant die bereits existierenden Campus wieder zu dynamisieren, zu erneuern und zu vereinen und so ihre Sichtbarkeit auf internationaler Ebene zu erhöhen. In diesem Rahmen sollen u. a. die Schaffung zweier Pole in Nancy (Biologie-Gesundheitswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre-Management) und eines Poles für Naturwissenschaften-Technologie-Management in Metz vorangetrieben werden.

Die Universität Luxemburg versteht sich als mehrsprachige, internationale Forschungsuniversität. Die Forschung konzentriert sich hauptsächlich auf Finanzwissenschaften, sichere Systeme in der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT), System-Biomedizin, Europa- und Wirtschaftsrecht sowie Erziehung und Lernen im mehrsprachigen Kontext.

Als einzige staatliche und komplette Universität der Gemeinschaft Wallonien-Brüssel bietet die Universität Lüttich ein breites Angebot an Studienfächern an. Als Tor zu den Grenzregionen der Euregio-Maas-Rhein und der Großregion sowie als Ort, an dem romanische und germanische Kultur aufeinandertreffen, ist diese Universität stark international ausgerichtet.

Gemeinsam mit der Technischen Universität Kaiserslautern als strategischem Partner bilden die erwähnten Universitäten seit 2008 im Rahmen des Interreg IV A Projekts „Universität der Großregion“ einen gemeinsamen Hochschulraum. Dieser Hochschulraum umfasst 115.000 Studierende und 6.000 Professoren. Er soll es den Studierenden ermöglichen, grenzüberschreitend zu studieren, Sprachen zu lernen, die unterschiedlichen Kulturen in der Großregion kennen zu lernen und einen grenzüberschreitenden Hochschulabschluss zu machen. Diese Art der Kooperation kann gerade vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bildungssysteme in den Teilregionen helfen, junge Menschen auf die spezifischen Anforderungen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts vorzubereiten.

Beteiligung am lebenslangen Lernen: Zunehmende Bedeutung vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung

Eine wesentliche Rolle kommt ebenso der kontinuierlichen Weiterbildung zu. Das so genannte lebenslange Lernen ist einerseits bedeutsam für die persönliche Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe. Andererseits gilt es als wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit in einer durch technologischen Fortschritt und Globalisierung geprägten Wissensgesellschaft, in der das einmal erworbene Wissen immer schneller an Aktualität verliert. Eine besondere Relevanz gewinnt das lebenslange Lernen zudem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, die einen längeren Verbleib älterer Menschen in der Arbeitswelt und Veränderungen in den Tätigkeitsanforderungen zur Folge hat. Menschen jeden Alters und jeder Qualifikationsstufe soll daher ein gleichberechtigter und ungehinderter Zugang zu hochwertigen Lernangeboten und einer Vielzahl von Lernerfahrungen ermöglicht werden. Der Europäische Rat hat sich vor diesem Hintergrund im Mai 2003 dafür ausgesprochen, dass bis zum Jahr 2010 jährlich 12,5% aller 25- bis 64-Jährigen in der Europäischen Union an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen sollen.

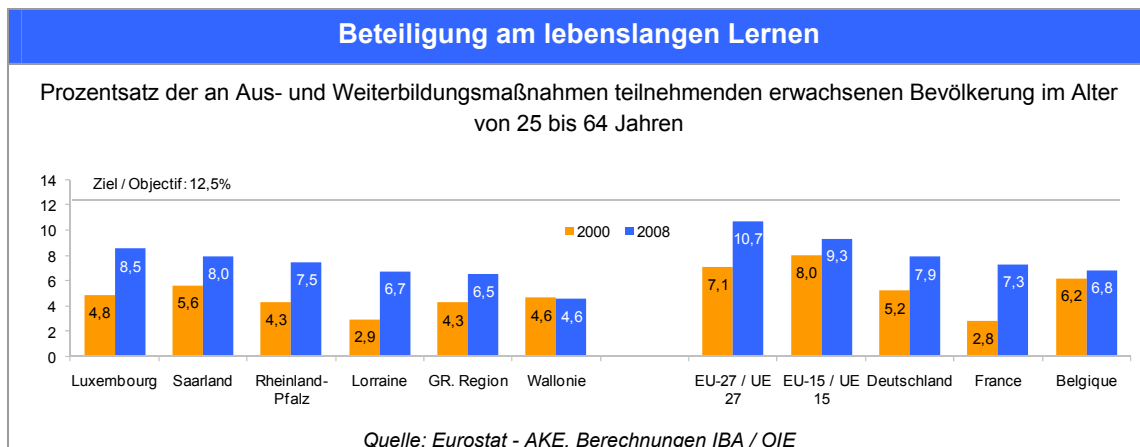
Lebenslanges Lernen umfasst die Beteiligung an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen – formell oder informell; am Arbeitsplatz, im Rahmen des formellen Bildungssystems oder anderswo. Die Absicht oder das Ziel des Lernens ist der entscheidende

de Faktor, der diese Lerntätigkeiten von anderen Aktivitäten etwa kultureller oder sportlicher Natur unterscheidet. Die Daten über lebenslanges Lernen stammen aus der Europäischen Arbeitskräfteerhebung und schließen alle Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren ein, die vier Wochen vor der Erhebung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben.

Beteiligung am lebenslangen Lernen in der Großregion deutlich unter Lissabon-Ziel

In der Großregion lag die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen im Jahr 2008 bei 6,5% und damit deutlich niedriger als in der EU-15 (9,3%) oder der EU-27 (10,7%). Weder im Kooperationsraum noch im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten wurde bisher die Zielvorgabe von 12,5% erreicht, obwohl die Beteiligung am lebenslangen Lernen seit 2000 in allen Gebieten gestiegen ist. Innerhalb der Großregion schwanken die Teilnahmequoten zwischen einem Wert von unter 5% in der Wallonie und einem Höchstwert von 8,5% in Luxemburg. Im Großherzogtum ist die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2008 wieder angestiegen, nachdem sie zwischen 2004 und 2007 beständig gesunken ist. Zwischen 2000 und 2004 hat sich die Quote in Luxemburg auf beinahe 10% verdoppelt. In Lothringen verlief die Teilnahmequote relativ konstant auf einem sehr niedrigen Niveau, bis im Jahr 2003 ein sprunghafter Anstieg zu beobachten war.⁸¹ Die beiden deutschen Teilregionen weisen seit der Einführung des Lissabon-Ziels im Jahr 2003 jeweils einen relativ kontinuierlichen Anstieg der Teilnahmequote auf, während in der Wallonie die Quote seit 2004 zurück ging.

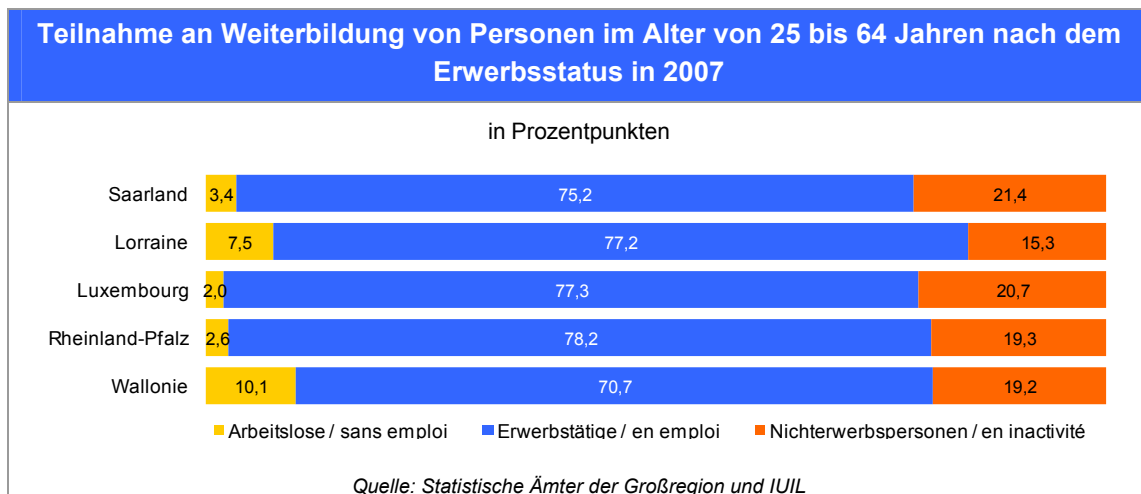
Im Jahr 2008 waren alle Teilregionen noch weit von dem EU-Zielwert entfernt und es sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, wenn dieser bis 2010 noch erfüllt werden soll. Inzwischen ist von der EU ein neuer Zielwert für das Jahr 2020 entwickelt worden: Durchschnittlich mindestens 15% der Erwachsenen sollen am lebenslangen Lernen teilnehmen.



⁸¹ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es 2003 in Frankreich zu einem statistischen Bruch in der Zeitreihe gekommen ist und die Fragestellung in Bezug auf Weiterbildung verändert wurde (Zwischen 2000 und 2003: Umformulierung der Frage nach der Teilnahme an Weiterbildung: Obwohl dies in allen Mitgliedstaaten nachvollzogen wurde, ist es dennoch möglich, dass sie in einigen Staaten aufgrund der Art und Weise der Fragestellung unterschiedliche Auswirkungen auf die Beantwortung hatte. Möglicherweise war dies in Lothringen der Fall).

Exkurs: Teilnahmequote an Weiterbildung bei Erwerbstätigen am höchsten

Interessante zusätzliche Ergebnisse zu diesem Themenfeld, für das im Allgemeinen eine relativ dünne Datenlage vorliegt, liefert die aktuelle Studie „Harmonisierte statistische Indikatoren – Weiterbildung in der Großregion“ der Statistischen Ämter der Großregion im Rahmen des europäischen Förderprogramms Interreg IV A. Danach zeigt sich etwa, dass bei Betrachtung der Personen in Weiterbildungsmaßnahmen nach ihrem Erwerbsstatus die Teilnehmerate von Erwerbstätigen gegenüber der von Arbeitslosen und erwachsenen Nichterwerbspersonen am höchsten ist. Dies geht einher mit deren Anteil an der jeweiligen Bevölkerung. Im interregionalen Vergleich schwankt die Teilnahmequote der Erwerbstätigen im Jahr 2007 nicht allzu stark: Sie bewegt sich zwischen ca. 71% in der Wallonie und ca. 78% in Rheinland-Pfalz. Stärkere Schwankungen sind hingegen bei den Anteilen der Arbeitslosen und der erwachsenen Nichterwerbspersonen festzustellen. Die Werte der Arbeitslosen, die am lebenslangen Lernen teilnehmen, variieren zwischen 2,0% in Luxemburg und 10,1% in der Wallonie. Die Teilnahmequoten der Nichterwerbspersonen bewegen sich zwischen 15,2% in Lothringen und 21,4% im Saarland.⁸² Nach den Autoren der Studie liegen die Ursachen wohl eher im privaten als im beruflichen Interesse und können deswegen nicht weiter verfolgt werden.⁸³



⁸² Vgl. Statistische Ämter der Großregion und IUIL 2009, S. 87.

⁸³ Vgl. Schneider 2010, S. 16.

5. Lebensbedingungen

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Erreichung eines größeren sozialen und territorialen Zusammenhalts sind wesentliche Ziele europäischer Politik, die auch im Rahmen der neuen Strategie „Europa 2020“ ein zentrales Anliegen bleiben. Hier skizziert die Europäische Kommission eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, die es ermöglichen soll, gestärkt aus der aktuellen Krise herauszugehen und die EU in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft zu verwandeln. Wie aber misst man nachhaltiges Wachstum, das nicht nur auf rein ökonomische Produktivitätssteigerung ausgerichtet ist, sondern auch im Einklang steht mit ökologischen Erfordernissen und zu mehr Wohlstand und Wohlbefinden der Bevölkerung beiträgt, d.h. ein Mehr an Lebensqualität für alle? Zu dieser Frage ist in jüngster Zeit eine weltweite Debatte über die Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung für eine moderne Gesellschaft entstanden, die vor allem durch den Bericht der so genannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zur Messung von wirtschaftlicher Leistung und sozialem Fortschritt⁸⁴ sowie die von der Europäischen Kommission präsentierte Mitteilung „Das BIP und mehr“⁸⁵ eröffnet wurde.

Jahrelang war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) die makroökonomische Kennzahl schlechthin, um die Wirtschaftsleistung und den Wohlstand eines Landes zu messen. Jetzt ist es in die Kritik geraten, da es rein über die Schaffung monetärer Werte informiert. Außen vor bleiben jedoch etwa Aussagen zur Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten, zur gerechten Lohnverteilung oder gar zur Frage, ob eine Erhöhung des BIP zu mehr Wohlbefinden und Lebensqualität der Menschen beiträgt – Aspekte, die zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts „in einer Welt im Wandel“ immer wichtiger werden. Unter der klassisch monetären Perspektive des BIP ist etwa ein Babysitter produktiv, der entlohnt wird, denn seine Tätigkeit wird in der Berechnung des BIP berücksichtigt. Wer dagegen Elternurlaub nimmt, zu Hause die kranke Oma pflegt oder im Verein ehrenamtlich die Jugend trainiert, und damit zweifellos positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beiträgt, geht mit seiner Leistung nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Angekurbelt wird das BIP jedoch beim Kauf eines PS-starken Autos, selbst wenn es der Umwelt schadet. Unter dieser Perspektive lohnt es sich ebenso, Müll auf die Straße zu werfen, denn seine Beseitigung durch die Müllabfuhr erhöht die Wirtschaftsleistung. In der Folge kommt es so zu einem verengten und verzerrten Blick auf Wirtschaft und Gesellschaft. Daher wird schon seit Jahren an Alternativen zum BIP und zu klassisch monetären Faktoren des Wohlstands gearbeitet, um einerseits die Kosten für die negativen Begleiterscheinungen des Wachstums für Umwelt, Arbeits- und Lebensbedingungen besser zu erfassen und andererseits die nicht-materielle Seite der Lebensqualität stärker beleuchten zu können und durch geeignete Indikatoren messbar zu machen. Beispiele hierfür sind etwa das Konzept des „ökologischen Fußabdrucks“, der weltweite „Happy Planet-Index“ oder ein Ansatz wie das „Brutto-Nationalglück“ (Gross National Happiness), mit dem das südasiatische Königreich Bhutan in einer ganzheitlichen und humanistischen Weise Zufriedenheit und Lebensstandard seiner Bewohner misst.

⁸⁴ Vgl. Stiglitz et al. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress; Download unter www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

⁸⁵ Vgl. Europäische Kommission (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM (2009) 433 endgültig, Brüssel.

Der angesprochene Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission ebenso wie die von der Europäischen Kommission präsentierte Mitteilung „Das BIP und mehr“ schlagen vor diesem Hintergrund und auf Basis der eigenen Analysen so auch das Bruttoinlandsprodukt ergänzende Indikatoren wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Art vor. Diese Empfehlungen weisen zweifellos in die richtige Richtung, können aber im Rahmen des vorliegenden Berichts nur bedingt berücksichtigt werden. Dies gilt vor allem für nicht-materielle Indikatoren, die auf Ebene der Großregion durch die verfügbare Datenlage bislang kaum abgedeckt werden. Daher wird nachfolgend nicht zuletzt auch im Sinne der Kontinuität der Berichterstattung weiterhin auf vorwiegend materielle Indikatoren zurückgegriffen. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Betrachtung der Einkommenssituation, die über die bisherigen, mit Blick auf die vorgenommenen Auswertungen gleichwohl erweiterten Indikatoren des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und der Arbeitnehmerentgelte hinaus erstmals auch einen Blick auf die Unternehmensgewinne wirft und zusätzlich Exkurse zu den Themen „Armut und soziale Ausgrenzung“ sowie „Mindestlöhne“ anbietet. Daneben erfolgt weiterhin die Betrachtung der Entwicklung von Verbraucher- und Immobilienpreisen, wobei letztere um Ausführungen zur grenzüberschreitenden Wohnortmobilität ergänzt wurde.

Welche Weiterentwicklungen bei der Betrachtung von Lebensbedingungen und Lebensqualität in der Großregion möglich sind, muss zukünftigen Berichten oder gesonderten Studien vorbehalten sein, die dann auch Ergebnisse aktueller Initiativen berücksichtigen können. Dazu zählt mit Blick auf die Großregion insbesondere das Projekt „PIBien-être“ im Rahmen dessen der Conseil économique et social (CES) zusammen mit dem Observatoire de la Compétitivité, dem Conseil supérieur pour un Développement durable (CSDD) und dem STATEC im Auftrag der luxemburgischen Regierung einen Index entwickeln soll, der über das traditionelle Pro-Kopf-BIP hinaus für die Messung gesellschaftlichen Fortschritts und Wohlbefindens in einer langfristigen Perspektive geeignet ist. Darüber hinaus beschäftigen sich die Statistischen Ämter der Großregion im Rahmen eines Interreg-IV-A-Projekts derzeit etwa mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung, die in einem Indikatorenkatalog ihren Niederschlag finden sollen, dessen Veröffentlichung mit Projektabschluss über das Internetportal der Großregion geplant ist.

5.1 Einkommen

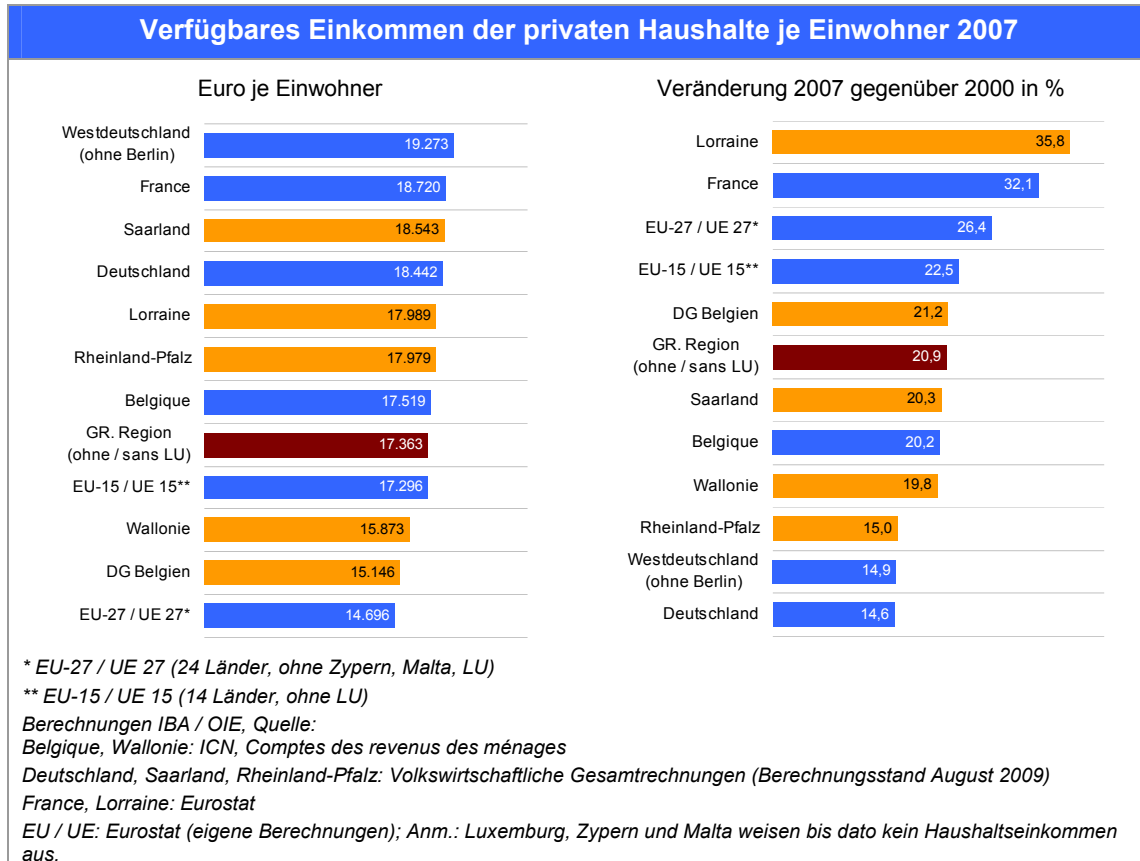
5.1.1 Haushaltseinkommen

Private Haushalte der Großregion hatten etwas mehr Einkommen zur Verfügung als im europäischen Durchschnitt

Nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen belief sich im Jahr 2007 das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Großregion (ohne Luxemburg)⁸⁶ auf insgesamt 188,8 Milliarden Euro. Jedem Einwohner und jeder Einwohnerin – gleich welchen Alters – standen somit rein

⁸⁶ Luxemburg ist derzeit noch einer von drei Mitgliedstaaten der EU-27, wo im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine Haushaltskonten ausgewiesen werden. Derzeit wird seitens des STATEC an einer entsprechenden Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gearbeitet, so dass zukünftig auch für Luxemburg Angaben zum Haushaltseinkommen möglich sein sollten.

statistisch betrachtet durchschnittlich 17.363 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Damit hatten die privaten Haushalte im Kooperationsraum etwas mehr Einkommen als im Durchschnitt der EU-15 (ohne Luxemburg), wo das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 im rechnerischen Mittel bei 17.296 Euro lag. Im Vergleich zur EU-27 (ohne Zypern, Malta und Luxemburg) standen sogar je Einwohner rund 2.670 Euro mehr zur Verfügung.

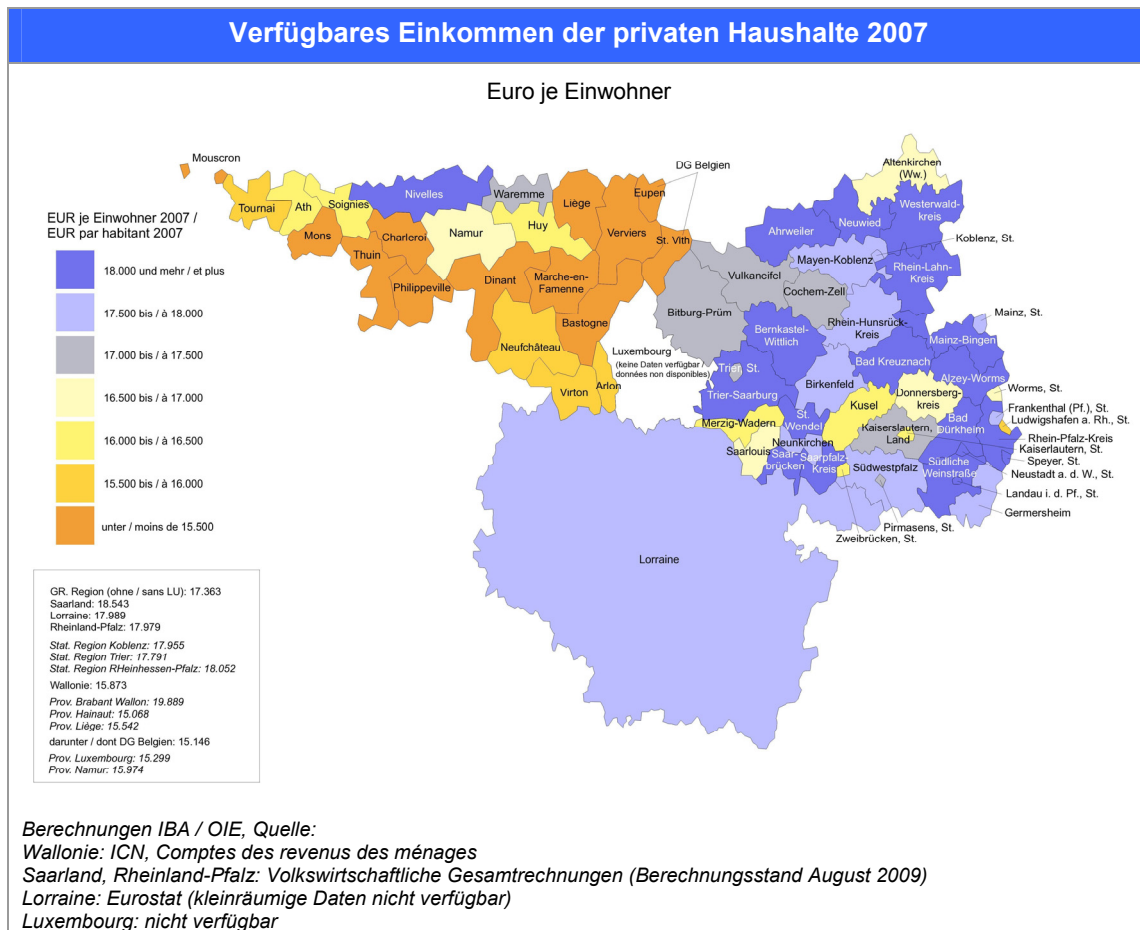


Saarland mit dem höchstem, DG Belgien mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in der Großregion

Innerhalb der Großregion streuen die Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte jedoch beträchtlich. Bezogen auf die einzelnen Teilregionen wurde 2007 mit 18.543 Euro je Einwohner das höchste Einkommen im Saarland erzielt, das damit auch über dem bundesdeutschen, aber immer noch unter dem westdeutschen Durchschnitt rangiert. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Lothringen und Rheinland-Pfalz, die mit 17.989 bzw. 17.979 Euro ebenfalls Werte über dem großregionalen Niveau erreichten. In beiden Regionen hatten die Menschen allerdings statistisch gesehen weniger Einkommen zur Verfügung als im jeweiligen nationalen Mittel. Merklich unter dem Wert der Großregion wie auch von Belgien insgesamt lagen die Wallonie und die DG Belgien, deren Einwohner im Schnitt nur 15.873 bzw. 15.146 Euro an Einkommen erzielten. Im interregionalen Vergleich konnten demnach die Saarländerinnen und Saarländer pro Kopf knapp 3.400 Euro mehr für Konsum- oder Sparzwecke verwenden als die Menschen in der DG Belgien.

Auf kleinräumiger Ebene mehr als 41% Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen

Noch größer werden die regionalen Disparitäten bei einer Betrachtung der kleinräumigen Gebietseinheiten, wobei hier nur Daten für die Wallonie, Rheinland-Pfalz und das Saarland vorliegen: Die Spannweite des verfügbaren Haushaltseinkommens reicht von 24.563 Euro je Einwohner im saarländischen Landkreis St. Wendel bis hin zu 14.443 Euro im wallonischen Charleroi. Der höchste Wert übertraf demnach den niedrigsten um mehr als 41% oder 10.120 Euro. Auffällig ist, dass auch in der kleinräumigen Betrachtung die deutschen Gebiete klar über den wallonischen rangieren. So umfasst die Gruppe mit den durchschnittlich niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen (weniger als 15.500 Euro je Einwohner) ausschließlich wallonische Gebiete. Dieses Muster wird lediglich durchbrochen vom an die Hauptstadtregion Brüssel angrenzenden Arrondissement Nivelles (Wallonisch Brabant), das mit 19.889 Euro je Einwohner hinter den Spitzenreitern St. Wendel und Mainz-Bingen (21.257 Euro) auf der dritten Position liegt.



Verfügbares Einkommen in der Großregion seit 2000 weniger stark angestiegen als auf europäischer Ebene

Seit dem Jahr 2000 hat sich das Gesamtvolumen des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in der Großregion (ohne Luxemburg) um 22,2% erhöht. Der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens fiel mit einem Plus von 20,9% bzw. rund 3.000 Euro etwas niedriger aus, da es in diesem Zeitraum eine Zunahme der jahresdurchschnittlichen Einwohnerzahl im Kooperati-

onsraum gegeben hat (+1,1% ohne Luxemburg). Insgesamt verlief damit die Entwicklung in der Großregion schwächer als auf europäischer Ebene, wo im gleichen Zeitraum das Pro-Kopf-Einkommen um 26,4 (EU-27, 24 Länder) bzw. 22,5% (EU-15, 14 Länder) zulegte.

Lothringen seit 2000 mit dem stärksten Anstieg des nominalen wie realen Pro-Kopf-Einkommens

Im interregionalen Vergleich der Teilräume der Großregion hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Zeitraum von 2000 bis 2007 besonders kräftig in Lothringen (+35,8%) erhöht – ein Anstieg, der deutlich höher ausfiel als im großregionalen, französischen wie europäischen Mittel. Auch in der DG Belgien erzielten die Menschen mit einem Plus von 21,2% noch leicht überdurchschnittliche Einkommenszuwächse, die zwar hinter der Entwicklung auf europäischer Ebene zurückblieben, aber immer noch stärker ausfielen als in Belgien insgesamt. Demgegenüber verlief der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen im Saarland (+20,3%), in der Wallonie (+19,8%) sowie insbesondere in Rheinland-Pfalz (+15%) schwächer als im Durchschnitt der Großregion (+20,9%). Im Falle der Wallonie gilt dies auch mit Blick auf das nationale Mittel.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner und Verbraucherpreisindex für die Gesamtlebenshaltung			
Veränderung 2007 gegenüber 2000 in %			
Gebiet	Pro-Kopf-Einkommen	Verbraucherpreisindex	Zuwachs des realen Kaufkraftpotentials
Saarland	20,3	11,5	8,8
Lorraine	35,8	13,4	22,4
Rheinland-Pfalz	15,0	11,5	3,5
Wallonie	19,8	15,1	4,7
DG Belgien	21,2	15,1	6,1

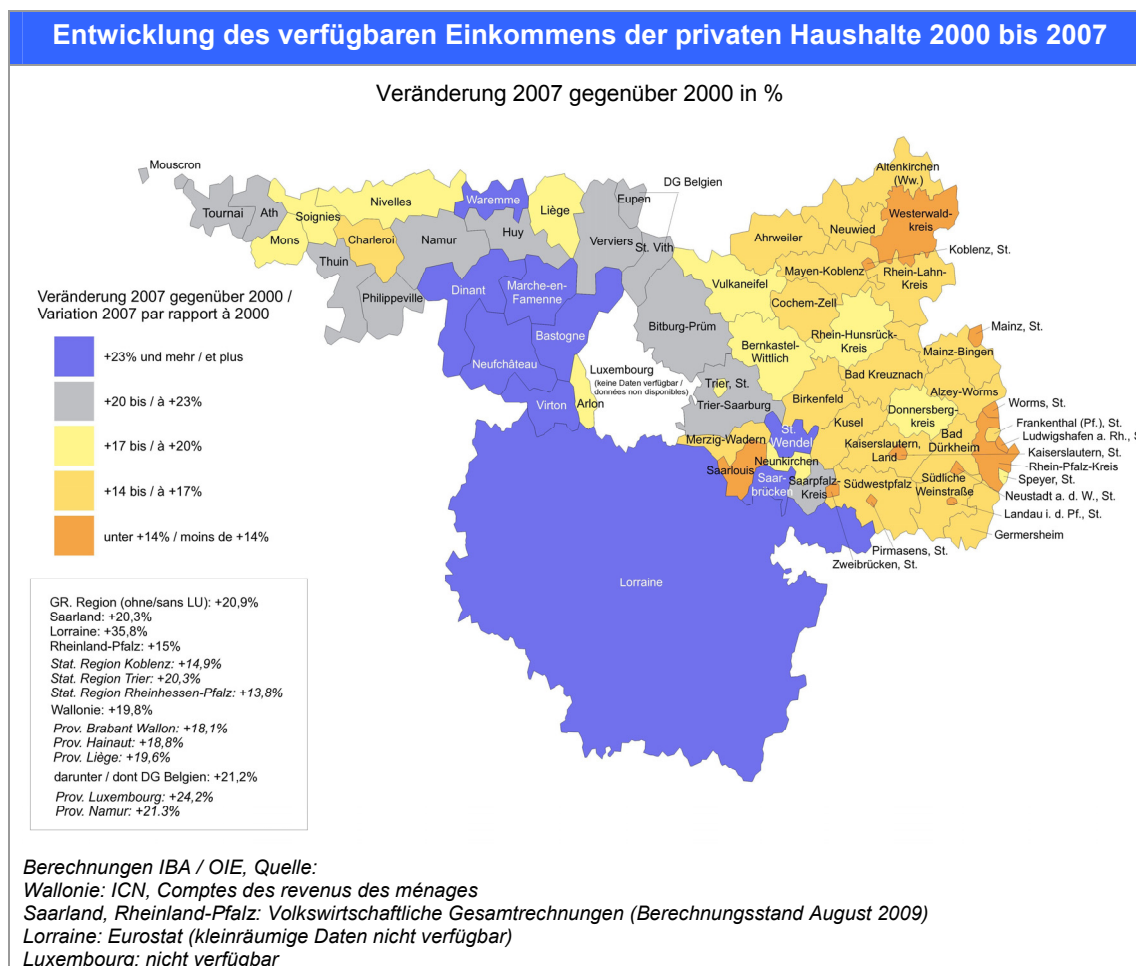
Berechnungen IBA / OIE
Quelle:
Haushaltseinkommen:
Wallonie: ICN, Comptes des revenus des ménages
Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand August 2009)
Lorraine: Eurostat
Luxembourg: nicht verfügbar
Verbraucherpreisindex: Statistische Ämter der Großregion, eigene Ergänzungen

Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass es sich bei diesen Veränderungen um nominale, d.h. nicht preisbereinigte Werte handelt. Je nach Entwicklung der Teuerungsrate in den einzelnen Regionen bzw. Ländern ergeben sich für die privaten Haushalte somit unterschiedlich hohe reale Kaufkraftgewinne, die – sofern sie nicht gespart werden – potentiell in den privaten Konsum fließen können.⁸⁷ So hat etwa in Lothringen der Verbraucherpreisindex im Betrachtungszeitraum um 13,4% zugelegt, was bei einem nominalen Plus des Pro-Kopf-Einkommens von 35,8% einem realen Kaufkraftzuwachs von 22,4% entspricht. Damit verzeichnet die französische Region aber immer noch eine zweistellige Zuwachsrate, während alle übrigen Teilräume auf Werte unter 10% zurückfallen. Vor allem in der Wallonie und in der DG Belgien wurde hier ein großer Teil des Plus beim Nominaleinkommen von dem vergleichsweise hohen Anstieg der Verbraucherpreise aufgezehrt. Nominal wie real waren die Einkommenszuwächse allerdings in Rheinland-Pfalz am geringsten.

⁸⁷ In Rheinland-Pfalz und im Saarland wurden etwa im Jahr 2007 10,9 bzw. 9% des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gespart, also nicht für den privaten Konsum ausgegeben (Deutschland: 10,8%).

Grenzgebiete um Luxemburg profitieren von der Wirtschaftsdynamik des Großherzogtums

Bei einer Betrachtung der Einkommensentwicklung auf kleinräumiger Ebene fällt auf, dass in den beiden Spitzengruppen mit überdurchschnittlichen Zuwächsen seit dem Jahr 2000 sehr viele Gebiete aus dem grenznahen Umfeld Luxemburgs vertreten sind: Mit einem Plus von jeweils über 27 bzw. 26% ist das Pro-Kopf-Einkommen in den zur Provinz Belgisch Luxemburg gehörenden Arrondissements Neufchâteau, Virton und Bastogne besonders stark gestiegen; die Provinz insgesamt erzielte zwischen 2000 und 2007 einen Einkommenszuwachs von 24,2% – mehr als jede andere Provinz in der Wallonie. Im Jahr 2000 hatte das durchschnittlich verfügbare Einkommen in Belgisch Luxemburg das wallonische Mittel noch um rund 7% unterschritten, im Jahr 2007 waren es nur noch 3,6%. Auch auf rheinland-pfälzischer Seite zeigen sich ähnliche Trends: Hier verzeichneten die unmittelbar an das Großherzogtum angrenzenden Gebiete Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm im Betrachtungszeitraum die höchsten Zuwachsraten aller Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz (+22,8 bzw. +22,3%). In der gesamten Region Trier hat sich so das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 gegenüber 2000 um ein Fünftel erhöht – deutlich mehr als in der Region Koblenz oder in Rheinhessen-Pfalz. Lag die Region Trier im Jahr 2000 noch 5,6% unter dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt, so hat sich dieser Wert bis 2007 auf 1,2% verringert. In Trier-Saarburg (ebenso wie in Bernkastel-Wittlich) hat das Pro-Kopf-Einkommen den Landesdurchschnitt mittlerweile sogar überschritten. Durch den aufgrund der hohen Wirtschaftsdynamik Luxemburgs stark gewachsenen Pendlerstrom hat somit auf wallonischer wie rheinland-pfälzischer Seite die gesamte Grenzregion profitiert. Für das Saarland zeigt sich dagegen dieser Zusammenhang nicht so eindeutig: Der an das Großherzogtum angrenzende Landkreis Merzig-Wadern kann mit einem Plus von 16,4% nur einen auch im Landesvergleich unterdurchschnittlichen Anstieg verbuchen. Spitzenreiter ist dort vielmehr der Landkreis St. Wendel (+28,2%), gefolgt vom Regionalverband Saarbrücken und dem Saarpfalz-Kreis, die ebenfalls über dem Landesmittel liegen (+23,1 bzw. +21,4%).



Exkurs: Regionale Effekte der Umverteilung – zum Verhältnis von verfügbarem Einkommen und Primäreinkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich, indem vom so genannten Primäreinkommen (d.h. dem Einkommenspotential, das sich in der Gesamtheit der privaten Haushalte aus deren Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen ergibt) die geleisteten laufenden Transfers (insbesondere die direkten Steuern und Abgaben sowie die Sozialbeiträge) abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers (überwiegend Geldleistungen der Sozialversicherung und Sozialleistungen aus privaten wie staatlichen Sicherungssystemen) hinzu gezählt werden. Auf diesem Wege kommt es somit zu einem Umverteilungsprozess der Einkommen zwischen Haushalten und Regionen, in dessen Verlauf enorme Beträge umgewälzt werden: Gebiete und Haushalte mit einer vergleichsweise hohen Wirtschaftskraft und einem daraus resultierenden hohen Einkommenspotential geben ab,⁸⁸ während umgekehrt wirtschaftlich weniger wohlhabende Gebiete und Haushalte mit vergleichsweise geringeren Einkommen hinzugewinnen.⁸⁹ Auf diese Weise verringern sich regionale Disparitäten, wobei der

⁸⁸ Über die Finanzierung öffentlicher Staatsaufgaben, wie zum Beispiel dem Bildungs- oder Gesundheitswesen, fließt ein Teil zwar an die privaten Haushalte dieser Gebiete zurück; der Großteil kommt jedoch über Staats- und Sozialtransfers der Einkommensumverteilung zugute.

⁸⁹ Berücksichtigt werden muss dabei, dass die Höhe des Primäreinkommens neben Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft einer Region bzw. eines Gebietes natürlich von der Erwerbsbeteiligung und – dies gilt insbesondere auf kleinräumiger Ebene – von den Pendlerverflechtungen mitbestimmt wird. Zudem beruht das

Prozess der Umverteilung jedoch nicht so weit geht, dass er vorhandene Wohlstandsunterschiede einebnet. Um diesen Umverteilungsprozess statistisch abzubilden, werden das verfügbare Einkommen und das Primäreinkommen zueinander ins Verhältnis gesetzt. Auf diese Weise ergibt sich ein Quotient, der einen Eindruck davon vermittelt, wer auf regionaler Ebene zu den relativen Begünstigten (höhere Anteile) bzw. den relativen Lastenträgern (niedrigere Anteile) im Umverteilungsprozess gehört.

Im Durchschnitt aller Haushalte in der Großregion (ohne Luxemburg) betrug im Jahr 2007 das verfügbare Einkommen 87% des Primäreinkommens. Dieser Wert ist in Lothringen und im Saarland mit 93,8 und 89,3% deutlich höher – sowohl im Vergleich zum großregionalen wie auch hinsichtlich des jeweiligen nationalen Mittels (Frankreich: 88,6%; Deutschland/Westdeutschland: 86,1 bzw. 84,1%). Demgegenüber bewegen sich die DG Belgien (79,4%), Rheinland-Pfalz (84,4%) und die Wallonie (82,8%) unter dem Durchschnitt der Großregion, wobei die Wallonie jedoch klar über dem belgischen Mittelwert (79,3%) liegt.

Begünstigte, Neutrale und Lastenträger im Umverteilungsprozess

Setzt man nun für eine regionale Analyse auf kleinräumiger Ebene den jeweiligen nationalen Durchschnitt als neuen Mittelwert (100) fest, dann haben Gebietseinheiten mit Werten über 100 ein – gemessen am Primäreinkommen – überdurchschnittliches verfügbares Einkommen, während Gebietseinheiten mit weniger als 100 ein – wieder gemessen am Primäreinkommen – unterdurchschnittliches verfügbares Einkommen aufweisen. Die erste Gruppe gehört demzufolge per Saldo zu den relativen Begünstigten des Umverteilungsprozesses, wohingegen die zweite Gruppe zu den relativen Lastenträgern zählt. Da eine solche Berechnung gewisse Unschärfen enthält, werden die Klassengrenzen nachfolgend so gesetzt, dass noch Neutrale ausgewiesen werden, die sich um den Mittelwert herum gruppieren (95-105). Für die Gruppe der Begünstigten ergeben sich danach Werte von 105 und mehr; die relativen Lastenträger liegen dagegen unter 95.⁹⁰

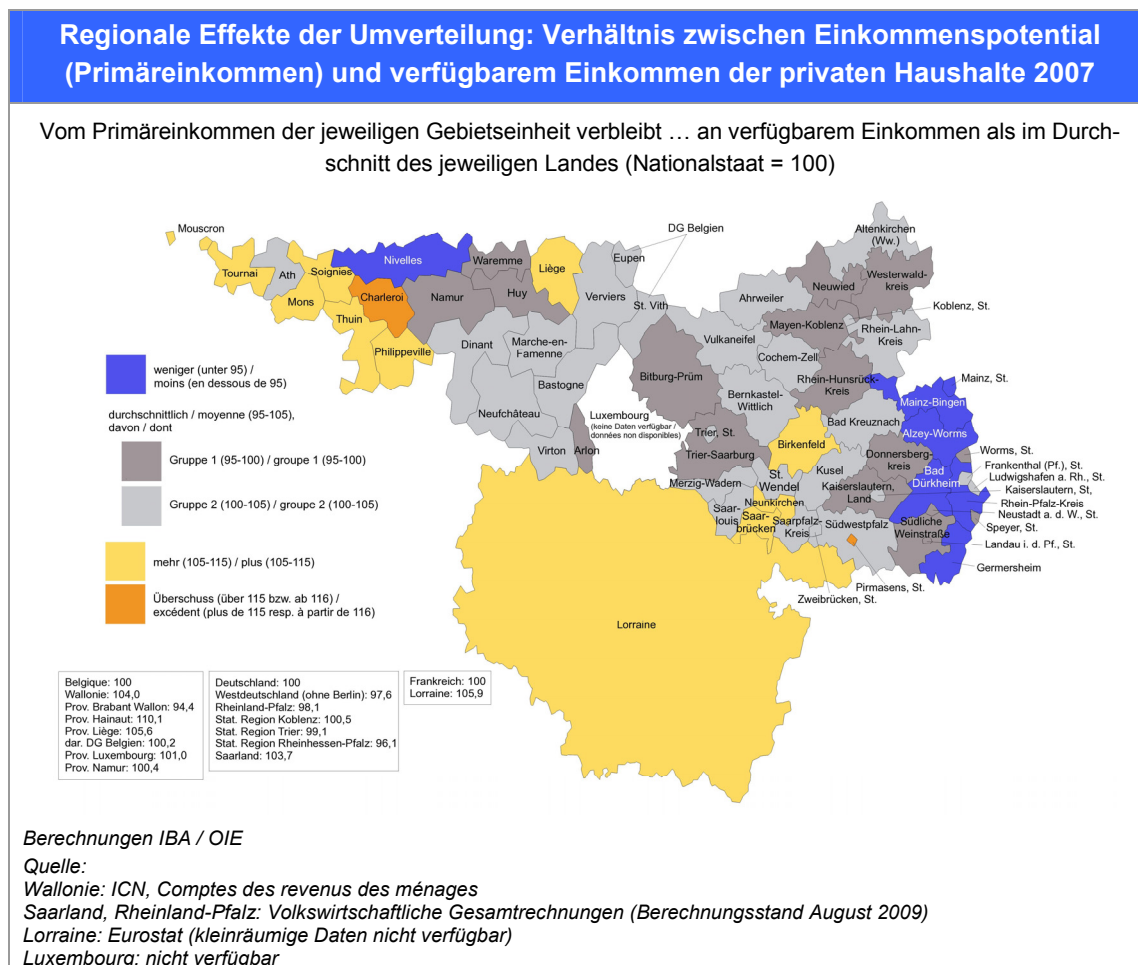
Charleroi und Pirmasens profitierten am stärksten von der Einkommensumverteilung

Bezogen auf das jeweils nationale Mittel zählt nach dieser Methodik auf Ebene der Teilregionen insbesondere Lothringen zu den relativen Nutznießern im Umverteilungsprozess (105,9), während die Wallonie (104,0), das Saarland (103,7) sowie Rheinland-Pfalz (98,1) bei großzügig gesetzten Klassengrenzen als Neutrale anzusehen sind. Auf kleinräumiger Ebene zeigen sich hier jedoch beträchtliche Unterschiede und Auffälligkeiten. Gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnitt stechen insbesondere Charleroi im wallonischen Hennegau sowie Pirmasens in der Westpfalz heraus, die mit Werten von 115,9 bzw. 115,5 am deutlichsten vom Umverteilungsprozess profitierten. Hier lag 2007 das verfügbare Einkommen fast auf gleicher Höhe wie das Primäreinkommen. Beide Gebiete sind sehr stark vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen und in der Folge durch eine hohe Arbeitslosigkeit geprägt, gepaart mit einem ungünstigen Altersdurchschnitt (Pirmasens), nur mäßigen Wanderungsgewinnen und Bevölkerungszuwächsen (Charleroi) bzw. sogar massiven Verlusten (Pirmasens). Auch in der Gruppe der relativen Nutznießer in den Klassengrenzen von 105

Ausmaß der Umverteilung, d.h. die unterschiedliche Bedeutung der geleisteten und empfangenen Transfers, zum Teil sicherlich auf Abweichungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Haushaltsstruktur.

⁹⁰ Vgl. Seitz 2005, S. 12f.

bis 115 finden sich in der Wallonie vor allem Gebietseinheiten der Provinz Hennegau sowie die Arrondissements Liège und Philippeville. Auf deutscher Seite umfasst diese Kategorie das saarländische Neunkirchen, Birkenfeld im Hunsrück sowie den Regionalverband Saarbrücken. Umgekehrt ist unter den relativen Lastenträgern im Prozess der Einkommensumverteilung (Werte unter 95) in der Wallonie lediglich das Arrondissement Nivelles vertreten. Aus dem Saarland findet sich hier kein Landkreis und in Rheinland-Pfalz konzentrieren sich diese Gebiete ausschließlich entlang des Rheins im Osten des Landes. Aus den westlichen Landesteilen ragt lediglich das an Luxemburg angrenzende Trier-Saarburg heraus, das mit einem Wert von 95,5 knapp über dieser Klassengrenze liegt.



Exkurs: Armut und soziale Ausgrenzung

Trotz vieler Bemühungen zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards stellen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union, deren soziale Sicherungssysteme zu den fortschrittlichsten der Welt zählen, noch immer ein großes Problem dar – wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. In der EU insgesamt galten im Jahr 2007 nahezu 85 Millionen Menschen als armutsgefährdet, d.h. sie müssen mit weniger als 60% des Durchschnittseinkommens (Median) eines Landes auskommen. Das entspricht 16,5% der EU-Bevölkerung.⁹¹ Kinder und Jugendliche sind mit einem Anteil von 20% sogar

⁹¹ Ergebnisse aus der EU-SILC 2008 (Einkommensreferenzjahr 2007).

noch stärker betroffen. Und für 8% der Europäerinnen und Europäer reicht eine berufliche Anstellung nicht aus, um sich aus relativer Armut zu befreien. Durch einen Mangel an Ressourcen wird so das Leben von Millionen Menschen in Europa beeinträchtigt, die dadurch Gefahr laufen, von jener Gesellschaft ausgeschlossen zu bleiben, die in den Augen vieler anderer Menschen aus so genannten Entwicklungsländern Wohlstand und unbegrenzte Möglichkeiten bietet.

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Ein Leben in Armut und sozialer Ausgrenzung kann viele Formen annehmen, angefangen von einem Mangel an Geld für Lebensmittel und Kleidung über einen unzureichenden Zugang zu grundlegenden Leistungen wie etwa medizinischer Versorgung bis hin zu Obdachlosigkeit und Überschuldung. Armut und Ausgrenzung sind so sehr vielschichtige Probleme, die nur mittels dauerhafter, konzertierter und gemeinsamer Bemühungen der gesamten Gesellschaft – der Politiker und Meinungsbildner sowie auch der einzelnen Bürger – überwunden werden können. Um das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut zu sensibilisieren und die Wahrnehmung für deren Ursachen und Auswirkungen zu schärfen, hat die Europäische Union die Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu einem ihrer fünf zentralen Ziele erklärt und für 2010 das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. Dahinter verbirgt sich auch die Sorge, europäische Gesellschaften könnten insbesondere nach der Ost-Erweiterung der EU und der jüngsten Finanzkrise von Spaltungstendenzen, zunehmenden sozialen Gegensätzen und sozialer Ausgrenzung wachsender Bevölkerungskreise gekennzeichnet sein.

Datenquellen zu Armut und sozialer Ausgrenzung

Auf europäischer Ebene werden Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Rahmen der EU-weit vergleichbaren Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU-SILC)⁹² erhoben. Eine Stärke von EU-SILC liegt in der Zusammenführung von Fragestellungen, die Erkenntnisse sowohl über monetäre (beispielsweise die Armutsgefährdungsquote in der Bevölkerung) als auch über nicht-monetäre Aspekte (beispielsweise zur Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes) von Armut und sozialer Ausgrenzung ermöglichen. Übergeordnetes Ziel und Hauptzweck von EU-SILC ist die Bereitstellung fundierter Entscheidungshilfen für die europäische Sozialpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Messung der Fortschritte beim (Lissabon-)Ziel der Erreichung eines größeren sozialen Zusammenhalts.⁹³ Da es sich um Erhebungen auf nationaler Ebene handelt, sind regional differenzierte Auswertungen innerhalb der einzelnen Länder nur bei hinreichend großen Stichprobenumfängen möglich. Dies wirkt sich auch auf die Datenlage in den einzelnen Teilgebieten der Großregion aus, wo neben Luxemburg lediglich für die Wallonie Ergebnisse aus der EU-SILC ausgewiesen werden.⁹⁴ Für die übrigen Teil-

⁹² European Union Statistics on Income and Living Conditions.

⁹³ Um Spaltungs- und Verarmungstendenzen politisch entgegenzutreten, setzt die EU auf zweierlei Instrumente: Der Ungleichheit zwischen Ländern und Regionen versucht sie durch ihre Regional- oder Kohäsionspolitik zu begegnen, die auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse abzielt. Zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung innerhalb einzelner Länder propagiert sie sozialpolitische Programme und eine Bildungs- und Vollbeschäftigungspolitik. Auf diese Weise sollen Einkommensarmut reduziert und der Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen verhindert werden. „Inklusion“ als Teilhabe möglichst aller am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel.

⁹⁴ Ergänzend enthält der von STATEC veröffentlichte „Rapport Travail et Cohesion Sociale 2009“ weiterführende Hinweise zur Thematik Armut und soziale Ausgrenzung in Luxemburg.

gebiete muss dagegen auf jeweils regional vorliegende Erhebungen außerhalb der EU-SILC zurückgegriffen werden, die aber aufgrund der abweichenden Erhebungskonzepte in einer grenzüberschreitenden Perspektive nicht vergleichbar sind. Gleichwohl lassen sich daraus zumindest erste Erkenntnisse zur relativen Armutsgefährdung und den jeweils besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen herausarbeiten, die bisher in dieser Form im Kooperationsraum nicht zusammengestellt wurden.

Was heißt Armutsgefährdung?

Zentraler Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut ist die so genannte „Armutsgefährdungsquote“ (oder synonym die Armutsrisikoquote). Sie wird gemäß dem Standard der EU definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung beträgt.⁹⁵ Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Hier wird bewusst der Begriff der Armutsgefährdung anstelle von Armut verwendet, da ein geringes Einkommen, gemessen zu einem einzelnen Zeitpunkt, nicht als einziger Indikator von Armut dienen kann. Zudem bleibt unberücksichtigt, dass Personen mit vergleichbarem Einkommen ganz unterschiedliche Ausgaben (z.B. Mietkosten, Schulden) zu bewältigen haben.⁹⁶

Medianes Äquivalenzeinkommen in Luxemburg europaweit mit Abstand am höchstem

Nach den Ergebnissen der EU-SILC 2008 war das mediane Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung im Einkommensreferenzjahr 2007 in Luxemburg mit 30.917 Euro (2.576 Euro im Monat) mit Abstand am höchsten, gefolgt von Deutschland mit 18.309, Belgien mit 17.985 und Frankreich mit 17.564 Euro im Jahr (bzw. 1.526, 1.499 und 1.464 Euro monatlich). Damit lagen alle Länder der Großregion zum Teil deutlich über dem Durchschnittswert der EU-27 (14.668 Euro) und auch über dem EU-15-Mittel (17.370 Euro). In allen hier betrachteten Ländern gab es dabei je nach Bevölkerungsgruppe vernehmliche Unterschiede.

Medianes Äquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsschwelle		
Gebiet	Medianes Äquivalenzeinkommen insgesamt	Schwellenwert für die Armutsgefährdung [allein Lebende (r)]
	Euro im Jahr 2007	Euro im Jahr 2007
EU-27	14.668	8.801
EU-15	17.370	10.422
Belgien	17.985	10.791
Deutschland	18.309	10.986
Frankreich	17.564	10.538
Luxemburg	30.917	18.550

Quelle: Eurostat - EU-SILC

Insbesondere Alleinerziehende und Arbeitslose fielen in ihrer Einkommenssituation gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen deutlich zurück. In Deutschland etwa hatten Alleinerziehende und Arbeitslose mit 12.435 bzw. 9.999 Euro (ohne Tabelle) jährlich erheblich weniger zur Verfügung als der Durchschnitt der Bevölkerung.

⁹⁵ Dies entspricht den auf europäischer Ebene vereinbarten Laeken-Indikatoren, nach denen das verfügbare Haushaltseinkommen mittels einer Äquivalenzgewichtung den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugerechnet wird. Die Äquivalenzgewichte betragen 1,0 für den Haushaltsvorstand, 0,5 für weitere Personen ab 14 Jahren und 0,3 für Kinder unter 14 Jahren (neue OECD-Skala) und berücksichtigen, dass größere Haushalte relativ günstiger wirtschaften können als kleinere. Der Vergleich mit dem Einkommensmittelwert wird anhand des Medians vorgenommen, der gegenüber Extremwerten weniger sensibel ist als das arithmetische Mittel.

⁹⁶ Vgl. Becker / Mertel 2010, S. 384.

Armutsgefährdung in den Ländern der Großregion geringer als im europäischen Mittel

Ausgehend vom medianen Äquivalenzeinkommen im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung war der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Luxemburg für einen Alleinlebenden mit 18.550 Euro europaweit am höchsten.⁹⁷ In den übrigen Ländern der Großregion liegt dieser jedoch weitaus niedriger und reicht von 10.986 Euro pro Jahr in Deutschland über 10.791 in Belgien bis hin zu 10.538 Euro in Frankreich. Für die einzelnen Länder der Großregion ergeben sich unterschiedliche Armutsgefährdungsquoten. Insgesamt ist das Ausmaß der Armutsgefährdung in Frankreich und Luxemburg (jeweils 13,4%) etwas geringer ausgeprägt als in Belgien (14,7%) und Deutschland (15,2%), die damit aber immer noch einen geringeren Wert erreichen als die EU-27 (16,5%) und die EU-15 (16,4%).

Armutsgefährdungsquoten nach soziodemographischen Merkmalen in %

Merkmale	EU-27	EU-15	Belgien	Deutschland	Frankreich	Luxemburg
Insgesamt	16,5	16,4	14,7	15,2	13,4	13,4
Geschlecht						
Männer	15,6	15,3	13,6	14,2	12,7	12,5
Frauen	17,5	17,4	15,9	16,2	14,0	14,3
Alter						
Unter 18	20,3	19,6	17,2	15,2	17,4	19,8
18 bis unter 25	19,8	20,1	16,5	20,2	20,5	15,5
18 bis unter 65	14,8	14,6	12,2	15,4	12,6	12,9
65 und älter	18,9	19,1	21,2	14,9	11,1	5,4
Haushaltstyp						
Einpersonenhaushalt	25,8	25,6	22,5	29,2	15,9	14,2
Alleinerziehend	35,2	35,2	39,1	35,9	26,6	43,6
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern	14,4	14,0	8,4	8,3	8,7	14,3
Erwerbsstatus						
Erwerbstätige	8,5	8,1	4,8	7,1	6,8	9,4
Erwerbslose	44,5	44,4	34,8	56,8	39,2	52,2

Quelle: Eurostat - EU-SILC

Erwerbslose und Alleinerziehende am stärksten von Armut bedroht

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass in allen hier betrachteten vier Ländern das Armutsrisiko für Frauen über dem der Männer lag. Am stärksten betroffen waren aber die Erwerbslosen, die insbesondere in Deutschland und Luxemburg mit 57 bzw. 52% sehr hohe Quoten verzeichneten. Lediglich in Belgien waren Alleinerziehende in einem noch höheren Maße armutsgefährdet. Auch in den anderen Ländern der Großregion wie auch auf europäischer Ebene insgesamt war diese Gruppe einem weitaus höheren Armutsrisiko ausgesetzt als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. In Luxemburg etwa lag die Quote bei überdurchschnittlichen 43,6% und damit fast 30 Prozentpunkte höher als in einem Einpersonenhaushalt – weit mehr als in den Nachbarländern des Großherzogtums und im Mittel der EU. Etwas günstiger stellt sich die Einkommenssituation der Bevölkerungsgruppe „Zwei Erwachsene mit zwei Kindern“ dar: Hier lagen die Quoten in Belgien, Deutschland und Frankreich gut sechs Prozentpunkte unter den EU-Werten. Anders dagegen in Luxemburg, das mit einer Armutsrisikoquote von 14,3% etwas über dem Niveau der EU-15 (14%) lag und damit im Vergleich zu seinen Nachbarländern auch bei dieser Gruppe erneut eine Sonderstellung

⁹⁷ Auf den Plätzen zwei und drei folgen Dänemark und Irland mit 14.497 bzw. 13.760 Euro.

einnahm. Auffällig hohe Werte erreichte das Großherzogtum ebenso bei den Erwerbstätigen, die trotz einer Arbeitstätigkeit als Selbständiger oder abhängig Beschäftigter zu 9,4% als armutsgefährdet anzusehen waren – eine Quote, die in Belgien mit 4,8% etwa nur knapp halb so hoch ausfiel. Auch in Frankreich und Deutschland war das Armutsrisiko der Erwerbstätigen mit Werten von 6,8 bzw. 7,1% merklich geringer als in Luxemburg.

Ein Blick auf die verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass auf europäischer Ebene die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren das geringste Armutsrisiko aufweist. Sowohl bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren als auch bei den Älteren ab 65 Jahren steigt dagegen die Quote wieder deutlich an. Dieses Muster wiederholt sich tendenziell ebenso in Belgien sowie – bezogen auf die Jüngeren – in Frankreich und Luxemburg. In Deutschland bewegt sich das Armutsrisiko der unter 18-Jährigen dagegen im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung; stärker von Armut bedroht waren hier die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die auch in Frankreich einem erhöhten Risiko ausgesetzt waren. Merkbliche Unterschiede zwischen den Ländern der Großregion werden zudem mit Blick auf die Älteren deutlich: Während die Armutsgefährdung dieser Personengruppe in Belgien sehr viel höher war als in der Bevölkerung insgesamt, bewegte sie sich in Deutschland weitgehend im Mittel und in Frankreich leicht darunter. Weitaus günstiger stellt sich demgegenüber die Einkommenssituation der Senioren in Luxemburg dar, deren Armutsrisiko zweieinhalb Mal niedriger war als in der Gesamtbevölkerung.

Armutsrisiko in der Wallonie um fast fünf Prozentpunkte höher als in Belgien

In Belgien werden die Ergebnisse der EU-SILC vom nationalen Statistikamt INS auch auf Ebene der Regionen ausgewertet.⁹⁸ Die Erhebung ist allerdings so konzipiert, um auf gesamt-belgischer Ebene repräsentativ zu sein, so dass die Ergebnisse für die Wallonie nur mit Vorsicht interpretiert werden können.

Nach den Ergebnissen der EU-SILC 2008 waren im Einkommensreferenzjahr 2007 knapp 20% der wallonischen Bevölkerung als armutsgefährdet einzustufen. Die Quote übersteigt den nationalen Wert damit um beinahe fünf Prozentpunkte. Auch in der Wallonie gilt hierbei, dass Frauen stärker armutsgefährdet sind als Männer. Desweiteren weisen sowohl jüngere als auch ältere Menschen ein Armutsrisiko über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung auf – beides Bevölkerungsgruppen, die im Allgemeinen noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Die Erwerbstätigkeit war so auch das Merkmal mit der geringsten Armutsgefährdung (5,7%). Für Erwerbslose hingegen war das Armutsrisiko mit knapp 42% mehr als doppelt so hoch wie in der wallonischen Bevöl-

Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in %		
Merkmale	Wallonie	Belgien
Insgesamt	19,5	14,7
Geschlecht		
Männer	17,8	13,6
Frauen	21,1	15,9
Alter		
Unter 15	24,0	16,6
16 bis unter 24	24,2	17,5
65 und älter	24,0	21,3
Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalt	27,0	22,5
Alleinerziehend	49,4	39,1
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern	10,5	8,9
Erwerbsstatus		
Erwerbstätige	5,7	4,8
Erwerbslose	41,9	34,8
<i>Quelle: INS⁹⁹ - EU-SILC</i>		

⁹⁸ Bei der Erhebung der EU-SILC, als Nachfolger der „Étude Panel des Ménages belges (PSBH)“, werden seit 2004 etwa 5.000 Haushalte (11.000 Personen) befragt.

⁹⁹ Vgl. http://www.luttepauvre.be/chiffres_nombre_pauvres.htm.

kerung insgesamt. Auch im Vergleich zum belgischen Durchschnitt zeigen sich hier markante Unterschiede. Am stärksten von Armut bedroht sind in der Wallonie die Alleinerziehenden – beinahe jeder Zweite dieser Personengruppe ist dem Armutsrisiko ausgesetzt. Wie bei allen anderen soziodemographischen Merkmalen wies die Wallonie hier einen höheren Wert auf als Belgien. Noch ausgeprägter sind die Unterschiede zwischen der Wallonie und Flandern. Die Armutsgefährdungsquote der flämischen Region lag im Referenzjahr 2007 nur halb so hoch wie in der Wallonie und lediglich jeder Zehnte war hier als armutsgefährdet einzustufen.

Armut und soziale Ausgrenzung in den deutschen Teilregionen

In Deutschland existierte bis im vorigen Jahr keine regelmäßige, auf einheitlichen Definitionen und Methoden beruhende Berichterstattung über regional vergleichbare Armuts- und Sozialindikatoren für alle Länder und den Bund. Zwar werden in einigen Bundesländern bereits seit mehreren Jahren regelmäßig Sozial- bzw. Armuts- und Reichtumsberichte veröffentlicht.¹⁰⁰ Diese sind jedoch in der Regel nicht vergleichbar, da sie sich hinsichtlich der verwendeten Datenquellen und / oder Definitionen unterscheiden. Seit Mai 2009 steht nun als Ergebnis des Bund-Länder-Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ eine Internetplattform zur Verfügung, die wichtige Armuts- und Sozialindikatoren nach einer einheitlichen Methodik ausweist. Die Definition dieser Indikatoren orientiert sich zwar an den in der Sozialberichterstattung der EU verwendeten Standards. Berechnet werden sie jedoch auf Basis des Mikrozensus, der sich hinsichtlich Konzept und Stichprobendesign von der EU-SILC unterscheidet, weshalb die einzelnen Ergebnisse nicht direkt miteinander vergleichbar sind.

Armutsrisiko im Saarland höher als in Rheinland-Pfalz

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus betrug im Jahr 2007 die Armutsgrenze für einen Alleinlebenden im Saarland 720 Euro und bundesweit 764 Euro pro Monat (8.640 bzw. 9.168 Euro jährlich). In Rheinland-Pfalz war die Armutsgefährdungsschwelle mit 786 Euro (9.432 pro Jahr) etwas höher angesetzt und bewegte sich damit in etwa auf dem westdeutschen Niveau.¹⁰¹ Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) war 2007 somit im Saarland jeder Sechste (16,8%) armutsgefährdet – deutlich mehr als in Deutschland, wo dies nur auf jeden Siebten (14,3%) zutraf. In Rheinland-Pfalz lag demgegenüber das Armutsrisiko im Jahr 2007 mit 13,5% merklich niedriger, aber immer noch leicht über dem westdeutschen Mittel (12,9%).

Deutsche Regionen (Mikrozensus): Armutsgefährdungsschwelle in Euro pro Monat			
Land	Einpersonen-Haushalt^{*)}		
	2007	2008	2009
Rheinland-Pfalz	786	803	819
Saarland	720	762	765
<i>Deutschland</i>	<i>764</i>	<i>787</i>	<i>801</i>
<i>Westdeutschland (ohne Berlin)</i>	<i>791</i>	<i>814</i>	<i>829</i>

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW
*) 60% des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

¹⁰⁰ So hat die rheinland-pfälzische Landesregierung Anfang 2010 ihren mittlerweile vierten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Auch im Saarland hat die Landesregierung nach einigen Anlaufschwierigkeiten erstmals die Erstellung eines Sozialberichts in Auftrag gegeben, der im Frühjahr 2010 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

¹⁰¹ Früheres Bundesgebiet ohne Tabellenausweis.

Junge Menschen in besonderem Maße von Armut bedroht

In beiden deutschen Teilregionen ebenso wie im Bundesgebiet waren Frauen etwas stärker armutsgefährdet als Männer – besonders deutlich in Rheinland-Pfalz zu beobachten. Einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt waren ebenso junge Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche, deren Quoten durchgängig über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegen. Die 18- bis 24-Jährigen, die sich oft noch in Ausbildung befinden, waren dabei vor allem im Saarland mit 27,9% stark betroffen – eine Quote, die weit über den Werten von Rheinland-Pfalz und dem Bund rangiert. In allen betrachteten deutschen Gebietseinheiten hatten dagegen ältere Menschen (65plus) ein geringeres Armutsrisiko als die Jüngeren und im Saarland und im Bundesgebiet fielen ihre Quoten auch unter den Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung. Lediglich in Rheinland-Pfalz waren die Älteren ab 65 Jahren in höherem Maße armutsgefährdet als die Bevölkerung insgesamt.

Deutsche Regionen (Mikrozensus): Armutsgefährdungsquote^{*)} nach soziodemografischen Merkmalen in % (gemessen am Bundesmedian)

Merkmal	Deutschland			Rheinland-Pfalz			Saarland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Insgesamt	14,3	14,4	14,6	13,5	14,5	14,2	16,8	15,8	16,0
Geschlecht									
Männlich	13,8	13,9	14,1	12,3	13,2	13,1	16,4	14,8	15,1
Weiblich	14,8	15,0	15,1	14,7	15,8	15,3	17,2	16,7	16,8
Alter									
Unter 18	18,4	18,4	18,7	17,1	18,2	18,2	21,1	18,6	19,5
18 bis unter 25	22,4	22,4	22,9	19,2	20,5	19,9	27,9	24,3	24,6
65 und älter	11,3	12,0	11,9	15,5	16,6	15,8	14,6	15,7	14,6
Haushaltstyp^{**)}									
Einpersonenhaushalt	23,1	23,7	24,1	22,7	25,0	24,9	26,1	24,8	25,7
Alleinerziehend	39,0	39,7	40,1	40,7	44,2	41,8	43,0	43,8	44,9
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern	11,1	10,5	10,6	8,9	8,8	8,4	14,9	13,9	(9,8)
Erwerbsstatus^{***)}									
Erwerbstätige	7,4	7,4	7,5	6,8	7,4	7,3	10,0	8,3	8,1
Erwerbslose	53,5	56,0	53,7	46,6	53,1	49,8	57,3	53,2	52,4

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

^{*)} Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

^{**)} Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

^{***)} Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

Armutsrisiko bei Erwerbslosen und Alleinerziehenden mit Abstand am höchsten

Erwerbstätigkeit mindert das Armutsrisiko: So war die Armutsgefährdungsquote der erwerbstätigen Bevölkerung 2007 in Deutschland (7,4%) ebenso wie in Rheinland-Pfalz (6,8%) jeweils nur rund halb so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Das Saarland verzeichnet hier eine merklich höhere Quote auf: Für jeden zehnten Erwerbstätigen (10%) reichte das erzielte Einkommen nicht aus, um sich aus relativer Armut zu befreien. Das mit Abstand höchste Armutsrisiko aller hier betrachteten Bevölkerungsgruppen wiesen jedoch die Erwerbslosen auf, von denen 2007 mehr als jeder Zweite mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen musste. Ihre Situation ist in Rheinland-Pfalz mit 46,6% noch vergleichsweise günstig, während sie im Saarland mit 57,3% besonders stark betroffen waren. Kaum besser sieht es bei den Alleinerziehenden aus, die im Saarland mit 43% nochmals deutlicher von Armut bedroht waren als in Rheinland-Pfalz (40,7%) und im Bund (39%).

Armutsrisiko in Lothringen höher als in Frankreich

Auf Basis der EU-SILC sind keine regionalen Daten für Lothringen verfügbar, jedoch können anhand vorliegender Auswertungen von Steuer- und Versicherungsdaten Rückschlüsse auf die Armutsgefährdung vorgenommen werden.¹⁰² Die vom nationalen Statistikamt INSEE und seinen regionalen D pendances durchgeführten Untersuchungen zum Thema „Pauvreté et précarité“ orientieren sich dabei an der innerhalb der EU verwendeten Definition der Armutsgefährdungsquote (Personen mit weniger als 60% des medianen Äquivalenzeinkommens). Demnach mussten im Jahr 2007 in Lothringen 14,1% der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb dieser Schwelle auskommen – etwas mehr als in Frankreich insgesamt, wo zu diesem Zeitpunkt rund 13,2% als armutsgefährdet einzustufen waren.¹⁰³ Im interregionalen Vergleich mit den angrenzenden Regionen Elsass (10,3%), Champagne-Ardenne (14,0%) und Franche-Comté (12,1%) bildete Lothringen das Schlusslicht. Eine weitere Differenzierung der Armutsrisikoquote nach soziodemographischen Merkmalen war für Lothringen auf Basis der hier genannten Erhebungen nicht verfügbar. Zusätzliche Hinweise gab es lediglich mit Blick auf die Armutsgefährdungsschwelle der Bevölkerung unter 65 Jahren, die nach Duprez / Deruyck im Jahr 2006 monatlich 845 Euro (10.140 Euro im Jahr) betrug. Frauen lagen dabei tendenziell stärker unter dieser Schwelle als Männer, so dass auch hier von einem höheren Armutsrisiko der weiblichen Bevölkerung ausgegangen werden kann.¹⁰⁴

Selbständige und Alleinerziehende in der Gruppe der „Working Poor“ besonders gefährdet

Für die Gruppe der so genannten „Working Poor“ gibt es regionale Schätzungen für Lothringen auf Basis der Erhebung „Enquête statistique sur les ressources et conditions de vie“ (SRCV), die Teil der EU-SILC ist.¹⁰⁵ Demnach lebten 2006 knapp 50.000 Erwerbstätige in Lothringen in Haushalten unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, was einem Anteil von etwa 6% an der Gesamt-Erwerbstätigenzahl in Lothringen entspricht (Frankreich: 7%).¹⁰⁶ In der Gruppe der Selbständigen waren 17% akut armutsgefährdet, bei den alleinerziehenden Erwerbstätigen waren es 15%. Des Weiteren wiesen die „Working Poor“ in der Gruppe der Erwerbstätigen ohne Schulabschluss mit 13% ein hohes Armutsgef hrdungspotenzial auf.

Anteil der „Working Poor“ an den Erwerbstätigen in Lothringen 2006 nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent	
Merkmal	Lothringen
Insgesamt	6
Haushaltstyp	
Einpersonenhaushalt	8
Alleinerziehend	15
Zwei Erwachsene ohne Kind	4
Erwerbsstaus	
Selbständige	17
Teilzeitbeschäftigte/r	12
Bildungsniveau	
Ohne Schulabschluss	13
Quelle: INSEE, enquête SRCV 2007, teilweise Schätzungen	

¹⁰² Zu nennen wären hier die Erhebungen ERFS (Enquête Revenu fiscaux et sociaux) und RFL (Revenu fiscaux localis s des ménages) sowie die Revenus disponibles localis s (RDL). Eine weitere Datenquelle bietet die Déclaration annuelle de données sociales (DADS), mit der Mitarbeiterdaten von Unternehmen ausgewertet werden.

¹⁰³ Vgl. Léon 2010, S. 22.

¹⁰⁴ Vgl. Duprez / Deruyck 2008, S. 1.

¹⁰⁵ Als „Working Poor“ werden bei INSEE diejenigen Personen definiert, deren Einkommen unterhalb des Schwellenwerts von 60% liegen und die im Referenzjahr mindestens 6 Monate der Gruppe der aktiven Bevölkerung angehörten.

¹⁰⁶ Vgl. Moreau 2010, S. 2.

5.1.2 Arbeits- und Kapitaleinkommen

Arbeitnehmerentgelt pro Kopf in der Großregion 2007 bei durchschnittlich 36.800 Euro

Im Jahr 2007 lagen die in der Großregion erzielten Arbeitnehmerentgelte, d.h. also die Gesamtheit der Bruttolöhne und -gehälter einschließlich der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber, in der Summe bei rund 152,4 Mrd. Euro¹⁰⁷ und damit um fast 20% höher als im Jahr 2000. Im Vergleich zu 1996 belief sich das Plus bei den Arbeitnehmerentgelten, die auf Seiten der Arbeitgeber als Lohnkosten zu Buche schlagen, auf knapp 36%. Bezogen auf die Zahl der insgesamt im Kooperationsraum beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (4,1 Mill.),¹⁰⁸ die seit der Jahrtausendwende um knapp 5% und gegenüber 1996 um fast 13% gestiegen ist, ergab sich für 2007 demnach ein durchschnittliches Entgelt in Höhe von rund 36.800 Euro pro Kopf – etwas mehr als im Mittel der EU-15.

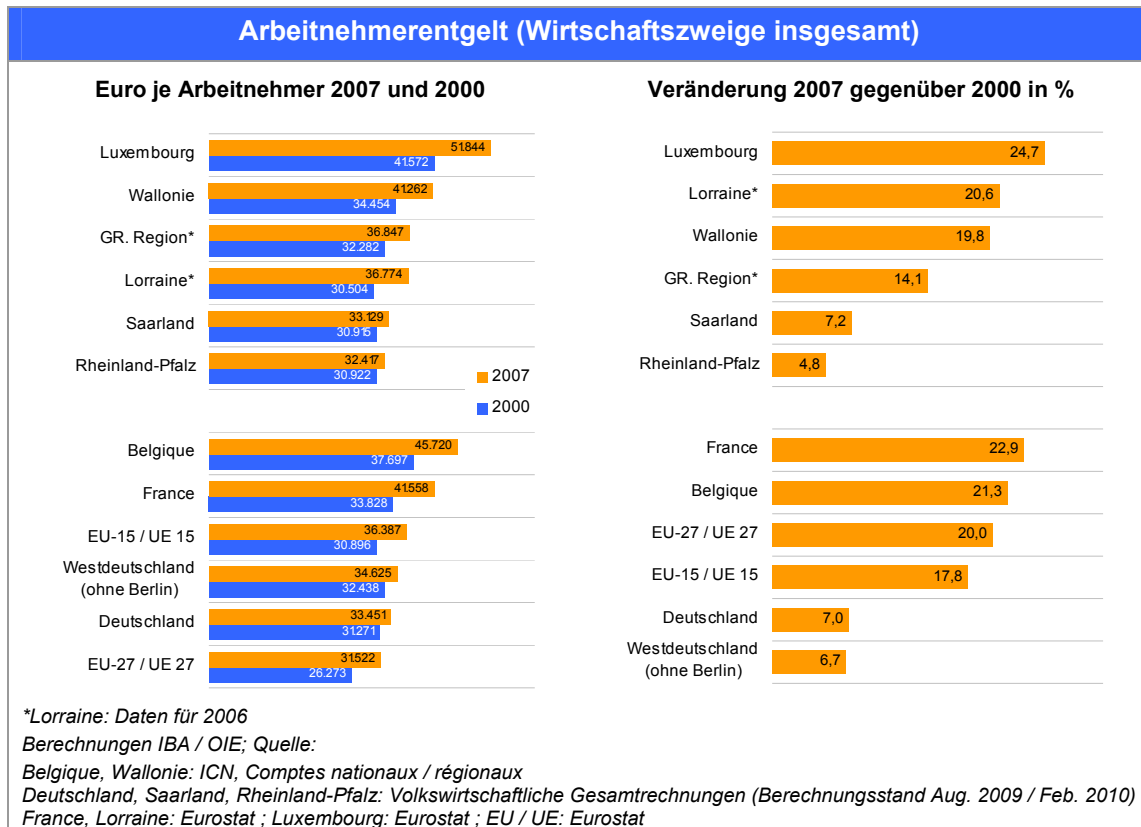
Große interregionale Entgeltunterschiede ...

Zwischen den einzelnen Teilräumen der Großregion zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: Das Spektrum reichte 2007 von durchschnittlich 51.800 Euro pro Kopf für die in Luxemburg beschäftigten Arbeitnehmer bis hin zu 32.400 Euro in Rheinland-Pfalz – eine Differenz von gut 19.400 Euro. Luxemburg erzielt nicht nur im interregionalen, sondern auch im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Werte (142,5% des Durchschnitts der EU-15). Über dem Mittel der EU-15 lagen ebenso die Wallonie und Lothringen, die mit knapp 41.300 bzw. 36.800 Euro aber gleichzeitig ihr jeweiliges nationales Niveau um rund 10% unterschritten haben.¹⁰⁹ Gegenüber den anderen Teilregionen des Kooperationsraums haben die im Saarland und in Rheinland-Pfalz beschäftigten Arbeitnehmer mit einem Pro-Kopf-Entgelt in Höhe von durchschnittlich 33.100 bzw. 32.400 Euro deutlich weniger erhalten. Auch mit Blick auf den bundesdeutschen bzw. westdeutschen Mittelwert schneiden sie schlechter ab. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Höhe des Arbeitnehmerentgelts nicht nur von der jeweiligen Wirtschaftsstruktur, sondern auch von der Beschäftigtenstruktur abhängt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in Deutschland insgesamt höher ausgeprägt, wobei die Quote in Rheinland-Pfalz wie auch im Saarland nochmals darüber liegt, weshalb der Pro-Kopf-Wert tendenziell niedriger ausfällt.

¹⁰⁷ Da für Lothringen die Arbeitnehmerentgelte 2007 zum Bearbeitungszeitpunkt noch nicht verfügbar waren, basieren alle nachfolgend verwendeten Indikatoren und Berechnungen für Lothringen auf den entsprechenden Werten von 2006. Auch im großregionalen Durchschnittswert wurden für Lothringen die 2006er Werte verwendet, während die übrigen Regionen alle mit den 2007er Daten in die Berechnung eingingen.

¹⁰⁸ Mit Lothringen 2006.

¹⁰⁹ Wert für Lothringen bezogen auf den 2006er Wert für Frankreich.



... und unterschiedlich hohe Gesamtabgabenlast

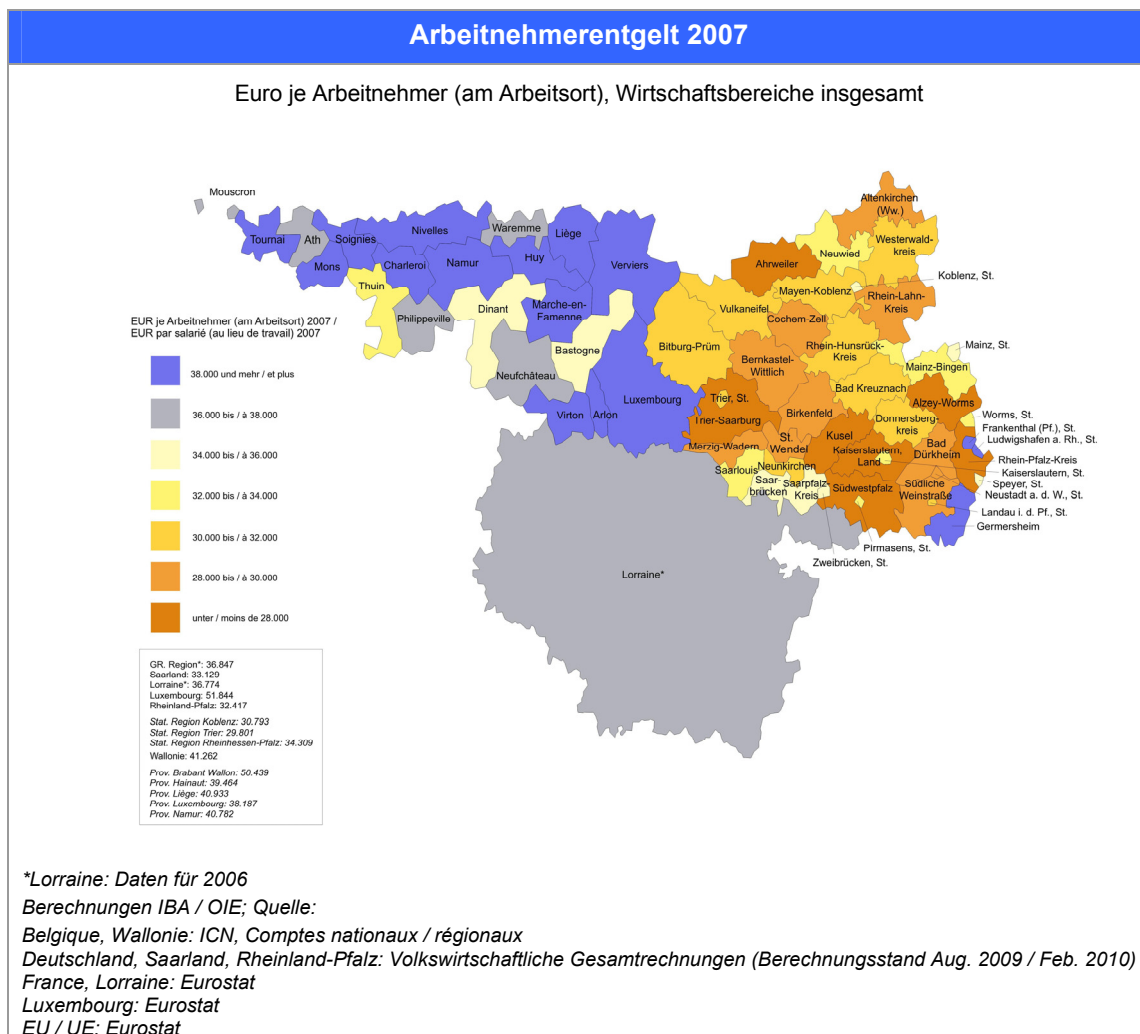
Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass das hier ausgewiesene absolute Arbeitnehmerentgelt pro Kopf nicht identisch ist mit dem verfügbaren Nettoeinkommen, da in den einzelnen Ländern unterschiedlich hohe Steuern und Sozialabgaben auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit erhoben werden. Orientiert an der relativen Abgabenlast für einen Niedriglohnpfänger¹¹⁰ blieben 2007 in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung etwa in Luxemburg, das innerhalb der Großregion mit 29,9% die geringste Abgabenlast aufwies, vom Arbeitnehmerentgelt 70,1% als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – nicht nur im interregionalen, sondern auch im europäischen Vergleich ein weit überdurchschnittlicher Wert. In Lothringen und in den deutschen Teilregionen kamen bei den Arbeitnehmern noch 54,5% bzw. 52,2% als Nettoverdienste an, während in der Wallonie nur die Hälfte übrig blieb.¹¹¹ Umgelegt auf die einzelnen Teilregionen ergibt sich für die Nettoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2007 somit eine Bandbreite von rund 36.300 Euro in Luxemburg bis hin zu 16.900 Euro in Rheinland-Pfalz (ohne Tabelle). Die Rangfolge der einzelnen Regionen ebenso wie die Entgelt Differenz bleibt dabei unverändert.

Arbeitnehmerentgelt 2007 in kleinräumiger Betrachtung

Nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der einzelnen Teilregionen lässt sich bei den Arbeitnehmerentgelten eine große Spannweite feststellen. In kleinräumiger Betrachtung, die

¹¹⁰ Bei den Steuern und Abgaben auf die Löhne ist natürlich zu berücksichtigen, dass diese je nach arbeitsrechtlichem Status und Familienstand sehr unterschiedlich ausfallen.
¹¹¹ Quelle: Eurostat (Steuerlast auf Arbeitskosten).

für Lothringen aufgrund fehlender Daten leider nicht möglich ist, wurde so neben Luxemburg im Jahr 2007 in dem an die Hauptstadtregion Brüssel angrenzenden Arrondissement Nivelles (Wallonisch Brabant) mit durchschnittlich 50.400 Euro das höchste Pro-Kopf-Entgelt erzielt. Auf Platz drei folgt Ludwigshafen, das mit gut 47.100 Euro als einzige deutsche Gebietseinheit die Marke von 40.000 überschritten hat. Neben der Chemiestadt am Rhein sind von deutscher Seite aus lediglich noch Germersheim (gut 38.600) und Frankenthal in der Pfalz (knapp 38.200) in der Spitzengruppe mit einem Pro-Kopf-Entgelt von 38.000 Euro und mehr vertreten, die ansonsten ganz klar von den wallonischen Arrondissements dominiert wird. Umgekehrt finden sich in der Gruppe mit den niedrigsten Werten ausschließlich Gebiete in Rheinland-Pfalz, wobei der an Ludwigshafen angrenzende Rhein-Pfalz-Kreis mit knapp 25.900 Euro je Arbeitnehmer das geringste Pro-Kopf-Entgelt aufweist. Mit Blick auf das Saarland wurden im Jahr 2007 die niedrigsten Werte in St. Wendel (knapp 28.600) und die höchsten im benachbarten Saar-Pfalz-Kreis (gut 35.300) erzielt. In der Wallonie schließlich war das geringste Arbeitnehmerentgelt pro Kopf im Arrondissement Thuin im Hennegau zu verzeichnen. An dieser Stelle sei jedoch wieder betont, dass die ausgewiesenen Werte sowohl von der Wirtschafts- als auch von der Beschäftigtenstruktur der jeweiligen Gebietseinheiten abhängen.



Die Industrie in der Großregion zahlt die höchsten Arbeitnehmerentgelte

Die deutlichen Differenzen in der Höhe der 2007 jahresdurchschnittlich gezahlten Arbeitnehmerentgelte zwischen den einzelnen Teilregionen und Gebietseinheiten erklären sich zu einem großen Teil aus den regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und den teilweise erheblichen Verdienstspannen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. In der Branchenbetrachtung werden so in der Großregion nach wie vor die höchsten Arbeitnehmerentgelte in der Industrie gezahlt. Mit durchschnittlich gut 46.220 Euro je Arbeitnehmer lagen die Pro-Kopf-Entgelte im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) annähernd 9.400 Euro höher als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft und knapp 15.800 Euro über dem Niveau im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr.¹¹² Auch in den beiden deutschen Teilregionen und in der Wallonie waren die Entgelte je Arbeitnehmer in der Industrie mit Abstand am höchsten. Anders dagegen in Luxemburg und Lothringen, wo der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ klar die Spitzenposition einnahm. Lässt man den Sektor Land- und Forstwirtschaft aufgrund seiner strukturellen Besonderheiten außen vor, so erzielten umgekehrt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den deutschen Teilregionen und in Lothringen im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr die im Schnitt niedrigsten Pro-Kopf-Entgelte, während dies in Luxemburg und der Wallonie für die abhängig Beschäftigten im Baugewerbe gilt. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Arbeitnehmerentgelt war dabei in Luxemburg mit einem Betrag in Höhe von rund 29.000 Euro pro Kopf am stärksten und in Lothringen mit knapp 11.400 Euro am geringsten ausgeprägt.

Arbeitnehmerentgelte 2007 nach Wirtschaftsbereichen (in Euro je Arbeitnehmer)

Wirtschaftsbereiche (NACE Rev. 1.1)	GR. Region*	Saarland	Lorraine*	Luxemburg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
alle Wirtschaftsbereiche	36.847	33.129	36.774	51.844	32.417	41.262
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (NACE C-E)	46.220	45.675	37.934	50.584	45.961	54.824
Baugewerbe (NACE F)	33.696	30.068	37.884	36.380	29.994	35.332
Handel, Gastgewerbe, Verkehr (NACE G-I)	30.422	24.927	32.147	40.014	25.858	36.454
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen (NACE J+K)	40.506	31.433	43.523	65.436	31.799	40.415
öffentliche und private Dienstleister (NACE L-P)	35.500	30.944	36.510	57.289	29.652	40.417

*Lorraine: Daten für 2006

Berechnungen IBA / OIE; Quelle:

Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux

Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010)

Lorraine: Eurostat

Luxembourg: Eurostat

¹¹² Bezogen auf das Gesamtvolumen der im Jahr 2007 in der Großregion erzielten Arbeitnehmerentgelte stellte so auch die Industrie einen Anteil von 24,3%, während die Arbeitnehmer nur 19,4% aller abhängig Beschäftigten ausmachten. Umgekehrt entfallen auf den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lediglich 19,4% der Arbeitnehmerentgelte und 23,5% der Arbeitnehmer (ohne Tabelle). Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Allgemeinen eine höhere Teilzeitquote anzutreffen ist, während die Bedeutung der Teilzeitarbeit in der Industrie relativ gering ist.

Entwicklungsdynamik der Arbeitnehmerentgelte in der Großregion geringer als im europäischen Durchschnitt

Ein Blick auf die Entwicklungsdynamik der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in der Großregion seit der Jahrtausendwende zeigt, dass im Kooperationsraum die Zunahme mit einem Plus von 14,1% merklich unter dem europäischen Niveau verblieb (EU-27: +20%; EU-15: +17,8%). Im Einzelnen hat sich das Arbeitnehmerentgelt zwischen 2000 und 2007 in der Großregion im Schnitt um knapp 4.600 Euro je Arbeitnehmer erhöht. Diese im europäischen Vergleich nur mäßige Steigerung ist vor allem zurückzuführen auf die Entwicklungen im Saarland und in Rheinland-Pfalz, die mit Zuwächsen von 7,2 bzw. 4,8% beträchtlich hinter den anderen Teilregionen zurückbleiben. Während das Saarland im Betrachtungszeitraum zumindest noch etwas stärker zugelegt hat als im bundes- bzw. westdeutschen Durchschnitt (+7 bzw. 6,7%), so liegt Rheinland-Pfalz hier jedoch deutlich darunter. Demgegenüber weisen alle anderen Teilräume der Großregion erheblich höhere Zuwachsraten auf, wobei Luxemburg im Zeitraum von 2000 bis 2007 mit einem Plus von fast einem Viertel klarer Spitzenreiter ist. Die Zuwächse in Lothringen und der Wallonie beliefen sich auf 20,6 bzw. 19,8%, wobei beide Regionen unter dem Anstieg im jeweiligen nationalen Mittel (22,9 bzw. 21,3%) verblieben.

Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen, Veränderung 2007 gegenüber 2000 in %

Wirtschaftsbereiche (NACE Rev. 1.1)	GR. Region*	Saarland	Lorraine*	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
alle Wirtschaftsbereiche	14,1	7,2	20,6	24,7	4,8	19,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (NACE C-E)	16,4	13,5	21,3	17,9	11,7	22,1
Baugewerbe (NACE F)	13,1	4,6	18,6	22,4	5,5	14,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr (NACE G-I)	14,1	7,8	21,4	21,3	5,1	18,8
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen (NACE J+K)	18,3	6,7	18,9	27,6	8,0	24,0
öffentliche und private Dienstleister (NACE L-P)	13,5	3,5	20,1	29,1	1,5	21,3

*Lorraine: Daten für 2006

Berechnungen IBA / OIE; Quelle:

Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux

Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010)

Lorraine: Eurostat

Luxembourg: Eurostat

Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit dem stärksten Zuwachs des Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelts

In der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen hat in der Großregion zwischen 2000 und 2007 der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen mit einem Plus von 18,3% am stärksten zugelegt. Dies gilt besonders für Luxemburg, wo sich das Arbeitnehmerentgelt in diesem zusammengefassten Wirtschaftsbereich um mehr als ein gutes Viertel (27,6%) erhöhte. Dagegen erzielten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Saarland hier nur einen Zuwachs von 6,7% und waren damit Schlusslicht im interregionalen Vergleich. Über dem Mittelwert der Gesamtwirtschaft lag in der Großregion ebenso das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe (+16,4%) – ein Anstieg, der vor allem von der Wallonie (+22,1%) und Lothringen (+21,3%) getragen wurde. Demgegenüber fiel im Kooperati-

onsraum die Entwicklung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern sowie im Baugewerbe unterdurchschnittlich aus.

Unternehmensgewinne – methodische Vorbemerkung

Die Einkommensrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist auf Ebene der Regionen – zumal in einem interregionalen Vergleich – nicht ausreichend differenziert, um separate Daten zur funktionalen Einkommensverteilung zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zu erhalten.¹¹³ Alternativ kann jedoch in einer vereinfachten Betrachtungsweise über die Entstehungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, d.h. die Berechnung der Bruttowertschöpfung, versucht werden, sich dieser Frage zumindest anzunähern. Die Bruttowertschöpfung ist zum einen das Maß für die in einer Region insgesamt erbrachten wirtschaftlichen Leistungen in Form von Waren und Dienstleistungen. Zum anderen entspricht sie den in einer Volkswirtschaft insgesamt entstandenen Einkommen. Von daher können die Unternehmensgewinne in der Bruttobetrachtung grob aus der Differenz von Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt abgeleitet werden.¹¹⁴

Lohn- und Gewinnquote

Die großregionale Wirtschaft hat im Jahr 2007 eine Bruttowertschöpfung von gut 272 Mrd. Euro¹¹⁵ erzielt. Dabei entstand ein Arbeitnehmerentgelt von 152,4 und ein Unternehmensgewinn von 119,7 Mrd. Euro. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung ergaben sich somit eine Lohnquote von 56% und eine Gewinnquote von 43%. Auf europäischer Ebene betrug die Lohnquote 54% (EU-27). In der Großregion sind somit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas stärker an den wirtschaftlichen Erfolgen beteiligt als im europäischen Durchschnitt. Im interregionalen Vergleich ergab sich die höchste Lohnquote mit 58,7% in Lothringen und die niedrigste in Luxemburg mit 48,1%.

Lohn- und Gewinnquote 2007		
Gebiet	Lohnquote	Gewinnquote
GR. Region*	56,0	44,0
Saarland	57,0	43,0
Lorraine*	58,7	41,3
Luxembourg	48,1	51,9
Rheinland-Pfalz	56,2	43,8
Wallonie	57,3	42,7
EU-27 / UE 27	54,0	46,0
<i>*Lorraine: Daten für 2006 Berechnungen IBA / OIE; Quelle: Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010) Lorraine: Eurostat Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux / Eurostat EU / UE: Eurostat</i>		

Höchste Lohnquote bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern

Aufgrund der großen Abhängigkeit der Lohn- und Gewinnquote von den Produktions- und Eigentumsverhältnissen ergeben sich hier je nach Wirtschaftsbereich naturgemäß große Unterschiede (ohne Tabelle). So war in der Großregion im Jahr 2007 bei den personalintensiven und in großen Teilen von staatlichen Aktivitäten bestimmten öffentlichen und privaten Dienstleistern die Lohnquote mit 77,6% am höchsten – ein auch im europäischen Vergleich etwas überdurchschnittlicher Wert. Insbesondere die Wallonie, aber ebenso Luxemburg und

¹¹³ Im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG/SEC) ist das Volkseinkommen als Summe der Arbeitnehmerentgelte sowie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen aller Sektoren nicht vorgesehen. In Deutschland wird es etwa im Gegensatz zu anderen Ländern zusätzlich ausgewiesen.

¹¹⁴ Vgl. zur Methodik ausführlich Fischer 2007.

¹¹⁵ Mit Wert für Lothringen 2006.

Lothringen überschreiten hier das großregionale Mittel, während die beiden deutschen Regionen deutlich darunter liegen.

Neben Landwirtschaft höchste Gewinnquote im Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen

Eine sehr niedrige Lohnquote und daher mit 69,8% eine sehr hohe Gewinnquote ergab sich im Kooperationsraum dagegen in den sehr kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, wobei auf Ebene der Teilregionen vor allem die Wallonie und Rheinland-Pfalz mit überdurchschnittlich hohen Gewinnquoten herausragen. Die in der Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnenden durchgängig hohen Gewinnquoten erklären sich in erster Linie durch die überdurchschnittlich hohe Selbständigenquote, in die neben den in den Betrieben tätigen Inhabern auch die mithelfenden Familienangehörigen einfließen.

Wer profitiert vom Wirtschaftswachstum?

In der Gegenüberstellung der nominalen Entwicklung von Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt und Unternehmensgewinn seit 1996 zeigt sich für die Großregion insgesamt, dass der Produktionsfaktor Kapital stärker als der Produktionsfaktor Arbeit von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt profitieren konnte: Im Jahresvergleich 2007 gegenüber 1996 nahm die Bruttowertschöpfung um 41,3% zu. Im gleichen Zeitraum war beim Arbeitnehmerentgelt in der Summe ein Plus von 35,7% zu verzeichnen, während sich parallel der Unternehmensgewinn mit einem Zuwachs von 49,1% deutlich stärker erhöhte. Mit Ausnahme der Wallonie und Lothringens ist diese Grundtendenz in allen Teilregionen wie auch auf europäischer Ebene zu beobachten – bei allerdings deutlichen Abweichungen in der Entwicklungsdynamik beider Komponenten (vgl. Grafiken).¹¹⁶

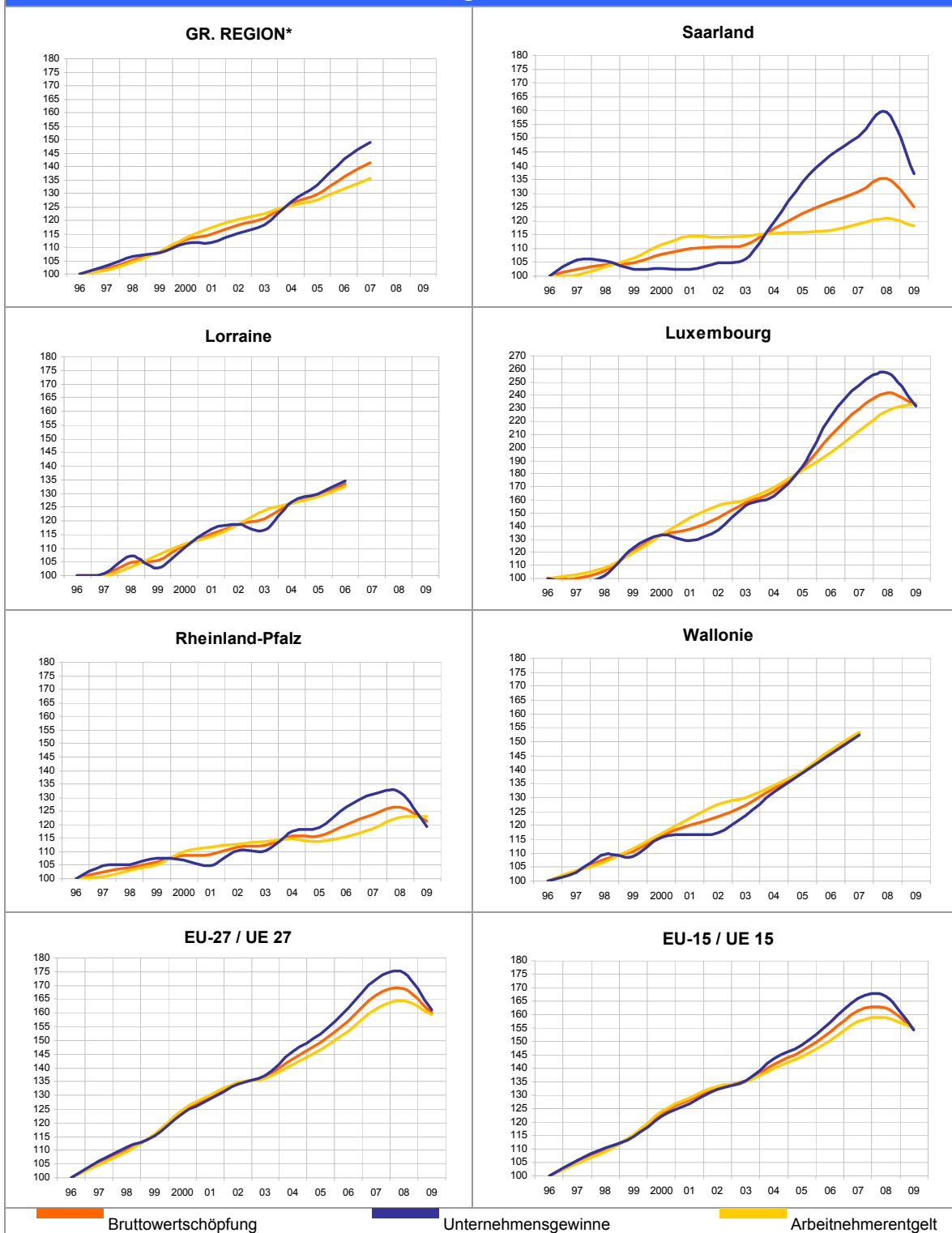
Unternehmensgewinne von 2004/2005 bis zum Eintritt der Wirtschaftskrise weitaus stärker gestiegen als das Arbeitnehmerentgelt

In der Zeitreihenbetrachtung haben sich in der Großregion Arbeitnehmerentgelt und Unternehmensgewinne bis 2004, dem Jahr des beginnenden konjunkturellen Aufschwungs, weitgehend parallel entwickelt. Eine Ausnahme ist der in 2001 stagnierende und im Vergleich zum Arbeitnehmerentgelt und der Bruttowertschöpfung leicht abfallende Verlauf der Unternehmensgewinne – eine Entwicklung, die jedoch weniger auf eine stärkere Beteiligung der abhängig Beschäftigten am Wirtschaftswachstum zurückzuführen sein dürfte, sondern vielmehr darauf, dass die Kapitaleinkünfte wegen des Platzens der Spekulationsblase bei den Technologieaktien unter Druck gerieten. Von 2005 bis 2007 verzeichneten dagegen die Unternehmensgewinne ein deutlich stärkeres Wachstum als die Arbeitnehmerentgelte und sind in der Folge zunehmend auseinander gedriftet – auf Ebene der Teilregionen besonders deutlich im Saarland zu beobachten. Die weitere Entwicklung in den Regionen, für die Daten bis zum aktuellen Rand vorliegen, zeigt, dass sich die Schere zwischen beiden Komponenten in

¹¹⁶ Zu berücksichtigen ist hier natürlich auch, dass die absolute Höhe des Arbeitnehmerentgelts durch die Zahl der Arbeitnehmer beeinflusst wird, deren Entwicklung in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich verlaufen ist. In der Großregion insgesamt verzeichnet so die Arbeitnehmerbeschäftigung im Jahr 2007 (mit dem Wert für Lothringen 2006) gegenüber 1996 ein Plus von knapp 13% (Luxemburg: +54,5%; Wallonie: +16,9%; Rheinland-Pfalz: +9,1%; Saarland: +7,1%; Lothringen [bis 2006]: +6%); auf Ebene der EU betrug der Zuwachs 15,1 (EU-27) bzw. 16,9% (EU-15).

den Jahren 2008 und vor allem in 2009 konjunkturbedingt wieder etwas geschlossen hat. Im Krisenjahr 2009 sind dabei insbesondere die Unternehmensgewinne teilweise drastisch gefallen – im Saarland etwa, das aufgrund seiner hohen Abhängigkeit von der Exportwirtschaft und der Automobilindustrie besonders betroffen war, in einem weit überdurchschnittlichen Maße. Beim Arbeitnehmerentgelt sind dagegen nur relativ geringe Rückgänge bzw. eine Stagnation (Rheinland-Pfalz) oder sogar noch leichte Zuwächse (Luxemburg) zu beobachten. Diese Effekte sind allerdings eher als zyklisch zu sehen und entsprechen so einem durchaus typischen Verlauf: Erfahrungsgemäß reagiert die Beschäftigung erst mit zeitlicher Verzögerung auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Dadurch bleiben die Arbeitseinkommen im Falle eines Abschwungs wie im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau, während die Kapitaleinkommen deutlich absinken und damit wesentlich konjunktursensibler reagieren – auch im umgekehrten Falle eines Aufschwungs.

Entwicklung von Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt und Unternehmensgewinn, 1996 = 100



Method. Anm. Unternehmensgewinne: vereinfachte Betrachtung als Differenz aus Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt
 * Mit Werten für Lothringen bis 2006.
 Berechnungen IBA / OIE; Quelle:
 Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux
 Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010)
 Lorraine: Eurostat; Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux / Eurostat; EU / UE: Eurostat

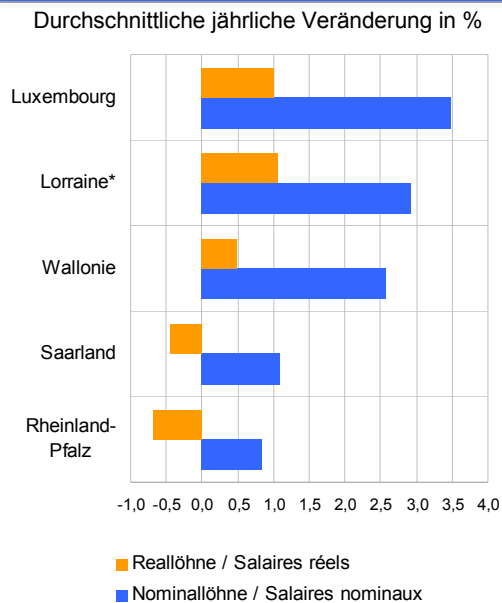
Nominal- und Reallöhne

Lohnerhöhungen führen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur dann zu einer Steigerung der Kaufkraft, wenn die Erhöhung der Nominallöhne größer ist als der Anstieg der Verbraucherpreise. Gerade aus Arbeitnehmersicht ist somit die Entwicklung der Reallöhne, d.h. die um die Preisveränderung bereinigten Nominallöhne, ein entscheidender Indikator.

Saarland und Rheinland-Pfalz mit Reallohnverlusten

Betrachtet man die Entwicklung der Nominal- und Reallöhne¹¹⁷ in der Großregion, so zeigen sich deutlich unterschiedliche Trends in den einzelnen Teilgebieten. Von 2000 bis 2007 sind die Nominallöhne in Luxemburg und Lothringen (Daten nur bis 2006) am stärksten gestiegen, gefolgt von der Wallonie. Merkwürdig abgefallen sind demgegenüber die beiden deutschen Regionen, deren Nominalzuwächse im Betrachtungszeitraum erheblich geringer ausfielen als in den anderen Teilräumen der Großregion. Dieses Muster wiederholt sich bei der Entwicklung der um die Preisveränderung bereinigten Reallöhne, die für die Kaufkraft entscheidend sind: Anders als in Luxemburg, Lothringen und der Wallonie, wo auch die jahresdurchschnittliche Entwicklung der Reallöhne von 2000-2007 positiv verlief, mussten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden deutschen Regionen bei Berücksichtigung der Preisentwicklung reale Einkommenseinbußen verzeichnen. Haben die Reallöhne hier in den Jahren 2000 bis 2003 noch leicht zugelegt, so gingen sie seit 2004 zurück – ein Trend, der ebenfalls auf nationaler Ebene deutlich wird. Insbesondere im letzten Aufschwung zeigte sich hier eine bemerkenswerte Konstellation: Die Beschäftigung nahm kräftig zu, die Erwerbslosigkeit ging erstmals seit langer Zeit deutlich zurück, und die Raten des Wirtschaftswachstums waren durchaus beachtlich – Faktoren, die eigentlich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und ihrer Interessensvertretungen bei der Lohnfindung stärken sollten. Dennoch mussten die Arbeitnehmer Verluste bei den Reallöhnen hinnehmen, die es in einem solchen Maß und über mehrere Jahre hinweg nie zuvor in der Bundesrepublik gegeben hat.¹¹⁸

Jahresdurchschnittliche Entwicklung von Nominal- und Reallöhnen in der Großregion 2000-2007



* Mit Werten für Lothringen bis 2006

Berechnungen IBA / OIE; verwendete Datenquellen:

Arbeitnehmerentgelt:

Wallonie: ICN, Comptes nationaux / régionaux

Saarland, Rheinland-Pfalz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Berechnungsstand Aug. 2009 / Feb. 2010)

Lorraine: Eurostat

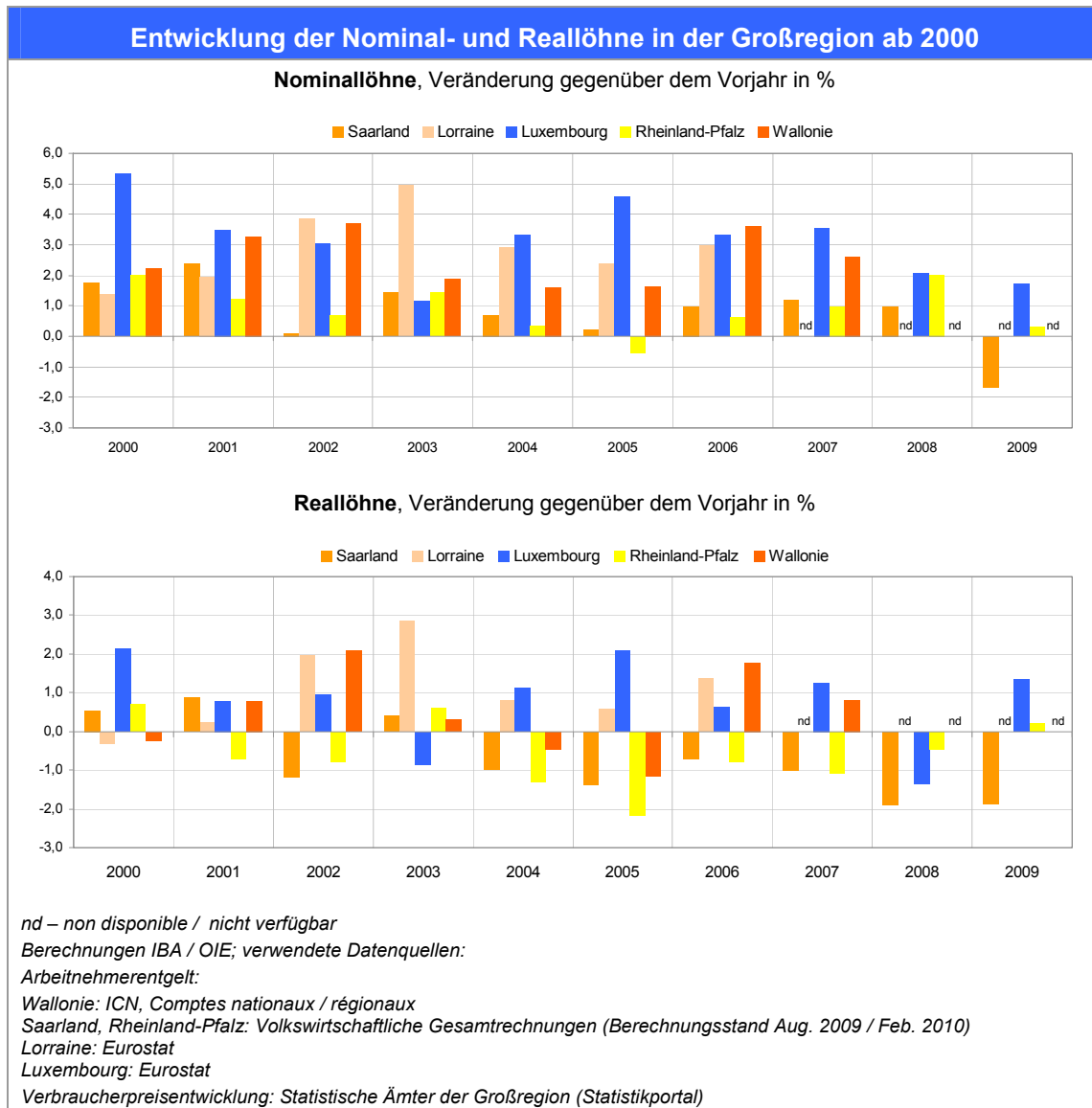
Luxembourg: Eurostat

Verbraucherpreisentwicklung: Statistische Ämter der Großregion (Statistikportal)

¹¹⁷ Die nachfolgende Darstellung bezieht sich streng genommen nicht auf „Löhne“, sondern auf die bereits zuvor verwendeten Daten zum Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer. Der hier in Anlehnung an Schulten 2010 verwendete weite Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

¹¹⁸ Brenke 2009.

Aber auch in den anderen Teilgebieten der Großregion fiel die Bilanz für die Arbeitnehmerschaft nicht in allen Jahren günstig aus. So mussten etwa die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Wallonie in den Jahren 2000, 2004 und 2005 einen Rückgang ihrer Realeinkommen hinnehmen. Nach den beiden deutschen Teilregionen verzeichnete die Wallonie daher trotz beträchtlicher Steigerungsraten in 2002 und 2006 im Betrachtungszeitraum die vergleichsweise ungünstigste Entwicklung. Merkwürdig besser verlief diese in Luxemburg und Lothringen. Im Großherzogtum haben sich insbesondere in den konjunkturstarke Jahren 2000 und 2005 deutliche Reallohnzuwächse ergeben; lediglich die Jahre 2003 und 2008 weisen hier Verluste auf.¹¹⁹ In Lothringen kam es nach dem Rückgang in 2000 und der weitgehenden Stagnation in 2001 in den Jahren 2002 und 2003 zu beträchtlichen realen Einkommenssteigerungen, die sich in der Folgezeit wieder abschwächten.



¹¹⁹ Im Falle Luxemburgs ebenso wie Belgiens ist die automatische Indexierung der Löhne an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten (VPI) zu berücksichtigen, die einen beträchtlichen Teil der Lohnerhöhungen ausmachen kann. Als eine Folge der Wirtschaftskrise in Luxemburg ist die Tripartite in eine große Krise geraten und insbesondere die automatische Lohnindexierung wird kontrovers diskutiert.

Deutschland seit einigen Jahren am unteren Ende der europäischen Lohnskala

Ein Blick auf die Lohnentwicklung der letzten Jahre auf europäischer Ebene zeigt, dass seit der Jahrtausendwende die Entwicklung der um die Verbraucherpreise bereinigten Arbeitnehmerentgelte innerhalb Europas große Unterschiede aufweist. Die höchsten Reallohnzuwächse erzielten die mittel- und osteuropäischen Staaten – ein Trend, in dem der anhaltende ökonomische Aufholprozess dieser Länder gegenüber den alten EU-Staaten zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig ist es nach Schulten (2009) innerhalb der Eurozone nicht zu einer Konvergenz der Lohnentwicklung gekommen. Im Vergleich zu den 1990er Jahren haben die Unterschiede bei den Lohnzuwächsen zwischen den einzelnen EWU-Staaten sogar wieder leicht zugenommen. Insbesondere Deutschland bewegt sich hier am unteren Ende der europäischen Lohnskala und nimmt so bereits seit längerem eine lohnpolitische Sonderrolle ein: Die größte Volkswirtschaft Europas verzeichnete seit dem Jahr 2000 nicht nur die mit Abstand niedrigsten nominalen Lohnzuwächse, sondern musste darüber hinaus auch als einziges Land in Europa Reallohnverluste hinnehmen.¹²⁰

Schwache Lohnsteigerungen in Deutschland vor allem den Dienstleistungsbereichen geschuldet

Die geringen Lohnerhöhungen in der bundesdeutschen Gesamtwirtschaft sind dabei nach Analysen der IG Metall (2010) vor allem der schlechten Lohnentwicklung in den Dienstleistungsbereichen geschuldet. Dies gilt speziell für den Bereich Erziehung und Unterricht, das Gastgewerbe und die haushaltsnahen Dienstleistungen, die seit 2000 allenfalls marginale Lohnerhöhungen zu verzeichnen hatten – dementsprechend heftig fielen hier auch teilweise die Reallohnverluste aus. Unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt verblieben ebenso der Handel, der Bereich Grundstückswesen / unternehmensnahe Dienstleistungen und das Baugewerbe. Deutlich höhere Steigerungsraten als in der Gesamtwirtschaft erreichte demgegenüber die Metall- und Elektroindustrie. Wie die Entwicklung der tatsächlich gezahlten Pro-Kopf-Effektivverdienste zeigt, gelingt es jedoch auch hier immer weniger, die tarifvertraglich noch in der Höhe des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums ausgehandelten Lohnerhöhungen flächendeckend in den Unternehmen umzusetzen.¹²¹

Lohnzuwächse blieben in vielen europäischen Ländern seit der Jahrtausendwende unter den nationalen Verteilungsspielräumen

Auch auf europäischer Ebene gibt es nach Schulten (2009) Belege dafür, dass in vielen Ländern zwischen 2000 und 2007 die nationalen Verteilungsspielräume – bestehend aus der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung und den Preissteigerungen – durch die Lohnzuwächse nicht ausgeschöpft wurden. Die realen Lohnstückkosten, die anzeigen, inwieweit die Reallohnentwicklung durch die Produktivitätszuwächse abgedeckt war, sind zwischen 2000 und 2007 in vielen europäischen Ländern gesunken. Am stärksten fiel der Rückgang in Deutschland aus, das damit seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit gerade gegenüber den anderen Ländern des Euroraums deutlich verbessern konnte – und in der Folge auch die europäische Lohnkonkurrenz angetrieben hat.¹²² Auch wenn aufgrund des bestehenden europaweiten Wettbewerbsdrucks in der Mehrzahl der EU-Staaten in den vergange-

¹²⁰ Vgl. Schulten 2009.

¹²¹ Vgl. IG Metall 2010, S. 6f.

¹²² Ein starker Einfluss der deutschen Lohnpolitik lässt sich bislang aber lediglich für die Lohnentwicklung in Österreich nachweisen (vgl. Schulten 2009).

nen Jahren eine eher restriktive Lohnpolitik verfolgt wurde, kann nach Schulten (2009) bislang jedoch nicht von einer generellen europäischen Lohnsenkungsspirale gesprochen werden – unter der Voraussetzung, dass die bisherigen lohnpolitischen Entwicklungstrends in Europa und insbesondere in Deutschland keine Fortführung erfahren.¹²³

Diskussion um deutsche Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene

Die lohnpolitische Sonderrolle Deutschlands ist so auch im Zuge der Eurokrise und mit Blick auf die merklich anziehende deutsche Konjunktur im ersten Halbjahr 2010 aktuell wieder Gegenstand einer teils heftig geführten Debatte. Die Vorwürfe der Nachbarländer richten sich vor allem darauf, dass das in erster Linie auf Exportüberschüssen beruhende deutsche Wachstum aktuell wie schon in der Vergangenheit zu Lasten der EU-Nachbarn im Euroraum gehe. Wegen der niedrigen Lohnsteigerungen und zunehmenden Bedeutung des, seit den Arbeitsmarktreformen auch noch mit staatlichen Mitteln aufgestockten Niedriglohnssektors habe sich die deutsche Wirtschaft preisliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Ländern des Euroraums verschafft. Die schwache Lohnentwicklung dämpft natürlich den privaten Verbrauch, weshalb Deutschland beim Konsum gegenüber anderen Ländern in den vergangenen Jahren zurückblieb. Aufgrund dieser geringen Binnennachfrage hat umgekehrt Deutschland von seinen europäischen Nachbarn weniger importiert und gleichzeitig durch erhebliche Exportüberschüsse ökonomische Probleme der betroffenen Handelspartner verschärft.

Da die schwache Entwicklung der Binnennachfrage bereits seit Jahren die Achillesferse der deutschen Wirtschaft ist, werden gerade von den Gewerkschaften sowie der arbeitnehmer-nahen Wissenschaft Lohnsteigerungen gefordert, die den Verteilungsspielraum ausschöpfen und die Binnenwirtschaft stärken. Hier wäre aber auch der Staat über die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen gefordert: Das „Ausfransen der Löhne nach unten“¹²⁴ könnte etwa nach Kalina / Weinkopf (2010) durch die Einführung eines gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohnes begrenzt werden. Dies würde gleichzeitig eine Verringerung der ungleichen Einkommensverteilung in Deutschland unterstützen und Haushalten mit hoher Konsumneigung zu höheren Einkommen verhelfen – was in der Folge der Binnenwirtschaft zugute käme.¹²⁵

Exkurs: Mindestlöhne

Allgemeine gesetzliche Mindestlöhne sind in den meisten europäischen Ländern ein Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Regulierung des Arbeitsmarktes. Dies gilt auch außerhalb der europäischen Industriestaaten, wie beispielsweise in den USA, Kanada und Japan. Nach Angaben der Mindestlohndatenbank der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weisen über 100 Staaten eine oder mehrere, wenn auch in unterschiedlicher Weise ausgearbeitete gesetzliche Lohnuntergrenze aus (ILO 2009).¹²⁶ Innerhalb der EU besitzen 20 von 27 Mitgliedstaaten einen allgemeinen, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindest-

¹²³ Vgl. Schulten 2009.

¹²⁴ Das Lohnspektrum in Deutschland franst zunehmend nach unten aus: Ein steigender Anteil der Niedriglohnbeschäftigten verdient weniger als 50% des Medianlohnes, während so niedrige Löhne in vielen anderen Ländern durch gesetzliche Mindestlöhne unterbunden werden (vgl. ausführlich Kalina/Weinkopf 2010).

¹²⁵ Vgl. Joebges et al. 2010.

¹²⁶ Eine elektronische Version der ILO Mindestlohndatenbank mit aktuellen Updates findet sich unter: <http://www.ilo.org/dyn/travail/travmain.home>.

lohn, darunter auch Belgien, Frankreich und Luxemburg. Die Situation in Deutschland kennzeichnet sich durch verschiedene Formen branchenbezogener tariflicher Mindestlöhne. Das Hauptinstrument zu deren Durchsetzung ist das „Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ (AEntG). Durch das Gesetz können tarifliche Mindestlöhne für allgemeinverbindlich erklärt werden, so dass diese für alle Unternehmen und Beschäftigten einer Branche gelten, auch wenn diese nicht tarifgebunden sind.¹²⁷ Im Jahr 2007 wurde die Möglichkeit einer Ausdehnung des AEntG eingeräumt und im Januar 2009 schließlich beschlossen sechs weitere Branchen aufzunehmen, so dass ca. 2,8 Millionen Arbeitnehmer von der Regelung betroffen sind. Ein weiterer politischer Schritt um die Festsetzung von branchenspezifischen Mindestlöhnen zu ermöglichen stellt die Modernisierung des „Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen“ (MiArbG) dar. Dadurch werden Mindestlöhne auch in solchen Branchen möglich, in denen die Voraussetzung für die Aufnahme ins AEntG nicht erfüllt ist.¹²⁸

Mindestlöhne als Mittel zur Umsetzung sozialpolitisch motivierter Ziele

Im Allgemeinen lässt sich der Begriff Mindestlohn definieren als ein Schwellenwert für nominale Arbeitsentgelte, der vom Arbeitgeber nicht unterschritten werden darf. Die Befürworter verfolgen mit einem gesetzlichen Mindestlohn die sozialpolitisch motivierten Ideen, die Lohnspreizung im Bereich gering qualifizierter Arbeit zu begrenzen und Armut trotz Vollzeitbeschäftigung zu verhindern. Außerdem soll einer möglichen Ausbeutung der Arbeitnehmer durch Arbeitgeber mit monopsonistischer Marktmacht begegnet werden. Die Mindestlohngegner verweisen darauf, dass bei einer Erreichung der obengenannten Ziele ein Konflikt mit dem Ziel eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus entstehen könnte.¹²⁹

Variationen bei der Gestaltung von Mindestlöhnen durch unterschiedliche Geltungsbereiche und Ausnahmeregelungen...

Prinzipiell kann die durch den Mindestlohn festgelegte Lohnuntergrenze für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. Es ist aber auch möglich, dass ein Mindestlohn nur einzelne Branchen oder Berufszweige umfasst, oder dass die Regelungen Ausnahmen beinhalten (beispielsweise für Jugendliche, Praktikanten oder Auszubildende). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Geltungsbereiche und bestehende Ausnahmeregelungen für die drei Länder der Großregion, welche einen allgemeinen, branchenübergreifenden Mindestlohn besitzen.

¹²⁷ Definition: Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) bietet seit 1996 einen Rechtsrahmen, um tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer/innen in einer Branche für allgemeinverbindlich zu erklären – und zwar unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Die Tarifvertragsparteien einer Branche können dies beantragen und dem Antrag kann durch Rechtsverordnung oder Allgemeinverbindlichkeitserklärung gefolgt werden. Voraussetzung ist, dass die Tarifbindung in der betreffenden Branche mindestens 50% beträgt. Bis 2007 waren nur das Bauhauptgewerbe und einige Bereiche aus dem Bauneben-gewerbe (Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk und Maler- und Lackiererhandwerk) in das AEntG aufgenommen. Im Sommer 2007 kamen das Gebäudereinigerhandwerk und Anfang 2008 Briefdienstleistungen hinzu.

¹²⁸ Vgl. Bosch et al. 2009, S. 41ff.

¹²⁹ Vgl. Franz 2009, S.338ff.

Geltungsbereiche und Ausnahmeregelungen von Mindestlöhnen

	Belgien	Frankreich	Luxemburg
Geltungsbereich	AN des privaten Sektors ab 21 Jahren	Alle AN ab 18 Jahren	Alle AN ab 18 Jahren
Ausnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Nicht für subventionierte AN (Lehrlinge) - Nicht für Familienmitglieder in Familienbetrieben - Nicht für AN mit Beschäftigung unter einem Monat 	<ul style="list-style-type: none"> - Nicht für Arbeiter im Agrarbereich, Handelsmarine - Nicht für AN, die mit Naturalien (Kost und Logis) bezahlt werden - Nicht für Auszubildende, Trainees und Praktikanten - Reduzierter Mindestlohn für Behinderte 	<ul style="list-style-type: none"> - 80% des normalen Mindestlohn für Geringqualifizierte - Reduzierter Mindestlohn für Schwerbehinderte - Abweichung bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten erlaubt
Besonderheit für Jugendliche	Reduzierung des Mindestlohns um 6% für jedes Jahr unter 21 Jahren	<ul style="list-style-type: none"> - 90% des normalen ML für 17-18-Jährige - 80% des normalen ML für 16-17-Jährige Gilt nur für ersten sechs Monate der Betriebszugehörigkeit	<ul style="list-style-type: none"> - 80% des normalen ML für 17-18-Jährige - 75% des normalen ML für 15-17-Jährige - 80% des geltenden ML für Schüler

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ILO (2009)

...sowie durch unterschiedliche Festlegung und Anpassung der Mindestlohnsätze

Auch bei der Festlegung und der Anpassung des Mindestlohns sind Unterschiede in den Ländern auszumachen. Der WSI Arbeits- und Tarifexperte Thorsten Schulten¹³⁰ arbeitet drei generelle Modelle dazu heraus:

- ▶ **Konsultationsmodell:**
Institutionalisierte Konsultationen von Arbeitgebern und Gewerkschaften
- ▶ **Verhandlungsmodell:**
Nationale Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften
- ▶ **Indexierungsmodell:**
„Automatische“ Anpassung an die Preis- oder Lohnentwicklung

¹³⁰ Vgl. Schulten 2008, S. 4.

Orientiert man sich an dieser Darstellung, so kommt man für die drei Länder der Großregionen zu folgendem Ergebnis in der nachfolgenden Tabelle:

Festlegung und Anpassung von Mindestlöhnen

	Belgien	Frankreich	Luxemburg
Methode der Festsetzung	Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Aushandlung durch die Sozialpartner (Modell 2)	Staatlich per Gesetz (Modell 1)	Staatlich per Gesetz auf Empfehlung zuständiger Institutionen (Modell 1)
Aktualisierung	Halbjährliche automatische Indexierung an die Preissteigerungsrate Zusätzliche gesetzliche Anpassung durch Entscheidungen im nationalen Arbeitsrat (Modell 3)	1. Automatische Indexierung an die Preissteigerungsrate plus die Hälfte des durchschnittlichen Lohnanstiegs (Modell 3) 2. Jährlich am 01. Januar auf Hinweis vom paritätischen Ausschuss für Tarifangelegenheiten per Erlass des Ministerrates (Modell 1)	Automatische Indexierung an die Preissteigerungsrate und regelmäßige Überprüfung alle zwei Jahre (Modell 3)
Entwicklung 2009	Keine neue Anpassung, da sehr niedrige Preissteigerungsrate	Beschränkung auf Erhöhung nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestmaß: 1,7%	Erhöhung um 2,5%

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach ILO (2009) und Schulten 2010, S.155f.

In den drei Ländern sind zwei Typen von Lohnuntergrenzen vorhanden – neben den gesetzlichen Mindestlöhnen existieren allgemeinverbindliche Tarifverträge.¹³¹ Wenn in **Frankreich** beispielsweise der Tariflohn unterhalb der Mindestlohngrenze liegt, wird der gesetzliche Mindestlohn wirksam. In den betroffenen Branchen waren die Unternehmen in Frankreich bisher nicht zur Anhebung dieser Tariflöhne bereit, da der Tariflohn auch Grundlage für die Berechnung von Zuschüssen zur Sozialversicherung für Arbeitgeber ist. Durch ein neues Gesetz aus dem Jahr 2009 orientiert sich die Höhe der Zuschläge für niedrige Löhne nicht mehr am Mindestlohn sondern am niedrigsten Tariflohn. Dadurch entstehen Anreize für die Unternehmen in Tarifverhandlungen die unteren Tariflöhne auf das Niveau des gesetzlichen Mindestlohnes anzuheben.¹³² Der Mindestlohn für den privaten Sektor in **Belgien** wird durch ein sektorübergreifendes Tarifabkommen festgelegt, das vom Nationalen Arbeitsrat (Conseil National du Travail/Nationale Arbeidsraad) ausgehandelt wird. Der branchenübergreifende allgemeinverbindliche Tarifvertrag bekommt damit die Wirkung eines verbindlichen gesetzlichen Mindestlohns.¹³³ In allen drei oben aufgeführten Ländern ist eine automatische Indexierung der Mindestlöhne vorhanden. In Belgien und Luxemburg wird die Höhe des Mindestlohns an die Preissteigerungsrate angepasst, in Frankreich zusätzlich an die Hälfte des durchschnittlichen Lohnanstiegs. Durch diese Verfahren ist der Mindestlohn 2009 in Luxemburg um 2,5% gestiegen, während in Belgien keine Anpassung stattgefunden hat, da hier die Verbraucherpreise nur einen sehr geringen Anstieg zu verzeichnen hatten. Dadurch kam es in Belgien allerdings zu einem Rückgang des relativen Wertes der Mindestlöhne und die Mindestlohnbezieher mussten Reallohnverluste von 0,2% hinnehmen. In Frankreich wurde der Mindestlohn um 1,7% erhöht, was die geringste nominale Steigerung seit mehr als zehn

¹³¹ Beschäftigte einer Branche, die unter einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag fallen, haben Anspruch auf einen Tariflohn.

¹³² Vgl. Bosch et al. 2009, S. 23.

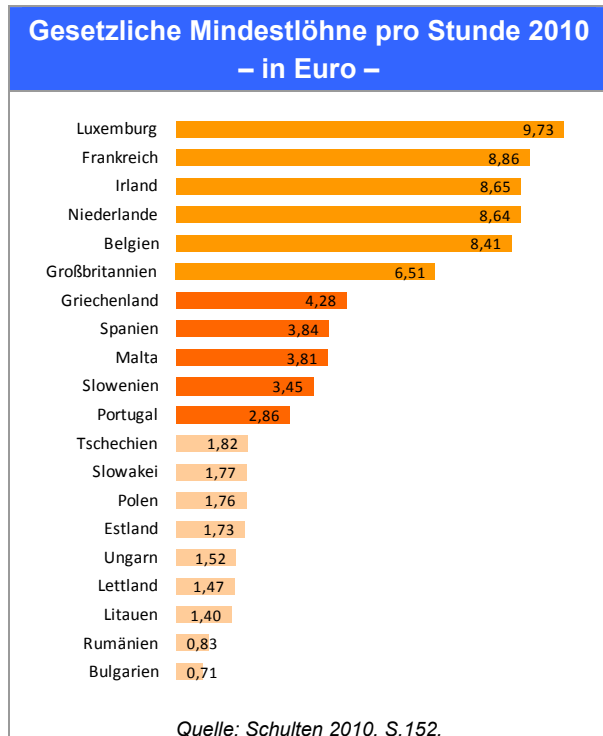
¹³³ Vgl. Ioakimoglou et al. 2003.

Jahren bedeutet. Aber aufgrund der stagnierenden Preisentwicklung in Frankreich fällt die reale Mindestlohnerhöhung deutlich höher aus als im Vorjahr.¹³⁴

Aufteilung in drei Ländergruppen aufgrund der starken Streuung der Mindestlohnhöhe

Betrachtet man die vorhandenen Mindestlöhne innerhalb der EU, so ist eine starke Streuung der Mindestlohnhöhe zwischen den Ländern zu erkennen, die sich zwischen 9,73 Euro (Luxemburg) und 0,71 Euro (Bulgarien) bewegt. Auf Grundlage der WSI-Mindestlohn Datenbank 2010 lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden.

In der ersten Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 9,73 Euro und 6,51 Euro befinden sich die BeNeLux-Staaten sowie Großbritannien, Irland und Frankreich. Die zweite Gruppe mit deutlich geringeren Mindestlohnsätzen zwischen 4,28 Euro und 2,86 Euro, umfasst die südeuropäischen EU-Länder sowie Slowenien. Die dritte Gruppe mit sehr niedrigen Mindestlöhnen zwischen 1,82 Euro und 0,71 Euro besteht ausschließlich aus Staaten in Mittel- und Osteuropa. Die großen Niveauunterschiede zwischen den nationalen Mindestlöhnen werden deutlich geringer, wenn man Kaufkraftstandards (KKS) zugrunde legt. Unter der Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten reduziert sich das Verhältnis zwischen den niedrigsten und höchsten Mindestlöhnen von 1:14 auf etwa 1:6. Zudem verändert sich die Rangfolge der Länder: Luxemburg verliert seine zuvor deutlich Spitzenreiterposition und fällt auf den zweiten Platz (hinter die Niederlande) zurück, danach folgen Frankreich und Belgien.



Große Schwankungsbreite des relativen Wertes von Mindestlöhnen

Eine Vergleichbarkeit der ökonomischen Bedeutung von Mindestlohnregelungen in Bezug auf deren relative Höhe ermöglicht der „Kaitz-Index“. Dieser Indikator gibt an, in welcher Relation der gesetzliche Mindestlohn zum nationalen Durchschnittslohn liegt, und weist darauf hin, dass durch die Regulierungen sehr unterschiedlich großzügige soziale Sicherungsniveaus hergestellt werden. Bei der Auswertung ist eine große Schwankungsbreite des relativen Wertes des Mindestlohns innerhalb Europas zu erkennen, die sich zwischen 30% bis 50% des Durchschnittslohns bewegt. Die höchsten Werte entfallen hier auf Frankreich und Malta (ca. 50%). Belgien erreicht mit 43,7% noch ein relativ hohes Niveau, während der Wert in Luxemburg nur bei 33,2% liegt. Die Mehrzahl der Länder weist Werte zwischen 33% und 40% auf, so dass der relative Wert gesetzlicher Mindestlöhne insgesamt ein eher bescheidenes Niveau hat. Insgesamt liegen die Mindestlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle

¹³⁴ Vgl. Schulten 2010, S. 155f.

(nach OECD-Definition: zwei Drittel des Medianlohns), in einigen Ländern sogar unter der Armutsschwelle (50% des medianen Äquivalenzeinkommens).¹³⁵ Die Übersicht in der Tabelle zeigt unter anderem die Mindestlohnhöhe und die verschiedenen Maßstäbe der drei Länder der Großregion mit einem gesetzlichen Mindestlohn.

Gesetzliche Mindestlöhne in den Ländern der Großregion

	Belgien	Frankreich	Luxemburg
Amtliche Bezeichnung	RMMMMG (revenu minimum mensuel moyen garanti)	SMIC (salaire minimum interprofessionnel de croissance)	SSM (salaire social minimum)
Jahr der Einführung	1975	1970	1973
Höhe (pro Stunde)	in Euro: 8,41 in KKS: 7,57 Kaitz: 43,7%	in Euro: 8,86 in KKS: 8,00 Kaitz: 50%	in Euro: 9,73 in KKS: 8,17 Kaitz: 33,2%
Art des Lohns	Monatslohn	Stundenlohn	Monatslohn
Bindung	k.A. (bzw. 1996: 4% nach Dolado 1996)	16,8% (Eurostat 2005)	11% (Eurostat 2005) 10,9% (Eurostat 2007)

Quelle: eigene Zusammenstellung nach ILO (2009), Schulten 2010, S.152ff. und Statistisches Bundesamt Deutschland nach Eurostat (2007).

Starke Streuung auch beim Anteil der Mindestlohnbezieher

Betrachtet man den Anteil der Beschäftigten, die Mindestlöhne beziehen, so ist eine starke Schwankung zu erkennen. Im Jahr 2005 lag die Betroffenheit in mehr als der Hälfte der EU-Länder zwischen 0,7% und 3,3% und somit relativ niedrig (beispielsweise in Großbritannien oder etwa den USA). Länder mit einem deutlich höheren Anteil an Betroffenen sind unter anderem Frankreich (16,8%) und Luxemburg (11%).¹³⁶ Für Belgien ist leider keine aktuelle Zahl vorhanden, es lässt sich lediglich auf das Jahr 1996 verweisen: Hier zeigt Belgien eine relativ niedrige Betroffenheit von ca. 4%, während es in Frankreich und Luxemburg ca. 11% die einen Mindestlohn erhielten.¹³⁷ Es lässt sich daher vermuten, dass der Anteil der Mindestlohnbezieher in Belgien auch heute eher gering geblieben ist, obwohl der Mindestlohn ein ähnlich hohes Niveau wie der französische erreicht. Dies kann damit zusammenhängen, dass die in Belgien durch sektorale Tarifverhandlungen festgelegten Mindestsätze den nationalen Mindestlohn um etwa 15% bis 30% übersteigen. In Frankreich hingegen ist der nationale Mindestlohn in den meisten Fällen höher als die tarifvertraglich vereinbarten Mindestsätze. In Ländern mit einem nationalen Mindestlohn und einer hohen Abdeckung durch sektorale Tarifverträge hängen die Auswirkungen eines Mindestlohns also stark von der Höhe der Mindestentgeltsätze ab.¹³⁸

Hohe Betroffenheit in Deutschland bei einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe eines großregionalen Durchschnittsmindestlohns

Um einen – für die Großregion relevanten – Maßstab für die Ausgestaltung eines möglichen Mindestlohns in Deutschland zu erhalten, kann die Höhe der Mindestlöhne in den drei anderen Ländern des Kooperationsraums zugrunde gelegt werden. Bildet man einen Durchschnitt aus den Mindestlohnsätzen von Frankreich, Belgien und Luxemburg, so liegt dieser bei 9,00

¹³⁵ Vgl. Schulten 2010, S.155f.

¹³⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2007.

¹³⁷ Vgl. Dolado et al. 1996, S.319-370.

¹³⁸ Vgl. Ioakimoglou et al. 2003.

Euro. Aus dem Bericht des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) geht hervor, dass im Jahr 2008 mehr als 5,8 Millionen Menschen (ca. 18,4% der abhängig Beschäftigten) in Deutschland zu einem Lohn von unter 8,50 Euro pro Stunde beschäftigt waren.¹³⁹ Ein Mindestlohn von 9,00 Euro würde demnach wohl einen noch größeren Kreis an Beschäftigten umfassen und damit über den Betroffenheitsraten der anderen Länder der Großregion liegen.

5.2 Verbraucherpreisentwicklung

Zu den in der Öffentlichkeit am besten bekannten Wirtschaftsstatistiken gehört die Preisentwicklung von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen, die im Allgemeinen als Inflations- oder Teuerungsrate bezeichnet wird. Die Teuerungsrate gibt Aufschluss über die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Sie ist damit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher unmittelbar von Bedeutung, da sich die Entwicklung der Preise für Konsumgüter in jedem Geldbeutel bemerkbar macht und sich so direkt auf den materiellen Lebensstandard auswirkt. Darüber hinaus ist die Verbraucherpreisstatistik für die Geldpolitik ebenso wie für die Tarifpolitik unverzichtbar.

Zur Messung der Inflation wird der so genannte „Verbraucherpreisindex“ bestimmt, dem ein typischer – je nach Verbrauchsgewohnheiten national unterschiedlich gewichteter – Warenkorb zugrunde liegt, der alle relevanten Verbrauchsgüter und Dienstleistungen enthält, die ein durchschnittlicher Privathaushalt über das ganze Jahr gesehen einkauft. Er bildet die Veränderung der Verbraucherpreise innerhalb eines bestimmten Zeitraums umfassend ab: Berücksichtigt werden alle Ausgabengruppen, wie z.B. Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung, Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung und Reparaturen, wobei die Preisentwicklung der einzelnen Waren- und Produktgruppen entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an den gesamten Konsumausgaben in den Gesamtindex eingeht.

Teilweise kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise in den letzten Jahren

In den einzelnen Regionen des Kooperationsraums ist die Entwicklung der Verbraucherpreise für die Gesamtlebenshaltung in den vergangenen zehn Jahren zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen. Während sich bis zum Ende der 1990er Jahre die Teuerungsraten in allen Regionen auf einem sehr niedrigen Niveau bewegten, d.h. das Preisniveau weitgehend stabil blieb, sind seit Beginn der Jahrtausendwende wieder deutliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Diese machten sich insbesondere in Luxemburg und in der Wallonie bemerkbar, wo im Jahr 2000 erstmals wieder die 2%-Schwelle überschritten wurde, die nach europäischem Standard die Inflationsgrenze darstellt. Im Großherzogtum bewegte sich die Teuerungsrate auch in den Folgejahren auf einem im interregionalen Vergleich sehr hohen Niveau, während die Wallonie zumindest in den Jahren 2002/2003 sowie 2006/2007 unter der 2%-Schwelle verblieb. Lothringen und die beiden deutschen Regionen zeigten demgegenüber eine etwas gemäßigte Preisentwicklung. Lothringen lag lediglich 2003/2004 und dann wieder 2008 über dem 2%-Wert. In den deutschen Regionen wurde die Inflationsgrenze im Jahr 2007 überschritten. Im Jahr 2008 kam es dann aufgrund der Entwicklung auf den welt-

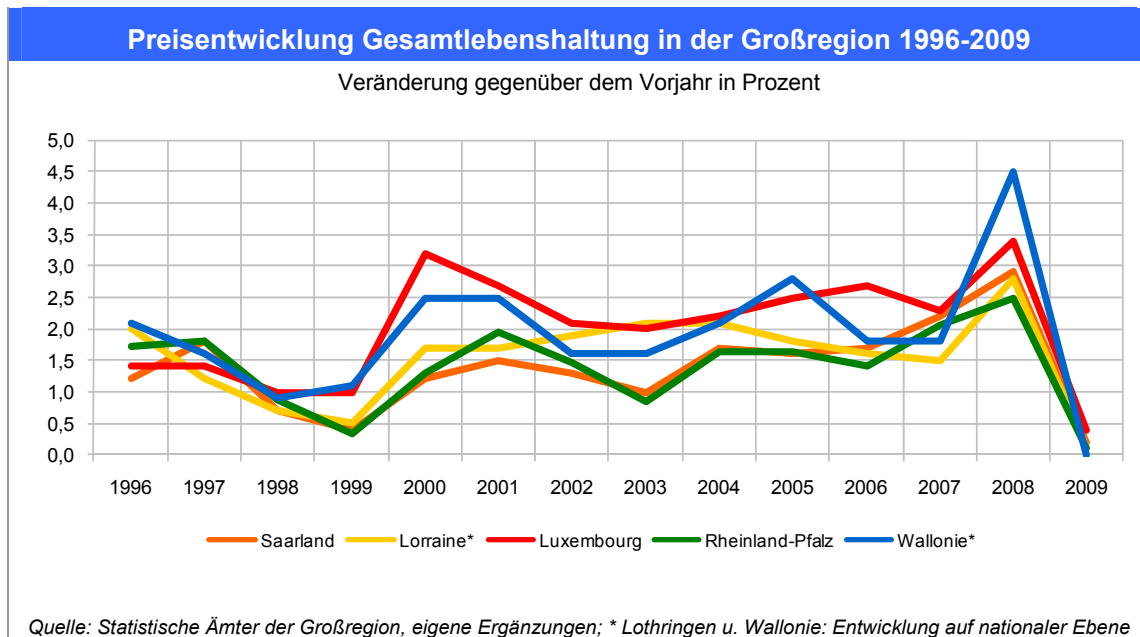
¹³⁹ Vgl. Kalina et al. 2010, S.8.

weiten Rohstoffmärkten zu massiven Preissteigerungen, vor allem im ersten Halbjahr. Zum Jahresende 2008 zeigten sich überall wieder deutlich gesunkene Teuerungsraten – ein Trend, der sich 2009 weiter fortgesetzt hat, so dass alle Teilregionen sehr niedrige Jahresteuerraten aufwiesen und deutlich unterhalb des geldpolitischen Schwellenwertes lagen.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2008 Entspannung an der Preisfront

Die Preislandschaft war im Jahr 2009 geprägt von den sprunghaften Preissteigerungen aus dem Jahr 2008. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2008 kam es teilweise zu massiven Verteuerungen der Rohstoffpreise an den Weltmärkten. Dies führte dazu, dass die Verbraucher gerade für alltägliche Güter tiefer in die Tasche greifen mussten. Im Sommer 2008 ging der Preisboom an den internationalen Rohstoffbörsen zu Ende und die Preistendenz kehrte sich in allen Regionen anschließend wieder um, so dass zum Jahresbeginn 2009 stellenweise bereits über die Gefahr einer möglichen Deflation gesprochen wurde. Die Verbraucherpreise fanden im Jahr 2009 dann wieder auf ein Niveau zurück, das man als „einem normalen Wachstumspfad folgend“ bezeichnen könnte.¹⁴⁰ In allen Regionen des Kooperationsraums setzte sich der Trend zu deutlich sinkenden Teuerungsraten fort. In der Wallonie, die sich im Jahr 2008 mit einem Preisanstieg von über 4% auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau bewegte, war im Jahr 2009 sogar überhaupt kein Anstieg der Verbraucherpreise mehr zu beobachten (Teuerungsrate von 0,0%). In den deutschen Regionen (Saarland: 0,2%; Rheinland-Pfalz: 0,1%) sowie in Lothringen (0,1%) und in Luxemburg (0,4%) haben sich die massiven Preiserhöhungen aus dem letzten Jahr ebenfalls nicht wiederholt. Die Preise haben sich lediglich auf dem hohen Vorjahresniveau eingependelt. Die Verbraucher spüren die Preissteigerungen aus dem Jahr 2008 also weiterhin deutlich in ihrem Geldbeutel. Teilweise kam es aber sogar zu negativen Teuerungsraten, die allerdings keine deflatorischen Entwicklungen erwarten lassen: Die negativen Werte ergeben sich aus einem statistischen Basiseffekt, der durch den Bezug auf die extrem hohen Werte des Vorjahres entstehen. Die Wende in der Preisentwicklung wurde in hohem Maße von den teilweise dramatischen Einbrüchen bei den Weltmarktpreisen für Energierohstoffe eingeleitet.

¹⁴⁰ Vgl. Statistisches Amt Saarland 2010, S.9.



Niedrige Teuerungsraten in 2009 aufgrund der Preissenkungen für Rohöl und Nahrungsmittel

Besonders das Auf und Ab der Rohölpreise hat einen starken Einfluss: Nach einer langen Phase des Anstiegs hatte im Juli 2008 der Auftrieb der Ölpreise ein abruptes Ende genommen und die zweite Jahreshälfte war durch einen heftigen Preiseinbruch gekennzeichnet. Im Verlauf des Jahres 2009 ist der Weltmarktpreis für Rohöl wieder angestiegen.¹⁴¹ Ähnliche Reaktionen waren bei vielen anderen Energieträgern, deren Preise sich am internationalen Rohölpreis orientieren, zu beobachten. Die Effekte des Rückgangs der Rohölpreise sind durch die leichte Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro allerdings nicht in voller Höhe in den Teilregionen angekommen. Daneben wurde die Preisentwicklung vor allem von den Rückgängen bei den Nahrungsmittelpreisen beeinflusst.¹⁴² Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitierten damit in Zeiten der Wirtschaftskrise von den sehr niedrigen Inflationsraten. Für das Jahr 2010 ist hingegen wieder ein spürbares Anziehen der Teuerung zu erwarten.

Europäischer Vergleich – Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

Seit 1997 werden zusätzlich zu den jeweils regionalen bzw. nationalen Indizes für Vergleiche auf europäischer Ebene so genannte Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) ausgewiesen. Sie werden nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet und spiegeln die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. HVPI liefern so vergleichbare Inflationsdaten für die Eurozone, die EU, den Europäischen Wirtschaftsraum und für einzelne Länder. Sie sind das offizielle Maß für die Verbraucherpreisinflation in Europa, das für die Geldpolitik

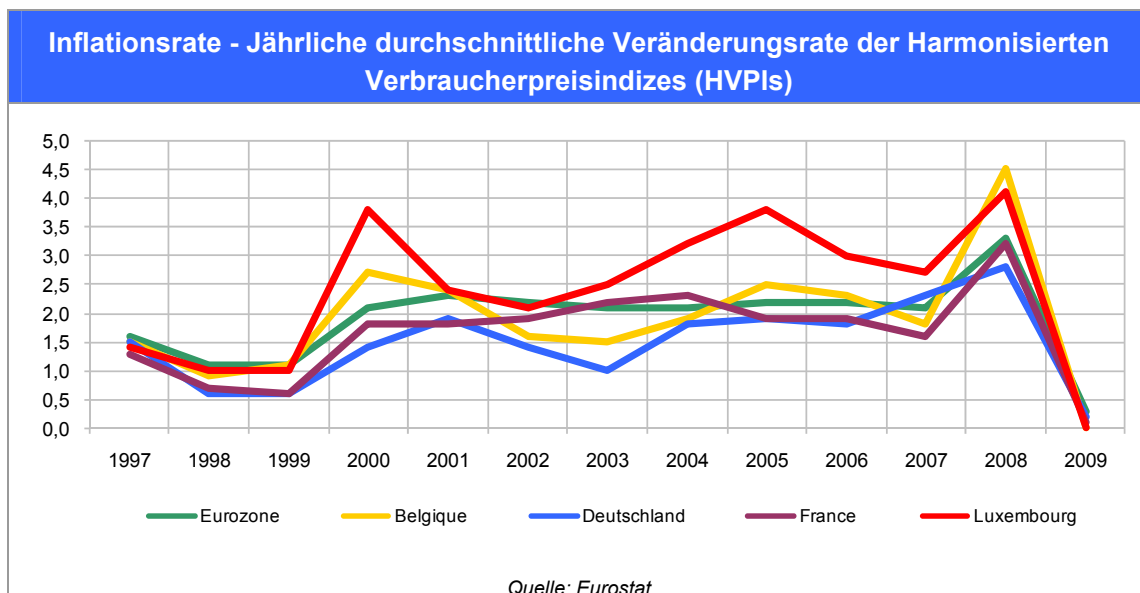
¹⁴¹ Der Weltmarktpreis für einen Barrel Rohöl sank von Juli 2008 bis Dezember 2008 von 130 auf etwa 40 US-Dollar. Im Jahr 2009: Anstieg auf 80 US-Dollar je Barrel Rohöl.

¹⁴² Vgl. Linz, Stefan u.a. 2010, S. 85-98.

ebenso verwendet wird wie zur Beurteilung der Inflationskonvergenz im Zusammenhang mit den Maastricht-Kriterien.

In 2009 niedrigste Teuerungsrate seit Beginn der HVPI-Berechnung in Europa

In den Ländern des Euroraums ging der HVPI in den 1990er Jahren bis auf 1,1% im Jahr 1999 zurück, pendelte sich in den Jahren 2000 bis 2007 zwischen 2,1 und 2,3% pro Jahr ein und ist dann im Jahr 2008 um 3,3% angestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2009 lag die Teuerungsrate bei 0,3%. Dies war die niedrigste gemessene Jahresinflationsrate seit Beginn der HVPI-Berechnung. Sie lag weit unterhalb des für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwertes von 2%. In den vier Ländern der Großregion lagen die Inflationsraten sogar noch etwas niedriger als in der Eurozone. In Luxemburg und Belgien waren keine Preisanstiege zu beobachten, was sich auch durch den statistischen Basiseffekt und die Rekordinflationsraten der beiden Länder aus dem Jahr 2008 erklären lässt. In den Jahren zuvor lagen die Teuerungsraten in Belgien und Luxemburg hingegen über dem Durchschnitt der anderen Länder im Euroraum. Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass in beiden Ländern die Energiekomponente im Verbraucher-Warenkorb des HVPI ein größeres Gewicht hat als im übrigen Euroraum. Vor allem die im Vergleich niedrigeren Steuern auf Kraft- und Brennstoffe führen dazu, dass sich die Veränderungen der Ölpreise stärker als im Durchschnitt des Euroraumes auf die Verbrauchspreise auswirken. In Luxemburg etwa ist der Treibstoffverbrauch durch den „Tanktourismus“ weit über den der Bevölkerung entsprechenden Werten. Deswegen wird im Großherzogtum zwischen einem nationalen Index (IPCN) und dem harmonisierten Index (IPCH) unterschieden. Der IPCN berücksichtigt alleine die Wohnbevölkerung, während sich im IPCH auch Pendler und Touristen befinden, die vor allem Benzin einkaufen. Im nationalen Verbraucherpreisindex, der auch als Basis für die automatische Lohnanpassung dient, wird somit der „Tanktourismus“ aus der Inflationsrate heraus gerechnet, weshalb der nationale Index einen flacheren Verlauf aufweist als der harmonisierte Index.



Entwicklung des HVPI insgesamt sowie ausgewählter Gütergruppen

Wird die Entwicklung seit Beginn des neuen Basisjahres betrachtet, so ist das Preisniveau des HVPI von 2005 bis 2009 in Luxemburg und Belgien um insgesamt 10 bzw. 8,9% gestiegen, während Deutschland und Frankreich mit einer Teuerung um 7,2 bzw. 6,9% deutlich unter der Entwicklung in den Ländern der Eurozone verblieben. In den Preisveränderungen am stärksten niedergeschlagen haben sich dabei erwartungsgemäß die Veränderungen des Öl- und Gaspreises, der etwa in der Gütergruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ zu einer Teuerung geführt hat, die sich zwischen 11,1% in Deutschland und 14,9% in Luxemburg bewegt. Preistreiber war hier in den letzten Jahren vor allem die Haushaltsenergie, obwohl deren Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2009 niedriger waren als im Vorjahr. Insbesondere die Preise für Heizöl sind stark gefallen – teilweise sogar unter das Preisniveau des Basisjahres 2005, während die Preise für Gas und Strom weiterhin deutlich darüber lagen. Die Entwicklung der Rohölpreise war auch an den Zapfsäulen zu bemerken. Wie bei den Weltmarktpreisen für Rohöl gab es bei den Kraftstoffpreisen im Dezember 2008 einen Tiefpunkt. Im Jahresdurchschnitt 2009 lagen die Kraftstoffpreise deutlich niedriger als im Vorjahr und nicht mehr weit entfernt vom Niveau des Basisjahres 2005. Die Hauptgütergruppe „Verkehr“, zu denen die Kraftstoffe gezählt werden, hat sich daher günstig für die Verbraucher entwickelt und weist seit 2005 eine geringere Teuerung auf als der Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“.



Im Vergleich zum Basisjahr 2005: Preisanstiege auch bei Nahrungsmitteln

Darüber hinaus mussten die Verbraucher auch für viele Nahrungsmittel tiefer in die Tasche greifen: Im Durchschnitt bewegte sich der Preisanstieg hier von 2005 bis 2009 zwischen 8,4% in Frankreich über 10,8% in der Eurozone bis hin zu 14,1% in Belgien. Teurer wurden in diesem Zeitraum vor allem Molkereiprodukte sowie Brot und Getreideerzeugnisse – Preiserhöhungen, die von den Konsumenten besonders deutlich wahrgenommen werden, da es sich hierbei (wie bei den Kraftstoffen) um Produkte handelt, die im Alltag häufig gekauft werden und für die es kaum Substitutionsmöglichkeiten gibt. Im Jahresdurchschnitt 2009 sind die Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte zwar gesunken, liegen aber noch immer deutlich über dem Niveau des Basisjahres. Andere Nahrungsmittelbereiche weisen im Jahr 2009 weiterhin steigende Preise auf: Fleisch und Fleischwaren verteuerten sich im Vergleich zum Jahr 2008.

Steigende Preise zeigten sich in den vergangenen Jahren aber auch bei anderen Gütergruppen, so etwa im Bildungswesen oder im Gesundheitsbereich. Insbesondere Deutschland verzeichnet im Bildungswesen einen deutlichen Preisanstieg, was auf die Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern im Jahr 2007 (so auch im Saarland) und auch 2008 zurückzuführen ist. Die Preise im Bildungswesen haben zwar insgesamt nur ein sehr geringes Warenkorbgewicht, allerdings werden die Studiengebühren für die betroffenen Haushalte zu einer deutlich spürbaren Zusatzbelastung. Wer hier – wie im Saarland – 1.000 Euro im Jahr bezahlen musste, hat monatlich immerhin rund 83 Euro weniger in der Haushaltskasse. Allerdings ist im Vergleich zum Jahr 2008 ein Preirückgang auch im Bildungswesen zu beobachten, der insbesondere auf bundeslandspezifische Entwicklungen zurückzuführen ist. Hierzu gehörten die Einführung und Ausweitung von beitragsfreien Kindergartenjahren in einigen Bundesländern (z.B. in Rheinland-Pfalz), sowie die Rücknahme der Studiengebühren in Hessen. Im Saarland ist ein solcher Rückgang ebenfalls zu erwarten, da dort im Jahr 2010 die Studiengebühren zurück genommen wurden.

Verbraucherpreisentwicklung für die Lebenshaltung (HVPI) nach ausgewählten Gütern, Veränderung 2009 gegenüber 2005 in %

Güter	EU / UE	Eurozone	Belgique	Deutschland	France	Luxembourg
Brot und Getreideerzeugnisse	19,0	15,4	22,3	12,9	8,7	17,1
Fleisch	12,9	10,7	10,3	9,4	10,4	12,1
Milch, Käse und Eier	14,8	11,9	20,6	9,1	8,6	19,6
Gemüse inkl. Kartoffeln u.a. Knollengewächse	14,4	8,6	8,4	5,7	8,2	9,3
Wohnungsmiete	9,4	8,0	8,0	4,4	11,6	9,9
Elektrizität	25,3	19,6	19,8	26,1	5,4	22,4
Gas	38,3	25,6	31,1	29,8	27,5	32,5
Flüssige Brennstoffe	-0,1	-0,8	1,1	-0,2	-0,9	-4,0
Feste Brennstoffe	37,7	15,6	13,7	10,9	11,9	4,1
Wärmeenergie	32,8	33,8	:	33,2	57,4	26,7
Kraft- und Schmierstoffe	5,1	3,0	-1,1	4,0	0,6	0,9

Quelle : Eurostat, Berechnungen: IBA/OIE

Unterschiede zwischen tatsächlicher und „gefühlter“ Inflation

Entgegen dem Trend in den meisten anderen Gütergruppen sind in der Kategorie „Nachrichtenübermittlung“ die Preise zum Teil deutlich gesunken. Im Ländervergleich reichten die Preisrückgänge seit 2005 von 6,2% in Luxemburg bis hin zu 7,9% in Belgien. Ursächlich hierfür ist neben dem technischen Fortschritt vor allem der wachsende internationale Wettbewerb. Besonders verbraucherfreundlich entwickelten sich etwa die Preise für Geräte der Informationsverarbeitung, für Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik sowie für Foto- und Filmausrüstungen. Da gerade diese Güter im Alltag allerdings seltener gekauft werden, machen sich die Preisrückgänge in der Wahrnehmung der Verbraucher deutlich weniger bemerkbar, als die Teuerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Insbesondere in der Jahresmitte 2008 lag die „gefühlte“ Inflation wegen der die überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Benzin um ein Vielfaches über der tatsächlichen Preisentwicklung. Dies traf besonders die Bezieher niedriger Einkommen. Sie wenden üblicherweise einen höheren Anteil ihrer Ausgaben für Güter wie Brot, Butter, Gemüse, Obst oder Benzin auf und profitieren daher wenig von sinkenden Preisen bei etwa Handys, Laptops, Digitalkameras oder Fernseher. Vor allem Familien mit niedrigem Einkommen und mehreren Kindern wurden somit von den gestiegenen Preisen im Jahresdurchschnitt 2008 belastet. Im Jahr 2009 wurden in vielen Bereichen, die hohen Preissteigerungen des Vorjahres wieder zurückgenommen. Im starken Maße betraf dies die Preise für Nahrungsmittel und Energie. Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitierten damit in Zeiten der Wirtschaftskrise von extrem niedrigen Teuerungsraten, so dass die „gefühlte“ Inflationsrate nicht erheblich von der tatsächlichen abweichen sollte.

Bedeutung der rückläufigen Inflationsraten im Jahr 2009 – am Beispiel des Saarlandes

Welche Güterpreise die Wende zu negativen Teuerungsraten im Jahr 2009 im Wesentlichen geprägt haben, kann etwa am Beispiel der Korrekturen im Bereich der Energie- und Kraftstoffpreise und bei bestimmten Lebensmittelpreisen im Saarland für den Zeitraum von Dezember 2008 bis Dezember 2009 illustriert werden.¹⁴³

Im Nahrungsmittelbereich sind die Höhenflüge der Preise von Butter, Milch und Milchprodukten aus den letzten zwei Jahren in Erinnerung geblieben. Diese Preissteigerungen waren zwischenzeitlich zurückgenommen worden. Im Spätsommer 2009 kam es aber wieder zu einer deutlichen Trendwende, so dass der Preis für Butter im Dezember 2009 um 18,3% oberhalb des Vorjahresniveaus lag. Die Preise für Vollmilch begannen im November wieder zu steigen, lagen aber im Dezember noch um 5,5% unterhalb des Vorjahreswertes und nur knapp über dem Basiswert von 2005. Insgesamt lagen die Preise für Nahrungsmittel im Dezember 2009 um 2% unterhalb des Vorjahresniveaus. Billiger als vor einem Jahr waren unter anderem Käse und Quark (-5,5%), Gemüse (-13,4%) und Kartoffeln (-20%). Teurer wurden zum Beispiel Fische und Fischwaren (+3,4%) oder Eier (+2,9%). Insgesamt waren Nahrungsmittel im Dezember 2009 um 10,3% teurer als im Basisjahr 2005. Die Preise für „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ sind gegenüber dem Vorjahr um 3,1% gestiegen, was auf eine Verteuerung von Tabakwaren um 5,5% zurückzuführen ist. Bier wurde um 1,1% günstiger, während Wein und Spirituosen teurer wurden (+0,8 bzw. +1,7%).

Beispiel Saarland: Preisanstieg ausgewählter Güter zwischen Dez. 2008 und Dez. 2009	
Güter	Veränderung Dez. '08 – Dez. '09 in %
Verbraucherpreisniveau insg.	+0,7
Kraftstoffe insg.	+16,7
Diesel	+6,2
Normal	+19,7
Super	+20,2
Haushaltsenergie insg.	-4,7
Leichtes Heizöl	+7,9
Gas	-22,2
Strom	+7,6
Nahrungsmittel insg.	-2,0
Gemüse	-13,4
Kartoffeln	-20,0
Nudeln und andere Teigwaren	-0,5
Brot, Backwaren aus Brotteig	+0,1
Vollmilch	-5,5
Butter	+18,3
Käse und Quark	-5,1
Eier	+2,9
Fische und Fischware	+3,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren insg.	+3,1
Bier	-1,1
Wein	+0,8
Spirituosen	+1,7
Tabakwaren	+5,5

Quelle : Statistisches Quartalsheft Saarland, II/2010

Die größte Entlastung für die Verbraucher im Vorjahresvergleich gab es im Bereich der Haushaltsenergien (-4,7%). Allerdings waren die Heizölkunden bereits wieder in schlechterer Position (+7,9%), und auch der Strom verteuerte sich um 7,6%. Die Gaspreisentwicklung, die sich mit mehrmonatiger zeitlicher Verzögerung an den Heizölpreisen orientiert, zeigt im Dezember 2009 noch abnehmende Tendenzen und lag um 22,2% unterhalb des Vorjahresniveaus. Im Vergleich zum Basisjahr 2005 stiegen die Preise für Gas und auch für Strom allerdings um gut ein Fünftel. Die Heizölpreise bewegten sich Ende 2009 noch knapp unter dem Niveau des Jahresdurchschnitts 2005. Bei den Kraftstoffpreisen war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie beim Heizöl: Nach einem Tiefstand Anfang 2009 folgte ein relativ kontinuierlicher Anstieg. Im Dezember 2009 waren die Preisverhältnisse an den Tankstellen wieder deutlich ungünstiger als noch ein Jahr zuvor: Normalbenzin- und Superpreise lagen um ein Fünftel (19,7% bzw. 20,2%) über dem Vorjahresniveau, der Dieselpreis stieg um ver-

¹⁴³ Vgl. Statistisches Amt Saarland 2010, S.29-34.

gleichsweise moderate 6,2%. Damit lagen die Kraftstoffpreise über dem Niveau des Basisjahres 2005 (Normal: +12,3%, Super: +11,4%, Diesel: +4,2%).

5.3 Immobilienpreise und grenzüberschreitende Wohnortmobilität

Die individuelle Wohnsituation hat eine große Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen. Gleichzeitig machen die für das Wohnen aufzuwendenden Gelder, sei es für Miete oder Eigentum, einen zunehmend größeren Posten des Haushaltsbudgets aus. Nicht zuletzt haben hier auch die deutlichen Steigerungen der Nebenkosten in den letzten Jahren, etwa im Bereich der Energiekosten, zu einer nachhaltigen Verteuerung beigetragen. In diesem Sinne sind Ausgaben für das Wohnen zugleich ein wichtiger Indikator für den Lebensstandard des/der Einzelnen, wie auch einer entsprechenden Region. Von daher spiegeln sich in der Entwicklung der Wohnkosten die Entwicklungen des Wirtschaftslebens, der Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung und der veränderten Gesellschaftsstruktur wider.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Betrachtungen stehen ausschließlich privat genutzte Immobilien und deren Kosten. Leider ist die Datenlage sehr uneinheitlich, sie reicht von Analysen der Immobilienpreise auf der Basis von Immobilienanzeigen bis hin zu Daten der statistischen Ämter. Diese Angaben sind nur sehr eingeschränkt miteinander vergleichbar. Daher wurde an dieser Stelle auf tabellarische oder grafische Darstellungen fast gänzlich verzichtet. Es werden stattdessen lediglich tendenzielle Entwicklungen aufgezeigt.

Immobilien in der Großregion: Regional stark unterschiedliche Preisniveaus mit Tendenz zu sinkenden Preisen

Nach dem Anstieg der Immobilienpreise in den vergangenen Jahren ist aktuell in der Großregion eine Stagnation mit leichter Tendenz zu sinkenden Preisen festzustellen. Je nach Region fallen die Unterschiede mehr oder weniger deutlich aus.

Die Preise für Wohnimmobilien sind in vielen Kommunen des **Saarlandes** im Zeitraum 2008/2009 gesunken. Besonders die ländlichen Gebiete waren hiervon betroffen. Während die Preise in Saarbrücken, Völklingen, Saarlouis und Homburg überwiegend stabil blieben, sanken sie in kleineren Gemeinden zwischen vier und 18 Prozent. Mit einer durchschnittlichen Summe von 168.602 Euro müssen die Saarländer rund 4,5 Jahresgehälter für ein Eigenheim aufbringen. Damit kommen Hauskäufer im Saarland vergleichsweise günstig an eine Immobilie, der Schnitt liegt in Deutschland bei 5,6 Jahreseinkommen.¹⁴⁴ In der Landeshauptstadt Saarbrücken kostete ein Eigenheim mit ungefähr 350.000 Euro am Meisten. Ebenso wie die Preise für Eigenheime sind auch die Preise für Eigentumswohnungen im Laufe des Jahres 2009 in vielen Städten gesunken, nur in der Landeshauptstadt kletterten die Preise in guten Lagen um drei Prozent von 1.550 Euro/m² auf 1.600 Euro/m².

In **Rheinland-Pfalz** blieben die Preise für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen relativ stabil, teilweise sanken sie leicht. Je nach Stadt und Lage waren Rückgänge von zwei bis zwölf Prozent zu beobachten. Mit einer Preissteigerung um zwölf Prozent widersetzt sich

¹⁴⁴ Vgl. Saarbrücker Zeitung, Ausgabe 17.02.2010.

Trier dem regionalen als auch nationalen Trend. Bundesweit liegt die Stadt damit auf Platz zwei der Städte mit dem stärksten Preisanstieg.

In **Lothringen** ist das Preisniveau für Eigenheime im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gesunken. Für den Zeitraum Mai 2009 bis April 2010 wurde ein durchschnittlicher Preis von rund 174.000 Euro für ein Eigenheim errechnet. Das an Luxemburg und Deutschland angrenzende Departement Moselle liegt mit 208.800 Euro pro Eigenheim deutlich über dem Durchschnitt. Hier weist neben der Stadt Metz vor allem das an der Grenze zum Großherzogtum gelegene Gebiet um Thionville die höchsten Preise auf. In der Region um Forbach fallen die Eigenheimpreise eher moderat aus.¹⁴⁵ Die Preise für Eigentumswohnungen variieren durchschnittlich zwischen rund 1.800 Euro/m² für eine ältere und rund 2.600 Euro/m² für eine neue Wohnung. Analog zu den Hauspreisen verzeichnet auch hier das Departement Moselle, insbesondere die Region um Thionville die höchsten Preise.

Im Jahr 2009 blieben die Preise für ein Wohnhaus in der **Wallonie** relativ konstant: Je nach Ausstattung wurden die Häuser für durchschnittlich zwischen 134.223 Euro (einfache Ausstattung) und 243.725 Euro (gehobene Ausstattung) verkauft. Die Kosten für eine Wohnung stiegen wie auch schon in den Vorjahren weiter an und beliefen sich auf durchschnittlich 143.347 Euro.¹⁴⁶ Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich starke regionale Unterschiede. So sind als Folge des unmittelbaren Einzugsgebiets der Metropolregion Brüssel die Preise in Wallonisch Brabant am höchsten, während sie im Hennegau am niedrigsten sind. Landesweit betrachtet liegen die Immobilienpreise in der Wallonie weit unter dem nationalen Durchschnitt Belgiens.

Die in **Luxemburg** angesetzten Preise gehen weit über das Niveau der übrigen Teilregionen hinaus. Im Jahr 2009 lagen die annoncierten Preise für ein Eigenheim mit im Schnitt rund 550.000 Euro leicht unter den Preisen in 2008. Die an die Hauptstadt Luxemburg angrenzenden Kommunen sind hier deutlich die teuersten. Die günstigeren Gebiete befinden sich im Norden des Landes. Luxemburg-Stadt liegt mit einem Durchschnittswert von 660.000 Euro für ein Haus an sechster Stelle der teuersten Kommunen des Großherzogtums. Die Preise für Eigentumswohnungen lagen bei durchschnittlich knapp 340.000 Euro bei einem Quadratmeterpreis von 3.877 Euro/m². Hier ist Luxemburg-Stadt der Spitzenreiter mit 4.757 Euro/m², direkt gefolgt von den umliegenden Gemeinden.¹⁴⁷

Mietpreise: Großes Gefälle zwischen den deutschen Teilregionen und Luxemburg

Bei den Mieten tritt, trotz aller Vorbehalte hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten, das Gefälle zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen ähnlich deutlich hervor.¹⁴⁸ Die Mietpreise in **Luxemburg** wiesen 2009 im Vergleich zu den Vorjahren eine leicht sinkende Tendenz auf. Eine Mietwohnung kostet im Schnitt 1.130 Euro pro Monat bzw. rund 15,00 Euro/m². Hier sind große Unterschiede zwischen den Kommunen festzustellen, so variieren die Preise zwischen 9,68 Euro/m² in dem im Norden des Landes gelegenen Troisvierges und 17,42 Euro/m² in Luxemburg-Stadt. Im **Saarland** blieben die Wohnungsmieten 2009 weitge-

¹⁴⁵ Notaires de France – Perval : Beobachtungszeitraum : 01.05.2009 -30.04.2010.

¹⁴⁶ Vgl. SPF Economie 2010.

¹⁴⁷ Vgl. CEPS/INSTEAD 2009.

¹⁴⁸ Luxemburg : Miete inklusive Nebenkosten ; Saarland und Rheinland-Pfalz : Bruttokaltmiete (Miete ohne Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom), Lothringen: durchschnittliche Kaltmiete.

hend stabil, nur in einigen Städten stiegen sie leicht an. Preissteigerungen zwischen vier und elf Prozent gab es beispielsweise in Dillingen, Heusweiler, Saarbrücken, St. Ingbert, Saarlouis und Sulzbach. In der Landeshauptstadt müssen die Saarländer mit 6,75 Euro/m² für eine gut gelegene Wohnung rechnen. In Saarlouis liegen die Mieten bei 6,50 Euro/m², in Völklingen, Wadern und Ottweiler bei 4,50 Euro/m². In **Rheinland-Pfalz** stiegen vielerorts die Wohnungskaltmieten an, vor allem aber in Städten mit über 40.000 Einwohnern. Die höchsten Mieten sind für einen Neubau-Erstbezug in Mainz mit 11,50 Euro/m² zu bezahlen. In Koblenz, Speyer und Trier müssen die Rheinland-Pfälzer mit 8,00 Euro/m² rechnen. In ländlicheren Gegenden liegen die Mietpreise bei lediglich 4,80 Euro/m². In **Lothringen** sanken die Mietpreise in 2009 um 2,3% auf durchschnittlich 8,50 Euro/m². Damit ist Lothringen eine der günstigsten Regionen Frankreichs.

Starker Rückgang der erteilten Baugenehmigungen in allen Teilregionen - deutsche Grenzregionen zu Luxemburg weniger betroffen

Die Zahl der geplanten Bauvorhaben in der Großregion ging im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich zurück. So wurden im **Saarland** zwischen 2002 und 2006 im Schnitt jährlich rund 1.200 Baugenehmigungen erteilt, während die durchschnittliche Anzahl für den Zeitraum zwischen 2007 und 2009 auf gut 780 Autorisierungen sank.¹⁴⁹ Diese Entwicklung spiegelt deutlich den Einfluss der ausgelaufenen Eigenheimzulage Ende des Jahres 2005 wider. Die damals rückläufige Baunachfrage erfuhr durch Vorzieheffekte einen positiven Schub, der bis ins Jahr 2006 wirkte. Daher fielen 2007 die beantragten Baugenehmigungen um 35% geringer aus. Betrachtet man die Landkreise des Saarlandes so fällt auf, dass der Kreis Merzig-Wadern in der Gesamtschau am wenigsten vom Rückgang der Baugenehmigungen betroffen war. So war hier von 2006 auf 2007 ein Rückgang von 19,4% zu verbuchen, während die anderen saarländischen Landkreise 40% weniger Baugenehmigungen ausstellten. Hier spielt die Nähe des Landkreises zum Großherzogtum Luxemburg eine entscheidende Rolle. Vor allem in der Gemeinde Perl sind große Zuzüge von Luxemburgern mit Interesse am Bau eines Eigenheims zu verzeichnen. Mit durchschnittlich 78,80 Euro/m² ist das Bauland im Saarland vergleichsweise günstig. Der Saarpfalz-Kreis, Saarlouis und der Regionalverband Saarbrücken verzeichnen hier mit rund 100 Euro/m² die mit Abstand höchsten Preise.

In **Rheinland-Pfalz** lässt sich ein sehr ähnliches Bild der Entwicklungen der Baunachfragen zeichnen. 2009 wurden 7,4% weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr. Überdurchschnittlich viele Genehmigungen gab es allerdings ebenfalls entlang der Grenze zu Luxemburg.¹⁵⁰ Der Landkreis Trier-Saarburg liegt mit fast 40 genehmigten Wohnungen je 10.000 Einwohnern an der Spitze aller rheinland-pfälzischen Kreise. Die Preise für Bauland liegen mit im Schnitt 107 Euro/m² höher als im Saarland. Das grenznahe Trier bleibt mit 204 Euro/m² nach den großen rheinland-pfälzischen Ballungsgebieten wie Mainz, Ludwigshafen und Speyer weit über dem Landesdurchschnitt.

¹⁴⁹ Vgl. Statistisches Amt Saarland 2010.

¹⁵⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010.

In **Luxemburg** ist die Zahl der erteilten Baugenehmigungen ab 2002 stetig gestiegen bis auf eine Zahl von 2.115 im Jahr 2007.¹⁵¹ Zwischen 2007 und 2009 sanken dann die erteilten Baugenehmigungen um 23% auf 1.628.¹⁵²

Zwischen 2002 und 2006 nahm die Anzahl der Baugenehmigungen in **Lothringen** kontinuierlich zu. Seit dem Jahr 2007 ist eine Trendumkehr zu beobachten, so wurden 2009 im Vergleich zum Vorjahr 24% weniger Baugenehmigungen ausgestellt. Das Departement Moselle kam mit 60% der in Lothringen erteilten Baugenehmigungen auf ein verhältnismäßig gutes Ergebnis. Mit einem durchschnittlichen Preis für Bauland von 45 Euro/m² sind die Immobilienpreise in Lothringen vergleichsweise günstig. Die mit Abstand teuersten Regionen sind die Gebiete rund um Metz und Thionville mit 141 Euro/m² bzw. 138 Euro/m².¹⁵³

Mobile Erwerbstätige bewirken starke Bevölkerungszuwächse in den an Luxemburg angrenzenden Gebieten

Mit Blick auf die Immobiliensituation in der Großregion lässt sich deutlich nachvollziehen, dass die Entwicklungen in unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft und Attraktivität der Teilregionen stehen. Besonders im Einzugsbereich des luxemburgischen Arbeitsmarktes sind die Immobilienpreise in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Aufgrund der stetig anwachsenden Migrations- und Pendlerströme kam es im Land selbst wie auch in den umliegenden Gebieten zu kontinuierlich steigenden Einwohnerzahlen. Die luxemburgischen Kantone verzeichneten etwa in den letzten zehn Jahren Bevölkerungszuwächse zwischen 9 und knapp 23%. Hohe Lebenshaltungskosten und die aufgezeigten hohen Immobilienpreise führen allerdings zu einem stetigen Zuzug in die an Luxemburg angrenzenden Gebiete. Besonders deutlich wird dies in den Arrondissements Bastogne und Arlon, die in der vergangenen Dekade mit Zuwächsen von jeweils rund 10% beträchtlich über dem wallonischen Durchschnitt liegen. Neben Belgien haben sich speziell rund um Arlon in den letzten Jahren zunehmend auch Luxemburger und Portugiesen angesiedelt. In Rheinland-Pfalz führt die wirtschaftliche Attraktivität Luxemburgs vor allem im Kreis Trier-Saarburg und in der Stadt Trier zu steigenden Bevölkerungszahlen. Auf saarländischer Seite wirkt sich der Zuzug einer wachsenden Zahl von Luxemburgern (und auch Deutschen) im ländlich geprägten Kreis Merzig-Wadern positiv auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen aus. Gegen den Trend wächst insbesondere die Grenzgemeinde Perl, die in den letzten zehn Jahren ihre Einwohnerzahl um 11,9% erhöht hat. Ähnliche Effekte sind in den lothringischen Gemeinden nahe der luxemburgischen Grenze auszumachen, wie beispielsweise in Thionville. Die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarktes und seine Attraktivität für Zuwanderer beschränkt sich in Lothringen allerdings nicht nur auf die Grenzgemeinden im Norden der Region, sondern hat sich schon seit einigen Jahren deutlich nach Süden in die Gebiete um Metz, Briey und Meuse ausgeweitet.

¹⁵¹ Hier wird auf alle erteilten Baugenehmigungen Bezug genommen, d.h. auch auf Nicht-Wohngebäude.

¹⁵² Vgl. STATEC 2010.

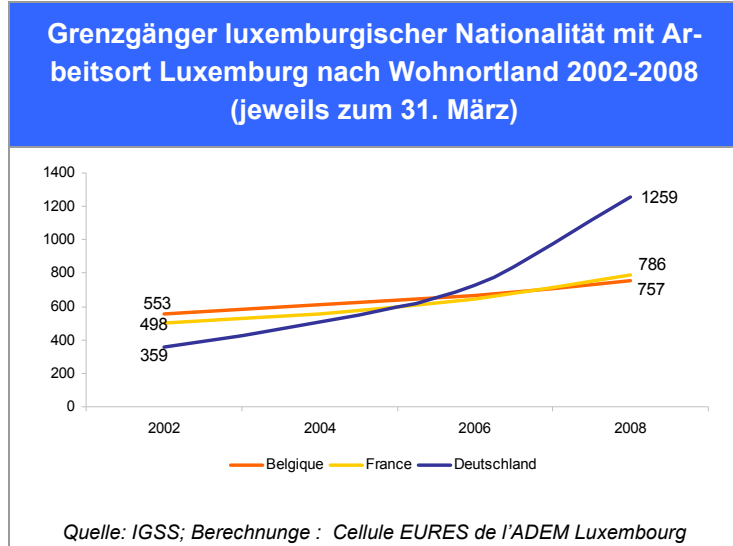
¹⁵³ Vgl. DREAL Lorraine 2010.

Immer mehr Luxemburger wohnen in den an das Großherzogtum angrenzenden Teilregionen

Die Situation und Entwicklung der im Großherzogtum beschäftigten Grenzpendler luxemburgischer Nationalität, die im angrenzenden Ausland wohnen, hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert:

Hier ist ein starker Anstieg sowie eine Verschiebung der gewählten Wohnregionen auszumachen. Zwischen 1999 und 2008 hat sich die Zahl der atypischen Grenzgänger um das Anecht-halbfache erhöht, wobei die französischen Regionen und insbesondere die deutschen Bundesländer mehr Zuzüge verzeichnen. So haben im Rahmen der Wohnortmigration die Zielländer Belgien und Frankreich gegenüber Deutschland an Bedeutung verloren: Während

1999 noch 40 bzw. 36,6% der damals insgesamt 1.135 Grenzgänger luxemburgischer Nationalität in Belgien bzw. Frankreich wohnten, konzentriert Deutschland im Jahr 2008 allein 45% der insgesamt 2.802 atypischen Grenzgänger.¹⁵⁴ Weitere 28,1 bzw. 27% entfallen auf französische Regionen und belgische Provinzen.



Günstigere Immobilienpreise wichtigster Grund für grenzüberschreitende Wohnortmobilität

Die Gründe für einen Wohnortwechsel sind unterschiedlicher Natur. Eine Untersuchung bei Erwerbepersonen, die zwischen 2001 und 2007 ihren Wohnsitz aus Luxemburg in eine Nachbarregion verlagerten, hat gezeigt, dass für 85% die hohen Immobilienpreise in Luxemburg ausschlaggebend sind, gefolgt von dem Wunsch Wohneigentum zu besitzen. Auch familiäre Aspekte (Heirat, Geburten, Trennung bzw. Scheidung) sind mit 60% durchaus wichtige Beweggründe für den Umzug. Während die finanziellen Gründe für eine Verlagerung des Wohnorts hauptsächlich von Luxemburgern genannt wurden, sind es bei den im Rahmen der Untersuchung befragten Belgiern und Deutschen eher die familiären Gründe, die zu einer Rückverlegung des Wohnsitzes führen. Nach dem Umzug in die Nachbarregion konnten mehr als die Hälfte der Befragten, die vorher Mieter waren, Wohneigentum erwerben. Auch der zur Verfügung stehende Wohnraum wurde bei mehr als der Hälfte aller Befragten um mindestens zwei Räume erhöht. Zwar hätten über zwei Drittel der Befragten gerne ihren Wohnort in Luxemburg beibehalten, gleichzeitig aber lehnen es 73% ab, wieder ins Großher-

¹⁵⁴ Mit der Öffnung der A8 im Jahre 2003 siedelten sich immer mehr in Luxemburg beschäftigte Arbeitnehmer in der Gemeinde Perl an, zunächst deutsche Grenzpendler später dann zunehmend luxemburgische Staatsangehörige. Die steigende Nachfrage nach Baugrundstücken führte zu höheren Immobilienpreisen die teilweise auf einen Betrag bis zu 250 Euro/m² hochschnellten. Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Nachfrage für Immobilien und Baugrund in Perl erheblich verringert und kommt aktuell wieder zu einem ähnlichen Niveau wie vor dem Jahr 2003. Um die Effekte der gestiegenen Kaufpreise für die ortsansässigen Bewerber abzufedern, führte die Gemeinde einen Abschlag von 25 Euro/m² ein.

zogtum zu ziehen. Gründe dafür liegen neben dem verbesserten Wohnstandard in einer besseren Lebensqualität und erhöhten Kaufkraft. Negativ bewertet wird hingegen die nun zurückzulegende Strecke zum Arbeitsplatz.¹⁵⁵

Steigende Zahl an atypischen Grenzgängern aus Frankreich nach Deutschland

Zwischen den deutschen und französischen Teilgebieten der Großregion gewinnt das Phänomen der atypischen Grenzgänger ebenfalls immer mehr an Bedeutung. Während sich der Grenzgängerstrom aus Frankreich nach Deutschland leicht rückläufig entwickelt, steigt die Zahl der Deutschen, die in einer französischen Region wohnen und im Saarland oder in Rheinland-Pfalz arbeiten. Ihre Zahl ist zwischen 2000 und 2008 um 20% gewachsen und mit 7.717 Personen stellen die atypischen Auspendler inzwischen 30% der Grenzgänger nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Franzosen an den Auspendlern um ein Viertel zurück. Das bedeutet, dass die atypischen Grenzgänger die rückläufigen Auspendlerzahlen in Richtung Deutschland deutlich abfedern.

Herausforderung: Integration

Um der Nachfrage nach attraktiven Wohnobjekten nachzukommen, wurden in vielen lothringischen Gemeinden kommunale Lotissements errichtet, wodurch Deutsche oft an einem Ort konzentriert sind und Lothringer im ursprünglichen Siedlungskern unter sich bleiben. Eine weitere Integrationsbarriere bildet die Sprache: Nur wenige Zugezogene beherrschen ausreichend Französisch und sprechen daher tendenziell Deutsch.¹⁵⁶ Dieser Umstand wird insbesondere dann zum Problem, wenn atypische Grenzgänger von Arbeitslosigkeit betroffen sind und in den Zuständigkeitsbereich des französischen Arbeitsamts fallen.

¹⁵⁵ Vgl. CEPS/INSTEAD 2010.

¹⁵⁶ Vgl. Ramm 1999.

Bibliographie

Verwendete und weiterführende Literatur

- ABEO – Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien: Sammelmappe Sozial- und Wirtschaftsstatistiken für die Ostkantone und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, laufende Aktualisierungen.
- ADEM – Administration de l'emploi (2010): Les activités de l'administration de l'emploi en 2009. Luxembourg.
- Arbeitskammer des Saarlandes (2010): Bericht der Arbeitskammer zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Landesregierung des Saarlandes. Schwerpunktthema: War das die Krise? Schlussfolgerungen für die Landespolitik. Saarbrücken.
- Banque centrale du Luxembourg (2009): La situation économique et financière. Bulletin 2010-1, Luxembourg, le 5 mars 2010.
- Beck, D. (2010): Hochschulkooperation in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie – Zwischenbilanz und Perspektiven. In: Seminar „Die Wissenschafts- und Forschungssysteme in Deutschland, Frankreich und der Schweiz: Aufbau, Funktionsweise, Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“, Euro-Institut, Kehl, 14.1. – 15.1.2010.
- Becker, B. / Mertel, B. (2010): Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik 4/2010, S. 383-395.
- Bosch, G. / Kalina, T. / Weinkopf, C. (2009): Mindestlöhne in Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung – Gesprächskreis Arbeit und Qualifikation. WISO-Diskurs, Bonn.
- Brenke, K. (2009): Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig. In: DIW-Wochenbericht Nr. 33 vom 12. August 2009, S. 550-560.
- CEPS/INSTEAD (2009): Observatoire de l'Habitat: Rapport d'activité 2009. Luxembourg.
- CEPS/INSTEAD (2010): La Note 14 de l'Observatoire de l'Habitat: „Des actifs résidents devenus frontaliers – Analyse d'un phénomène émergent ». Luxembourg.
- CESEL – Conseil économique, social et environnemental de Lorraine (2010): Situation économique, sociale et environnementale de la Lorraine 2009/2010. Séance plénière du 6 octobre 2010 (publication prévue / im Erscheinen)
- CESL – Conseil économique et social du Luxembourg (2010): Avis annuel: Evolution économique, sociale et financière du pays 2010. Luxembourg, le 15 avril 2010.
- CESRW – Conseil économique et social de la Région wallonne (2010): Regards sur la Wallonie 2009. Liège, le 18 mars 2010.
- Chevalier, M. (2010): Die französische Industrie kämpft mit der Krise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Paris, Feb. 2010 (Artikel erschienen in der Februarausgabe von „Alternatives Economiques“).

- Döbert, M. et al. (2000): Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus in Alphabetisierung in Deutschland, Stuttgart.
- Dolado, J. et al. (1996): The Economic Impact of Minimum Wages in Europe. In: Economic Policy, S.319 – 370.
- DREAL Lorraine (2010): Les prix des terrains à bâtir des maisons individuelles en Lorraine, Metz.
- Duprez, S. / Deruyck, J.-R. (2008): Tableau de bord 2006 de la pauvreté-précarité en Lorraine. INSEE Economie Lorraine Nr. 136, 7/2008.
- Europäische Kommission (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM (2009) 433 endgültig, Brüssel, den 20.8.2009 / Commission européenne (2009): Le PIB et au-delà. Mesurer le progrès dans un monde en mutation. Communication de la Commission au Conseil et au Parlement Européen, COM (2009) 433 final, Bruxelles, le 20.8.2009.
- Europäische Kommission / Eurostat (2007): Eurostat Jahrbuch der Regionen 2007, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften / Commission européenne / Eurostat (2007): Annuaire régional d'Eurostat 2007, Luxembourg: Offices des publications officielles des Communautés européennes.
- Europäische Kommission / Eurostat (2009): Eurostat Jahrbuch der Regionen 2009, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften / Commission européenne / Eurostat (2009): Annuaire régional d'Eurostat 2009, Luxembourg: Offices des publications officielles des Communautés européennes.
- European Commission / Eurostat (2009): Progress towards the Lisbon objectives in education and training – Analysis of implementation at the European and national levels, in: Communication from the Commission to the European Parliament, the council, the European economic and social committee and the committee of the regions, Brussels.
- Fischer, B. (2007): Unternehmensgewinne und Arbeitnehmerentgelte. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2007, S. 7-12.
- Franz, W. (2009): Arbeitsmarktökonomik, 7. Auflage, Berlin.
- Handwerkskammer Trier / Chambre de Métiers et de l'Artisanat Moselle / Chambre des Métiers Luxembourg / Handwerkskammer des Saarlandes (2010): Konjunkturelle Lage des Handwerks in der Großregion im Frühjahr 2010 / Situation conjoncturelle de l'Artisanat dans la Grande Région au printemps 2010. Trier, Metz, Luxembourg und Saarbrücken.
- Handwerkskammer Trier / Chambre de Métiers et de l'Artisanat Moselle / Chambre des Métiers Luxembourg / Handwerkskammer des Saarlandes (2009): Konjunkturelle Lage des Handwerks in der Großregion im Frühjahr 2009 / Situation conjoncturelle de l'Artisanat dans la Grande Région au printemps 2009. Trier, Metz, Luxembourg und Saarbrücken.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2009): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. Sechster Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobach-

- tungsstelle an den 11. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2009): Situation du marché de l'emploi dans la Grande Région. Sixième rapport de l'Observatoire Interrégional du marché de l'emploi pour le 11ième Sommet des Exécutifs de la Grande Région, Sarrebruck.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2007): Der Arbeitsmarkt der Großregion bis 2020. Perspektiven für Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, die Wallonie und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Bielefeld / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2007): Le marché du travail de la Grande Région à l'horizon 2020. Perspectives pour la Sarre, la Lorraine, le Luxembourg, la Rhénanie-Palatinat, la Wallonie et la Communauté germanophone de Belgique, Bielefeld.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt der Großregion. Zweites Themenheft im Rahmen des Gesamtvorhabens „Stand, Perspektiven und Handlungserfordernisse des Arbeitsmarkts der Großregion bis 2020“, gefördert durch Interreg III C RRM e-Bird, Saarbrücken / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2006): Effets de l'évolution démographique sur le marché de l'emploi de la Grande Région. Deuxième cahier thématique dans le cadre du projet général « Etat d'avancement, perspectives et exigences d'action du marché de l'emploi dans la Grande Région d'ici l'année 2020 », subventionné par Interreg III C OCR e-BIRD, Sarrebruck.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2006): Demographische Entwicklung - Herausforderungen und Chancen für den Arbeitsmarkt der Großregion. Dokumentation zum Werkstattgespräch der Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle am 19. Januar 2006 in Luxemburg, Saarbrücken / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2006): L'évolution démographique – Défis et chances pour le marché de l'emploi dans la Grande Région. Documentation de l'atelier-débat de l'Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi du 19 janvier 2006 à Luxembourg, Sarrebruck.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2005): Grenzgänger und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt in der Großregion. Themenheft im Rahmen des Gesamtvorhabens „Stand, Perspektiven und Handlungserfordernisse des Arbeitsmarktes der Großregion bis 2020“, gefördert durch Interreg III C RRM e-Bird, Saarbrücken / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2005): Frontaliers et marché de l'emploi transfrontalier dans la Grande Région. Cahier thématique dans le cadre du projet général « Etat d'avancement, perspectives et exigences d'action du marché de l'emploi dans la Grande Région d'ici l'année 2020 », subventionné par Interreg III C OCR e-BIRD, Sarrebruck.
- IBA / OIE – Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2005): Grenzgänger: Auf dem Weg zu einer integrierten Arbeits- und Lebenswelt in der Großregion? Dokumentation zum Werkstattgespräch der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle am 17. Februar 2005 in Saarbrücken, Saarbrücken / Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi (OIE) (2005): Les frontaliers: vers un espace de vie et de travail

- intégré dans la Grande Région? Documentation de l'atelier-débat de l'Observatoire Interrégional du marché de l'Emploi du 17 février 2005 à Sarrebruck, Sarrebruck.
- IG Metall Vorstand - Abteilung Wirtschaft, Technologie, Umwelt (2010): Die Eurokrise und die deutschen Exportüberschüsse. Was ist dran an den Klagen über Lohndumping in Deutschland? Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 06 vom 19. August 2010.
- ILO – International Labour Organization (2009): Database of Conditions of Work and Employment Laws.
- INSEE Lorraine (2007): L'illettrisme en Lorraine. Economie Lorraine, N° 96 / septembre 2007.
- INSEE Lorraine (2010): Crise et territoires – La Lorraine: une des régions qui ont le plus souffert de la crise. Economie Lorraine, N°217 / mai 2010.
- Ioakimoglou, E. / Soumeli, E. (2003): Niedriglohnempfänger und Arbeitnehmer mit Einkommen unter dem Existenzminimum. In: Eurofound: EIROOnline.
- IWEPS – Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique (2010): Tendances économiques. Analyses et prévisions conjoncturelles. N° 38 juin 2010.
- IWEPS – Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique (2009): Les chiffres clés de la Wallonie. Annuel N°10, décembre 2009.
- Joebges, H. / Lindner, F. / Niechoj, T. (2010): Mit dem Export aus der Krise? Deutschland im Euroraumvergleich. IMK-Report Nr. 33, August 2010.
- Kalina, T. / Weinkopf, C. (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. In: IAQ-Report 2010-06, Essen.
- Léon, O. (2010): Pauvreté – différents profils de régions et départements. In: La France et ses régions. Insee Références, Edition 2010, S.19-28.
- Linz, S. u.a. (2010): Preise im Jahr 2009. In: Statistisches Bundesamt Deutschland (Hrsg.), Reihe Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 1/2010, S. 85-98.
- Lire et Ecrire Communauté française (éd.) (2006): Quéstions sur l'alphabetisation, Bruxelles.
- Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur du Grand-Duché de Luxembourg, Direction générale de la compétitivité, de la recherche et de l'innovation (2009): Perspectives de politique économique, Bilan compétitive 2009, « Préparer l'après-crise », No. 12, Octobre 2009.
- Ministère de l'Education nationale et de la Formation professionnelle (éd.) (2003): Etat des lieux des pratiques pédagogiques d'insertion au Luxembourg, Luxembourg.
- Moreau, G. (2010): La pauvreté laborieuse en Lorraine et Meurthe-et-Moselle. INSEE Economie Lorraine, Nr. 204, 1/2010.
- Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2009): Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion, Saarbrücken / Réseau des instituts spécialisés de l'Observatoire Interrégional du marché de l'emploi (OIE) (2009): Rapport sur la situation économique et sociale de la Grande Région, Sarrebruck.

- Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) (2007): Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion, Saarbrücken / Réseau des instituts spécialisés de l'Observatoire Interrégional du marché de l'emploi (OIE) (2007): Rapport sur la situation économique et sociale de la Grande Région, Sarrebruck.
- Prenzel, M. et al. (Hrsg.) (2008): PISA 2006 – Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie, Münster.
- Prenzel, M. et al. (Hrsg.) (2008): PISA 2006 in Deutschland – Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich, Münster.
- Ramm, M. (1999): Saarländer im grenznahen Lothringen. „Invasion“ oder Integration? In: Geographische Rundschau, Heft 2, S. 110-115.
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz–Saarland der Bundesagentur für Arbeit (2010): Wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch auf saarländische Pendler aus. Presseinformation Nr. 05/2010, Saarbrücken, 28. Januar 2010.
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz–Saarland der Bundesagentur für Arbeit (2010): Saarländische Wirtschaft braucht die Kurzarbeit noch: Im März 2010 arbeiteten rund 12.000 Arbeitnehmer in 780 Betrieben kurz. Presseinformation Nr. 028/2010, Saarbrücken, 1. Juni 2010.
- Saarbrücker Zeitung (2010): „Gebrauchtes“ Haus kostet im Saarland 4,5 Jahresgehälter, Ausgabe vom 17.02.2010.
- Schneider, K. (2010): Ausgewählte Aspekte der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie. In: Statistisches Quartalsheft Saarland I/2010.
- Schulden, T. (2008): Die Entwicklung in Europa – Geht der Trend in Richtung gesetzliche Mindestlöhne? In: Vortrag WSI - Hans Böckler Stiftung im Rahmen der UNIA Fachtagung „Gute Arbeit zu fairen Löhnen“, Zürich.
- Schulden, T. (2009): Zehn Jahre europäische Koordinierung der Tarifpolitik – eine Zwischenbilanz. In: Schlattermund, H. / Flore, M. (Hrsg.): Zukunft von Arbeitsbeziehungen und Arbeit in Europa (ZAUBER), Osnabrück, S. 103-118.
- Schulden, T. (2010): WSI-Mindestlohnbericht 2010 – Unterschiedliche Strategien in der Krise. In: WSI Mitteilungen, Nr.3, S.152-159.
- Seitz, R. (2005): Was am Ende übrig bleibt – einige regionale Aspekte beim Übergang von der Wirtschaftsleistung zum Verfügbaren Einkommen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2005, S. 3-14.
- SPF Economie, P.M.E., Classes moyennes et Energie, Direction générale Statistique et Information économique (2010) : Chiffres clés de l'immobilier, Brüssel.
- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (2010): Indicateurs rapides – Serie G, Edition 12 juillet 2010, No. 1-3/2010 Luxembourg.
- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (2010): La situation économique au Luxembourg – Évolution récente et perspectives. Notes de conjoncture n° 1-2010.

- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (2009): Le secteur public. Economie et Statistiques, Working papers du STATEC, Nr. 34.
- Statistik Großregion (Hrsg.) (2009): Harmonisierte statistische Indikatoren – Weiterbildung in der Großregion, Luxemburg, Dezember / Statistiques Grande Région (éd) (2009): Indicateurs statistiques harmonisés – La formation continue dans la Grande Région, Luxembourg, Décembre.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2009): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2009, Wiesbaden im September.
- Statistisches Amt Saarland (2010): Baugenehmigungen nach Kreisen 2002 bis 2009, Saarbrücken.
- Statistisches Amt Saarland (2010): Die saarländische Wirtschaft im Jahr 2009. In: Statistisches Quartalsheft Saarland II/2010.
- Statistisches Bundesamt (2007): Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die Mindestlöhne beziehen, nach Geschlecht, Berlin.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008): Wirtschafts atlas Rheinland-Pfalz. Bad Ems.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2010): Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2009. Statistische Analysen N°17/2010, Bad Ems.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2010): Rheinland-Pfalz. Ein Ländervergleich in Zahlen. Statistische Analysen N°18/2010, Bad Ems.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2010): Rückgang der Baugenehmigungen setzte sich 2009 fort, Nachfrage in der Nähe starker Wirtschaftsräume überdurchschnittlich, Pressemitteilung Nr. 37, Bad Ems.
- Stiglitz, J.E. / Sen, A. / Fitoussi, J.-P. (Ed.) (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress; Download: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

Anhang: Methodische Anmerkungen

Quelle: soweit nicht anders angegeben Eurostat

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Berichtszeitraum geleistete Arbeit; das Arbeitnehmerentgelt unterteilt sich in Bruttolöhne und –gehälter (als Geld -und Sachleistungen) sowie (tatsächliche und unterstellte) Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Arbeitskräfteerhebung und ILO-Arbeitsmarktstatistik

Als Quelle für Informationen über die regionalen Arbeitsmärkte dient die Arbeitskräfteerhebung (AKE; LFS – Labour Force Survey; EFT – Enquête sur les Forces de Travail) der Europäischen Union. Diese Erhebung wird als vierteljährliche Haushaltsstichprobe in allen Mitgliedstaaten der EU, der EFTA (ausgenommen Liechtenstein) und den Kandidatenländern durchgeführt. Zur Grundgesamtheit gehören alle Mitglieder privater Haushalte im Alter ab 15 Jahren, die über ihre Arbeitsmarktbeteiligung und ihren Erwerbsstatus befragt werden. Die AKE liefert dadurch wichtige Daten zu Beschäftigung, Erwerbslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit und ihren soziodemographischen Merkmalen. Der Europäischen Kommission dient die AKE als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit der AKE gemessen.

Der Erhebung liegen die Definitionen und Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde, welche auch im Einklang stehen mit der Verordnung (EG) Nr. 1897/2000¹⁵⁷ der Kommission. Kennzahlen zu Erwerbslosen, Erwerbstätigen und Erwerbspersonen werden so in einem in sich abgestimmten und harmonisierten System dargestellt, das – im Unterschied zu den jeweils länderspezifischen Definitionen und Konzepten auf Basis gesetzlicher Bestimmungen – internationale bzw. grenzüberschreitende Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht.

Definitionen

Zur **Bevölkerung** gehören alle in privaten Haushalten lebenden Personen ab 15 Jahren.¹⁵⁸ Erfasst werden alle Personen, die in der Berichtswoche in den erhobenen privaten Haushalten leben. Unter diese Definition fallen auch Personen, die kurzzeitig wegen Bildungsmaßnahmen, Urlaub, Krankheit, Geschäftsreisen und Ähnlichem nicht im Haushalt anwesend

¹⁵⁷ Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission vom 7. September 2000 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft bezüglich der Arbeitsdefinition der Arbeitslosigkeit.

¹⁵⁸ Die in Anstaltshaushalten, d. h. in Heimen, Internaten, Krankenhäusern, religiösen Einrichtungen, Arbeiterwohnheimen usw., lebenden Personen sind nicht erfasst.

sind, aber eine feste Bindung zu ihm haben. Wehrdienstleistende werden nicht berücksichtigt.

Erwerbstätige im Sinne der ILO-Definition sind alle Personen im Alter von mindestens 15 Jahren,¹⁵⁹ die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat.¹⁶⁰ Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, im Berichtszeitraum aber vorübergehend aufgrund von z.B. Krankheit, Urlaub, Arbeitskonflikten oder Fortbildung vom Arbeitsplatz abwesend war, gilt als erwerbstätig.

Erwerbslose sind alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren,¹⁶¹ die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, zu dem Zeitpunkt für eine Arbeit verfügbar und innerhalb der letzten vier Wochen aktiv auf Arbeitsuche waren oder bereits eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Auch die Einschaltung einer Behörde oder Institution der offiziellen Arbeitsverwaltung in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien unterscheidet sich daher von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern.¹⁶² Kennzeichnend für die Methode der Arbeitskräfteerhebung ist darüber hinaus, dass die Daten nicht wie bei den jeweils national oder regional registrierten Arbeitslosenzahlen aus einer Vollauszählung eines amtlichen Registers, sondern aus einer zufällig gezogenen Stichprobe stammen. Dabei wird ausgehend vom Stichprobenergebnis auf das Ergebnis in der Bevölkerung geschlossen. Dieser Schluss ist letztlich eine auf einer Hochrechnung basierende Schätzung, die eine gewisse Unschärfe ausweist. Deren Umfang ist von vielerlei Faktoren abhängig, insbesondere jedoch vom Stichprobenumfang,¹⁶³ so dass gerade bei kleineren geographischen Einheiten die Fallzahlen oftmals zu gering für einen Ergebnisausweis sind.

¹⁵⁹ Von mindestens 16 Jahren in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Schweden (1995 bis 2001); von 15 bis 74 Jahren in Dänemark, Estland, Ungarn, Lettland, Finnland, Schweden und Norwegen (ab 2001) und von 16 bis 74 Jahren in Island.

¹⁶⁰ Dieses Konzept zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich bspw. hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

¹⁶¹ Zwischen 16 und 74 Jahren in Spanien, Schweden und Norwegen (1995 bis 2000), dem Vereinigten Königreich und Island.

¹⁶² Zum einen können in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sein, die seitens der jeweiligen nationalen bzw. regionalen Arbeitsverwaltung nicht als arbeitslos gezählt werden. Um etwa in Deutschland als arbeitslos erfasst zu werden, fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. In der ILO-Arbeitsmarktstatistik sind somit Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: ILO-Arbeitsmarktstatistik. Online im Internet: URL: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/ILO-Arbeitsmarktstatistik,templateId=renderPrint.psmI>

¹⁶³ Mit Hilfe mathematischer Methoden lässt sich die Höhe des so genannten Standardfehlers berechnen. Er gibt an, in welcher Größenordnung mit einer angebbaren Wahrscheinlichkeit das „tatsächliche“ Ergebnis vom Ergebnis der Stichprobe abweichen kann. Ergebnisse, bei denen aufgrund zu geringer Besetzungszahlen der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus geht, werden im Allgemeinen nicht ausgewiesen (unzuverlässiger Wert).

Insgesamt kann es daher zu Abweichungen kommen zwischen der Bemessung der Arbeitslosenquote auf Basis der AKE und den Quoten, die in den einzelnen Ländern und Regionen im Rahmen der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechnet und publiziert werden. So berücksichtigen letztere zum Beispiel diejenigen Personen nicht, die arbeitsuchend sind, aber nicht als arbeitslos registriert sind, weil sie die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld nicht erfüllen. Vorteilhaft ist demgegenüber, dass sie gerade für kleinere geographische Einheiten sehr viel schneller verfügbar sind und daher dem Bedürfnis nach möglichst aktuellen Informationen entgegen kommen. In einer grenzüberschreitenden Perspektive sind sie jedoch nicht direkt vergleichbar. Hier liefert nur die AKE international vergleichbare Informationen. Deren Methodik hat zudem den Vorteil, dass Auswirkungen von Veränderungen in den Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit im Zuge von Reformen zum größten Teil ausgeschaltet werden.

Die **Beschäftigungsquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

Die **Erwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote kann nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden. Die Jugenderwerbslosenquote bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.

Die **Langzeiterwerbslosenquote** misst den prozentualen Anteil der Langzeiterwerbslosen (zwölf Monate oder länger) an der Summe aller Erwerbslosen.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß der wirtschaftlichen Aktivität. Es ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen abzüglich des Wertes der zu deren Generierung verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Berechnung der **jährlichen Wachstumsrate des BIP-Volumens** soll Vergleiche der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit hinweg als auch zwischen Ländern unterschiedlicher Größe ermöglichen. Zur Berechnung der Wachstumsrate des BIP in Volumeneinheiten wird das in aktuellen Preisen gemessene BIP zu Preisen des Vorjahres bewertet und die so berechneten Volumenänderungen das Niveau eines Referenzjahres angewendet; daraus ergibt sich eine sog. verkettete Reihe. Dies bewirkt, dass Preisänderungen keinen Einfluss auf die Wachstumsrate ausüben.

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) – Begriffe

Die Erfassung der HRST und ihrer Untergruppen erfolgt nach den Leitlinien des Canberra-Handbuchs (OECD, Paris, 1994) anhand des Bildungsabschlusses und der beruflichen Tätigkeit.

- ▶ **HRST – Humanressourcen in Wissenschaft und Technik**, Personen, die:
 - ▶ einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97 Bereich 5a, 5b oder 6) und/oder
 - ▶ in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind (ISCO '88 COM Gruppe 2 oder 3).
- ▶ **HRSTE – HRST mit wissenschaftlich-technischem Bildungsabschluss**

HRSTE werden definiert als Personen, die einen wissenschaftlichen-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97, Bereich 5a, 5b oder 6). Nach § 71 des Canberra-Handbuchs zählen folgende Spezialisierungen zu den sieben allgemeinen wissenschaftlich-technischen Studiengängen: Naturwissenschaften, Ingenieur- und Technologiewissenschaften, Medizin, Agrarwissenschaften, Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften und sonstige Berufe.

▶ **HRSTO – HRST mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit**

Personen, die in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind: Wissenschaftler (ISCO '88 COM Gruppe 2) oder Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe (ISCO'88 COM Gruppe 3).

▶ **HRSTC – Kernbestand der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik**

Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97 Bereich 5a, 5b oder 6) und in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind (ISCO '88 COM Gruppe 2 oder 3).

Hochtechnologiesektoren und wissensintensive Dienstleistungen

▶ **Spitzentechnologiesektoren und hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes**

24 Herstellung von chemischen Erzeugnissen; **29 bis 35** Maschinenbau, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; sonstiger Fahrzeugbau

▶ **Wissensintensive Dienstleistungen**

61 Schifffahrt; **62** Luftfahrt; **64** Nachrichtenübermittlung; **65 bis 67** Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung); **70 bis 74** Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen; **80** Erziehung und Unterricht; **85** Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; **92** Kultur, Sport und Unterhaltung

ISCED-Klassifikation

Da die Struktur der Bildungssysteme in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist, ist ein Rahmen für die Erhebung und Meldung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt eine Voraussetzung für internationale Vergleichbarkeit. Die **ISCED – internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen** – bildet die Grundlage für die Erhebung von Bildungsdaten. ISCED-97, die neueste Fassung, unterscheidet sieben Bildungsebenen, von ISCED 0, Vorschulerziehung, bis ISCED 6, die zweite Stufe des Tertiärbereichs, die zu einer höheren Forschungsqualifikation führt (Promotion).

ISCED 0: Vorschulbereich – Vor dem Primarbereich, in den meisten Ländern keine Besuchspflicht.

ISCED 1: Primarbereich – Je nach Land beginnt er im Alter von 4 bis 7 Jahren und erstreckt sich in der Regel auf 5 oder 6 Jahre.

ISCED 2: Sekundarstufe I – In diesem Bereich besteht in allen untersuchten Ländern Schulpflicht. Das Ende dieser Stufe fällt meist mit dem Ende der Vollzeit-Schulpflicht zusammen.

ISCED 3: Sekundarstufe II – Beginnt üblicherweise im Alter von 15 oder 16 Jahren nach Ende der Vollzeit-Schulpflicht. Viele Ausbildungsgänge ermöglichen den Übergang zu ISCED 5.

ISCED 4: Post-Sekundarbereich (nicht tertiär) – Diese Ausbildungsgänge bilden aus internationaler Sicht die Schnittstelle zwischen der Sekundarstufe II und dem Tertiärbereich. Sie dienen dazu, das Wissen der ISCED-3-Absolventen zu erweitern. Typische Beispiele sind Studiengänge, die Studierende auf ein Studium auf Niveaustufe 5 vorbereiten sollen, während andere Bildungsgänge die Studierenden direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.

ISCED 5: Erste Stufe des Tertiärbereichs (führt nicht direkt zu einer höheren Forschungsqualifikation), umfasst Bildungsgänge von mindestens zwei Jahren Dauer.

ISCED 6: Zweite Stufe des Tertiärbereichs, umfasst Bildungsgänge, die zu einer höheren Forschungsqualifikation führen (z. B. Promotion) und die weiterführende Studien und eigene Forschung und nicht nur die Teilnahme an Lehrveranstaltungen beinhalten.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. In der hier dargestellten Statistik nicht enthalten ist das informelle, also das selbstgesteuerte Lernen (Selbststudium mit Hilfe von Druckerzeugnissen, computergestütztes Lernen, internetgestütztes Online-Lernen, Besuch von Bibliotheken usw.).

Primäreinkommen

In marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften mit staatlichem Umverteilungsmechanismus unterscheidet man zwei Stufen der Einkommensverteilung. Die primäre Verteilung gibt das Einkommen der privaten Haushalte an, das sich unmittelbar aus dem Marktgeschehen, also dem Kauf und Verkauf von Produktionsfaktoren und Gütern ergibt. Hier sind vor allem die Arbeitnehmerentgelte, d. h. Einkommen aus dem Verkauf des Produktionsfaktors Arbeit, zu nennen. Zudem können private Haushalte Vermögenseinkommen beziehen, insbesondere Zinsen und Dividenden sowie Pachteinkünfte. Schließlich entsteht auch Einkommen als Betriebsüberschuss bzw. Einkommen durch selbstständige Tätigkeit. Negativ auf der Stufe der primären Verteilung schlagen für die Haushalte etwa zu zahlende Zinsen und Pachten zu Buche. Den Saldo all dieser Transaktionen bezeichnet man als Primäreinkommen der privaten Haushalte.

Verfügbares Haushaltseinkommen

Das Primäreinkommen ist Ausgangspunkt der sekundären Einkommensverteilung, die den staatlichen Umverteilungsmechanismus abbildet. Zum Primäreinkommen kommen nun alle monetären Sozialleistungen und Transfers hinzu. Aus ihrem Einkommen müssen Haushalte Steuern auf Einkommen und Vermögen zahlen, Sozialbeiträge entrichten und Transfers tätigen. Der Saldo, der nach diesen Transaktionen übrig bleibt, wird als verfügbares Einkommen der privaten Haushalte bezeichnet.